

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.)

Mit einem
Vorwort von
Ulrich Brand, Maja
Göpel, Barbara Muraca,
Tilman Santarius und
Markus Wissen



DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE

Wege in die solidarische Lebensweise

I.L.A. Kollektiv



Das Gute Leben für Alle

Wege in die solidarische Lebensweise



© 2019 oekom, München

oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH,
Waltherstraße 29, 80337 München

Autor*innen:

Ambach, Christoph; Austaller, Monika; Bähr, Hermine; Beil, Christopher; Brokow-Loga, Anton; Eicke, Laima;
Inkermann, Nilda; Hildebrandt, Friederike; Jeglitzka, Elisabeth; Kalt, Tobias; Kolbinger, Julia; Lage, Jonas;
Ries, Felix; Ritter, Johanna; Rosswog, Tobi; Schwausch, Christiane; Thomas, Wiebke; van Treeck, Katharina;
Walch, Simon.

Projektantrag und -leitung: Katharina van Treeck

Prozessbegleitung: Karin Walther

Projektinitiative: Thomas Kopp

Redaktion und Lektorat: Katharina van Treeck, Friederike Hildebrandt

Lektorat: Anja Marwege

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Sarah Heuzeroth

Illustrationen: Sarah Heuzeroth

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten

ISBN 978-3-96238-095-3

E-ISBN 978-3-96238-537-8

<https://doi.org/10.14512/9783962385378>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND).

Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung.

Weitere Informationen finden Sie unter: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0



Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein.

Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien.

Dieses Buch wurde auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC®-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ 14), gedruckt.

Auch für den Karton des Umschlags wurde ein Papier aus 100% Recyclingmaterial, das FSC®-ausgezeichnet ist, gewählt.

Alle durch diese Publikation verursachten CO₂-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert.

Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter: <http://www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html>.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Common Future e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global GmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

INHALT

5	Vorwort Von Ulrich Brand, Maja Göpel, Barbara Muraca, Tilman Santarius und Markus Wissen	50	Gebrauchsgüter Solidarisch produzieren, solidarisch nutzen
7	Einleitung Von der imperialen Lebensweise zum Guten Leben für Alle	55	Energie Mehr als der Strom aus der Steckdose
15	Teil I: Die solidarische Lebensweise – Prinzipien, Projekte und Prämissen	61	Institutionen Skizzieren wir den Rahmen einer anderen Welt!
15	Konturen Konturen einer solidarischen Lebensweise: Das Morgen im Heute	77	Teil II: Wege in die solidarische Lebensweise
25	Lebensbereiche Alles utopisch? Gelebte Alternativen im Hier und Jetzt!	77	Transformation Aufbruch in eine solidarische Zukunft
25	Sorge Für alle gesorgt!	80	Politische Strategien Allianzen für die Transformation
31	Ernährung und Landwirtschaft Gutes Essen für Alle – wie wir eine solidarische Zukunft säen können	90	Kultureller Wandel Geschichte schreiben
38	Mobilität Kurze Wege zum Ziel	99	Fazit Das Ende vom Anfang
44	Wohnen Endlich Raum für Alle	102	Glossar
		108	Literaturverzeichnis
		120	Über das Projekt und die Autor*innen
		122	Danksagung und Förderhinweise

INFOBOXEN

12	Selbstpositionierung – Wer sind wir und für wen können wir überhaupt sprechen?	72	Grenzen – Können sie solidarisch sein?
21	Prinzipien der solidarischen Lebensweise – Legende für die weitere Lektüre	79	Strategien der Transformation – Wie gelingt der Wandel von der imperialen zur solidarischen Lebensweise?
23	Bedürfnisse – Bedürfnisse haben Grenzen!	81	Frontline – Wo ist meine ›Frontline‹?
38	Mobilität – Höher, schneller, weiter: also immer mobiler?	83	Energiewende – Die Energiewende unter der Lupe
48	Rotes Wien – damals und heute	88	Konversion der Autoindustrie – Wie gelingt ein sozial-ökologischer Umbau der Autoindustrie?
58	Rebound-Effekt – Mit Effizienz den Verbrauch reduzieren?	95	Freiheit – Miteinander frei
65	Digitalisierung – Das Gute Leben für Alle 4.0?		
70	Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Schritt in die solidarische Lebensweise?		

VORWORT

Die Debatte über die Zukunft unserer Gesellschaft wird aktuell bedauerlicherweise vor allem vom politisch rechten und rechtsextremen Spektrum dominiert. Deren These: Wenn nur das – angeblich zentrale – Problem der Migration und vor allem der Geflüchteten gelöst sei, dann würde alles irgendwie gut, dann würden alle Krisen überwunden. Die in vielen Ländern erstarkende Rechte bestimmt zunehmend auch den Ton der Debatte im bürgerlichen Milieu. Sie konstruiert einen äußeren Gegner, der an ›unseren Wohlstand‹ wolle und daran gehindert werden müsse. Dabei geht es nicht nur darum, die europäischen Grenzen zu stärken, sondern auch darum, es Migrant*innen und Geflüchteten schwer oder besser unmöglich zu machen, sich unter neuen Umständen eine Lebensperspektive aufzubauen. Viele Menschen, die von strukturellen Umbrüchen in der Gesellschaft betroffen sind, fühlen sich in der etablierten Parteienlandschaft nicht gehört und folgen dieser Rhetorik von populistischen Parteien.

Fragen nach dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen spielen diese rechtsextremen Parteien herunter oder tun sie als fortschrittsfeindlich ab. Gleichzeitig treten sie die Idee der internationalen Solidarität mit Füßen. Anstatt eines konstruktiven Dialogs, der wichtige Ängste und Zukunftswünsche der Menschen in diesem Land thematisiert, liefern sich die Parteien zunehmend abstoßende Duelle der gegenseitigen Anschuldigungen und Verdächtigungen.

Zudem ist bedenklich, dass marktorientierte – neoliberale – Rezepte gegenüber den rechtspopulistischen Positionen den Anstrich von vernünftigen Lösungen erhalten. Dabei rechtfertigen diese Ansätze die ansteigende soziale Ungleichheit damit, dass Konkurrenz und Standortwettbewerb angeblich notwendig seien, um Wirtschaft und Wohlstand dynamisch zu halten. Freihandel sei die vernünftige Antwort auf den Brexit oder die Trumpsche Abschottung. Und Investor*innen sollen auf keinen Fall vergrault, sondern mehr denn je durch ›gute‹ Bedingungen – sprich: die Absenkung arbeits-, gesundheits- oder umweltpolitischer Standards – angelockt werden. Österreichs jüngstes Standortsicherungsgesetz ist hierfür ein Paradebeispiel.¹

Die Forderung nach einem *Guten Leben für Alle* findet angesichts von Hassreden, Fake News und ›Wachstum und Standortsicherung um jeden Preis‹ in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und (vermeintlichen oder realen) Abstiegsängsten nur schwer Gehör im öffentlichen Raum. Im alltäglichen Austausch sind es jedoch Themen rund um die Lebensqualität, die die Menschen bewegen. Öffentlich debattiert werden sie aber kaum. Stattdessen wird in reichen Gesellschaften das *Gute Leben* fast ausschließlich als zunehmend materieller Wohlstand für sich selbst verstanden.

Dieses Verständnis veranlasst viele Menschen dazu, billige – und damit sozial und ökologisch problematisch produzierte – Lebensmittel, Kleidung und High-Tech-Geräte zu konsumieren. Wie sie hergestellt wurden, wollen die meisten Menschen dabei lieber nicht wissen. Sie blenden aus, dass diese Form der *imperialen Lebensweise* auf der respektlosen Ausbeutung der Natur und anderer Menschen basiert – in der eigenen Gesellschaft und vor allem international.

Gleichzeitig zwingt die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich viele Menschen auch in materiell reichen Gesellschaften dazu, auf solch billig produzierte Waren und Dienstleistungen zurückzugreifen. Diese können jedoch nur hergestellt werden, wenn noch ärmere Menschen und die Natur ausgebeutet werden. Egal ob sich Menschen damit den Zugang zu lebensnotwendigen materiellen Gütern oder soziale Anerkennung für sich und ihre Kinder verschaffen wollen – durch ihren Konsum verstärken sie oft unfreiwillig den sogenannten *Krieg der Armen gegen die Armen*. Daraus folgen Ausbeutung und Unterdrückung anderer statt Umverteilung und Solidarität.

Die imperiale Lebensweise ist aber auch deshalb so tief verankert, weil sehr viele Menschen – selbst wenn sie die Ausbeutung anderer Weltregionen und der Natur kritisch sehen – durch ihre Erwerbsarbeit Teil dieser Lebensweise sind. Deswegen gilt es nicht nur das individuelle Konsumverhalten zu verändern, sondern auch das Wirtschaftssystem grundlegend umzubauen. Die Arbeits- und Wirtschaftswelt muss so gestaltet sein, dass sie Menschen nicht mehr in ausbeuterisches Handeln und strukturelle Zwänge bringt.

Hier setzt das Buch des I.L.A. Kollektivs an. Die Perspektive einer *solidarischen Lebensweise* basiert dabei auf

zentralen Prinzipien für das gesellschaftliche Zusammenleben, sowie für Politik und Wirtschaft:

- ▷ *Gutes Leben für Alle kann nicht auf Kosten anderer gehen!*
- ▷ Es kann keine nachhaltigen Geschäftsmodelle in einer nicht nachhaltigen Volks- und Weltwirtschaft geben!
- ▷ Es wird keine nationalistischen und konkurrenzgetriebenen Strategien für einen langfristigen Wohlstand geben können!

Damit liefert das Buch zum einen eine Begriffsklärung und ein Verständnis vom Guten Leben, das als Gegenmodell zu Ausgrenzung und Abschottung, zu Zukunftsblindheit und Fremdenfeindlichkeit steht. Das ist wichtig, denn in wirren Zeiten bedarf es kluger Konzepte, die Haltung, Orientierung und Alternativen bieten. Zum anderen zeigt das Buch konkrete Ansatzpunkte für das Handeln von Individuen, für die Gestaltung durch die Politik sowie für das Rückerlangen der Diskurshegemonie durch emanzipatorische Akteure und damit für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Autor*innen des Buches plädieren dafür, die imperiale Lebensweise zurückzudrängen und gleichzeitig die solidarische Lebensweise aufzubauen. Das ist heute nicht selbstverständlich, selbst wenn es die Vereinten Nationen in ihrer Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von September 2015 ähnlich formulieren. Viele Kräfte werden heute davon ausgefüllt, bestehende soziale und politische Standards – wie Arbeiter*innenrechte, selbstorganisierte Räume und starke öffentliche Sektoren – zu verteidigen. Diese – dringend nötigen – Kämpfe zur Verteidigung emanzipatorischer Errungenschaften bedürfen der Ergänzung um neue Visionen eines Guten Lebens. Es geht auch darum, im Hier und Heute konkrete Alternativen für die Zukunft aufzuzeigen und voranzutreiben. Diese liegen auf ganz unterschiedlichen Ebenen: Im beruflichen Alltag, indem beispielsweise schädliche Sektoren (wie der Braunkohlesektor oder die Automobilindustrie) aufgegeben beziehungsweise umgebaut werden, im gesellschaftlichen Engagement, zum Beispiel für eine demokratische und sozial-ökologische Energieversorgung oder Mobilität, im privaten Verhalten, wie durch Verzicht aufs Auto, in der Reform politischer Institutionen oder in einer Stärkung kritischer Medien.

Das Buch zeigt, dass eine solidarische Gesellschaft nicht nur dringend nötig, sondern auch machbar ist. Dass es nicht nur Konflikte mit herrschenden und mächtigen Interessen geben wird, sondern dass die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen – und damit die Abkehr von bestimmten Gewohnheiten – für Menschen auch positiv erfahrbar sein müssen. Es geht schließlich um die Freiheit, nicht mehr auf Kosten anderer leben zu müssen. Und wir gehen soweit zu prognostizieren, dass genau die vielen kleinen Projekte einer solidarischen Lebensweise Werkstätten dieser Befreiung sein können. Denn hier können Menschen gemeinsam kreativ und selbstwirksam alternative Formen des Zusammenlebens ausprobieren und erleben. So können sie der angstsüchtigen populistisch-rechten Hetze eine konstruktive und visionäre Praxis entgegenstellen. Das Kollektiv stellt detailliert dar, welche Ansatzpunkte es in unterschiedlichen Bereichen wie der Landwirtschaft, dem Wohnen, der Mobilität oder der Sorge bereits gibt. Gleichzeitig stellen sich die Autor*innen auch der Frage, welche politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nötig sind, um die solidarische Lebensweise auf nationaler und globaler Ebene zu verankern.

Das Buch sprüht vor Ideen, seine Lektüre ist anregend und eine große Freude. Wir gratulieren dem zweiten I.L.A. Kollektiv zu dieser vorzüglichen und wichtigen Arbeit. Und wir sind froh darüber, dass wir bei unseren persönlichen Begegnungen und Diskussionen miterleben durften, mit wieviel Leidenschaft und Energie dieses Projekt angegangen und umgesetzt wurde.

Nun wünschen wir dem Buch und den damit verbundenen Anliegen eine weite Verbreitung.

Ulrich Brand, Maja Göpel, Barbara Muraca, Tilman Santarius und Markus Wissen

EINLEITUNG

VON DER IMPERIALEN LEBENSWEISE ZUM GUTEN LEBEN FÜR ALLE

DIE NÄCHSTEN JAHRE SIND ENTSCHEIDEND. ES GILT LEBENS- UND WIRTSCHAFTSWEISEN AUSZUPROBIEREN, DIE NICHT AUF KOSTEN ANDERER MENSCHEN UND DER NATUR IN GEGENWART UND ZUKUNFT GEHEN. WIE KANN DER WANDEL VON DER IMPERIALEN LEBENSWEISE ZU EINEM GUTEN LEBEN FÜR ALLE AUSSEHEN?

Heute ist ein guter Tag. Du hast endlich beschlossen nicht mehr *auf Kosten anderer* zu leben! Ab heute soll dein Leben frei von Ausbeutung (siehe GLOSSAR), fair und nachhaltig sein!

Nachdem du dein Auto stehen gelassen hast, fällt dir auf, dass du mit keinem der Busse rechtzeitig bei der Arbeit bist. Und du fragst dich, ob der Bus mit Erneuerbaren Energien betrieben wird. Deine Kinder beschwerten sich, dass es keine Kiwis zum Frühstück gibt und du so lange damit beschäftigt bist, Wurmlöcher aus den Äpfeln zu schneiden. Beim Blick auf deinen Pulli stellst du fest, dass er vermutlich unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wurde. Du diskutierst eine Stunde mit deinen Kollegen, warum du es besser findest, Fairtrade-Kaffee zu trinken. Dein Chef droht dir mit Kündigung, als du ein Vier-Stunden-Arbeitsmodell vorschlägst. Die Energiegenoss*innenschaftⁱ will dich nicht aufnehmen, weil du kein Kapital anlegen kannst. Und als du deiner Mutter vorschlägst ein Wochenende an der Ostsee zu verbringen, statt nach Portugal zu fliegen, sagt sie: »Die Bahnfahrt ist teurer als der Flug. Ich weiß gar nicht was mit dir los ist, das ist doch ganz normal. Das machen doch alle so.«

Es ist unmöglich heutzutage so zu leben, dass weder Menschen noch die Natur dabei ausgebeutet werden. Überall stoßen wir auf Hindernisse. Gerade in reichen Gesellschaften bleibt den Menschen keine andere Wahl als tagtäglich auf Kosten anderer zu leben – selbst wenn sie sich bemühen, dies nicht zu tun. Zu realisieren und sich einzugestehen, dass man auf Kosten anderer Menschen, zukünftiger Generationen und der Natur lebt, kann schmerzhaft sein. Das ist aber nicht zu vergleichen mit dem Schmerz, den

diejenigen erfahren, die ausgebeutet werden. Wir machen unterschiedliche Erfahrungen und wir haben unterschiedliche Möglichkeiten. Doch verbinden uns Zwang und Ausbeutung auf unheimliche Art und Weise.

Ausbeutung findet nicht nur in der Ferne statt. Auch in unseren reichen Gesellschaften türmen sich Probleme, die etwa durch steigende Mieten, unsichere Arbeitsverhältnisse, zunehmenden Leistungsdruck und eine Ellenbogengesellschaft hervorgerufen werden. Für immer mehr Menschen wird das Versprechen eines Guten Lebens nicht mehr erfüllt.

Wir, die Autor*innen dieses Buches, sind wütend und traurig: Warum müssen wir in einer Welt voller Ausbeutung leben? **Warum haben wir und alle anderen Menschen nicht das Recht, nicht auf Kosten anderer zu leben?** Warum können wir kein Leben jenseits von Leistungsdruck, Wettbewerb und unsicherer Zukunft leben? Wir sind uns sicher, dass es auch anders geht und überzeugt, dass die globale Gemeinschaft das Zusammenleben auf diesem Planeten besser organisieren kann. Und zwar so, dass *alle* Menschen ein *Gutes Leben* führen können und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. **Mit diesem Buch möchten wir dazu beitragen, neue Ideen, Vorstellungen und Möglichkeiten in die Welt zu bringen – jenseits von Ausbeutung und Unfreiheit.**

Wir glauben an ein *Gutes Leben für Alle* anstatt eines besseren Lebens für wenige auf Kosten anderer.

Die imperiale Lebensweise: Warum wir auf Kosten anderer leben

Der Widerspruch unserer Zeit: Trotz Wissens ändert sich wenig

Die alltägliche Art und Weise, wie die meisten Menschen im Globalen Norden (siehe GLOSSAR) wirtschaften und leben geht auf Kosten anderer: der Natur, zukünftiger Generationen und benachteiligter Menschen in Nord und Süd. Mit dem Auto zur Arbeit und mit dem Flugzeug in den Urlaub, jederzeit eine große Auswahl an exotischem Obst und die tägliche

i

Im gängigen Sprachgebrauch wird nur die männliche Form verwendet. Zur geschlechtergerechten Schreibweise verwenden wir hier *, um Frauen* und queere Menschen explizit sichtbar zu machen und gleichberechtigt anzusprechen.

Wurst, monatlich ein neues Outfit, endlich wieder ein neues Möbelstück für die eigenen vier Wände und alle zwei Jahre ein neues Smartphone – all dies und viel mehr treibt Menschen in dieser Lebensweise an. Wie die Produkte hergestellt wurden und später wieder entsorgt werden, welche Rohstoffe verbraucht werden, wo diese herkommen und welche menschliche Arbeit dafür nötig ist blenden die Menschen dabei aus.

Die Beispiele machen auch deutlich: So zu leben und zu wirtschaften ist nicht verallgemeinerbar. Bereits heute, wo nur ein Teil der Menschheit von dieser Lebensweise profitiert, sind die natürlichen Ressourcen dieser Erde und ihre Senken (siehe GLOSSAR), die der Mensch zur Entsorgung von Müll und Abgasen nutzt, (wie die Atmosphäre und Meere) überlastet. Die Grenzen dieser Lebensweise werden tagtäglich sichtbar. Aber auch die Ausbeutung von Menschen ist Grundlage dieser Lebensweise. Nur weil Menschen – vor allem im Globalen Süden – dazu gezwungen sind, unter unwürdigen Bedingungen für die Produktion des Globalen Nordens zu arbeiten, kann der Rest der Menschheit so viel und so günstig konsumieren.

Und obwohl sich immer mehr Menschen bewusst sind, dass ihr alltägliches Handeln andere Menschen

ausbeutet und die Natur in Gegenwart und Zukunft belastet, ändert sich wenig. Ein umfassender Wandel bleibt aus. Der globale Energie- und Ressourcenverbrauch steigt sogar.

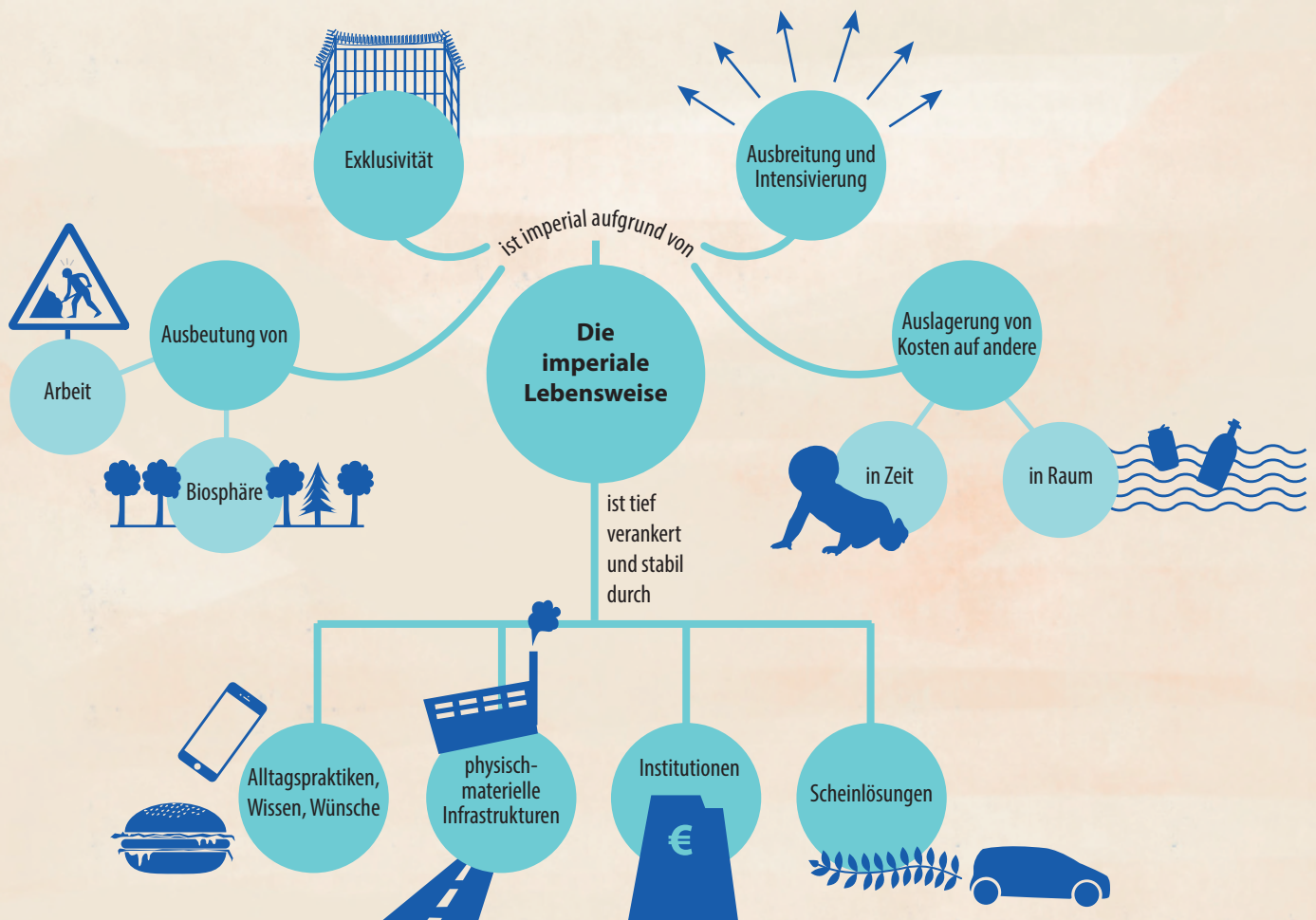
Dabei drängt die Zeit: Die Erderwärmung schreitet voran, immer mehr Menschen fliehen vor Konflikten und wirtschaftlicher Not und auch in reichen Gesellschaften sind immer mehr Kinder und Alte von Armut betroffen – all das prägt das Bild der heutigen Zeit.

Wie kann das sein? Warum hält die Gesellschaft an dieser Lebens- und Wirtschaftsweise fest, obwohl die meisten wissen, dass damit Mensch und Natur ausgebeutet werden und deswegen nicht alle Menschen so leben können? Warum bleibt ein System bestehen, welches duldet, dass Luxus und Wohlstand neben Hunger, Sterben und Flucht existieren? **Warum ändert sich nichts, auch wenn immer klarer wird, dass diese Lebensweise das Potenzial hat, in nicht allzu ferner Zukunft die Natur – und damit die Lebensgrundlage aller Menschen – zu zerstören?**



Warum ändert sich nichts, auch wenn immer klarer wird, dass diese Lebensweise das Potenzial hat, in nicht allzu ferner Zukunft die Natur – und damit die Lebensgrundlage aller Menschen – zu zerstören?«

Abb. 1.1: Das Konzept der imperialen Lebensweise



Warum ist das so? Das Konzept der imperialen Lebensweise bietet eine Erklärung

Antworten auf diese Fragen liefert das I.L.A. Kollektiv in seinem ersten Buch »Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert«. Dabei haben sich die Autor*innen am Konzept der imperialen Lebensweise, wie es die Sozialwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen entwickelt haben,¹ orientiert (siehe Abbildung 1.1). Das Konzept nennt die oben skizzierte Art und Weise zu leben und zu wirtschaften *imperiale Produktions- und Lebensweise* (kurz: imperiale Lebensweise). *Imperial*, weil sie einem Teil der Menschheit ermöglicht, übermäßig auf Arbeit und Natur zuzugreifen, die negativen Folgen dieses Handelns auslagert, und andere Lebens- und Wirtschaftsformen verdrängt. *Produktions- und Lebensweise*, weil sie nicht nur das private Leben der Menschen durchdringt, sondern auch die Art und Weise, wie die Gesellschaft wirtschaftet und produziert. Auch in diesem Buch arbeiten wir mit diesem Konzept. Es zeigt nicht nur, warum die vorherrschende alltägliche Art zu leben systematisch Mensch und Natur ausbeutet. Es bietet auch eine Erklärung dafür, warum die Gesellschaft trotz des Wissens über die Widersprüche daran festhält und keinen Wandel einleitet. Das Konzept begründet dies mit der Tatsache, dass die imperiale Lebensweise sowohl den Alltag und das Denken der Menschen bestimmt, als auch durch politische Institutionen (Freihandelsabkommen, Steuersysteme und so weiter) und Infrastrukturen (Autobahnen, Flughäfen, Supermärkte, Einfamilienhäuser und so weiter) gestützt wird.

Die imperiale Lebensweise: normal und alternativlos?!

Was viele Menschen lähmt, ist deshalb das Gefühl, keine anderen Optionen zu haben: Das derzeitige Leben und Wirtschaften – mit all den gravierenden Folgen, die es hat – scheint normal und alternativlos. So halten die meisten Menschen an ihrem Alltag fest, auch wenn sie wissen, dass dies auf Kosten anderer geschieht. Trotz der finanziellen oder politischen Möglichkeiten etwas zu ändern, sehen selbst gut Verdienende keinen Ausweg aus ihrem Alltag: Jeden Morgen gehen sie zur Arbeit, die für die meisten nur den Zweck hat, Geld zu beschaffen, und wenig Zeit für Familie und Freund*innen lässt. Aus Zeitmangel fühlen sich viele gezwungen, im Supermarkt Fertiggerichte zu kaufen, statt selbst zu kochen und als Stimmungsaufheller gönnen sie sich ein neues Technik-Gadget wie eine Smartwatch. Viele kaufen

von ihrem Lohn ein Auto, um zur Arbeit zu kommen und Kleidung, um dort schick auszusehen. Der Arbeitsalltag der Menschen wird immer anstrengender und zur notwendigen Erholung wartet die warme Insel auf sie – mit dem Flieger schnell erreichbar. Nach Feierabend sind viele Menschen so erschöpft, dass sie sich nur noch vor den Fernseher setzen können. Immer mehr Menschen haben mit Stress, Abstiegs- und Zukunftsängsten oder Schlaflosigkeit zu kämpfen. Wir Autor*innen erfahren die Zwänge und Attraktivität dieser Lebensweise selbst.

Doch dieses Leben und diese Gesellschaft sind nicht alternativlos: Die Art und Weise, wie wir Menschen miteinander und mit der Natur leben, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern menschengemacht. Wir bauen selbst die Strukturen und Bedingungen für unser Zusammenleben. Es gibt also die Möglichkeit, unser Miteinander auf diesem Planeten neu zu gestalten.

Warum die solidarische Lebensweise eine echte Alternative ist

Die solidarische Lebensweise muss nicht in ferner Zukunft liegen

Alternativen zur imperialen Lebensweise gibt es nicht nur in der Theorie, sondern auch im Hier und Jetzt! Viele Ansätzen zeigen schon heute, wie Leben und Wirtschaften aussehen können, wenn sie nicht oder weniger auf Kosten anderer gehen: Wohnprojekte mit gemeinsam genutzten Gärten und Geräten, Ernährungsräte und Energietische, bei denen Bürger*innen ihre Lebensmittel- und Stromversorgung demokratisch und ausbeutungsfrei gestalten, Bürger*innenbusse, die es auch Menschen auf dem Land ermöglichen, auf das eigene Auto zu verzichten, Kleidertauschbörsen und Cafés, in denen Menschen sich gegenseitig helfen ihre Gegenstände zu reparieren, verkürzte Arbeitszeiten, die es Menschen erlauben, neben ihrer Arbeit für sich selbst und ihre Mitmenschen zu sorgen und politisch aktiv zu sein, regionale Wirtschaftskreisläufe und fairer Handel.

Manche sind klein und lokal, andere sind global vernetzt und haben viele Unterstützer*innen. Für einige Initiativen steht die Änderung politischer Verhältnisse im Vordergrund, andere erleichtern es, im Alltag sozial und ökologisch zu leben und viele machen beides. Sie alle sind Teil der Suche nach einem Guten Leben für Alle – statt eines vermeintlich besseren Lebens für wenige. Wir, die Autor*innen dieses Buches, sind überzeugt: Eine andere Lebens- und Produktionsweise ist möglich. Wir nennen diese Lebensweiseⁱⁱ,

ii Solidarische Lebensweise umfasst immer eine Vielfalt von Alternativen. Die vielen verschiedenen solidarischen Ansätze und Lebensstile vereinen sich dabei in einer solidarischen Lebensweise; wir sprechen deshalb in der Einzahl. Lebensweise umfasst dabei immer Produktions- und Lebensweise, denn beides gehört zusammen.

die allen ein Gutes Leben ermöglicht, solidarisch.

Was heißt solidarisch?

Die solidarische Lebensweise ermöglicht es allen Menschen, ihre Bedürfnisse (siehe INFOBOX BEDÜRFNISSE) zu verwirklichen und gleichzeitig die Mitwelt – Tiere, Pflanzen und die lebendige Natur (siehe GLOSSAR) – zu erhalten. Sie schließt niemanden aus und ermöglicht allen ein Leben, das *nicht* auf Kosten anderer geht, eben ein Gutes Leben für Alle. Sie ist deshalb – im Gegensatz zur imperialen Lebensweise – verallgemeinerbar. Denn wir können als Menschheit nur dann alle gut leben, wenn niemand Bedürfnisse auf Kosten anderer oder der Natur in Gegenwart und Zukunft verwirklicht. **Solidarische Alternativen setzen auf Zusammengehörigkeit, Kooperation, Gerechtigkeit und Ökologie.** Sie verringern Ungleichheiten dort, wo Menschen und Natur kein Gutes Leben möglich ist und einige wenige auf Kosten anderer leben. Ungleichheiten, wie die Ausstattung mit Geld und Macht, werden deshalb in der solidarischen Lebensweise im Vergleich zu heute verringert.

Die solidarische Lebensweise entspricht nicht *dem einen* politischen oder wirtschaftlichen System, es gibt auch kein Rezept für das solidarische Leben. Jenseits von Ausbeutung und Diskriminierung füllen die Menschen den Begriff des solidarischen Lebens vielfältig. Wir, die Autor*innen dieses Buches, haben uns aktuelle Modelle und Debatten näher angeschaut und uns auf die Suche nach den Bausteinen der solidarischen Lebensweise begeben.

Auf Kosten anderer? – Das Gute Leben für Alle!

Anhand verschiedener Lebensbereiche (wie beispielsweise ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT, DIGITALISIERUNG UND MOBILITÄT) zeigt das erste Buch des I.L.A. Kollektivs »Auf Kosten anderer?«, warum die vorherrschende Lebensweise im Globalen Norden nicht weiter fortbestehen sollte und kann. Wir bedanken uns ganz herzlich bei den Autor*innen des ersten Buches für die hervorragende Analyse der imperialen Lebensweise. Diese für uns so wertvolle Vorarbeit erlaubt es uns direkt an die Kritik der imperialen Lebensweise anzuknüpfen und ihr eine andere, solidarische Lebensweise entgegenzustellen: »Ein Gutes Leben für Alle!« lautet daher der Titel dieses Buches. Die Problematik der imperialen Lebensweise reißen wir an, allerdings nur kurz, um uns dann auf solidarische Alternativen fokussieren zu können. Den Leser*innen dieses Buches empfehlen wir deshalb für eine ausführliche Kritik die Lektüre des Buches »Auf Kosten anderer?«.

Die solidarische Lebensweise braucht ein Umdenken auf allen Ebenen

Das Konzept der imperialen Lebensweise macht deutlich, dass diese Lebensweise sowohl in Gesetzen, gesellschaftlichen Strukturen und Organisationen verankert ist, als auch im Denken und in den Vorstellungen der Menschen darüber, was sie als normal und erstrebenswert erachten. Wenn die Gesellschaft wirklich etwas ändern möchte, braucht es deshalb nicht nur eine Veränderung von Konsumgewohnheiten Einzelner, sondern auch von wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Institutionen.

Warum es weder ausreicht individuelles Verhalten zu ändern...

Es reicht also nicht aus, wenn der*die Einzelne sein*ihr persönliches Handeln ändert, zum Beispiel indem er*sie nur noch biologisch und fair hergestellte Kleidung und Lebensmittel kauft oder auf das eigene Auto verzichtet. Klar, Konsument*innen haben eine gewisse Macht, wenn sie auf Konsum verzichten und durch ihre Nachfrage Unternehmen einen Anreiz geben nachhaltig und fair zu produzieren oder ihre Arbeiter*innen an Gewinnen zu beteiligen. Aber diese Appelle an individuellen Verzicht sind wenig attraktiv und für viele Menschen unter den jetzigen Bedingungen schwer umzusetzen. Solange es auf politischer Ebene keine neuen Regeln gibt, wird sich nur wenig ändern. Solange Straßen besser ausgebaut sind als Fahrradwege und biologisch hergestellte Lebensmittel und Zugfahrten teurer sind als konventionelle Lebensmittel und Flugreisen, wird kein umfassender Wandel stattfinden. Auch vermag das Verhalten Einzelner nicht die grundlegenden Prinzipien des aktuellen Wirtschaftssystems – wie Profit, Wettbewerb und Wachstum – zu ändern. Der Alltag mit Lohnarbeit (siehe GLOSSAR), wenig Zeit für sich selbst, Freunde und Familie und dem Hinarbeiten auf den nächsten Urlaub wird nicht hinterfragt und weiterhin den Alltag der meisten Menschen prägen. Andere Tätigkeiten, so genannte Sorgetätigkeiten, wie Kindererziehung, Kochen, Putzen und Pflege von Mitmenschen werden weiterhin hinten runterfallen und gegenüber Lohnarbeit geringgeschätzt. Auch die Art und Weise, wie die Gesellschaft ihre Mitwelt sieht, nämlich hauptsächlich als Quelle für Rohstoffe und als Deponie für Müll, wird unverändert bleiben.

Aber auch diese grundlegenden Sichtweisen und Handlungen muss die Gesellschaft ändern, wenn ein Gutes Leben für Alle ihr Ziel sein soll.



Probleme kann man nicht mit derselben Denkweise lösen durch die sie entstanden sind.«

Albert Einstein

...noch Politik oder Wirtschaft in alleiniger Pflicht zu sehen

Genauso reicht es nicht aus, darauf zu hoffen, dass die Politik Regeln und Gesetze einführt, die ein umweltschädigendes und menschenunwürdiges Verhalten bestrafen und sozial-ökologische Modelle bevorzugen. Ohne Druck aus der Gesellschaft wird sich die Politik nicht bewegen. Auch die Schuld und damit die Pflicht allein bei Konzernen oder Banken zu sehen, bringt keinen Wandel.

Alles greift ineinander, behindert oder verstärkt sich gegenseitig. **Es gilt, einen Wandel gleichzeitig im Alltag, in Institutionen und in Infrastrukturen einzuleiten.** Genauso braucht es nicht nur ein Umdenken in der alltäglichen Art und Weise zu leben – in der Lebensweise –, sondern auch in der Art und Weise zu wirtschaften und zu arbeiten – also in der Produktionsweise.

Warum es die Vision einer solidarischen Lebensweise braucht

Die solidarische Lebensweise jenseits von marktorientierten, grünen und autoritären Scheinlösungen

Diesen umfassenden Wandel sehen wir weder in marktorientierten noch autoritären Lösungen, wie sie die Gesellschaft derzeit hauptsächlich diskutiert.

Rechte Gruppen, wie die *AfD* in Deutschland, der *Front National* in Frankreich oder Trump in den USA, antworten mit autoritären Lösungen. Sie wollen ihren Wohlstand und die imperiale Lebensweise absichern, indem sie Grenzen verstärken und Menschen ausschließen. Die negativen Folgen ihres wirtschaftlichen Handelns – die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und menschlicher Arbeitskraft – möchten sie weiterhin auslagern. Ein Anstieg von Ungleichheit, Ausbeutung und Diskriminierung von benachteiligten Gruppen ist die Folge.

Andere, wie der Thinktank *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, marktliberale und konservative Parteien und die meisten Wirtschaftswissenschaftler*innen fordern marktorientierte Maßnahmen für die oben skizzierten Probleme. Wenn die Weltwirtschaft nur weiter wachse, dann stiegen auch die Löhne und Einkommen der armen Gruppen und keiner müsse mehr aus wirtschaftlicher Not fliehen. Steuersenkungen sollen das Wachstum ankurbeln, weil dies Unternehmen anzieht. Und wenn Gesundheits- und Bildungssystem sowie die Strom- und Wasserversorgung nicht gut funktionieren, dann solle der Staat diese Dienste am besten privatisieren. Die Prämisse lautet also *Mehr vom Alten*, nämlich mehr Wachstum, mehr Privatisierung und mehr Lebensbereiche der demokratischen Kontrolle der Menschen entziehen.²

Auch für den Klimawandel und andere Symptome, die auf die Ausbeutung der Natur hinweisen, haben diese marktorientierten Ansätze eine Lösung: Autos mit Verbrennungsmotoren sollen durch E-Autos, Benzin durch Agrartreibstoffe und die tägliche Wurst aus Massentierhaltung durch Biofleisch ersetzt werden. Vielflieger*innen können ihre Umweltbelastung wiedergutmachen, indem sie ein Stück Regenwald vor der Rodung retten. Diese marktorientierten Ansätze sind auch als *grünes Wachstum* bekannt. Der sogenannte *Rebound-Effekt* macht ökologische Einsparungen jedoch wieder zunichte (siehe GLOSSAR und Infobox REBOUND-EFFEKT): Stromeinsparungen, zum Beispiel durch effizientere Küchengeräte, werden aufgeessen, weil sich Menschen durch die Kostenersparnisse weitere oder größere Küchengeräte leisten oder diese mehr gebrauchen. Auch an den grundlegenden problematischen Strukturen ändert grünes Wachstum (siehe GLOSSAR) nichts: Die Wirtschaft wächst weiter, Ausbeutung, Profit, Lohnarbeit und Wettbewerb prägen weiterhin den Alltag der Menschen und soziale und ökologische Schäden werden weiter ausgelagert.³

Wir als I.L.A. Kollektiv sehen deshalb weder in einem marktorientierten Weiter-so oder in Ansätzen des grünen Wachstums, noch in rechten, autoritären Bewegungen eine Antwort und erachten diese Vorschläge als Scheinlösungen. Was derzeit fehlt, ist eine grundsätzlich andere, nämlich menschenwürdige, demokratische, gerechte und ökologisch nachhaltige Alternative – kurz: Ein Projekt der solidarischen Lebensweise.

Es ist an der Zeit eine neue Geschichte zu erzählen: Die Geschichte eines guten Lebens für Alle

In diesem Buch möchten wir eine neue Geschichte erzählen. Die Geschichte von einer Gesellschaft, in der Wohlstand mit Lebensqualität und Zeit, Verbundenheit und Kooperation von Menschen und Mitwelt, Genuss und Muße sowie sozialer Gerechtigkeit und Freiheit gleichgesetzt ist. Die Geschichte eines Guten Lebens für Alle. Wir stellen hier Prinzipien, Pionier*innen und Projekte der solidarischen Lebensweise vor.

Unser Ziel ist es, der scheinbar alternativlosen imperialen Lebensweise, aber auch den Scheinlösungen, eine positive Vision entgegenzusetzen. **Wir sind überzeugt: Die solidarische Lebensweise ist möglich und machbar.** Dieses Buch soll einen Beitrag dazu leisten, den Weg für neue Vorstellungen zu ebnen und Anknüpfungspunkte für jede*n im Hier und Jetzt

Infobox: Selbstpositionierung – Wer sind wir und für wen können wir überhaupt sprechen?

Die Widersprüche in uns

Unser Vorhaben hat den Anspruch, die derzeitige Verteilung von Macht zu kritisieren, aber gleichzeitig durchziehen Macht- und Herrschaftsverhältnisse auch uns, die Autor*innen dieses Buchs. Obwohl wir in einer Gruppe von 20 Personen eine Vielfalt an Persönlichkeiten, Lebensentwürfen und Erfahrungen vereinen, sind wir uns doch alle auf gewisse Weise ähnlich. Zwar haben wir unterschiedliche Biografien und nicht alle einen bildungsbürgerlichen Hintergrund, aber wir sind alle ›weiß‹, akademisch, städtisch, jung und können die notwendige Zeit und die Ressourcen aufbringen, dieses Buch zu schreiben. Diese sozialen Merkmale schränken unseren Blick auf die Welt ein.

In der heutigen Welt voller Ausbeutung und Ungerechtigkeiten nehmen wir eine privilegierte Position ein. Dass wir das nötige Wissen und die Möglichkeiten haben, ein Buch über eine alternative Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schreiben, ist weder selbstverständlich noch Zufall. Verschiedene Voraussetzungen befähigen uns dazu – Voraussetzungen, die in unserer Gesellschaft ungleich verteilt sind. Institutionen, wie Familie, Schule, Uni, aber auch unser Freundes- und Bekanntenkreis, haben sie uns mitgegeben. Trotzdem erleben auch wir Diskriminierungen, Belastungen und Unsicherheiten im Alltag, haben Wünsche und Sehnsüchte nach einem besseren, erfüllten, nach einem guten Leben und fühlen uns betroffen von globalen Ungerechtigkeiten und ökologischen Katastrophen.

Was bedeutet das für unser Buch?

Wir wollen nicht darüber schweigen, dass auch wir Macht und Herrschaft vervielfältigen, weil wir dieses Buch schreiben und uns zu einer Stimme verhelfen können. Uns ist klar, dass wir einen subjektiv gefärbten Blick auf die Welt und auf die solidarische Lebensweise haben:

- ▷ Was sind Prinzipien einer solidarischen Lebensweise? (siehe KONTUREN) Wir betonen in dieser Frage eine neue, bessere Qualität von Beziehungen zwischen Menschen sowie zwischen Mensch und Natur mehr als die Umverteilung von Geld, Macht und Wissen.
- ▷ Was sind solidarische Alternativen? (siehe LEBENSBEREICHE) Hier liegen uns städtische Projekte, die alternative Wirtschaftsweisen erproben, näher als Strukturentwicklung im ländlichen Raum oder Mitbestimmung im Betrieb.
- ▷ Was sind Transformationspfade? (siehe TRANSFORMATION) In dieser Hinsicht beziehen wir uns eher auf sozial-ökologische Bewegungen anstatt auf anti-rassistische, queere oder migrantische Kämpfe.
- ▷ Wir haben blinde Flecken in Bezug auf eine Reihe von sozialen Eigenschaften wie Klasse, Flucht und Migration, ländliche Entwicklung, Behinderungen und Queer-Feminismus – und gleichzeitig schreiben wir ein Buch über das Gute Leben für Alle und den Weg dorthin. Wie kann das gelingen?

Wir haben nicht den Anspruch, für andere zu sprechen. Trotzdem fühlen wir uns Menschen verbunden, die in dieser Gesellschaft, die es uns ermöglicht Bücher zu schreiben, tagtäglich um ihre Existenz, um Anerkennung und Teilhabe kämpfen. Auch wir fühlen uns betroffen. Deshalb ist uns der Begriff der Solidarität, der in der *solidarischen* Lebensweise steckt, besonders wichtig. Dabei steht den Betroffenen frei zu entscheiden, ob sie diese Solidarität annehmen. Mithilfe unserer privilegierten Position möchten wir dazu beitragen, die gemeinsame Zukunft von uns allen inklusiv, gerecht und solidarisch auszurichten.

Wie gehen wir mit diesen Widersprüchen um (oder auch nicht)?

Wir skizzieren das Konzept einer solidarischen Lebensweise und stellen dabei verschiedene – unseres Erachtens wichtige – Prinzipien auf. Dabei ist es nicht unser Ziel, die Utopie nach unseren Vorstellungen auszubuchstabieren und sie anschließend anderen überzustülpen. Vielmehr wollen wir unser Bild der Utopie als einen Aufschlag verstanden wissen. Es ist prozesshaft und offen und kann in Auseinandersetzungen von verschiedenen Gruppen gefüllt, weiterentwickelt und geändert werden – gerade auch von jenen Gruppen, die in der imperialen Lebensweise nicht über Macht und Ressourcen verfügen. Unser Verständnis einer solidarischen Lebensweise ist keine endgültige, allumfassende Definition. Es ist ein Anfang. Je weiter die Menschen dieses ausbauen und ergänzen, umso mehr Solidarität werden wir (er-)leben.

In diesem Buch versuchen wir über unseren Tellerrand hinauszublicken und auch solche Projekte vorzustellen, die jenseits unserer eigenen Lebensrealitäten liegen. Gleichzeitig wissen wir: Unsere Auswahl an Lösungsansätzen bleibt selektiv und von unserem Hintergrund beeinflusst. Auch den Weg in die solidarische Lebensweise können und wollen wir nicht vorgeben. Wir möchten – teilweise auch gerade aus der Distanz – aufzeigen, wie verschiedene Themen, Kämpfe und Strategien zusammengedacht werden und sich hinter der Vision des Guten Lebens für Alle versammeln können.

Weil wir uns unserer eingeschränkten Sichtweise auf die imperiale, aber auch die solidarische Lebensweise bewusst sind, freuen wir uns auf einen kritischen Dialog und einen aktiven Austausch über unsere Ansätze!ⁱⁱⁱ



Wir sind überzeugt: Die solidarische Lebensweise ist möglich und machbar.«

zu geben. Wir möchten ein Gutes Leben für Alle konkret und erfahrbar machen.

Es gibt bereits viele Lösungsansätze - und es werden immer mehr. Nicht nur unzählige konkrete Initiativen und Projekte auf der ganzen Welt, auch theoretische Konzepte und Modelle existieren in großer Vielfalt, zum Beispiel Theorien jenseits von Wirtschaftswachstum, wie sie die *Degrowth*-Bewegung (siehe GLOSSAR) beschreibt. Sie schaffen Räume für neue Ideen und Handlungen und hinterfragen das Altbekannte.

Indem wir die Geschichte einer solidarischen Lebensweise erzählen und mit Bildern füllen, möchten wir einige ihrer Facetten auffächern, um die solidarische Lebensweise so in unseren Köpfen und mit unseren Händen lebendig werden zu lassen. Unsere Hoffnung ist, dass Menschen auf vielfältige Weise unterschiedliche solidarische Ideen einbringen und ausprobieren, sodass langsam eine Gesellschaft entsteht, in der ein Gutes Leben für Alle möglich ist. Dabei ist es uns wichtig, das Gemeinsame der verschiedenen Ansätze herauszustellen, ohne sie gleichzumachen. Die Beispiele in diesem Buch setzen sich alle für die solidarische Lebensweise ein, auch wenn sie es in unterschiedlichen Lebensbereichen oder aus unterschiedlichen Perspektiven tun.

Gleichzeitig möchten wir den Leser*innen Orientierung im Dschungel der verschiedenen Möglichkeiten und neu aufkommenden Theorien bieten. Welche Ansätze sind solidarisch und können ein Gutes Leben für Alle auf den Weg bringen? Welche sind nur Scheinlösungen, weil sie die imperiale Lebensweise stützen und keinen grundlegenden Wandel zulassen?

Unser Vorgehen: Ausblick auf dieses Buch

Im ersten Teil des Buches *Die solidarische Lebensweise – Prinzipien, Projekte und Prämissen* skizzieren wir die solidarische Lebensweise und füllen diese mit Leben.

Im Kapitel *Konturen* entwickeln wir das Konzept derselben. Fünf grundsätzliche Begriffe stellen wir vor, die für uns (zumindest für den Anfang) eine solidarische Lebensweise kennzeichnen: *Commoning* steht für das gemeinschaftliche Erzeugen, Pflegen und Nutzen von Gütern und Dienstleistungen; *Demokratisierung* für Teilhabe und Zugang zu den Mitteln, die Teilhabe ermöglichen; *ReProduktion* und *Dependenz* erinnern daran, das Schaffen der Menschen am Erhalt des Lebens zu orientieren; *Suffizienz* setzt einen Gegenpol zum Wachstumsdrang der imperia-

len Lebensweise. Diese fünf Prinzipien schließen einander nicht aus, sie stützen einander und bilden die Konturen einer solidarischen Lebensweise.

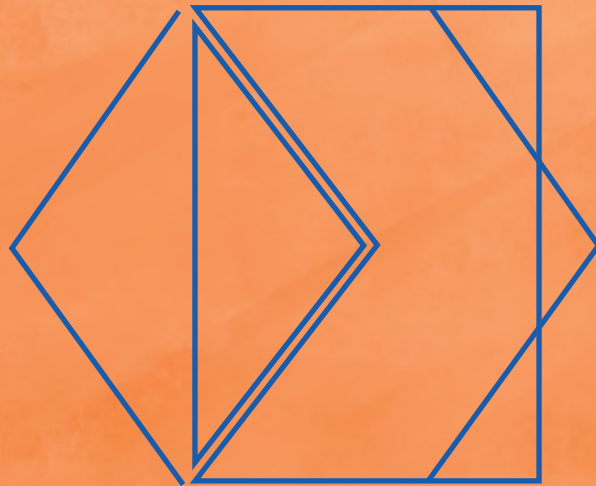
Die Bewegungen in den verschiedenen Lebensbereichen entwickeln die fünf Prinzipien, die keine abstrakten, theoretischen Gebilde sind, und machen sie lebendig. Von ihnen lernen wir, wie solidarisches Leben in der Praxis aussehen kann. Im Kapitel *Lebensbereiche* stellen wir vor, wie schon heute Menschen *Sorge, Wohnen, Ernährung*, die Versorgung mit *Gebrauchsgütern* und *Energie* sowie *Mobilität* sozial-ökologisch und solidarisch gestalten.

Viele Bewegungen ändern dabei nicht nur den Alltag vor Ort, sondern gehen politische und wirtschaftliche Strukturen an. Damit solidarisches Leben künftig nicht nur in der Nische möglich ist, gilt es die Gesellschaft von Grund auf neu aufzustellen. Im Kapitel *Institutionen* machen wir konkret, welche politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen es braucht, um eine solidarische Lebensweise zu ermöglichen. Es geht darum, Arbeit und Wirtschaft, die Organisation der Gesellschaft – lokal, national und global – und die institutionelle Sicherung von Rechten und Gesetzen für ein Gutes Leben für Alle neu zu gestalten.

Die zahlreichen Beispiele zeigen: Die solidarische Lebensweise ist kein Traum, es gibt sie schon, auch wenn vieles noch Zukunftsmusik ist. Wie kommen wir weiter? Im zweiten Teil des Buches *Wege in die solidarische Lebensweise* umreißen wir den sozial-ökologischen Wandel, der notwendig ist, damit die vielen solidarischen Alternativen Realität werden. Im Kapitel *Transformation* geht es um politische Bündnisse und wirtschaftliche Umbrüche (Teil *Politische Strategien*) und die Vorstellungen und Werte in unserer Gesellschaft sowie die vielen kleinen Schritte im Alltag (Teil *Kultureller Wandel*), die ein Gutes Leben für Alle möglich machen.

Das I.L.A. Kollektiv wünscht euch eine interessante Lektüre – und freut sich auf den Austausch mit euch!





Umrisse - in den Rissen

Die Konturen, schon jetzt zu sehen;

Mal schwach - mal stark.

Wir zeichnen sie nach, wir zeichnen sie vor.

Zusammengenommen schaffen sie

Orientierung, Mut, Bewegung, Halt.

Auf dem Weg.

TEIL I

DIE SOLIDARISCHE LEBENSWEISE PRINZIPIEN, PROJEKTE UND PRÄMISSEN

KONTUREN

KONTUREN EINER SOLIDARISCHEN LEBENSWEISE: DAS MORGEN IM HEUTE

EINE WELT, IN DER WIR NICHT AUF KOSTEN ANDERER LEBEN, IST NOTWENDIG UND MACHBAR. DOCH DAFÜR MÜSSEN WIR WISSEN, WORAN WIR UNS ORIENTIEREN SOLLEN UND WOFÜR WIR EINTRETEN WOLLEN. IN DIESEM KAPITEL SKIZZIEREN WIR DIE KONTUREN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT, IN DER DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE MÖGLICH WIRD.

Eine andere Welt ist machbar

Das Gute Leben beginnt hier und heute

Die imperiale Lebensweise steht für die Bedürfnisbefriedigung einiger weniger auf Kosten vieler anderer Menschen und der Natur. Sie verhindert systematisch ein Gutes Leben für Alle und lässt dabei kaum Platz für kollektive (siehe GLOSSAR) Utopien einer anderen Welt.

Wir halten eine andere Welt für möglich. In einer solidarischen Lebensweise können alle Menschen ihre Bedürfnisse (siehe Infobox BEDÜRFNISSE) verwirklichen – ohne dabei auf Kosten anderer oder der Natur in Gegenwart und Zukunft zu leben. Die Idee

einer anderen Welt stellt den Status quo in Frage und zeichnet in den Rissen der imperialen Lebensweise die Umrisse eines gerechten Morgens. Eine andere Welt ist Hoffnung, aber auch reale Notwendigkeit. Sie liegt nicht in ferner Zukunft. In gelebten Ideen einer solidarischen, sozial-ökologisch gerechten Gesellschaft existiert sie schon heute. Sie ist reale Utopie (siehe GLOSSAR).

In kleinteiligen Prozessen und großen gemeinsamen Momenten stellen Menschen durch konkretes Handeln und Aushandeln neue gesellschaftliche Realitäten im Hier und Jetzt her. Sie gehen solidarische Beziehungen ein und erschaffen Orte, an denen solidarisches Leben möglich ist: von kollektiven Hofprojekten über selbstverwaltete Kliniken bis hin zu gewerkschaftlichen Verhandlungen. Sie drängen die imperiale Lebensweise zurück und leiten eine sozial-ökologische Transformation (siehe GLOSSAR) ein. In ihrer Vielfältigkeit liegt die Kraft, die eine solidarische Zukunft schon heute denk- und erlebbar macht. In ihnen wird der Wandel lebendig.

Die Utopie am Horizont

Diese solidarischen Realitäten entstehen häufig dort, wo Menschen sich in realen Konflikten befinden und soziale und ökologische Werte in Gefahr sehen. Diese solidarischen Realitäten sind vielfältig und manchmal widersprüchlich. Der sozial-ökologische Wandel ist kein einheitlicher Prozess und die Utopie nicht eine einzige vorstellbare Zukunft, sondern Ergebnis eines aktiven Aushandelns.

Mit diesem Dossier machen wir uns auf die Suche danach, was die verschiedenen Bewegungen und Ideen verbindet. **Wir suchen nach den solidarischen Prinzipien, die die gegenwärtigen Verhältnisse so grundlegend verändern, dass ein Gutes Leben für Alle möglich wird.**

Auf unserem Weg leitet uns die Gewissheit darüber, dass wir die imperiale Lebensweise, die ein Gutes Leben für Alle verhindert, hinter uns lassen. Ihre Funktionsweisen und Auswirkungen haben die Autor*innen des Dokuments »Auf Kosten anderer?« ausführlich beschrieben. Wir richten den Blick gen Horizont, der uns die Richtung zeigt, in die wir fragend voranschreiten wollen – die Utopie der solidarischen Lebensweise, die uns Orientierung für den Wandel spendet und die mit jedem Schritt wächst. In diesem Kapitel greifen wir die Kritik an der imperialen Lebensweise wieder auf und skizzieren anschließend fünf Konturen einer solidarischen Lebensweise, die uns auf unserem Weg begleiten.



Die Utopie sie steht am Horizont.

Ich bewege mich zwei Schritte auf sie zu und sie entfernt sich um zwei Schritte. Ich mache weitere 10 Schritte und sie entfernt sich um 10 Schritte. Wofür ist sie also da, die Utopie?

Dafür ist sie da: um zu gehen!« Fernando Birri¹

Auf Kosten anderer: Wie die imperiale Lebensweise das gute Leben für alle verhindert

Reale Utopien der solidarischen Lebensweise erwachsen angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrisen, des Sterbens auf der Flucht, Hunger, Armut und Ausgrenzung, Naturkatastrophen und Umweltzerstörung. Reale Utopien geben Antworten auf diese Krisen und ihre Ursachen. Für uns, die Autor*innen dieses Buches, liegt die gemeinsame Ursache der Krisen in der imperialen Lebens- und Produktionsweise, deren wesentliche Merkmale wir hier kurz skizzieren (siehe Abbildung 1.1).

Die imperiale Lebensweise durchdringt das gesamte Leben. Sie zeigt sich in der Produktion von Kleidung und Elektrogeräten unter unmenschlichen Bedingungen, in prekären Jobs, schlechter Gesundheitsversorgung, maroden Schulen und Billigflug-

reisen. Der Ausbeutung (siehe GLOSSAR), die damit einhergeht, kann man nicht einfach so aus dem Weg gehen. Fast alle Menschen sind darin verstrickt, zum Beispiel, weil sie arbeiten und konsumieren, um ihr (Über-)Leben zu sichern – und sich so an unfairen Produktionsbedingungen beteiligen. Die imperiale Lebensweise steckt in unserem alltäglichen Handeln und unserem Denken genauso wie in der Güterproduktion, in Infrastrukturen und politischen Entscheidungen. Ihre Allgegenwart und Normalität macht sie stabil.

Leben auf Kosten anderer

Im Kern der imperialen Lebensweise steht das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in erster Linie auf Wachstum und Profit abzielt (siehe GLOSSAR). Es gibt deshalb auch menschlichen Beziehungen und der Natur einen Preis, setzt sie also in Wert – und zwar in einen Wert, der sie finanziell rentabel macht. Diese Entwicklungen sehen wir etwa an Gesundheit und Pflege, die man sich leisten können muss, dem immer exklusiveren Wohnen in Innenstädten oder dem wachsenden privatisierten Bildungssektor. Immer mehr soll nach den Regeln des Marktes funktionieren und ständig wachsende Gewinne produzieren.

Die menschlichen Bedürfnisse geraten dabei unter die Räder: Produziert wird, was Profit bringt, nicht was gebraucht wird. Mit der Folge, dass wir zwar immer mehr erwirtschaften, elementare Bedürfnisse aber trotzdem nicht für alle gerecht gestillt werden können. Während die meisten Menschen einen immer stärker eingeschränkten Zugang zu den notwendigen Ressourcen haben, bedienen sich einige wenige dieser Mittel und machen sie zu ihrem Eigentum, von dem sie immer mehr anhäufen. Acht Männer besitzen heute so viel Vermögen wie 3,6 Milliarden Menschen – die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.²

Die globale Ober- und Mittelschicht, der ein großer Teil der Menschen in reichen Gesellschaften, aber auch zunehmend mehr Menschen in einkommensschwachen Ländern angehören, lebt die imperiale Lebensweise. Sie erzeugt weltweit soziale Ungerechtigkeit und Schäden an der Natur. Die Produkte und Dienstleistungen hierzulande mögen immer erschwinglicher werden, doch die Kosten dafür sind hoch. Im Globalen Norden (siehe GLOSSAR) bleibt das allzu oft unsichtbar, denn die Kosten für die Lebensweise sind ausgelagert (externalisiert): auf Mensch und Natur im Globalen Süden, auf diskriminierte Gruppen auch innerhalb der Gesellschaften des Globalen Nordens und auf nachfolgende Generationen. Belohnt werden diejenigen, die es schaffen, am besten Kosten und Probleme auszulagern, indem sie

niedrigste Löhne zahlen und natürliche Ressourcen ausbeuten, ohne die Schäden zu kompensieren. Wer über wenig Geld und Einflussmacht verfügt, erfährt den größten Schaden dieser Lebensweise und trägt ihre Kosten.

Die imperiale Lebensweise ist überall und betrifft uns alle, aber sie ist nicht verallgemeinerbar. **So wie diejenigen, die von der imperialen Lebensweise profitieren, konsumieren und produzieren, können nicht alle Menschen auf der Erde leben.** Das würde schon an den ökologischen Grenzen der Erde scheitern sowie an der Tatsache, dass natürliche Senken (siehe GLOSSAR), die der Mensch zur Entsorgung nutzt, begrenzt sind. Hinzu kommt, dass die imperiale Lebensweise nur dann funktioniert, wenn ein großer Teil der Menschheit und seine Arbeitskraft ausgebeutet werden.

Die Grenze der Ausbeutung ist besonders zwischen reichen und armen Ländern sichtbar, aber sie verläuft nicht nur dort. Auch in armen Ländern profitieren einige wenige von der imperialen Lebensweise und gehören dem Globalen Norden an, auch in reichen Gesellschaften haben nicht alle Menschen die gleichen Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse zu verwirklichen. Die Grenzlinien der Ausbeutung und Ungleichheit ziehen sich entlang sozialer Kategorien: An Klassenzugehörigkeiten, Geschlechterrollen und rassistischen Zuschreibungen werden sie besonders deutlich. Diskriminierung in diesen Formen legitimiert Ausbeutung und stabilisiert die Machtgefälle zwischen jenen, die von der imperialen Lebensweise profitieren, und jenen, die darunter leiden. Die imperiale Lebensweise beruht auf einer Einteilung der Welt in Gegensätze: Schwarz – Weiß, Frau – Mann, Natur – Mensch, homo – hetero, arm – reich und so weiter. In jeder dieser Einteilungen steckt eine Hierarchie: Ein Teil des Gegensatzpaares darf über den anderen Teil bestimmen. Solche Gegensatzpaare sind tief in unserem Denken verankert und stellen materielle und soziale Realitäten her.³ Sie sorgen zum Beispiel dafür, dass überdurchschnittlich viele migrantische Frauen Putz- und Pflegejobs haben, während vor allem ›weiße‹ Männer auf politisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich einflussreichen Positionen sitzen. Die imperiale Lebensweise betrifft alle, doch die Ungerechtigkeiten treffen uns in unterschiedlicher Weise und wir sind in unterschiedlichen Handlungspositionen, die Welt zu verändern.

Zwang und Zustimmung zementieren die imperiale Lebensweise

Wenn das alles so schlimm ist, warum ändert sich nichts daran? Die imperiale Lebensweise ist gut ab-

gesichert. Das geschieht teilweise gewaltvoll und unter Einsatz von Zwang. Das können starke Zwänge sein, wie die Arbeit für einen Hungerlohn, die das eigene Überleben sichert. Es kann sich um politische und gewalttätige Unterdrückung handeln: Bei der Räumung des Hambacher Forsts im September 2018 wurden die Waldretter*innen von mehr als 2.000 Polizist*innen mit Räumpanzern, Wasserwerfern und Hubschraubern von den Bäumen geholt.⁴ Möglich sind auch weniger stark spürbare Zwänge – etwa die Angst vor dem sozialen Absturz, wenn man seinen Job verloren hat oder die Notwendigkeit, ein Auto zu besitzen, weil der öffentliche Nahverkehr schlecht ausgebaut ist.

Gleichzeitig wirken die Bequemlichkeiten und Anreize der imperialen Lebensweise für viele Menschen sehr anziehend. Sie erscheint als das Ideal eines modernen und komfortablen Lebens, in der Konsumgüter jederzeit verfügbar sind. Ob Auto, Fernreisen, Computer, Kleidung – wer all das hat, empfindet den Besitz als normal (siehe GLOSSAR) und wer es (noch) nicht hat, empfindet das Streben danach als normal. Fast alle Bedürfnisse werden in der imperialen Lebensweise durch Konsum befriedigt und wirtschaftlicher Wohlstand wird oft so verstanden, dass immer mehr Konsum überall auf der Welt jeder*m zusteht. Politische und wirtschaftliche Strukturen, die umweltzerstörende und ausbeuterische Produktionen fördern, werden kaum hinterfragt.

Große Mobilfunkunternehmen werben mit dem Slogan »Jedes Jahr ein neues Smartphone«⁵: Smartphones (und damit ihre Herstellung) als unbegrenzte, immer vorhandene Ressource wahrzunehmen, wird dadurch zur Normalität. Wir kaufen also neue Handys, weil es *möglich* und gesellschaftlich *anerkannt* ist. Während wir damit unseren Status aufbessern, profitieren die Unternehmen von einer globalen Wertschöpfungskette, die ökologische und soziale Folgekosten ignoriert. Diese imperiale Logik ist abgesichert durch politische und wirtschaftliche Akteur*innen (Unternehmen, Verbände, Parteien), durch politische Strukturen (Gesetze, Richtlinien), aber eben auch durch Werbung. Denn sie schafft erst Bedürfnisse, die es ohne sie nicht gäbe. Damit werden gleichzeitig solidarische Alternativen unsichtbar gemacht. Diese beiden Kräfte – (in-)direkter Zwang sowie breite Zustimmung – machen die imperiale Lebensweise hegemonial (siehe GLOSSAR und TRANSFORMATION).

Die imperiale Lebensweise breitet sich immer weiter aus

Ein Erfolgsfaktor der imperialen Lebensweise besteht darin, dass sie in der Lage ist, sich die in ihr

entstehenden Gegenentwürfe anzueignen. Auch auf diese Weise breitet sie sich weiter aus. Dies zeigt sich unter anderem beim *grünen Wachstum* (Green Economy). So mag zwar ein Teil der Ideen der Green Economy aus einer Bewegung stammen, die fundamental etwas ändern wollte – heute jedoch sind viele Ideen kommerzialisiert, inwertgesetzt (siehe GLOSSAR) und Teil der imperialen Lebensweise geworden. Unternehmen, Politiker*innen und manche Forscher*innen fordern heute ein solch grünes Wachstum lautstark ein und nähren damit die Vorstellung, eine ökologische Zukunft sei möglich ohne vom Wachstumsparadigma Abstand zu nehmen. Dabei deutet bislang wenig darauf hin, dass das stimmt. Elektrogeräte mögen energiesparender werden, doch in vielen Haushalten gibt es immer mehr davon und sie werden stärker genutzt; das Elektroauto ist das Zweit-Auto, das man sich vorher nicht angeschafft hätte; Klammotten aus Bio-Baumwolle sind so günstig, dass der Shoppingwahn auch hier nicht stoppt. Dieses grundlegende Dilemma ist in vielen Bereichen unseres Alltags deutlich sichtbar und wird als *Rebound-Effekt* bezeichnet (siehe GLOSSAR und Infobox REBOUND-EFFEKT).⁶

Scheinlösungen helfen also nicht, Umweltschäden zu reduzieren. Soziale globale Ungerechtigkeiten lassen sie ganz außen vor. Sie verändern nicht die grundlegenden, zerstörerischen Kräfte kapitalistischen Wirtschaftens (siehe GLOSSAR). Damit eröffnen scheinbare Lösungen wie E-Mobilität oder CO₂-Ausgleichszahlungen nicht den Horizont solidarischer Lebensweisen.

» Damit eröffnen scheinbare Lösungen wie E-Mobilität oder CO₂-Ausgleichszahlungen nicht den Horizont solidarischer Lebensweisen.«

Krisen, Konflikte und Scheinlösungen legen den Blick auf die Widersprüche der imperialen Lebensweise frei. Sie machen deutlich, dass

es allerhöchste Zeit ist, mit dem Wandel zu einer solidarischen Lebensweise zu beginnen. Wir als I.L.A. Kollektiv begeben uns auf die Suche nach realen Utopien eines solidarischen Lebens. Utopien, die alltägliches Handeln und Denken, materielle Bedingungen und Infrastrukturen (siehe GLOSSAR) sowie politische und wirtschaftliche Strukturen der imperialen Lebensweise verändern. Das bedeutet, die Art und Weise, wie wir produzieren, arbeiten und konsumieren, muss fundamental geändert werden.

Die Solidarische Lebensweise: Konturen des Guten Lebens für Alle!

Schon hier und heute schaffen Menschen die Grundlage für solche Veränderungen. Überall auf der Welt setzen sich Menschen für ein friedliches, demo-

kratisches, ökologisch nachhaltiges Miteinander frei von Ausbeutung, Gewalt und Diskriminierung ein. Manche Ideen werden schon heute umgesetzt, andere sind (noch) theoretische Debatten. Wir sind davon überzeugt, dass es Prinzipien des solidarischen Zusammenlebens gibt, die ganz verschiedene Initiativen und Projekte verbinden, und die in ihnen mal mehr, mal weniger deutlich zum Vorschein treten. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Prinzipien herauszuarbeiten, die uns in den aktuellen Alternativen und Denkströmungen immer wieder begegnet sind. Wir glauben, dass in ihnen der Grundstein für eine solidarische Lebensweise liegt (siehe Abbildung 2.1).

Alle Bewegungen und Modelle, an denen wir uns orientiert haben, stehen dafür, dass ein ausbeutungsfreies Leben möglich wird: Ein Leben, das nicht auf Kosten anderer Menschen, der Natur oder zukünftiger Generationen geht. Das ist die Voraussetzung für solidarische Lebensweisen – die rote Linie, hinter die reale Utopien nicht zurückfallen wollen.

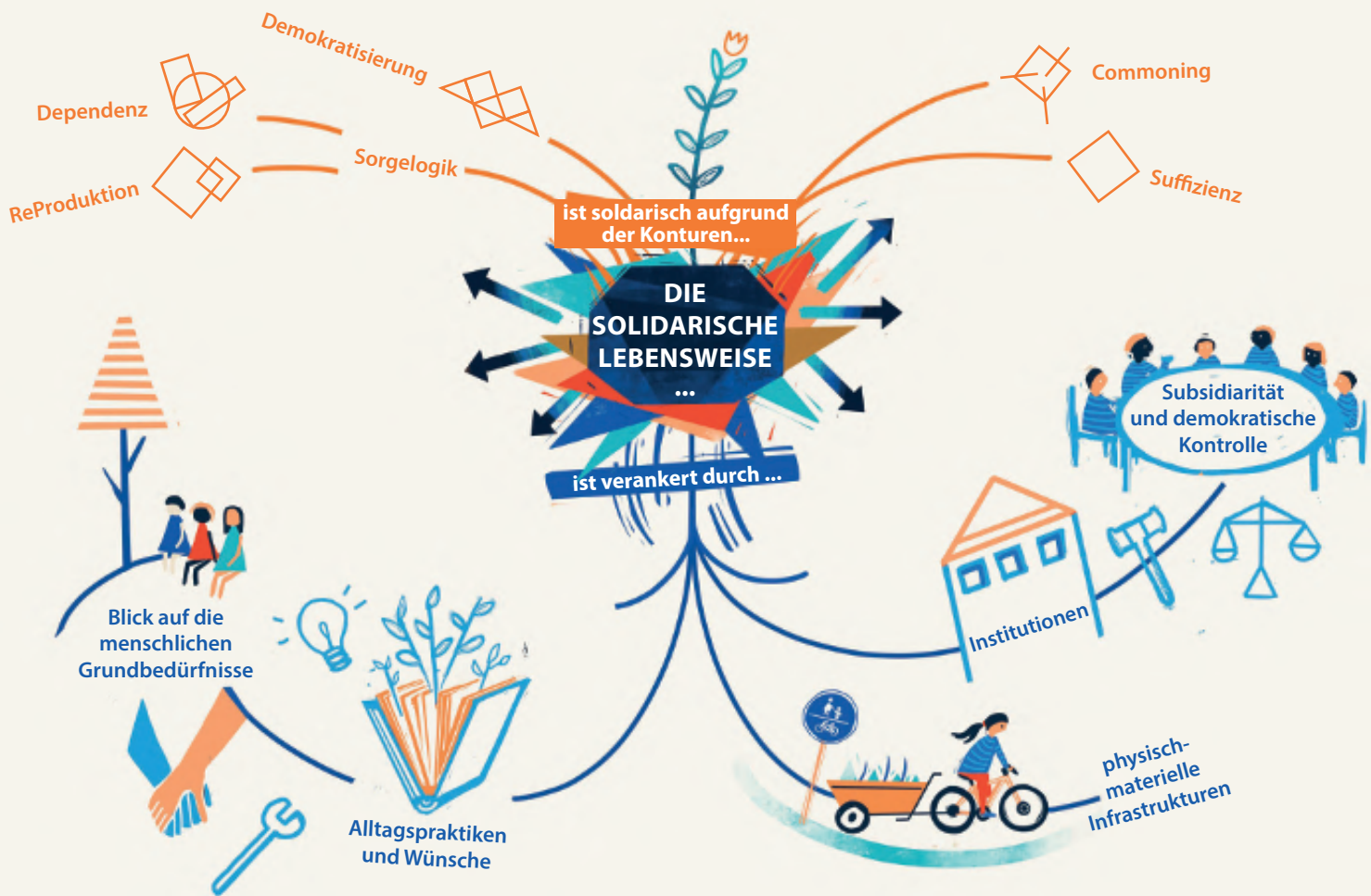
Die ausgewählten Prinzipien erlauben es, soziale und ökologische Transformation (siehe GLOSSAR) zusammen zu denken, weil das eine ohne das andere nicht sein kann. Sie zielen darauf ab, politische und wirtschaftliche Strukturen ebenso zu verändern wie unseren Alltag. Das umfasst zum Beispiel Eigentums- und Besitzverhältnisse, Produktion und Konsum, Arbeit und Sorge sowie Teilhabe und Mitbestimmung. Sie schaffen Möglichkeiten, auf all diesen Ebenen die Verbundenheit zwischen Menschen sowie zwischen Mensch und Natur anzuerkennen. Sie füllen das, was wir als *solidarisch* bezeichnen, mit Leben.

Die Prinzipien, die wir hier zusammentragen, sind kein Masterplan, sondern verstehen sich als Beitrag zum großen Suchprozess nach Wegen des Guten Lebens. Sie sollen Halt und Orientierung bieten und Lust machen, weiter zu denken und solidarisches Leben immer wieder neu zu erschaffen. Sie dienen dazu, politisches Handeln auch in der komplexen Wirklichkeit zu ermöglichen und etwaige blinde Flecken alternativer Projekte aufzudecken. Sie sind nicht trennscharf, sie schließen einander nicht aus und sie ersetzen einander nicht. Gerade das macht sie stark: Sie greifen ineinander, stützen sich gegenseitig – und stabilisieren dadurch in der Praxis die solidarische Lebensweise.

Demokratisierung: Was alle angeht, entscheiden alle

Wir sind davon überzeugt, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sollten, ihr Leben und alles, was dieses berührt, selbstbestimmt zu gestalten. Dazu benötigen alle Menschen Zugang zu den Mitteln,

Abbildung 2.1: Das Konzept der solidarischen Lebensweise



die für diese umfassende Teilhabe notwendig sind. *Demokratisierung* bedeutet daher Umverteilung. Bei gleichen Zugängen geht es um zeitliche und emotionale Fähigkeiten genauso wie um Bildung sowie materielle und soziale Sicherheit. Darüber hinaus braucht es hierfür entsprechende Entscheidungsverfahren, die Machtungleichheiten überwinden und allen Menschen gleichermaßen ermöglichen, zu partizipieren. Das Recht, sich nicht immer mit voller Kraft für seine Rechte einsetzen zu müssen (weil man nicht immer kann oder nicht immer will), muss dabei jedoch gewahrt bleiben.

Demokratisierung denken wir als Strategie der Ermächtigung (siehe GLOSSAR): Die materiellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft sowie das staatliche und ökonomische Handeln werden den demokratischen Entscheidungen der Zivilgesellschaft untergeordnet. Dies schließt unser Wirtschafts- und Bildungssystem genauso ein wie Ernährung, Energie, Mobilität und Wohnen (siehe LEBENSBEREICHE). Dabei geht es nicht um eine starre Struktur: Wie Entschei-

dungen auf eine Weise getroffen werden, dass alle Perspektiven gleichberechtigt berücksichtigt werden, muss ständig verhandelt werden. Wichtig ist, dass alle Beteiligten ihre Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Meinungen einbringen können, wenn sie das möchten, und darüber hinaus Verantwortung für andere übernehmen. Machtungleichheiten und verletzendes Verhalten werden offen thematisiert, reflektiert und im besten Fall gemeinschaftlich überwunden.

Alle Menschen, die von einer Entscheidung betroffen sind, können mitentscheiden. Anstatt diese Entscheidungen in technokratische Organe auszulagern, speist sich solidarische Demokratisierung unter anderem aus *Relokalisierung*: Was vor Ort geklärt werden kann, sollte auch dort entschieden werden. Wesentliche Aspekte der Entscheidungsgewalt liegen bei lokalen Einheiten, die in offenen, transparenten und basisdemokratischen Verfahren allen Menschen gerechte Teilhabe ermöglichen.

Universale, globale soziale Rechte und Vereinba-

rungen müssen translokal – also über nationale oder regionale Grenzen hinweg – verhandelt sowie demokratisch legitimiert werden. Es bedarf daher großer Institutionen, die lokale Einheiten vernetzen, für Austausch sorgen und übergeordnete Entscheidungen koordinieren. So kann der Schutz von Minderheiten und diskriminierten Gruppen gewährleistet und eine gemeinsame Wertebasis garantiert werden.

Demokratisierung bedeutet auch (kollektive) Selbstverwaltung. Beteiligte und Angehörige gesellschaftlicher Infrastrukturen, Institutionen und ökonomischer ReProduktionsstätten wie Schulen organisieren sich dabei beispielsweise in Genos*s*innenenschaften (siehe GLOSSAR), Bürger*innenversammlungen oder Räten (siehe GLOSSAR), die über die Verwirklichung ihrer Bedürfnisse und die dafür notwendigen Strukturen selbst entscheiden. Auch die Kommunikation und Abstimmung zwischen diesen Institutionen und Gruppen müsste gleichberechtigt und demokratisch organisiert sein und sich darüber hinaus an den planetaren Grenzen (siehe GLOSSAR) orientieren (zu diesen Formen der selbstbestimmten Entscheidungsfindung siehe INSTITUTIONEN).

Commoning: Die schöpferische Kraft des Gemeinschaftens

Menschen sind auf materielle Güter und Ressourcen angewiesen. Die imperiale Lebensweise organisiert die Verteilung der Güter über Privateigentum und Profitmaximierung. In einer solidarischen Lebensweise können Menschen Güter nach ihren Bedürfnissen nutzen, ohne dabei die Bedürfnisse anderer zu verletzen.

Gemeingüter (englisch: Commons) sind eine dritte Art »jenseits von Staat und Markt«⁷, Güter zu nutzen und zu verwalten. Ob etwas ein Commons ist, hängt nicht vom Gut selbst ab, sondern vom Prozess des *Gemeinschaftens* (Commoning), also dem Umgang damit: Gemeingüter entstehen, wenn die Beteiligten sie gemeinschaftlich erzeugen, pflegen und nutzen. Sie sind daher immer sozial.⁸ Alle möglichen Arten, Güter herzustellen und zu erhalten, an denen Menschen gemeinsam beteiligt sind, sind als Commoning denkbar. Die beteiligten Menschen entscheiden gemeinsam über die Gestaltung des jeweiligen Gemeingutes. In diesem Prozess ist das Prinzip der Demokratisierung zentral. Dabei orientieren sie sich an ihren eigenen grundlegenden Bedürfnissen, handeln gemeinschaftlich eine Lösung für alle aus und zielen auf eine bedürfnisorientierte Nutzung, ohne dabei den langfristigen Erhalt des Gemeinguts zu gefährden.⁹ Auf diese Weise ermöglichen sie ein Weniger an Gebrauchsgütern.

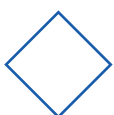
Commoning verändert die Perspektive auf die Ressourcen und Dinge, die Menschen zum Leben brauchen. Exklusives und uneingeschränktes Privateigentum ist mit Commoning nicht vereinbar. In den jetzigen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Strukturen können Gemeinschaften und die Vergesellschaftung von Ressourcen aber auch in privaten und öffentlichen (staatlichen) Organisationsformen stattfinden – solange diese nicht profitorientiert sind und Konkurrenz um knappe Güter nicht länger die Maxime ist. Dass dies langfristig klappen kann, zeigt das Mietshäuser Syndikat: Wohnraum aus dem privaten Immobilienmarkt wird in eine gemeinwohlorientierte GmbH überführt, weswegen mit den so organisierten Häusern nicht mehr spekuliert werden kann (siehe WOHNEN).

Im Prozess des Gemeinschaftens handeln Menschen nicht länger nur als Konsument*innen oder abhängige Lohnarbeiter*innen (siehe GLOSSAR). Sie übernehmen Verantwortung für den Umgang mit Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen, teilen und haben teil. Entgegen der menschlichen Vereinzelung in der imperialen Lebensweise fördern Commons dabei das Miteinander sowie das Bewusstsein, dass jede*r mit anderen Menschen und der Mitwelt (siehe GLOSSAR) verbunden ist.¹⁰

Gemeinschaften kann mühsam sein. Gemeingüter wurden schon häufig *eingehengt*, das heißt in gewisser Weise eingezäunt und gewaltsam in Privatbesitz umgewandelt. Immer wieder scheitern Gemeingüter, weil es Konflikte zwischen den beteiligten Menschen geben kann. Gemeingüter sollten deshalb langfristig und demokratisch organisiert sein (siehe INSTITUTIONEN). Je nach Art des Gemeinguts können unterschiedliche Regelsysteme zur Anwendung kommen, um den Prozess des Gemeinschaftens langfristig zu meistern.

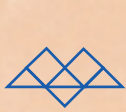
ReProduktion: Gemeinsam für alle(s) sorgen

Wenn wir ernst nehmen, dass Menschen aufeinander und auf die Natur angewiesen sind, verschiebt sich der Fokus unseres Schaffens: Es geht darum Leben zu erhalten, Teilhabe zu sichern und Bedürfnisse zu verwirklichen, ohne andere auszubeuten. Das ist das Prinzip der ReProduktion beziehungsweise der Sorge. Das, was wir heute als Erwerbsarbeit bezeichnen, trägt dazu nur teilweise oder gar nicht bei. Trotzdem wird die Erwerbsarbeit gemeinhin als »produktive« Tätigkeit betrachtet. Der reproduktive Teil der Tätigkeiten – also die Sorgearbeit für Menschen, wie Kranken- und Altenpflege, Kinderbetreuung oder Hausarbeiten und auch der Erhalt der Natur – wird abgewertet, sogar dann, wenn diese Tätigkeiten als Beruf ausgeübt werden.



Infobox: PRINZIPIEN DER SOLIDARISCHEN LEBENSWEISE – Legende für die weitere Lektüre

In den folgenden Kapiteln beziehen wir uns immer wieder auf die in diesem Kapitel vorgestellten fünf Prinzipien der solidarischen Lebensweise. Symbole am Rand sollen die weitere Lektüre erleichtern:



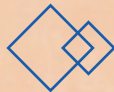
Demokratisierung:

Alle an den Entscheidungen beteiligen, die sie betreffen, und mit den nötigen Mitteln dazu ausstatten



Commoning:

Güter und Dienstleistungen gemeinschaftlich schaffen, nutzen und pflegen



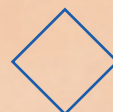
ReProduktion:

Maßstab aller Tätigkeiten ist es, Leben zu erhalten, zu entfalten und Beziehungen zu pflegen



Dependenz:

Mensch und Natur sind untrennbar verbunden



Suffizienz:

Genug für alle statt immer mehr für wenige

So wird in der imperialen Lebensweise die Auslagerung von Kosten auf die Natur oder auf Menschen (mehrheitlich sind es Frauen*), die prekäre Sorgearbeit verrichten, gerechtfertigt. Wir wollen eine Lebens- und Produktionsweise, die nicht länger zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten trennt und sich konsequent an der Logik der Sorge orientiert. Dafür räumen wir der Sorgearbeit einen zentralen Stellenwert ein. Für uns umfasst der Begriff nicht nur klassische reproduktive Tätigkeiten sondern alles, was Leben spendet, erhält und zur Entfaltung bringt.¹¹ Es geht also nicht ausschließlich um Waschen, Putzen, Kochen, Pflegen, sondern auch darum, Lebensmittel anzubauen, Bedarfsgegenstände herzustellen, zu musizieren. Deshalb sprechen wir auch von *ReProduktion*, um die heute getrennten Sphären von Produktion und Reproduktion zusammenzudenken: Tätigkeiten erfahren ihre Anerkennung nicht mehr dadurch, dass sie ökonomischen Mehrwert produzieren, sondern dadurch, dass sie sich auf das Wesentliche beziehen, nämlich die Erhaltung und Entfaltung menschlichen Lebens sowie die ökologische Unversehrtheit. Das bedeutet, dass Erwerbsarbeit sich grundlegend verändert: Sorgende Tätigkeiten im Privaten oder im Beruf werden aufgewertet, weswegen Menschen dafür mehr Zeit als das Überbleibsel einer 40-Stunden-Woche brauchen (siehe INSTITUTIONEN).

In der Logik der Sorge werden Menschen als bedürftige, verletzbare Wesen sichtbar und es wird klar, dass jede*r auf andere angewiesen ist.¹² Die Logik der Sorge

» *Sorge ist immer auf grundlegende menschliche Bedürfnisse ausgerichtet, sie trägt Sorge, dass eigene Bedürfnisse und die anderer verwirklicht werden.*«

räumt den Beziehungen zwischen Menschen (und der Natur, darum geht es weiter unten) einen hohen Stellenwert ein: Wir können nur in Verbindung mit und durch andere unsere grundlegenden Bedürfnisse verwirklichen. Dabei sind gelingende Beziehungen selbst schon ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen. Sorge ist immer auf grundlegende menschliche Bedürfnisse ausgerichtet, sie *trägt Sorge*, dass eigene Bedürfnisse und die anderer verwirklicht werden.

Dependenz: Die Natur als Mitwelt statt als Müllhalde
Sorge und Beziehung schließt für uns das Verhältnis zwischen Menschen und der Natur – und somit die gesellschaftlichen Naturverhältnisse – mit ein. In der imperialen Lebensweise wird die Natur äußerlich gedacht, beispielsweise als stummes Rohstofflager oder Mülldeponie, die die Menschen ausbeuten, verschmutzen und manipulieren können. **Die Logik der Sorge hingegen erinnert daran, dass Menschen auf die Natur angewiesen sind:** Sie umgibt uns nicht nur, sondern wir sind auf unzählige Weisen mit ihr ver-





» *Mensch und Mitwelt sind ›more than one, but less than two‹, nicht identisch und doch untrennbar..«*

flochten (*Dependenz*). Wir sind selbst Natur. Sie erinnert uns außerdem daran, dass die Zyklen der Natur verletzlich sind und auch die Kraft, die sie zur Regeneration benötigt, endlich ist. Auch die Natur braucht Sorge.

So über Natur zu denken, führt uns weg davon, Natur und Mensch als gegensätzliches Paar zu sehen – also als zwei getrennte Teile, die sich ohne jede Schnittmenge gegenüber stehen – hin zu einer Vorstellung von Mitwelt (siehe GLOSSAR).¹³ Mensch und Mitwelt sind »more than one, but less than two«¹⁴, nicht identisch und doch untrennbar. Wir betrachten die Natur damit nicht länger als verwertbar und beliebig manipulierbar, sondern sprechen ihr Eigenwert und Eigenständigkeit bei gleichzeitiger Verflechtung mit dem Menschen zu. Wir sprechen uns dafür aus, diese notwendige Verbundenheit auf Augenhöhe und in Fürsorge zu gestalten.

Der Verantwortung für die Mitwelt werden Menschen gerecht, wenn gesellschaftliche Naturverhältnisse demokratisiert werden. Demokratische Institutionen und Organisationsformen sorgen dafür, dass über Fragen nach Naturverbrauch, Güterproduktion und Zugang zur Mitwelt kollektiv beraten und entschieden wird. Die Auslagerung von Kosten auf die Mitwelt muss bei Entscheidungen mitbedacht und soweit gesenkt werden, dass sich die Mitwelt in ihrem eigenen Tempo und ihrer eigenen Logik regenerieren kann. Konkret bedeutet dies: Natürliche Kreisläufe langfristig erhalten und Lebensräume schützen, Umweltverschmutzung reduzieren, weniger Ressourcen verbrauchen.¹⁵ Demokratisch gewählte Fürsprecher*innen können darüber hinaus die Rechte der Mitwelt gegenüber anderen Interessen vertreten und verleihen ihr auf diesem Wege eine Stimme.

therightsofnature.org

» *Die Frage ist nicht mehr, was ist schneller, besser, weiter, sondern was ist genug.«*

Suffizienz: Es ist genug für alle da

Das Prinzip der Suffizienz hält der Wachstumslogik der imperialen Lebensweise

– Mehr ist besser! – ein Genug! entgegen. Darin steckt für uns eine doppelte Forderung: Zum einen sollen

alle Menschen genug haben, um ein gutes Leben führen zu können. Zum anderen müssen Gesellschaften und soziale Gruppen, deren Lebensweise einen zu großen ökologischen Fußabdruck (siehe GLOSSAR) erzeugt, diesen drastisch verkleinern. Das beinhaltet auch gesellschaftliche Gleichheit: Menschen mit zu viel Macht und Eigentum müssen einen entsprechenden Teil ihrer Ansprüche abtreten.

Suffizienz zielt darauf, dass die Menschen weniger Ressourcen (Energie, Material und so weiter) als heute verbrauchen. Die Nachfrage nach ressourcenintensiven Gütern und Dienstleistungen sinkt oder wächst zumindest langfristig nicht. Gerade für die globale Ober- und Mittelschicht schrumpft bei Überwindung der imperialen Lebensweise der absolute Materialverbrauch (*Degrowth*). Suffizienz heißt nicht absoluter Verzicht, sondern verschiebt den Maßstab: Die Frage ist nicht mehr, was ist schneller, besser, weiter, sondern was ist genug.

Somit steckt in der Forderung nach Suffizienz auch die Aufforderung, über Bedürfnisse zu sprechen. In einer suffizienten Gesellschaft geht es nicht lediglich darum, bestehende Bedürfnisse mit weniger oder anderem Ressourcenaufwand zu befriedigen. Es geht darum, neu über Bedürfnisse zu diskutieren und damit vor allem über Konsumbedürfnisse hinauszudenken. Ein neuer Bedürfnisbegriff hilft, uns von Kaufrausch und Konsumzwängen zu lösen. Stattdessen können wir die ganze Fülle der Möglichkeiten, menschliche Bedürfnisse zu stillen, in den Blick nehmen. Ziel bleibt es dabei, dass alle Menschen ihre Bedürfnisse verwirklichen können, ohne dabei auf Kosten anderer und der Mitwelt zu leben.

Orientierung auf dem Weg

Commoning, Demokratisierung, ReProduktion, Dependenz, Suffizienz – entlang dieser Leitplanken erforschen wir die Möglichkeiten solidarischer Lebensweisen. Ihre Umriss sind miteinander verwoben, sie bedingen sich gegenseitig, sie sind nicht immer ohne Widersprüche zu schaffen – und: Sie sind sicherlich nicht vollständig. Wir arbeiten weder am Masterplan noch können wir eine Blaupause der einen, perfekten Zukunft liefern. Dennoch können die Prinzipien uns helfen, den Weg (zu) einer solidari-schen Welt anzutreten und nicht zu weit von diesem abzukommen.

Wir suchen in den Konturen Orientierung in einer Welt, in der Probleme und ihre Lösungen furchtbar komplex erscheinen. Damit in Zukunft Menschen nicht länger auf Kosten anderer leben und sich gegenseitig sowie die Natur ausbeuten müssen, gilt es, die Lebens- und Produktionsweise grundlegend zu

Infobox: BEDÜRFNISSE – Bedürfnisse haben Grenzen!

Während ein kleiner Teil der Weltbevölkerung in materiellem Überfluss lebt, können viele Menschen nicht ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, medizinischer Versorgung oder Teilhabe verwirklichen. In der imperialen Lebensweise ist das Nachdenken über Bedürfnisse stark durch die konventionellen (neoklassischen) Wirtschaftswissenschaften geprägt. Aus ihrer Sicht sind menschliche Bedürfnisse grenzenlos, die dafür zur Verfügung stehenden Mittel knapp. Es gibt demnach auch keinen qualitativen Unterschied zwischen dem Gut Trinkwasser und dem Gut Yacht. Die Befriedigung der Bedürfnisse erfolgt über den Markt, über Angebot und Nachfrage. Das Modell ist elegant, denn es funktioniert, ohne dass man darüber reden muss, wem was und wie viel zusteht. Doch die Anhänger*innen dieser Logik drücken sich davor, die wichtigen Fragen nach gerechter Verteilung und ökologischer Suffizienz anzugehen. Wir, die Autor*innen dieses Buchs, wollen eine gesellschaftliche Debatte über Bedürfnisse anstoßen.

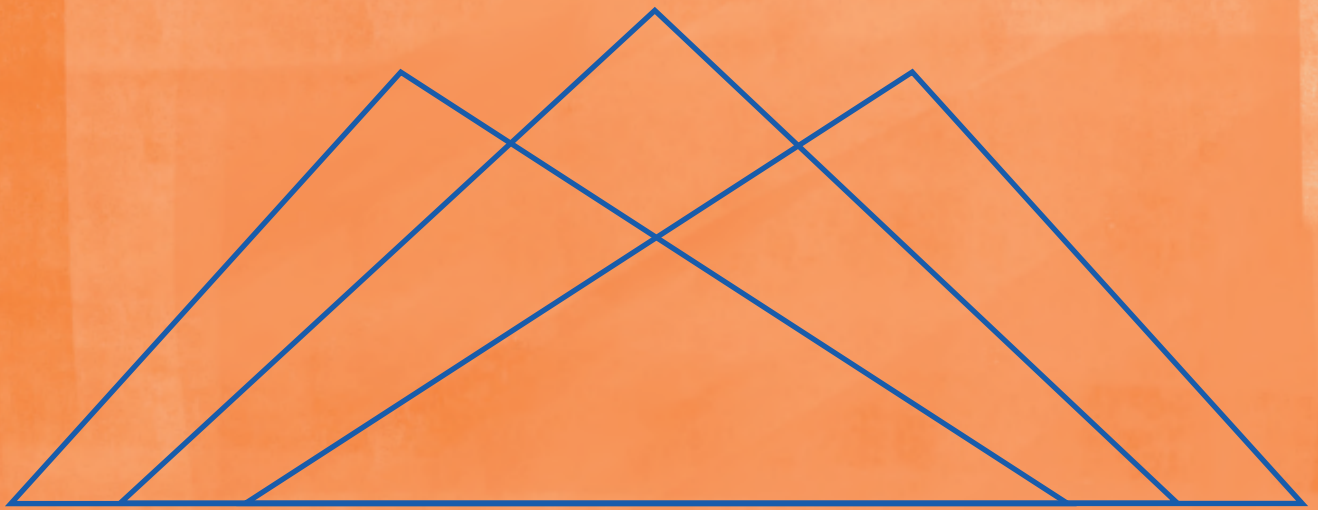
Dabei ist klar, dass Bedürfnisse weder eine rein individuelle Entscheidung noch allein ›biologisch‹ bestimmt sind. In der imperialen Lebensweise brauchen Menschen in ländlichen Räumen meistens ein Auto, weil die Verkehrsinfrastruktur eine andere Mobilität nicht vorsieht (materielle Infrastrukturen, siehe GLOSSAR). Gestützt wird das durch gesellschaftlich geteilte Werte (mentale Infrastrukturen, siehe Glossar) eines erfolgreichen Lebens, die unser Verhalten und unsere Bedürfnisse stark beeinflussen: Wer sich kein Auto, keine Flugreisen in ferne Länder oder keine Putzkraft für Zuhause leisten kann, der hat es nicht ›geschafft‹. Dieses Denken wird gefördert durch gesellschaftliche Gruppen (zum Beispiel die Automobilindustrie), die davon profitieren. Gerade weil die gegenwärtige Form der Bedürfnisbefriedigung auf Kosten anderer geht, ist die Frage umso wichtiger: **Was brauchen wir wirklich?**

Eine konstruktive Debatte über Bedürfnisse kann man zum Beispiel dann führen, wenn man wie der chilenische Ökonom Manfred Max-Neef zwischen grundlegenden Bedürfnissen (›needs‹) und den verschiedenen Wegen, diese zu verwirklichen (›satisfier‹), unterscheidet:¹⁶ Das Auto ist kein Bedürfnis (›need‹), sondern ein bestimmtes Mittel zur Verwirklichung eines Bedürfnisses nach Teilhabe und Anerkennung (oder etwas Anderem). Folglich kann es auch andere Wege geben, dieses Bedürfnis zu verwirklichen. Statt zu konsumieren können wir beispielsweise Zuneigung schenken oder einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen.

Eine solche Perspektive dreht die Vorstellung der grenzenlosen menschlichen Bedürfnisse in einer Welt knapper Mittel auf den Kopf: Die Grundbedürfnisse sind begrenzt, aber die Weisen, sie zu verwirklichen, grenzenlos. Es ist vor allem eine kulturelle und soziale Frage, welche dieser Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Frage ›Was brauchen wir wirklich?‹ ist deshalb hochpolitisch, und keine rein individuelle: Wir müssen kollektiv entscheiden, welche Bedürfnisse wir für die wichtigsten halten. Zu den Grundbedürfnissen zählen für Max-Neef die Sicherung der materiellen Lebensgrundlage, Schutz und Sicherheit, Zuneigung und Zuwendung, Verständnis, Teilhabe, Muße, Kreativität, Identität, Autonomie und Transzendenz. Wir müssen dann unsere Produktions- und Lebensweise so gestalten, dass sie allen ermöglicht, diese Bedürfnisse zu verwirklichen, ohne auf Kosten unserer Mitwelt zu gehen.

ändern. Wir wollen Alltagspraktiken (siehe Glossar) erlernen und politische und wirtschaftliche Strukturen schaffen, die die derzeitig herrschenden Bedingungen radikal überwinden. Reale Utopien solidarischen Lebens drängen die imperiale Lebensweise in ihren ausbeuterischen Dimensionen zurück und destabilisieren sie im Kern. Lernen wir von den Geschichten, Orten und Gruppen, die ihr trotzen! Auf den nächsten Seiten stellen wir einige dieser Geschichten aus den Lebensbereichen SORGE, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT, MOBILITÄT, WOHNEN, GEBRAUCHSGÜTER und ENERGIE vor. **Diese unterschiedlichen Versuche, solidarische Lebensweisen schon heute zu verwirklichen, lassen ein Mosaik des Guten Lebens für Alle entstehen: vielfältig, gerecht, enkeltauglich.**





*leben, staunen, entdecken, verwundern, verstehen, gestalten, verändern,
ermutigen, wagen, versuchen, erleben, ermächtigen, handeln, bewegen,
fragen, verwerfen, suchen, probieren, erproben, lernen, reifen,
brauchen, wollen, lassen, beziehen, genießen, spielen,
anstupsen, anstoßen, anschubsen, anfangen,
politisieren, solidarisieren,
verbinden,
lieben.*

LEBENSBEREICHE

ALLES UTOPISCH?

GELEBTE ALTERNATIVEN IM HIER UND JETZT!

SORGE FÜR ALLE GESORGT!

ALLE MENSCHEN BRAUCHEN SORGE – VON DER FÜR-SORGE DER ELTERN IN DER KINDHEIT ÜBER HAUSARBEIT IM ALLTAG BIS HIN ZUR PFLEGE IM ALTER. WENN WIR SOLIDARISCH SORGEN, LEGEN WIR DEN GRUNDSTEIN FÜR EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE.

Sorge – das klingt nach schweren Gedanken. Tatsächlich verbirgt sich dahinter etwas ganz Alltägliches und etwas, das das Leben jeden Tag besser macht: Pflege bei Krankheit und Hilfe im Alter, Geborgenheit beim Aufwachen und manchmal einfach nur ein gemeinsames Abendessen mit Freund*innen oder der Familie nach einem langen Tag. All das und noch viel mehr ist Sorge. Ohne diese Tätigkeiten würde das Leben keines Menschen funktionieren. In vielen Phasen ihres Lebens sorgen sich Menschen um andere, um sich selbst und manchmal auch um die Natur. **Sorge umfasst alles Leben,**

menschliches und nichtmenschliches.

Gesellschaftliches Zusammenleben nach der Sorgelogik (siehe KON- TUREN) zu gestalten, heißt zunächst einmal anzuerkennen, dass die Grundlage des Lebens sorgende Tätigkeiten sind. Im Mittelpunkt stehen dann solidarische, erfüllende, fürsorgliche Beziehungen – Beziehungen der Kooperation statt der Konkurrenz. Sorge ermöglicht es den Menschen überhaupt erst ihre grundlegenden Bedürfnisse (siehe Infobox BEDÜRFNISSE) zu verwirklichen und macht sie handlungsfähig.¹ **Aus dieser Sicht können wir zuversichtlich in die Zukunft blicken, denn in einer Lebensweise, die Sorgetätigkeiten als zentrale Säule gesellschaftlichen Zusammenlebens anerkennt, fällt niemand zur Last, wenn er*sie alt oder krank ist, denn**

in schwierigen Zeiten kann sich jede*r auf die Sorge durch andere verlassen.

Eine sorgende Gesellschaft schiebt sorgende Tätigkeiten nicht allein familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen zu. Die Sorge-Utopie (siehe GLOSSAR), die wir als Autor*innen verfolgen, stellt sich gegen Diskriminierung bezogen auf Geschlecht, Klasse und Ethnizität. Wir wollen der derzeitigen Ungleichheit und damit verbundenen Ausbeutung (siehe GLOSSAR) von sorgenden Menschen entgegenwirken. Und wir wollen natürlichen menschlichen Abhängigkeiten einen zentralen Platz in der gesellschaftlichen Organisation geben. Der Blick auf Sorge zeigt, wie gleich wir sind – abhängig voneinander, abhängig von der Natur. Staatliche Rahmenbedingungen erkennen diese Abhängigkeit an und ermöglichen alltägliche Sorge (siehe INSTITUTIONEN). Und in professionalisierten Bereichen

der Sorge ist Zeit für solidarische Beziehungen und menschliche Begegnungen (siehe Abbildung 3.1.1).

Dies alles gelingt in der imperialen Lebensweise derzeit nicht. Zwar

findet Sorge statt, doch Sorgetätigkeiten im Privaten sind meistens unsichtbar und die Gesellschaft erkennt sie im Gegensatz zur Erwerbsarbeit nur wenig an. Dort, wo Sorgetätigkeiten als Dienstleistung angeboten werden, folgen sie der Markt- und Profitlogik. Dadurch entsteht der Zwang zum Beispiel mit Kranken- und Altenpflege Geld zu erwirtschaften. Dies führt dazu, dass die Zeit im Umgang mit Patient*innen knapp ist und Personal eingespart wird. Bürokratische Verfahren kenn-

» **Sorge umfasst alles Leben, menschliches und nichtmenschliches.**«

» **Der Blick auf Sorge zeigt, wie gleich wir sind – abhängig voneinander, abhängig von der Natur.**«



» Die *eigentlichen Qualitäten von Sorgetätigkeiten, die in Vertrauen, Geborgenheit, Empathie und Nähe liegen, gehen unter den vorherrschenden Bedingungen zusehends verloren.*«

zeichnen den Arbeitsalltag von Sorgenden und Technisierung soll Sorgetätigkeiten verbessern. **Die eigentlichen Qualitäten von Sorgetätigkeiten, die in Vertrauen, Geborgenheit, Empathie und Nähe liegen, gehen unter den vorherrschenden**

Bedingungen zusehends verloren. Sorgearbeit in der imperialen Lebensweise ist außerdem ungleich verteilt: Den größten Anteil leisten nach wie vor Frauen*. Zur Ungleichheit zwischen den Geschlechtern kommt im globalen Sorgesystem die wachsende Rolle migrantischer Sorgearbeiter*innen. Diese verrichten Sorgetätigkeiten unter ausbeuterischen Bedingungen und müssen dafür häufig ihr eigenes Land und ihre eigene Familie zurücklassen.²

Gelebte Alternativen machen allerdings deutlich, dass die Sorge-Utopie teilweise schon Realität ist. Sie zeigen, wie Sorgetätigkeiten im gesellschaftlichen Zusammenleben sichtbar, anerkannt und wertgeschätzt werden. Anhand dieser zeigen wir, wie es praktisch gelingen kann, menschliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Organisation zu stellen. Dabei konzentrieren wir uns auf Sorgetätigkeiten im Bereich Gesundheit und Pflege.

Neben konkreten solidarischen Projekten im Sorgebereich gehen wir in diesem Kapitel auch auf grundlegende gesellschaftliche Rahmenbedingungen ein, die eine Sorge-Utopie ermöglichen und festigen können.

» Die *Sorge ist das Zentrum, der Motor der sozialen Entwicklung, ohne sie gibt es kein biologisches Leben, kein Leben im weitesten Sinn, das es wert wäre, gelebt zu werden.*« Tobias Bärtisch³

Vernetzte Sorge vor Ort

Bei der niederländischen Nachbarschaftshilfe *Buurtzorg*, dem größten Non-Profit-Unternehmen in der mobilen Pflege, wie auch beim ambulanten Berliner Pflegedienst *Care4Me*, ist Sorge in lokale Beziehungen eingebettet: Neben einem formellen Netzwerk aus Hausärzt*innen, Spezialist*innen, Apotheken und Krankenhäusern gibt es informelle Netzwerke, bestehend aus Familienangehörigen, Nachbar*innen und Freund*innen. **Umsorgte werden beraten, wie sie eigenständig und unabhängig bleiben oder werden und sich die dafür nötige Unterstützung organisieren können – und fühlen sich dadurch weniger allein und abhängig.** Pflegekräfte bringen Patient*in-

nen mit Nachbarn*innen in Kontakt oder vereinbaren einen Termin zum Haarschneiden. Gemeinsam schaffen sie eine vertraute und bekannte Umgebung. Die Pflege geht also über eine rein medizinische Versorgung hinaus. Patient*innen werden von ein oder zwei festen Pflegekräften betreut. Es entstehen Beziehungen, mit deren Hilfe Probleme früh erkannt werden können. Durch die Arbeit in kleinen Teams und eine enge, selbstorganisierte Zusammenarbeit können die Pflegekräfte ihre Arbeitszeit flexibel gestalten und an ihre persönlichen Lebensumstände und Bedürfnisse, wie etwa die Betreuung eigener Kinder, anpassen.⁴

In Deutschland organisiert das Kollektiv (siehe GLOSSAR) *Ambulante Krankenpflege Berlin* seit über 35 Jahren häusliche Pflege in der Nachbarschaft auf ähnliche Weise. Die Organisation sorgt dabei auch für einen kleinen ökologischen Fußabdruck (siehe GLOSSAR): Die Versorger*innen legen ihre Wege mit dem Fahrrad zurück.

Selbstbestimmte Sorge

Sorge lokal zu organisieren stößt oft an strukturelle Grenzen. In manchen Regionen ist eine Selbstorganisation schlicht nicht möglich. Der enorme Kosten- und Effizienzdruck, der auf Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen lastet, führt gerade in ländlichen Regionen dazu, dass Krankenhäuser schließen oder zusammengelegt werden müssen – mit einer schlechteren Versorgung vor Ort als Folge. Weil Leistungen häufig nur noch pauschal abgerechnet werden können, sind die Sorgenden gezwungen, ihre Arbeit nicht mehr am realen Bedarf, sondern an möglichen Profiten auszurichten.

Erkennen wir Sorge stattdessen als zentrale gesellschaftliche Säule an, dann stehen Bedürfnisse der Menschen im Zentrum – und nicht der Profit. Dann orientiert sich die Organisation von Sorgetätigkeiten an Mitbestimmung und Mitgestaltung. **Menschen sollen an Entscheidungen teilhaben, die ihr Leben betreffen – denn sich versorgen, pflegen und medizinisch behandeln zu lassen betrifft den privatesten Raum jedes und jeder einzelnen.**

Bei *Buurtzorg* führen die selbstorganisierten Teams mit bis zu zehn Pflegekräften die professionelle Sorgetätigkeit durch: von der Einsatzplanung, Urlaubs- und Vertretungsorganisation über die Abrechnung bis hin zur Dokumentation. Umsorgte und Versorgende sind damit zufrieden. So wurde *Buurtzorg* seit 2011 viermal in Folge von seinen Mitarbeiter*innen zum attraktivsten Arbeitgeber gewählt. Die alternative Sorgepraxis von *Buurtzorg* versteht die pflegende Sorge als Tätigkeit, Menschen dabei zu unterstützen,

buurtzorg-
in-deutsch-
land.org



sich ein Netzwerk aus Unterstützer*innen aufzubauen und umliegende Kontakte zu stärken. Beziehungsweisen im Umfeld können sich so verändern und die Menschen sind weniger von der Dienstleistung professioneller Pflege abhängig. Diese Art der Sorgeorganisation ließ beispielsweise die Besuchszeiten bei Ärzt*innen um 40 % zurückgehen, viele Krankenhauseinweisungen könnten vermieden und dadurch 40 % der Kosten eingespart werden.

Strukturen, wie sie *Buurtzorg* und *Care4Me*⁵ aufbauen, stärken die Möglichkeiten der Umsorgten und Sorgenden, sich selbst für ihre Bedürfnisse einzusetzen. Sie schaffen Rahmenbedingungen, um Sorgetätigkeit nicht als Dienstleistung verkaufen zu müssen, sondern als Tätigkeit von Mensch zu Mensch anzuerkennen, als Commons (siehe GLOSSAR). Daran arbeitet auch das bundesweite *Netzwerk Care Revolution*.⁶ Seine Forderung lautet: Betroffene als Expert*innen ihrer eigenen Belange an der Gestaltung von Sorge beteiligen. Der Aufbau einer Rätestruktur, um Sorge zu organisieren, ist dabei nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch auf allen übergeordneten Ebenen vorgesehen (siehe GLOSSAR und INSTITUTIONEN). Gleichzeitig will das Netzwerk den öffentlichen Diskurs über Sorge anregen und ein breiteres Bewusstsein für Sorgetätigkeiten und deren gesellschaftlichen Wert schaffen: **Sorge geht uns alle an und wir sollten sie deshalb demokratisch (siehe GLOSSAR) debattieren und organisieren.**⁷ Dafür bieten die Vernetzung und der Austausch beteiligter und betroffener Akteur*innen, wie sie im Netzwerk stattfinden, großes Potenzial.

Das Gespräch pflegen

Um Daseinsfürsorge (siehe GLOSSAR) gemeinschaftlich zu organisieren, braucht es Räume des Austausches und der Ermächtigung (siehe GLOSSAR). Die Plattform *Pflege auf Augenhöhe* und das *AUGENHÖHEcamp #Pflege*⁸ bieten Menschen, die beruflich im Sorgebereich tätig sind, Möglichkeiten zum Austausch, zur Vernetzung und zur Zusammenarbeit. Dort kommen Menschen zusammen, die sich mit zukunftsfähigen Sorgesystemen beschäftigen, in denen menschliche Bedürfnisse zentral sind.

Aber auch Patient*innen, Eltern und Angehörige müssen beteiligt werden, denn wir alle sind betroffen von Sorgetätigkeiten und haben eine Vorstellung davon, wie wir sorgen und umsorgt werden wollen.

» **Durch Selbstorganisation und Selbstermächtigung entstehen Schritte für Schritte gemeinsam bessere Bedingungen der pflegenden Sorge.**«

Durch Selbstorganisation und Selbstermächtigung entstehen Schritte für Schritte gemeinsam bessere Bedingungen

gen der pflegenden Sorge.

Sorge braucht gute Gesellschaft

Ungleichheit, schlechte Arbeitsverhältnisse, anonyme Beziehungen und Vereinzelung machen es einem nicht nur schwerer, wenn man krank ist – sie machen auch selbst krank. Um dieser gesellschaftlichen Entwicklung entgegenzuwirken, rücken bei der *Poliklinik Veddel in Hamburg*⁹, einem Stadtteilgesundheitszentrum, soziale und sozialpsychologische Aspekte in den Fokus der Gesundheitsversorgung. Das Ziel: Diskriminierung und Ausgrenzung, die sich auf die Gesundheit auswirken, entgegenwirken. Die *Poliklinik* verknüpft Stadtteilprojekte mit medizinischer Versorgung und Beratung. Sozialarbeiter*innen, Gesundheitsarbeiter*innen, Jurist*innen und Kommunikationswissenschaftler*innen arbeiten dort nach einem umfassenden Gesundheitsverständnis und bieten eine Gesundheitsversorgung an, die individuelle Bedürfnisse berücksichtigt und gesellschaftliche Verhältnisse miteinbezieht. Politische (Selbst-) Ermächtigung ist dabei zentral: Die eigenen Rechte zu kennen und einfordern zu können, sind die ersten Schritte im Umgang mit individuellen Bedürfnissen und krankmachenden gesellschaftlichen Verhältnissen.

poliklinik1.org

Gut versorgt durch öffentliche Sorgestrukturen

Wenn unsere Gesellschaft die soziale Dimension von Gesundheit und Pflege ernst nimmt, verändert sich nicht nur die Sorgetätigkeit selbst – sondern auch die gesellschaftliche Infrastruktur von Sorge. So fordert das *Care Revolution Netzwerk* einen grundlegenden Umbau der sozialen Infrastruktur (siehe INSTITUTIONEN): Dabei ist es wichtig die oben beschriebenen Prinzipien von Lokalisierung, Demokratisierung (siehe GLOSSAR) und dezentraler Vernetzung auch in öffentlich finanzierten Einrichtungen und Dienstleistungen umzusetzen. Dies können die wesentlichen Bestandteile von guter Sorge – wie Nähe, Geborgenheit, Vertrauen, Selbstbestimmung und Verantwortung – langfristig und über einzelne Projekte und Initiativen hinaus möglich machen.

Alternative Sorgepraktiken (siehe GLOSSAR) im Gesundheits- und Pflegebereich stehen nicht im Gegensatz zu Fachwissen und spezialisiertem Personal. Die Logik der Sorge drückt sich vielmehr in Praktiken und Beziehungsarbeit aus, die psychischen, emotionalen und sozialen Dimensionen von Gesundheit und Sorge eine

» **Gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Sinne der Sorgelogik können nur entstehen, wenn wir eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung etablieren.**«

care4me
-berlin
.de



care-
revolu-
tion.org

pflege-
auf-
augen-
hoehe.de



Abbildung 3.1.1: Sorgetätigkeiten umfassen alles Leben, menschliches und nicht-menschliches.



große Bedeutung einräumen.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Sinne der Sorgelogik können nur entstehen, wenn wir eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung etablieren. Zentral hierfür ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, damit mehr Zeit für Sorgetätigkeiten bleibt. Dafür muss sich vor allem die Unternehmens- und Arbeitskultur ändern. Gleichzeitig muss sich die Aufteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern – wie beispielsweise die Verteilung der Elternzeit – wandeln. Wie auch das *Care Revolution Netzwerk* fordern wir, dass die Gesellschaft neben der Erwerbsarbeit andere Formen von Tätigkeit als notwendig und wertvoll anerkennt und für sie in gleichem Maße Zeit zur Verfügung stellt (siehe INSTITUTIONEN). Auf diese Weise werden Sorgetätigkeiten sichtbar und erfahren Anerkennung. Ein Schritt dorthin ist es, Sorgetätigkeiten in ökonomischen Bilanzen^{i,10} sichtbar zu machen und damit verbunden die Debatte um unsichtbare Sorgetätigkeiten anzuregen. Staatliche Ersatzleistungen, ähnlich wie Elterngeld und eine garantierte Kranken- und Sozialversicherung für Menschen, die Familienangehörige pflegen, können ebenfalls zur Anerkennung dieser Tätigkeiten beitragen. Eine solidarische Sorgeorganisation hebt die Trennung zwischen produktiver und reproduktiver (siehe GLOSSAR) Arbeit auf.



Das 1991 in Italien verabschiedete Gesetz zu Sozialkooperativen (siehe INSTITUTIONEN) fördert Sorgekooperativen, an denen sowohl Angestellte, Umsorgte sowie Freiwillige beteiligt sind. Durch eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden sichern diese eine dezentrale Versorgung vor Ort im Gesundheits- und Pflegebereich. Mit großem Erfolg: in mehr als 14.500 Kooperativen arbeiteten im Jahr 2013 etwa 360.000 Menschen.¹¹

Damit die hier vorgestellten Ansätze gelebter Sorge-Utopien nicht in Nischen verbleiben, braucht es jedoch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die sie fördern oder finanzieren (siehe INSTITUTIONEN).

Global gesorgt – Sorge als Menschenrecht

Auch im globalen Kontext ist es wichtig, Gesundheitsversorgung als Ergebnis öffentlicher, staatlicher Daseinsfürsorge zu verstehen. Bündnisse wie die *Deutsche Plattform für Globale Gesundheit*¹² oder das globale Netzwerk *People's Health Movement* (PHM)¹³

verknüpfen politische Forderungen mit globalen Herausforderungen im Gesundheitsbereich. Die *Gesundheitscharta*¹⁴ bietet dabei eine Orientierung. **Gesundheit wird darin als soziale, politische und ökonomische Aufgabe verstanden – als Menschenrecht.** Ziel ist es, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Solidarität, Gleichheit sowie politische Mitbestimmung und materielle Absicherung unabdingbare Voraussetzungen für gesundes Leben sind. Die verschiedenen regionalen Netzwerke von PHM bringen Menschen aus unterschiedlichen Organisationen und sozialen Bewegungen, insbesondere im Globalen Süden (siehe GLOSSAR), zusammen. In Berichten, Bildungsprogrammen, wie der *International People's Health Universities*, und politischen Aktionen setzen sich Gesundheitsaktivist*innen für die Praxis einer solidarischen Gesundheitsversorgung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ein.¹⁵ Dabei befasst sich diese Gesundheitsbewegung vor allem mit globalen Themen. Sie tritt unter anderem für die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten ein und kämpft gegen Pharmakonzerne, die mit Patenten auf Medikamente hohe Gewinne abschöpfen und damit vielen Menschen durch hohe Preise das Recht auf medizinische Versorgung verwehren.

[plattformglobale
gesundheit.de](http://plattformglobale-gesundheit.de)

phmovement.org

iphu.org

» Gesundheit wird darin als soziale, politische und ökonomische Aufgabe verstanden – als Menschenrecht.«

Sorge als Säule der solidarischen Lebensweise

Die Initiativen, die wir vorgestellt haben, zeigen, dass es möglich ist, Sorgetätigkeiten sichtbar zu machen und Anonymität sowie Machtverhältnisse, die Teil der imperialen Lebensweise sind, aufzubrechen. In einer solidarischen Lebensweise sind die Sorgenenden, die Sorge selbst und die Bedürfnisse der Umsorgten anerkannt. In der Sorge-Utopie sind Selbsthilfe, Selbstorganisation, Engagement, faires Dienstleisten und eine soziale Infrastruktur, die solidarische Sorgeorganisation ermöglicht und absichert, Realität.

Sorge ist mehr als nur die Versorgung in verschiedenen Bereichen, wie Gesundheitsversorgung. Sie ist eine tragende Säule für die solidarische Lebensweise. In den folgenden Kapiteln zeigen wir, dass alternative, solidarische Projekte im Bereich WOHNEN, ERNÄHRUNG, ENERGIE, MOBILITÄT und GEBRAUCHSGÜTER auf dem Prinzip der Sorgelogik basieren. Solidarische Organisationsstrukturen und Alltagspraktiken rücken Beziehungen zwischen Menschen und der Mitwelt in den Mittelpunkt und folgen somit der lebenserhaltenden

i Vor und während des zweiten Weltkrieges floss die unbezahlte Hausarbeit von Frauen* in die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes vieler Länder ein. Im Laufe der Vereinheitlichung in der Nachkriegszeit wurde die Hausarbeit aus der BIP-Berechnung wieder herausgenommen, da sie unbezahlt war.

und lebensspendenden Logik gesellschaftlicher Sorge (siehe Abbildung 3.1.2). Der deutsche Arzt Rudolf Virchow verwies schon Mitte des 19. Jahrhunderts darauf, dass eine kluge Sozialpolitik die beste Medizin gegen die meisten Krankheiten darstellt.¹⁶ Sorge und ihre gesellschaftliche Umsetzung und Verhandlung ist Politik (siehe INSTITUTIONEN). Denn nur eine solidarisch sorgende Politik schafft Sorgeverhältnisse, die ein Gutes Leben für Alle ermöglichen.

Abbildung 3.1.2: In der solidarischen Lebensweise hat der Mensch einen anderen Umgang mit seiner Mitwelt.



ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT GUTES ESSEN FÜR ALLE – WIE WIR EINE SOLIDARISCHE ZUKUNFT SÄEN KÖNNEN



»OHNE DASS WIR WAS ZU ESSEN HABEN, KÖNNEN WIR AUCH GAR KEINE ANDEREN POLITISCHEN FORDERUNGEN STELLEN. DIE BASIS BILDET DIE LANDWIRTSCHAFT. DIE BASIS JEDLICHER WIRTSCHAFT IST DIE ERDE.«

ROBERT STRAUCH, PERMAKULTURDESIGNER IN BERLIN

Wir alle essen – und greifen dafür auf das zurück, was die Natur für uns bereithält und der Mensch kultiviert. Die imperiale Lebensweise macht auch vor diesem elementaren Aspekt unseres Lebens keinen Halt. Die Art, wie wir heute immer mehr Lebensmittel herstellen, beutet Mensch und Natur aus.¹ Das imperiale Agrarsystem verwandelt mit seiner wachstumsorientierten (siehe GLOSSAR), industriellen Landwirtschaft alles in Monokulturen

»Das imperiale Agrarsystem verwandelt mit seiner wachstumsorientierten, industriellen Landwirtschaft alles in Monokulturen – vom Acker bis zu unserem Denken.«

– vom Acker bis zu unserem Denken. Statt eine Vielfalt von Lebensmitteln für die lokale und regionale Versorgung zu erzeugen, werden profitable Nahrungsmittel

oder Energiepflanzen für die nationalen Märkte und den Export hergestellt. Solche Monokulturen sind auf hochtechnisierte Landmaschinen, chemische Dünger, Pestizide und Herbizide gegen Schädlinge und Unkraut angewiesen. Die industrielle Landwirtschaft greift deshalb massiv auf fossile Rohstoffe zurück und schadet der Gesundheit der Landarbeiter*innen, die häufig unter unwürdigen Bedingungen arbeiten. Sie laugt unsere Böden aus, verweigert den Tieren in Massenhaltung ein wesensgerechtes Leben und belastet Grundwasser, Flüsse und Seen mit Nitrat. Ihre weltweite Ausdehnung trägt außerdem maßgeblich zu Rodungen von Wäldern und zum Artensterben bei. Dies alles treibt den Klimawandel voran, der wiederum die verursachten Probleme verstärkt. Auch technische Erneuerungen wie die Digitalisierung sind keine Lösungen, sondern zielen vor allem auf eine immer billigere Produktion und mehr Profit für große Agrarkonzerne ab.

Für die Erzeuger*innen bedeutet das imperiale Agrarsystem einen wachsenden Druck, immer effizien-

ter, schneller und billiger zu produzieren. Obwohl 70 % der weltweit produzierten Lebensmittel aus der kleinbäuerlichen Landwirtschaft stammen, sind es vor allem Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen, Hirt*innen und Fischer*innen, die unter Hunger und Armut leiden. Kleinbäuer*innen werden weltweit von Zwischenhändler*innen und Großkonzernen abhängig und verlieren durch Land Grabbing (siehe GLOSSAR) ihren Zugang zu Land. Immer weniger transnationale Unternehmen besitzen immer mehr Land und dominieren die Produktion von Saatgut, Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden. Wegen der immer schlechteren Lebensumstände verlassen besonders junge Menschen das Land und ziehen in die Städte.

Die weltweit dominante politische Antwort auf den Hunger in der Welt ist das Konzept der Ernährungssicherheit (siehe GLOSSAR). Spitz formuliert sind das Sozialprogramme und Maßnahmen zur Einkommenssteigerung, damit Kleinbäuer*innen die Lebensmittel kaufen können, die sie zuvor selbst produziert haben. Das Konzept macht Kleinbäuer*innen noch abhängiger von Märkten, anstatt sie dabei zu unterstützen, selbst Nahrungsmittel anzubauen. Die sozialen und ökologischen Bedingungen der Herstellung von Nahrungsmitteln werden oft ausgeblendet. Strukturelle Ursachen wie die ungerechte Verteilung von Land und der fehlende Zugang zu Rechten werden meist gar nicht beachtet. Dabei hat der Weltagrarbericht bereits vor zehn Jahren klargestellt, dass nur eine agrarökologische Landwirtschaft (siehe GLOSSAR) die Welt in Zukunft ernähren kann.

Ernährungssouveränität: Unser Essen – unsere Entscheidung!

Soziale Bewegungen weltweit fordern deshalb: Lasst uns die Gestaltung unseres Agrar- und Ernährungssystems in die eigenen Hände nehmen! Ernährungssouveränität (siehe GLOSSAR) heißt ein Konzept, das von der transnationalen Bewegung La Via Campesina 1996 begründet wurde. Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen, Fischer*innen, Landlose und Indigene treten im Namen der Ernährungssouveränität

viacampesina.org/en

dafür ein, dass der Zugang zu Land und Wasser für alle gewährleistet, Land gerecht verteilt und unter Erhalt der Biodiversität und Saatgutvielfalt sozial-ökologisch gerecht genutzt wird. 2007 sind neue soziale Akteur*innen aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden (siehe GLOSSAR) unter dem Dach der weltweiten Bewegung für Ernährungssouveränität *Nyéléni* zusammengekommen. Neben Produzent*innen beteiligen sich daran auch Konsument*innen, Initiativen und Organisationen aus den Bereichen Umweltschutz und Menschenrechte, Frauen*bewegungen oder urbane Bewegungen. Die Durchsetzung von Ernährungssouveränität braucht diesen internationalen Zusammenhalt. Ausgestaltet wird sie jedoch in konkreten lokalen Projekten. Was bedeutet also Ernährungssouveränität genau?

Ernährungssouveränität ist die Voraussetzung für wirkliche Ernährungssicherheit. Denn sie beschreibt das Recht aller Menschen, über die Art und Weise, wie Essen produziert, verteilt und konsumiert wird, demokratisch mitzubestimmen. Die Ernährung der Bevölkerung hat Vorrang vor der Produktion für den Export. Ziel ist es, lokale, bedarfsorientierte Erzeu-

gungsstrukturen zu etablieren, die Produzent*innen selbst kontrollieren können. Denn nur, wenn Lebensmittelhersteller*innen demokratisch mitbestimmen können, können sie ihre Rechte auf Nahrung und auf Zugang zu Ressourcen durchsetzen. Es geht um eine (Re)Produktion, die das Wissen und die Fertigkeiten der Lebensmittelhersteller*innen achtet und fördert. Ernährungssouveränität setzt auf eine Landwirtschaft, bei der *mit* der Natur statt gegen sie gearbeitet wird.² Umweltschutz bedeutet dann nicht die Abwesenheit von Menschen in Form von eingezäunten Naturschutzparks. Sondern gerade die agrarökologische Bearbeitung der Natur durch den Menschen trägt zum Erhalt und zur Stärkung von natürlichen Kreisläufen und Biodiversität bei.

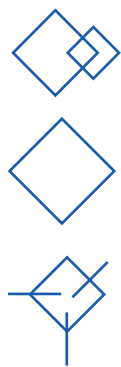
Permakultur: Sorge für Mensch und Erde

Ein Ansatz der Ernährungssouveränität ist *Permakultur*. In einem Interview erklärte uns Robert Strauch, *Permakulturdiseigner* und Ausbilder an der *Permakulturakademie* in Berlin, warum Permakultur ein Gestaltungskonzept für solidarische Lebensweisen ist. Sie ist inspiriert von natürlichen und sozialen



Abbildung 3.2.1: Industrielle Landwirtschaft (links) und Permakultur (rechts) im Vergleich





Prozessen und folgt drei ethischen Grundsätzen für das Zusammenleben: »Sorge für die Erde! Sorge für die Menschen! Begrenze Konsum und Wachstum und teile Überschüsse!« Damit verwirklicht Permakultur die Prinzipien der Sorgelogik, der Suffizienz und des Commoning (siehe KONTUREN und GLOSSAR). *Permakultur* ist daher viel mehr als nur eine landwirtschaftliche Anbauweise: »Eigentlich machen alle Leute Permakultur, die versuchen, diese drei ethischen Grundprinzipien in der Praxis umzusetzen.« Sie tun das auf unterschiedliche Weise: Die einen beschäftigen sich mit Organisationsentwicklung und beraten Gemeinschaften, wie sie ihre Prozesse demokratisieren (siehe GLOSSAR) können. Andere kümmern sich um regenerative Landwirtschaft, bauen Baumschulen oder Bildungsprojekte auf. »Überall da, wo Leute nach Lösungen suchen, die eine Welt möglich machen, die nicht auf Kosten anderer basiert, und die versuchen, in ihrem Kontext eine gerechte Verteilung, also sprich eine Haltung des ›Wir kümmern uns um das‹ zu praktizieren, sind letztendlich *Permakulturprojekte*.«

Sorge für die Erde! Sorge für die Menschen! Begrenze Konsum und Wachstum und teile Überschüsse!«

Permakultur in der Landwirtschaft versucht auf kleineren Flächen höhere Erträge zu erzielen. Gleichzeitig stellt sie möglichst große Flächen zur Verfügung, auf denen sich die Natur regenerieren kann. Denn ein wesentliches Ziel ist es, den Boden als Grundlage der Landwirtschaft auf- und nicht abzubauen. Das heißt, Permakultur setzt vor allem auf Kreislaufwirtschaften (siehe GLOSSAR) – in der Landwirtschaft, aber auch in anderen Bereichen (siehe Abbildung 3.2.1). Sie nutzt natürliche Ressourcen möglichst lokal, regional und zielgerichtet und versucht den Energieinput von außen zu verringern. Permakultur nutzt die Mitwelt (siehe GLOSSAR) und regeneriert sie gleichzeitig.



Solidarische Landwirtschaft: Gemeinsam ackern für die Vielfalt

Ein weiterer Ansatz für Ernährungssouveränität ist die *Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi)*.

In der *SoLaWi* schließen sich Menschen aus einer Region zusammen. Sie tragen die Kosten und Risiken eines landwirtschaftlichen Betriebs gemeinsam und teilen schließlich die Ernte untereinander auf. Durch einen ausgehandelten Mitgliedsbeitrag finanziert



die Gemeinschaft langfristig und im Voraus alles, was sie für die agrarökologische Lebensmittelherzeugung braucht – also zum Beispiel Saatgut, Land und Maschinen, aber auch den Lohn von Gärtner*innen. Neben den angestellten Gärtner*innen sind alle anderen Mitglieder ebenso dazu eingeladen oder auch angehalten beim Jäten, bei der Ernte und bei der Verteilung zu helfen. Entsprechend der eigenen Kapazitäten können so alle zur gemeinsamen Nahrungsmittelherstellung beitragen. Der Hof wird zu einem erfahrbaren Raum, Wissen und Fertigkeiten werden geteilt. Die Mitglieder übernehmen im Idealfall gemeinschaftlich und langfristig Verantwortung und begegnen sich auf Augenhöhe. Entscheidungen treffen sie basisdemokratisch. Sie erhalten dafür wöchentlich den gleichen Ernteanteil – egal, wie groß dieser ausfällt. So lassen sie die Gärtner*innen nicht mit dem Risiko einer schlechten Ernte allein.³

Abbildung 3.2.2:
In einer Solidarischen
Landwirtschaft (SoLaWi)
sorgt die Gemeinschaft
für eine bunte Ernte für alle



Der SoLaWi gelingt es, das Land weitestgehend abseits von Effizienz-, Wachstums- und Konkurrenzzwängen (siehe GLOSSAR) nach agrarökologischen Prinzipien zu kultivieren und die Tierhaltung wesensgerecht zu gestalten. Sie respektiert natürliche Kreisläufe und ermöglicht der Natur, sich zu regenerieren, indem Flächen brach liegen dürfen, während andere genutzt werden. Weil die SoLaWi eigenes Saatgut produziert und nur organische Dünger und biologische Pflanzenschutzmittel verwendet, fördert sie Biodiversität und bleibt von großen Chemiekonzernen unabhängig (siehe Abbildung 3.2.2).

In Deutschland gibt es derzeit etwa 180 solcher Gemeinschaften, die ihre Lebensmittel kooperativ herstellen und teilen. Sowohl die Produkte als auch die Dienstleistung der Gärtner*innen haben dort keinen marktbestimmen Preis mehr, der von Spekulationen abhängt. Vielmehr verfügen sie über einen sozialen Wert, der sich im Beitrag der Mitglieder und der gemeinschaftlichen Fürsorge für Mensch und Erde wiederfindet. Für die Gärtner*innen bedeutet das im Idealfall, dass sie von Lohnarbeit (siehe GLOSSAR) zu einem Tätigsein übergehen, in dem sie ihre vielfältigen Potenziale frei entfalten können. Die anderen Mitglieder sind keine anonymen Konsument*innen, sondern verwirklichen als Prosument*innen (siehe GLOSSAR) ihr Bedürfnis nach guten Lebensmitteln und Gemeinschaft.

Bei der Umsetzung dieses Konzepts stoßen die Mitglieder allerdings immer wieder auf Widersprüche und Herausforderungen, wie uns Fabian Kern von der GartenCoop Freiburg erzählt hat. Die Praxis zeigt, dass vor allem imperiale Realitäten außerhalb der SoLaWi die Höhe der Mitgliedsbeiträge bestimmen. Einen gerechten Lohn für den harten Job einer Gärtnerin, der auch eine solidarische Altersvorsorge miteinschließt, kann kaum eine SoLaWi bezahlen. Angesichts der

ernte-
teilen.org

garten
coop.org

Abbildung 3.2.3: In einer FoodCoop entscheiden die Mitglieder gemeinschaftlich, was wie und von wo auf ihren Tellern landet



gängigen niedrigen Gemüsepreise ist den Mitgliedern ein angemessener Beitrag nur schwer zu vermitteln. Die *SoLaWis* diskutieren außerdem, wie weniger ressourcenintensive Technologien und Maschinen eingesetzt werden können. Machtvolle Akteur*innen im Agrarsektor erschweren es den Gemeinschaften auch, an bezahlbares Land zu gelangen. Vor diesem Hintergrund versuchen einige Initiativen, wie die *Kulturland eG*, Land in genossenschaftlich (siehe GLOSSAR) organisierten Gemeinschaftsbesitz umzuwandeln.

FoodCoops – Solidarisch einkaufen

Eine Möglichkeit, regionale Produkte, aber auch Lebensmittel, die nicht in der Region wachsen, sozial und ökologisch zu beziehen, sind *FoodCoops*. Sie organisieren den Weg von Lebensmitteln, wie Reis, Kaffee und Gewürze, direkt von den Erzeuger*innen zu den Verbraucher*innen und sparen dabei durch Großgebilde Verpackungsmaterial wie Plastik. Sie umgehen die gängigen Strukturen von Zwischen- und Einzelhandel sowie Supermärkten, die Bäuerinnen und Bauern unter Preis- und Effizienzdruck setzen. **Hinter dem Begriff *FoodCoops* verbergen sich verschiedene Zusammenschlüsse von Interessierten, die den Kauf, die Lagerung und die Verteilung von**

qualitativ hochwertigen, ökologisch nachhaltigen Nahrungsmitteln selbstbestimmt gestalten.

foodcoopedia.
de.fcoop.org

Wie eine *FoodCoop* genau ausgestaltet ist, hängt von den Bedürfnissen (siehe Infobox BEDÜRFNISSE) der Mitglieder ab und wird demokratisch ausgehandelt. In der Regel beziehen die Mitglieder ihre Lebensmittel direkt von regionalen Erzeuger*innen (vor Ort oder anderswo auf der Welt) und verteilen diese dann ehrenamtlich untereinander. Die Auswahl der Erzeuger*innen orientiert sich an solidarischen Kriterien. Für die Abnahme kommen häufig nur kleine Höfe in Betracht, die ökologisch anbauen und ihre Mitarbeiter*innen gerecht entlohnen.

Dadurch, dass *FoodCoops* den Zwischen- und Einzelhandel umgehen, sind die Waren kostengünstiger und auch für finanzschwächere Menschen erschwinglich. So verschwinden Schokolade und Kaffee nicht von den europäischen Speisekarten (siehe Abbildung 3.2.3). Dabei bleiben die langen Transporte auf Containerschiffen und LKWs natürlich trotzdem ein Problem für das Klima und erinnern uns daran, dass gutes Essen immer auch eine Frage von Suffizienz ist (siehe GLOSSAR).⁴

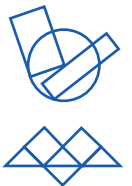


Abbildung 3.2.4: In einem Ernährungsrat kommen Bürger*innen, Politiker*innen, Bäuer*innen und weitere Menschen zusammen und gestalten gemeinsam ein solidarisches Ernährungssystem für ihre Region



Ernährungsräte – Rezepte für demokratische Strukturen

In *Ernährungsräten* treffen Menschen verschiedenster Hintergründe aufeinander und überlegen, wie sie gemeinsam ein solidarisches Ernährungssystem in ihrer Region gestalten können (siehe Abbildung 3.2.4). Projekte und Initiativen wie *SoLaWis* und *FoodCoops* kommen hier mit politischen Entscheidungsträger*innen zusammen und diskutieren einen Ausbau und die Verknüpfung ihrer Ansätze. Sie zielen darauf ab, alternative Infrastrukturen aufzubauen und bestehende Strukturen zu verändern.

Die ersten Ernährungsräte bildeten sich in Amerika. Vor allem in Brasilien haben Ernährungsräte durch die starken sozialen Bewegungen der 1980er und 1990er Jahre eine lange Tradition. Bereits seit 1993 existiert der *Nationale Rat für Ernährungssicherheit CONSEA*. Er berät die Regierung und hat wichtige Ernährungs- und Sozialprogramme, wie etwa das Schulverpflegungsprogramm, mitbegründet und mitgestaltet. Neben Vertreter*innen indigener Gemeinschaften

und Kleinbäuer*innen sind auch Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen Teil des Rats. Die Mitglieder des nationalen Ernährungsrats sind Delegierte aus Ernährungsräten auf Ebene der Bundesstaaten und der Landkreise.⁵ Auch in Deutschland gibt es mittlerweile um die 40 Ernährungsräte (Stand April 2018), die sich regional und national vernetzen. Sie stehen im Austausch mit dem Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, schließen punktuelle Bündnisse mit weiteren Akteur*innen und organisieren jedes Jahr gemeinsam die *Wir haben es satt!*-Demonstration.

Ein Beispiel ist der Berliner Ernährungsrat. Er lädt alle zur Mitarbeit ein, die Ernährung und Landwirtschaft in Berlin und Brandenburg verändern und sozial und ökologisch gerecht gestalten wollen. Derzeit engagieren sich rund 100 Personen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen – von Imker*innen,

» Auch in Deutschland gibt es mittlerweile um die 40 Ernährungsräte, die sich regional und national vernetzen.«

wir-haben-es-satt.de

ernaehrungs-rat-berlin.de



Landwirt*innen und Verarbeiter*innen über Gartenaktivist*innen und Lebensmittelretter*innen bis hin zu Wissenschaftler*innen und Lokalpolitiker*innen. Innerhalb der Vollversammlung diskutieren und entscheiden sie gemeinsam, wie sie aktiv werden und was sie fordern wollen.

Die solidarische Ernährungsweise

Die Forderungen des *Berliner Ernährungsrates* sind wie die Zutaten eines Rezepts für eine gelungene solidarische Ernährungsweise.⁶ Stellen wir uns doch nur mal vor, sie wären bereits Realität: Durch die fruchtbare Zusammenarbeit von Bezirken, Senat und Umland – gemeinsam mit den Bürger*innen der Region – ist ein sozial-ökologisch gerechtes Ernährungssystem mit Vorbildcharakter entstanden. Berliner*innen und Brandenburger*innen essen frische Lebensmittel ausschließlich aus regionaler agrarökologischer Erzeugung. Auch kleine Projekte und Betriebe haben ausreichend und gerechten Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen. Die Lebensmittel werden in der Region weiterverarbeitet, geliefert und gelagert. Versorgungsstrukturen in Form von innovativen Küchen und Gärten, Markthallen und Verteilnetze für *SoLaWis* haben Supermärkte und den Einzelhandel abgelöst. In *LebensMittelPunkten* kochen Menschen gemein-

sam. Lebensmittel kommen ganz in die Töpfe oder werden auf dem Kompost zu Nährstofflieferanten für unsere Böden. In den Städten erblühen Gemüsegärten in Hinterhöfen, auf Dächern und Brachflächen. Ein Innovationscampus arbeitet an neuen Ernährungskonzepten und setzt diese um. Kinder, Jugendliche und Erwachsene lernen in Gemeinschaftsgärten oder Gartenarbeitsschulen, wie sie ganz praktisch dazu beitragen können, dass alle Menschen gut essen können, und warum die Karotten etwas kleiner oder verschrumpelter und dennoch lecker sind, wenn es in der Hauptstadt mal wieder lange nicht geregnet hat.

Ernährung ist essenziell und alltäglich und unsere Landwirtschaft politisch – gerade deswegen sind Ernährung und Landwirtschaft wichtige Stellschrauben für den Aufbruch in eine solidarische Lebensweise.

Projekte wie *Ernährungsräte*, *FoodCoops*, *Permakultur* und *SoLaWis* ermöglichen uns mitzubestimmen, was wir essen und wie mit den Lebensmitteln umgegangen wird. Wir können für uns, andere Menschen und die Natur sorgen, indem wir uns einbringen, uns solidarisch organisieren und auf die Kreisläufe der Natur eingehen. Auch wenn uns die imperiale Lebensweise in den Knochen steckt, muss sie nicht auf unseren Tellern landen.



MOBILITÄT KURZE WEGE ZUM ZIEL

WIE WIRD AUS WENIGER MEHR? WIE BEWEGEN WIR UNS WENIGER WEIT UND WERDEN GLEICHZEITIG MOBILER? ES GEHT NICHT NUR DARUM, VON A NACH B ZU KOMMEN. ES GEHT UM STRUKTUREN, DIE EINE SOLIDARISCHE BEDÜRFNISVERWIRKLICHUNG ERMÖGLICHEN: BEWUSST, GEMEINSAM UND NAH.

Höher, schneller, weiter – das Versprechen der Moderne. Es tritt wahrscheinlich in keinem Lebensbereich so klar zutage wie beim Thema Mobilität: Autos machen Städte zu no-go-areas, Großbauprojekte wie *Stuttgart 21* oder die dritte Piste am Wiener Flughafen werden mit dem Ziel einer Einsparung von wenigen Reiseminuten gegen massiven Widerstand durchgesetzt. Viele tausend Kilometer für einen Kurzurlaub zurückzulegen ist im Globalen Norden (siehe GLOSSAR) keine Seltenheit mehr. Auch die meisten Konsumgüter sind bis zur Ladentheke schon weiter gereist,

als ein Großteil der Weltbevölkerung es wahrscheinlich niemals tun wird. Feinstaub, Lärm, Verkehrstote, Stickoxide, Stress und Gesundheitsschäden durch Berufspendeln oder der Klimawandel sind bekannte Folgen unserer gegenwärtigen Mobi-

lität. Nicht nur die Folgen, sondern auch die Grundlagen des gegenwärtigen Mobilitätssystems sind alles andere als erfreulich: Ressourcenverbrauch, ausbeuterische Produktionsbedingungen oder Dumping-Löhne bei Billigfluglinien und Kreuzfahrtschiffen. Global gesehen sind es wenige, die sich auf diese Weise fortbewegen. Sie sind es aber, die auf Kosten anderer unterwegs sind: Über 90 % der Weltbevölkerung sind noch nie geflogen,¹ mehr als 17 Millionen Menschen leben in Deutschland in Haushalten ohne Auto² und mindestens 28 Millionen Menschen in Deutschland haben im Jahr 2016 keinerlei Urlaubsreisen unternommen.³ Demgegenüber sind Menschen auf der Flucht häufig zu lebensgefährlichen Reisen gezwungen, da sichere Fluchtrouten zum Beispiel per Flugzeug illegal sind. Unsere jetzigen Formen der Mobilität sind exklusiv und ausbeuterisch (siehe GLOSSAR).⁴ Gleichzeitig ist Mobilität eine wichtige Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben und sollte jedem Menschen in angemessenem Maße möglich sein. **Aber wie können die Mobilitätsbedürfnisse (siehe INFOBOX BEDÜRFNISSE) aller Menschen verwirklicht werden, ohne die Natur, andere Menschen und zukünftige Generationen zu diskriminieren oder auszubeuten?** Wie kann eine solidarische Mobilität aussehen?

 **Für ein solidarisch gestaltetes Mobilitätssystem stellt sich nicht die Frage, wie möglichst viele Autos eine Straße hoch und runter fahren, sondern wie möglichst viele Menschen möglichst einfach ihre Bedürfnisse verwirklichen können.**

Infobox: MOBILITÄT – Höher, schneller, weiter: also immer mobiler?

Mobilität bezeichnen wir als Bewegung von Gütern und Personen mit dem Ziel ein bestimmtes Bedürfnis (siehe GLOSSAR) zu verwirklichen – zum Beispiel Post zuzustellen, einkaufen zu gehen oder in den Urlaub zu fahren. Nicht alle Mobilitätsbedürfnisse können verwirklicht werden, beispielsweise, wenn das Geld für die Urlaubsreise fehlt. Mobilität zu messen ist daher nicht so einfach. Man bildet sie meist durch die Anzahl der Wege ab, die eine Person an einem Tag zurücklegt. Der Verkehr hingegen ist das Instrument, das die Mobilität umsetzt. So kann man in den Urlaub fliegen, segeln oder mit dem Rad fahren. Daher lässt sich der Verkehr auch deutlich einfacher messen, anhand der Anzahl der Autos oder der zurückgelegten Kilometer.⁵

Für ein solidarisch gestaltetes Mobilitätssystem stellt sich nicht die Frage, wie möglichst viele Autos eine Straße hoch und runter fahren, sondern wie möglichst viele Menschen möglichst einfach ihre Bedürfnisse verwirklichen können. Interessant ist, dass trotz des technischen Fortschritts im Verkehrssektor die Mobilität in Deutschland in den letzten knapp 100 Jahren nur unwesentlich gestiegen ist. Die Anzahl der Wege und die für die Mobilität aufgebrauchte Zeit sind in diesem Zeitraum weitestgehend konstant geblieben. Einzig die durchschnittliche Länge der Wege und die Geschwindigkeit haben sich extrem erhöht.⁶ Technische Innovationen haben die Bewegungen von Menschen und Gütern beschleunigt und vereinfacht. Sie gehen aber meist auch damit einher, dass längere Wege zurückgelegt werden, um die gleiche Anzahl an Bedürfnissen zu verwirklichen. Es ist notwendig, den technischen Fortschritt so zu nutzen, dass alle ihre Bedürfnisse in der näheren Umgebung verwirklichen können. Dann könnten Menschen weniger Zeit für das Mobil-Sein aufwenden und weniger Naturverbrauch verursachen.



Abbildung 3.3.1: In einer Stadt der kurzen Wege können Bedürfnisse lokal verwirklicht werden, Autos werden überflüssig und der Austausch mit anderen Menschen gestärkt

» Eine urbane Lebensart, geprägt von Offenheit, Vielfalt und Begegnungen, die von Autos vielerorts aus den Städten getrieben wurden, kehrt zurück ins Städtische.«

Wenn die Stadt zusammenrückt

An erster Stelle einer Mobilitätswende steht die Verkehrsvermeidung: Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen sollte mit einem möglichst geringen Maß an Verkehr möglich sein. Auf lokaler Ebene ist dafür die *Stadt der kurzen Wege* ein wichtiger Schritt: In jedem Viertel finden sich in fußläufiger Entfernung Lebensmittelläden, Ärzt*innen, Apotheken, Postfilialen, Optiker*innen, Fahrradwerkstätten, soziale Treffpunkte – eben alles, was für ein gelingendes (Zusammen-)Leben im Alltag notwendig ist. Einkaufszentren am Stadtrand oder in der Peripherie, mit riesigen Autoparkplätzen vor der Tür, gehören dann der Vergangenheit an. Schwere oder sperrige Einkäufe werden entweder mit dem ÖPNV, einem Lastenfahrzeug, das man sich schon heute in immer mehr Städten kostenlos leihen kann, oder in Ausnahmefällen mit einem *Carsharing-Auto* transportiert (siehe GEBRAUCHSGÜTER). Eine solche Stadt verringert den Zwang zur motorisierten Mobilität im Alltag und die damit einhergehende Naturzerstörung. Außerdem stärkt sie den sozialen Austausch mit Nachbar*innen, die Identifikation mit dem Wohnort und die gesellschaftliche Teilhabe (siehe Abbildung 3.3.1). **Eine urbane Lebensart, geprägt von Offenheit, Vielfalt und Begegnungen, die von Autos vielerorts aus den Städten getrieben wurden, kehrt zurück ins Städtische.**

Anders als heute sind in einer solchen Stadt Fahrverbote für Privatautos keine Drohung mehr, sondern absolute Selbstverständlichkeit. Fußgänger*innen-

zonen, in denen sich Passant*innen ungestört vom sonstigen Straßenverkehr tummeln, sind schon heute aus keiner Stadt mehr wegzudenken. Oslo, Gent oder Kopenhagen sind Vorreiterinnen, wenn es darum geht Verkehrswege nicht mehr für Autos, sondern für Menschen zu planen und zu bauen. Oslo will ab 2019 die gesamte Innenstadt für den Automobilverkehr sperren.⁷ In der belgischen Stadt Gent ist dies schon seit dem Frühjahr 2017 Realität.⁸ Einige Straßen der Innenstadt dürfen nur noch Anwohner*innen und Handwerker*innen mit dem Auto befahren, andere Stellen sind nur noch für Rettungsdienste und Taxen freigegeben. Lastenräder, auch für kleinere Lieferungen und von Handwerker*innen genutzt, boomen und das Leben auf der Straße wird ruhiger, sauberer und geselliger.

Dabei geht es nicht um individuellen Verzicht oder einfache Verbote, sondern um die Umnutzung von Räumen. Damit kann die Mobilität aller bei gleichzeitig hoher Lebensqualität für alle gewährleistet werden. Die Wortneuschöpfung *Kopenhagenisierung* versinnbildlicht die Verbreitung einer fußgänger*innen- und fahrradfreundlichen Stadtplanung, wie sie in Kopenhagen schon seit vielen Jahren praktiziert wird. Dort wird mittlerweile fast die Hälfte aller Wege mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt.⁹ Ähnlich wie in Gent lässt sich dort beobachten, wie eine Reduktion des Automobilverkehrs nicht nur das Klima schützt und Schadstoffbelastungen vermeidet, son-

stad.gent/ghent-international/mobility-ghent

dern auch die Straßen wiederbelebt. Cafés stellen wieder Stühle auf die Straße, Menschen flanieren, unterhalten sich, diskutieren, sitzen, schauen, genießen. Die Straßen sind auch für Alte und Kinder wieder zugänglich: Auf ihnen wird wieder gespielt, der Schulweg oder alltägliche Besorgungen sind kein lebensgefährlicher Gang mehr.^{i,10,11,12}

Allerdings zeichnet sich Kopenhagen nicht nur durch ein sich wandelndes Mobilitätssystem und eine hohe Lebensqualität aus, sondern zählt auch zu den zehn teuersten Städte der Welt.¹³ Eine solidarische Stadt braucht dementsprechend nicht nur ein solidarisches Mobilitätssystem, sondern auch politische Maßnahmen, die das Leben in der Stadt für alle bezahlbar halten (siehe WOHNEN). Ein solidarisches Mobilitätssystem bedarf einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung.

Der Abschied vom Auto muss kein schwer zu tragender Verzicht sein, sondern kann Räume für die Verwirklichung der Mobilitätsbedürfnisse aller öffnen und zu einer höheren Lebensqualität in der Stadt beitragen. Auch ein kostengünstiger, öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV), der in engen Taktungen zwischen gut erreichbaren Haltestellen pendelt, ermöglicht die Teilhabe von Menschen, die sich nicht aufs Fahrrad schwingen oder zu Fuß gehen wollen oder können. Allerdings stellt sich auch die Frage, wer über die Gestaltung des Mobilitätssystems entscheidet. Wer bestimmt die Höhe des Ticketpreises im ÖPNV? Wer entscheidet, an welchen Stellen Autos und an welchen Stellen Fahrräder Vorrang haben? Hier bedarf es keiner weiteren Masterpläne, sondern einer Planungskultur des gemeinsamen Ausprobierens. Städteplaner*innen, Politiker*innen, Kinder, Alte, Jugendliche, Eltern, Erwachsene – sprich alle Bewohner*innen einer Stadt – müssen den Prozess aktiv mitgestalten können und gemeinsam herausfinden, wie die Stadt aussieht, in der sie leben wollen.

Gut versorgt in lebendigen Dörfern

Will man auf dem Land schnell eine Tüte Milch kaufen, frische Brötchen aus der Bäckerei holen, ein Paket verschicken oder eine Praxis aufsuchen, geht das oft nur mit einem Besuch in der Stadt – meist mit dem Auto. Aktuell haben rund 70 % der Bevölkerung in deutschen Landgemeinden keinen Lebensmittelladen in fußläufiger Entfernung.¹⁴ Wenn viele Dinge des täglichen Bedarfs nicht mehr vor Ort zu bekommen sind, werden insbesondere Junge und Alte von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen und Autos zu ständigen Begleitern. In den letzten Jahrzehn-

ten wurden vielerorts Bahnstrecken und Busverbindungen eingestellt, mit der Begründung, sie seien zu teuer. Dieser Rückbau von Infrastruktur, sei es ein fehlender Briefkasten oder die gestrichene Busverbindung, fördert das Gefühl abgehängt zu werden und wird daher auch mit der Ausbreitung von AfD und Pegida in Verbindung gebracht.¹⁵ Auch zum Arbeiten müssen viele Menschen in die Stadt pendeln, da sie auf dem Land häufig keine geeignete Arbeitsstelle finden. Aber auch steigende Mieten, schlechte Lebensqualität oder politische Rahmenbedingungen verdrängen Menschen aus der Stadt und zwingen sie damit zum Pendeln (siehe WOHNEN). Im Jahr 2017 sind rund vier Milliarden Euro allein in die Pendler*innenpauschale geflossen,¹⁶ Geld, das der Staat besser in ein sozial-ökologisches Mobilitätssystem investieren könnte, von dem alle profitieren.

Dabei zeichneten sich ländliche Regionen lange Zeit durch das genaue Gegenteil dessen aus, was heute als Abgehängt-Sein bezeichnet wird. Teilweise ist dies auch heute noch der Fall. Jede*r kennt jede*n, man trifft sich regelmäßig auf der Straße oder beim Einkaufen, man besucht sich und kümmert sich um einander. Die Versorgung mit Milch und Brötchen könnte eigentlich nirgends leichter sein als auf dem Land, denn hier kommen die Lebensmittel ja her. In Zeiten von hochspezialisierten Landwirtschaftsbetrieben finden sich aber immer weniger Hofläden mit einem vielfältigen Angebot eigener Produkte. Das Land birgt also auch ein gewisses Potenzial für kurze Wege, die jedoch die imperiale Lebensweise immer weiter verbaut (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).

Für eine solidarische Verwirklichung der Mobilitätsbedürfnisse in ländlichen Regionen braucht es Dörfer, die lebendige Dorfkerne haben, mit kleinen Lebensmittelläden, einer Bäckerei, Ärzt*innen, einer Poststelle, verschiedene Reparaturservices und Cafés. Orte, in denen Kulturangebote geschaffen werden können. So wie in Barmen, einem kleinen Dorf zwischen Düsseldorf und Aachen. Hier haben einige Aktive mit viel Einsatz, Kreativität und Durchhaltevermögen das Dorv-Zentrum geschaffen. Dorv steht für Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung. Im Dorv-Zentrum bekommt man alles für den alltäglichen Bedarf in einem Raum: frische Lebensmittel, Brot und Fleisch aus der nächsten Gemeinde, Briefmarken, Bargeld, Anträge für verschiedene Ämter, Medikamente, man kann Wäsche in die Wäscherei bringen oder Anzeigen aufgeben. Dazu gibt es kulturelle Angebote, viel Austausch und Miteinander.

Solche Zentren können einen Anfang bilden für

i Jeden Tag sterben auf deutschen Straßen im Durchschnitt rund neun Menschen und über 180 weitere Menschen werden schwer verletzt (Zahlen für 2017). Ein wichtiger Treiber für den steigenden Absatz von Sport Utility Vehicles (SUV) ist der Schutz der eigenen Familie, wenn diese im größten Auto auf der Straße sitzt. Gleichzeitig wird insbesondere an Grundschulen der Hol- und Bringservice vieler Eltern zu einem immer größeren Sicherheitsrisiko.



dorv.de

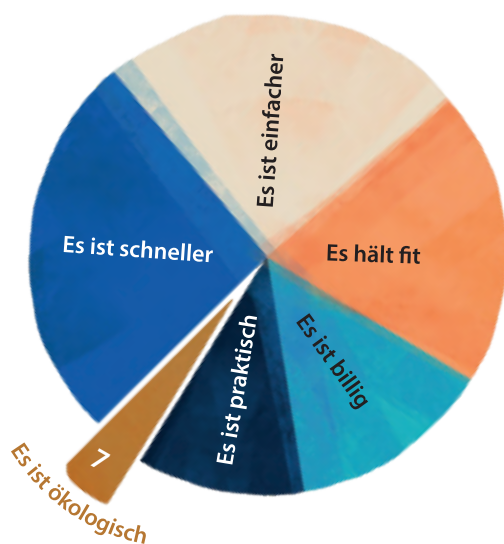




lebendige Dörfer, die mit einem kostengünstigen und eng getakteten ÖPNV verbunden sind, ergänzt durch Ruftaxis und Fahrgemeinschaften. In vielen ländlichen Regionen und Kleinstädten gibt es Initiativen, die einen *BürgerBus* ins Leben gerufen haben. Hier fahren meist ältere Menschen ehrenamtlich mit Kleinbussen durch die Ortschaften, um dem verschwindenden ÖPNV-Angebot entgegenzuwirken. Dieses Engagement ermöglicht Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe, die sonst nicht mehr möglich wäre.

Allerdings ist es problematisch, wenn gesellschaftliche Aufgaben am Engagement von Ehrenamtlichen hängen und damit Kosten ausgelagert werden. Für ein solidarisches ÖPNV-Angebot können nicht ökonomische Gewinne an erster Stelle stehen, sondern es geht in erster Linie darum, die der Mobilitätsbedürfnisse aller zu verwirklichen – aber nicht auf Kosten anderer.

Abbildung 3.3.2: Gründe für die Fahrradnutzung in Kopenhagen



Gut vernetzt auf dem Boden bleiben

Kopenhagener*innen fahren gerne Fahrrad – und fliegen viel. In Deutschland sind es die Wähler*innen der *Grünen*, die mehr fliegen als die Wähler*innen aller anderen Parteien im Bundestag.¹⁷ Dies ist nicht verwunderlich, denn in Kopenhagen wird nicht deshalb so viel geradelt, weil alle Menschen dort ein grünes Gewissen hätten, sondern weil es schlicht einfacher ist. Gerade mal 7 % radeln aus Gründen des Umweltschutzes; die Mehrheit radelt, weil es schneller, einfacher, gesünder, günstiger und komfortabler ist (siehe Abbildung 3.3.2).¹⁸ Fürs Fliegen bedeutet dies: Es braucht keine individuellen Appelle des Nicht-Fliegens, sondern Abheben muss schwerer

werden und auf dem Boden bleiben attraktiver. Denn Fliegen, das wurde eingangs schon deutlich, ist derzeit nicht nur sehr exklusiv, sondern aus ökologischer Perspektive auch in keiner Weise global verallgemeinerbar.¹⁹

Ein Großteil der Flugreisen findet auf Kurz- und Mittelstrecken statt,²⁰ auch zu beruflichen Zwecken.²¹ In einer solidarischen Alternative ließen sich über eine öffentlich finanzierte, europäische Mobilitätsplattform Fahrten auch für längere Strecken unkompliziert organisieren. Eine solche Plattform würde alle Verkehrsmittelangebote des Umweltverbundes (Fuß, Fahrrad, ÖPNV, Bahn, Fernbus) europaweit bündeln. Es bräuchte nicht mehr drei verschiedene Apps und Tickets, um mit dem Leihrad zur Bahn, mit der Bahn in eine andere Stadt und dort mit dem Bus zum Ziel zu gelangen. Die Menschen von *trainline* versuchen genau dies bereits umzusetzen. Allerdings wäre eine Plattform in öffentlicher Hand erstrebenswerter, die weniger profitorientiert (siehe GLOSSAR) und umfassender sein könnte. In Kombination mit staatlich geförderten Bahnsystemen, die eine hohe Taktung und gute Zuganbindungen auch außerhalb der Ballungsgebiete gewährleisten sowie ein Arbeiten im Zug ermöglichen, wird der öffentliche Personenverkehr so zur echten Alternative zum Flugverkehr auf Kurzstrecken. Initiativen wie das europäische Netzwerk *Back on Track* kämpfen derzeit für eine Reaktivierung gut ausgestatteter und komfortabler Nachtzüge, die auch für längere Wege quer durch Europa eine wichtige Ergänzung darstellen.

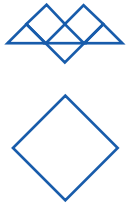
Alternativen in Form eines gut ausgebauten, flexiblen und gut organisierten öffentlichen Personenverkehrs zu schaffen, reicht für eine wirkliche Mobilitätswende aber noch nicht aus. Fliegen ist in der heutigen Arbeits- und Produktionsweise für immer mehr Menschen die einzig praktikable Lösung, um den unterschiedlichen, räumlich weit verteilten Ansprüchen gerecht zu werden. Keinen globalisierten Lebenslauf nachweisen zu können stellt in einigen Berufen ein Karrierehemmnis dar. Nicht zum Meeting nach Marokko zu fliegen erscheint unmöglich. Um diese Zwänge abzubauen, braucht es dementsprechend eine andere Produktionsweise, die andere Arbeitsweisen ermöglicht. Einerseits kann Telearbeit – also die Möglichkeit, außerhalb des Unternehmens zu arbeiten – ausgebaut werden. Andererseits ist vor allem wichtig, Wertschöpfungsprozesse zu regionalisieren und Arbeit gleich zu verteilen. Das verhindert, dass einige wenige im Stress einer 60-Stundenwoche versinken, während andere händierend nach Arbeit suchen. Dadurch könnten Strukturen geschaffen werden, die nicht nur einer Demokratisierung (siehe



thetrainline.com

back-on-track.eu





GLOSSAR) des Wirtschaftssystems dienlich wären, sondern auch weniger Fernreisen erfordern, andere Verkehrsoptionen ermöglichen und Mobilitätswänge abbauen würden.

Gut erholt statt weit gereist

Deutlich relevanter als die Geschäftsreisen sind die privaten Flugreisen. Im Jahr 2016 kamen in Deutschland auf jede Person, die geschäftliche Flugreisen unternommen hat, zehn Personen über 14 Jahren, die privat mit dem Flugzeug verreist sind.²² Gegenwärtig sind Fernreisen häufig der Inbegriff von Freiheit und dienen nicht selten der Erholung vom Arbeitsleben. Auch Kurztrips wie ein Wochenende auf Mallorca oder eine Shopping-Tour nach Mailand helfen dabei, »mal raus zu kommen«, und die Flüge sind teilweise günstiger, als mit der Regionalbahn in die nächste Stadt zu fahren. Die massenhafte Zunahme von Flugreisen, ähnlich wie die Verbreitung des Autos, ist für viele ein Sinnbild von Fortschritt und gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig ist diese Form des Reisens und der Bedürfnisverwirklichung in keiner Weise global verallgemeinerbar. Würden alle weltweit so viel fliegen wie der Durchschnitt im Globalen Norden, wäre eine ökologische und soziale Katastrophe die Folge. Zum anderen ist es gegenwärtig für einen Großteil der Weltbevölkerung allein aus Gründen der Visa-Ungerechtigkeit gar nicht möglich, auf legalem Wege in andere Länder einzureisen und sei es, um das eigene Leben zu retten.²³ Dagegen scheint der

Wunsch nach einer Shopping-Reise nach New York, einem Kurztrip nach Barcelona oder der Wintersonne auf den kanarischen Inseln fast schon zynisch. Sicherlich sind die günstigen Preise ein wichtiger Treiber für die rasante Zunahme (siehe GLOSSAR) von Flugreisen im Globalen Norden. Daher wäre ein Abbau der unzähligen direkten und indirekten Subventionen für den Flugverkehr ein erster möglicher Schritt. Im Gegenzug können eine Besteuerung von Kerosin, aber auch eine progressive Steuer auf Flugtickets, die vor allem reiche Vielflieger*innen ins Visier nehmen würde, helfen, den Flugverkehr zu begrenzen. Eine solche Steuer fordert auch die Initiative *a free ride*, welche sich für eine gerechtere Verteilung von Flugreisen einsetzt. In Zukunft muss es darum gehen, das weltweite, ökologisch sehr begrenzte Flugreisekontingent nicht anhand von Machtverhältnissen, sondern bedürfnisorientiert zu verteilen.

Dafür bedarf es auch eines kulturellen Wandels, bei dem Menschen ihre Bedürfnisse nach Freiheit, Entspannung, Zugehörigkeit oder Identitätsbildung nicht über immer »exotischer« anmutende Urlaubsziele befriedigen. All-inclusive-Reisen und Kreuzfahrt-touren werben mit dem Versprechen von absolutem Nichtstun und Entspannung mit Sonnengarantie. Buchbare Programmpunkte sollen eine stressfreie, aber individuelle Urlaubsgestaltung garantieren. Die zunehmende Beschleunigung des Alltags lässt eine solche radikale Entschleunigung im Urlaub immer attraktiver, aber auch notwendiger werden. Berichte

afreeride
.org

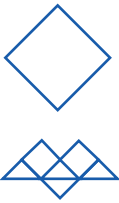


Abbildung 3.3.3: Urlaub in der nahen Umgebung kann ein großes Gefühl von Freiheit auslösen





von Reisen in ferne Länder erzeugen häufig eine größere Aufmerksamkeit als der Campingurlaub an der Ostsee. Doch ist letzterer wirklich weniger erholsam?

Schon heute verwirklichen vielen Menschen ihr Freiheitsbedürfnis beim Trampen oder auf Fernrad- oder Fernwanderwegen. **Mit Zelt und Rucksack, die Füße immer auf dem Boden, durch die Natur zu ziehen, beschreibt ein anderes Freiheitsverständnis** (siehe KULTURELLER WANDEL). Dabei steht die aktive und eigenverantwortliche Gestaltung von Beziehungen zur Mitwelt (siehe GLOSSAR) im Fokus. Diese Angebote gibt es nahezu überall vor der eigenen Haustür, so dass man kürzere Wege langsamer zurücklegen und das gleiche Mobilitätsbedürfnis verwirklichen kann. Hilfreich dafür ist es, wenn sich das Verhältnis von Freizeit und Erwerbsarbeit verändert. Bei einer kürzeren Vollzeit für alle,^{ii,24} die mit einer gleicheren Verteilung von Erwerbsarbeit einhergeht, bleibt mehr Zeit und Energie für anderes. Menschen, die weniger Erwerbsarbeit leisten, brauchen weniger Extremerholung mit all-inclusive am Strand, um wieder fit für den Arbeitsalltag zu sein. Stattdessen bleibt Zeit für die Fernreise per Fahrrad oder die Interrailtour durch Europa. Außerdem würde mit einer kürzeren Vollzeit der Alltag eigenständiger und kreativer, wodurch der Urlaub in seiner identitätsstiftenden und erholsamen Funktion weniger bedeutsam würde (siehe Abbildung 3.3.3).

Nahversorgt statt weithergeholt

Ähnlich wie bei der Mobilität von Menschen ist es auch für eine solidarische Mobilität von Gütern zentral, dass vor allem Weglängen und Geschwindigkeiten reduziert werden. Denn der Güterverkehr ist aktuell für 30 % der weltweiten CO₂-Emissionen im Verkehrssektor verantwortlich.²⁵ Das heißt nicht, dass es keinen internationalen Handel mehr geben kann, aber viele Wertschöpfungsketten würden regionalisiert. Es geht dann nicht mehr darum, dass die eigene Wirtschaft durch immer größere Exporte auf Kosten anderer wächst, sondern darum, möglichst viele der lokalen und regionalen Bedürfnisse durch die Produktion vor Ort zu verwirklichen. Der einzige Grund, weshalb eine Jeans heutzutage mehrfach um die ganze Welt gereist ist, bevor sie zum ersten Mal getragen wird, ist, dass es gegenwärtig das ökonomisch günstigste Produktionsmodell ist – auf Kosten von Mensch und Natur (siehe GEBRAUCHSGÜTER). In einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise kommt das Gemüse auf den Tellern in Norddeutsch-

land nicht aus Folientunneln in Südspanien und das Tierfutter nicht aus Südamerika, sondern vom Acker aus der Region (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT). Dadurch lässt sich auch der Gütertransport mit deutlich geringerem Verkehrs- und Ressourcenaufwand realisieren. Schon jetzt gibt es viele Unternehmen und Initiativen, die auf Regionalisierung, Reparaturfreundlichkeit und Ähnliches setzen (siehe GEBRAUCHSGÜTER). **Würde der Gütertransport reduziert, würden auch die Produktionsbereiche umgestaltet** (siehe INSTITUTIONEN). Die verbleibenden Transporte könnten dann verstärkt mit dem (Segel-)Schiff, der Bahn und auf den letzten Metern mit LKWs und Lastenrädern absolviert werden.

Bewusst, gemeinsam, nah

Höher, schneller, weiter – eine solidarische Lebensweise überwindet diese Logik. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen orientieren sich dann an den Bedürfnissen *aller* Menschen: *Bewusst, gemeinsam, nah* ist ein möglicher Dreiklang für ein solidarisches Mobilitätssystem. Dabei ist es in vielen Bereichen sinnvoll, die individuellen Mobilitätsbedürfnisse durch öffentliche Infrastrukturen zu decken und nicht durch private ›Lösungen‹ wie den Privat-Pkw. In anderen Bereichen braucht es einen großen kulturellen und politischen Wandel, der andere Quellen zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse erschließt (siehe TRANSFORMATION). Für eine Mobilitätswende muss sich die Arbeitswelt verändern, wie es Modelle einer kürzeren Vollzeit für alle und einer gleicheren Verteilung von Lohn- und Sorgearbeit nahelegen (siehe SORGE). Eine Mobilitätswende hin zu einer solidarischen Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse für alle ist nur zu einem kleinen Anteil eine technische Aufgabe. Durch eine andere Organisation von Erwerbsarbeit, regionale Produktion oder eine Förderung von Nahversorgung wird die Mobilitätswende zu einem emanzipativen Projekt. So kann das Bedürfnis nach *In-Bewegung-Sein* nicht nur in der näheren Umgebung, sondern auch selbstbestimmt im Alltag befriedigt werden.

» Bewusst, gemeinsam, nah ist ein möglicher Dreiklang für ein solidarisches Mobilitätssystem.«



ii

Dies wäre sogar ohne Lohnneinbußen möglich. Seit den 1990er Jahren stagnieren in westlichen Ländern die Reallöhne, obwohl die Arbeitsproduktivität weiter angestiegen ist. Würden Unternehmen diesen Anstieg an die Arbeitnehmer*innen weitergeben, dann wäre eine geringere Arbeitszeit bei gleichem Einkommen möglich.

WOHNEN ENDLICH RAUM FÜR ALLE

SOLIDARISCHE WOHNFORMEN GELINGEN, WENN WOHNRAUM FÜR ALLE ALS LEBENSUMFELD SORGEND, GEMEINSCHAFFEND, DEMOKRATISCH UND SUFFIZIENT GESTALTET WIRD – UND DABEI IM RAHMEN PLANETARER GRENZEN BLEIBT.

Wohnen – mehr als ein Dach über dem Kopf

Zu Hause. Ich habe mein Zimmer – Tür zu, und ich kann für mich sein. In meiner Wohnung gibt es Wasser, Wärme und Strom zum Waschen, Kochen, Essen und Trinken. Sie gibt mir Schutz und Sicherheit. Diese Verwirklichung grundlegender Bedürfnisse (siehe Infobox BEDÜRFNISSE) ist es, die mit *Zu-Hause-Sein* verbunden wird. Ein *Zuhause* ist jedoch mehr als der Ort, an den ich mich zurückziehe, wo ich Schutz finde, und mich körperlich und seelisch erholen kann.

Zu Hause bin ich an einem Ort, der über die eigenen vier Wände hinausreicht: Ich lebe in einer Familie, Wohngemeinschaft oder Nachbar*innenschaft – mal mehr, mal weniger miteinander verbunden. Wir sind aufeinander angewiesen und stehen füreinander ein. Wirklich zu Hause fühle ich mich, wenn ich aus der Tür treten und mich mit Freund*innen und Bekannten zum Grillen, zum Sport oder zum Entspannen im Park, am See oder auf anderen öffentlichen Plätzen treffen kann. Egal ob Stadt oder Land, zu einem Zuhause gehören damit auch die Fuß- und Radwege, die diese Orte miteinander verbinden. Grünflächen, Bänke, Spielplätze – kurz, die ganze Umgebung – können von allen Menschen, ganz gleich ob sportlich aktiv, jung oder alt, genutzt werden.

Eine solidarische Wohnweise bedeutet also viel mehr, als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Doch ein Blick auf die aktuelle Situation zeigt, dass es heute für viele schwer bis unmöglich ist, sich auf diese Art zu Hause zu fühlen.

So wie einige wohnen, können nicht alle bleiben

Wohnraum wird insbesondere in wachsenden Städten immer exklusiver. Obwohl Wohnen so elementar ist, wird es vielen Menschen unmöglich bezahlbaren Wohnraum zu finden, der ihren Bedürfnissen entspricht. Weil in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr öffentliche Wohnungen an private Inves-

tor*innen verkauft wurden, die diese gewinnbringend vermieten oder weiterverkaufen, kommt es derzeit zu massiven Mietpreiserhöhungen. Wohnungsnot, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit sind die Folge. Das liegt daran, dass der Anteil des monatlichen Einkommens, der für die Miete aufgebracht werden muss, in Städten unverhältnismäßig hoch ist. Maximal ein Drittel des Einkommens sollte für die Miete ausgegeben werden, weil sonst zu wenig für alltägliche Ausgaben bleibt. Doch oft reicht das nicht, um eine passende Wohnung zu finanzieren: In vielen deutschen Großstädten müssen fast die Hälfte der Haushalte mehr als 30 % ihres Einkommens für die Kaltmiete ausgeben (Geringverdiener-Haushalte sogar fast 40 %).¹ Viele Menschen müssen deswegen an anderen grundlegenden Bedürfnissen sparen.

Die Entwicklung städtischer Wohnungsmärkte verdeutlicht die widersprüchliche Bedeutung einer Wohnung: Für die Bewohner*innen ist sie essenzieller Lebensort, für die Investor*innen eine Profitquelle. Großinvestor*innen haben große Gestaltungsmacht auf dem Wohnungsmarkt, das heißt sie beeinflussen die Mietpreise ganzer Stadtviertel. So stiegen die Preise für Immobilien 2017 in Berlin in nur einem Jahr um 20 %.² Grundlegend für solidarische Alternativen sind deswegen die Eigentumsfrage und die Form der Verwaltung. **Wem gehört der Boden, auf dem gebaut wird? Wem gehört das Haus? Wem gehört die Wohnung? Und haben die Bewohner*innen Mitspracherechte, wenn es um die Nutzung geht?** Es gibt zwei gegenläufige Interessen: einen möglichst hohen Gewinn für die Immobilienwirtschaft auf der einen Seite und das Grundbedürfnis Wohnen für die Menschen auf der anderen Seite. Sie auszugleichen ist ein hochaktuelles Thema, aber auch eine historische Dauerbaustelle der Wohnungspolitik.³

Neben dieser unsolidarischen Entwicklung sind auch die derzeitigen Idealvorstellungen eines Wohnorts, wie ein freistehendes Haus mit Garten,⁴ gesellschaftlich nicht verallgemeinerbar: Abgesehen davon, dass sich diesen Traum nur die Wohlhabenderen erfüllen können, lässt sich diese Wunschvorstellung



» Eine solidarische Wohnweise bedeutet also viel mehr, als nur ein Dach über dem Kopf zu haben.«

erst auf Kosten anderer und der Natur verwirklichen. Warum?

Ein Einfamilienhaus für alle ist aus ökologischen Gründen vor allem wegen der benötigten Fläche und des Energieverbrauchs nicht möglich.^{1,5} Dass Menschen so viel Raum zusteht, wie sie sich finanziell leisten können, ist eine Annahme, die ignoriert, dass es ökologische Grenzen gibt.⁶ Und doch steigt die Wohnfläche pro Person Jahr für Jahr kontinuierlich.⁷ Dies ist neben dem Trend zum Einfamilienhaus auch darauf zurückzuführen, dass es immer mehr Haushalte mit immer weniger Personen gibt. In Berlin sind die Hälfte aller Haushalte Singlehaushalte.⁸ Für die zunehmende Wohnfläche und die steigende Anzahl an Wohnungen werden Böden versiegelt, Straßen, Bahnen und Parkplätze gebaut und enorme Mengen an Material und Energie für den Bau eingesetzt. Trotz energetischer Verbesserungen bei Sanierungen und Neubauten ist der Energieverbrauch der Haushalte seit 1990 nicht gesunken, da dafür die Wohnflächen immer größer werden (siehe Infobox REBOUND-EFFEKT).⁹

Die Allgemeinheit und insbesondere die einkommensschwächeren Schichten tragen die Kosten, wenn mehr und mehr Menschen flächen- und ressourcenintensiv wohnen. Zum einen begrenzen Einfamilienhaussiedlungen öffentlich nutzbare Freifläche. Das schränkt insbesondere die Lebensqualität derjenigen ein, die auf öffentliche Parks und Freiflächen für Spiel, Sport, Erholung und Begegnung angewiesen sind. Zum anderen belastet die Anbindung der Speckgürtel-Anwohner*innen an das Stadtzentrum diejenigen, die an den Hauptverkehrslinien des Pendelverkehrs wohnen. Das sind in der Regel die, die sich keinen Wohnraum in verkehrsberuhigter Lage leisten können. **Für solidarische Alternativen gilt es also auch zu fragen: Wer wohnt auf wessen Kosten? Und wie beeinflusst das Wohnen weniger das Leben aller?** Schafft die Ausweitung öffentlicher Güter nicht mehr Raum für alle? Und schränkt die Ausweitung privaten Wohlstands nicht den Raum und damit die Lebensqualität der meisten Menschen ein?

In Folge kommt es zu sozialen Wohnungskrisen in Ballungsgebieten, Vereinzelung in der Stadt und einem zunehmenden Flächenverbrauch. Immobilienfirmen und Kommunen versiegeln Freiflächen und bebauen sie mit profitablen Wohnungen. Die Gesellschaft kann das Bedürfnis der Menschen nach bezahlbarem Wohnraum nicht erfüllen und verdrängt gleichzeitig alternative Wohnformen. Kurz: Die Lebensweise, die viele anstreben, ist nicht verall-

gemeinerbar. Dennoch versuchen diejenigen, die es sich leisten können, sie zu realisieren. Das verursacht hohe soziale und ökologische Kosten. Weil es aber schlicht unmöglich ist, so allen ein Gutes Leben zu ermöglichen, liegt es an uns allen, unsere Idealvorstellung zu überdenken. Wir brauchen neue Visionen für ein gutes Zusammenleben.



It is in the shelter of each other that the people live«

Irishes Sprichwort – sinngemäß: Wir geben uns gegenseitig Schutz, wir leben im Schutze der Anderen

In vielfältigen Projekten entdecken Menschen unterschiedlichste Wege zu solidarischen Wohnweisen. Oft beginnt alles mit dem Impuls, das nahe Umfeld, also die eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft, umgestalten zu wollen. Daraus folgt häufig die Erkenntnis, dass ein solidarisch organisierter Verbund Unterstützung bieten kann – wir gehen im Folgenden beispielhaft auf das *Mietshäuser Syndikat* ein. Auch soziale Bewegungen und ihre Forderungen nach sozialer Wohnungspolitik stellen wir als alternative Strategien vor. Es gibt noch viele andere Initiativen und Projekte, die wir gerne porträtiert hätten. Uns geht es hierbei aber nicht um eine vollständige Auflistung, sondern darum, verschiedene Strategien – von kleinen (privaten) bis zu öffentlich-politischen – vorzustellen.

Wohnprojekte – zusammen anders leben!

Wohnprojekte ermöglichen den Bewohner*innen im Kleinen praktisch (siehe GLOSSAR) zu leben, wonach sie gesamtgesellschaftlich streben – auch wenn sie dies im Großen aufgrund zahlreicher Hindernisse noch nicht umsetzen können. In vielfältigen Wohnprojekten erproben Mitbewohner*innen gemeinsam alternative Formen des Zusammenlebens. **Auch wenn nur ein Bruchteil der Gesellschaft diese wählt,^{11,10} haben Gemeinschaftsprojekte doch eine große Strahlkraft: Sie sind prominente Nischenprojekte, die große Bekanntheit erlangen und Inspiration für andere sind.** So vielfältig wie die Bedürfnisse sind auch die Wohnformen solidarischen Zusammenlebens: von *Cohousing-Projekten*, Kommunen und Ökodörfern über Mehrgenerationenhäuser und einfache Wohngemeinschaften bis zu *Tiny Houses* und Wagenplatzgemeinschaften. Damit Menschen die vielen möglichen Wohnformen ausprobieren können, lohnt

wohnprojekte-portal.de

i Das Phänomen, dass eine Lebensweise für die Mehrheit der Menschen erstrebenswert erscheint, dabei aber (leider) nicht verallgemeinerbar ist, findet sich auch in anderen Lebensbereichen, zum Beispiel im Bereich Fernreisetourismus (siehe MOBILITÄT).

ii So zeigt eine Umfrage, dass zum Beispiel nur 4 % der Haushalte in Berlin Mehrpersonenhaushalte ohne Kernfamilie sind, also Menschen, die zusammenleben ohne in einer familiären Beziehung zueinander zu stehen.



Abbildung 3.4.1: Von selbstorganisierten Hausprojekten zur solidarisch organisierten Stadt für alle!

es sich, auch minimalistischen und kreativen Formen des solidarischen Zusammenlebens Raum zu geben.

Wohnprojekte können unterschiedliche Schwerpunkte setzen: Einige Wohngemeinschaften und Hausprojekte engagieren sich politisch, andere konzentrieren sich vor allem auf ökologische Anbau-, Hausbau- oder Wirtschaftsweisen. In vielen Wohnprojekten steht das gemeinschaftliche Miteinander im Mittelpunkt. Es gibt auch einige, die solidarisch wirtschaften. Das heißt in diesem Fall, dass die Bewohner*innen des Gemeinschaftsprojekts sowohl Einkommen und Vermögen als auch ihre Ausgaben kollektiv (siehe GLOSSAR) verwalten.ⁱⁱⁱ Diese Form bedürfnisorientierten Wirtschaftens ist wohl nicht für jede*n vorstellbar. Sie bringt den Bewohner*innen dieser Projekte jedoch in einigen Bereichen erhebliche Vorteile. So kann die Gemeinschaft die Risiken von Freischaffenden und Unternehmer*innen solidarisch absichern. Ungleichheiten in der vorherrschenden Einkommensstruktur kann sie ausgleichen (zum Beispiel können so sowohl Pfleger*innen als auch

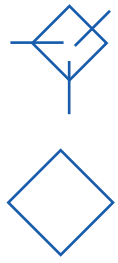
Ingenieur*innen von ihrem Einkommen gut leben). Außerdem können die Bewohner*innen Sorgetätigkeiten selbstorganisiert besser (und gerechter!) verteilen und honorieren, als das sonst möglich wäre (siehe SORGE). Diese Freiräume machen eine solidarische Lebensweise, die über das Wohnen selbst hinausweist, erst möglich. Projekte, die öffentliche Angebote haben, wie ein Café, Seminar- oder Gästehaus, können inspirierende Orte für alle sein, die eine solidarische Lebensweise kennenlernen wollen (siehe Abbildung 3.4.1).

Cohousing-Projekte, wie die *Ro70* in Weimar, setzen privaten und öffentlichen Raum in ein neues Verhältnis: Die Bewohner*innen von *Cohousing*-Projekten können ihre Wohnung mieten (oder kaufen), während sie die Außenflächen kollektiv teilen. Anders als in Siedlungen mit ungleichgroßen Gärten gibt eine kollektiv nutzbare Fläche allen genug Platz – zum Spielen, Sport, Gärtnern und Sich-Begegnen. **Ein Miteinander löst Vereinzelung ab – natürlich nicht ohne Auseinandersetzungen unter Nachbar*innen.** Doch



ro70-
weimar
.de

ⁱⁱⁱ Zum Beispiel hat die Kommune Niederkaufungen eine gemeinsame Ökonomie. Jede Kommune beziehungsweise jedes Gemeinschaftsprojekt folgt dabei individuellen Regelungen und Abstufungen, die zum jeweiligen Kollektiv passen.



die gehören nun einmal dazu, ob nun mit oder ohne Zaun dazwischen. Dort, wo anonymes Wohnen dem Gemeinschaften und Teilen einer lebendigen Nachbar*innenschaft weicht, sinkt auch der ökologische Fußabdruck (siehe GLOSSAR). Alle nutzen Fläche, Energie, Geräte und Haushaltsgegenstände gemeinsam – sie können reduziert werden, ohne dass es dabei an etwas mangeln würde (siehe GEBRAUCHSGÜTER).

Mietshäuser Syndikat – Die Häuser denen, die drin wohnen!

Wohnprojekte sind nicht nur solidarische Nischen, die praktisch erproben und erfahrbar machen, wie ein Zusammenleben organisiert sein kann. Sie unterstützen auch eine solidarische Lebensweise in anderen Bereichen. Damit können solche Projekte zwar einen Wandel zu solidarischen Strukturen unterstützen, diese aber nicht alleine umsetzen. Einzelne Wohnprojekte werden teilweise selbst ausschließend. Imperiale Zwänge führen dazu, dass ein bestimmter (sozialer und finanzieller) Status nötig ist, um sich einbringen zu können. Weil viele bereits am Hauserwerb scheitern, da ihnen Geld, Zeit, Wissen, teilweise politisches Verhandlungsgeschick oder Kontakte fehlen, können sich nicht alle ein Gutes Leben in Wohnprojekten erfüllen. Auch die Möglichkeiten, sich Wohnprojekten anzuschließen, sind ungleich verteilt: So wird für den Einzug in ein Wohnprojekt häufig ein Genoss*innen-schaftsbeitrag (siehe GLOSSAR) fällig, der weit über dem liegt, was viele aufbringen können.

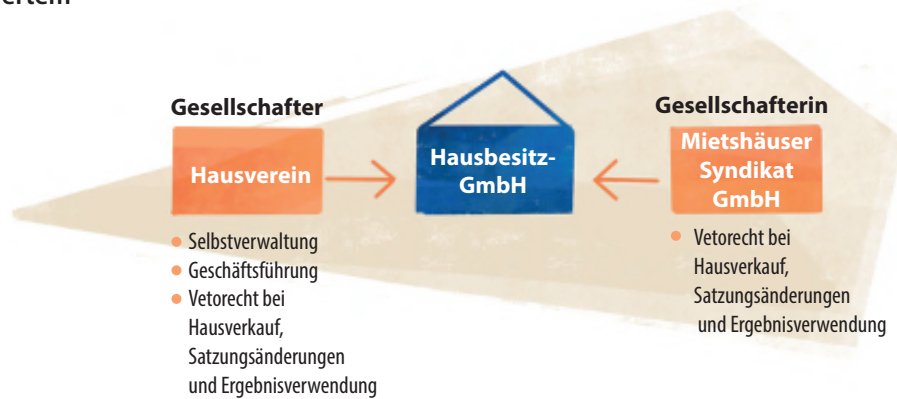
Dem setzt das *Mietshäuser Syndikat* eine ausgeklügelte Struktur entgegen. Wohnraum soll in kollektives Eigentum übertragen und selbstverwaltet werden. Das *Mietshäuser Syndikat* ist ein Netzwerk von mittlerweile rund 130 Hausprojekten.¹¹ Indem

es existierende Gesetze für sich nutzt, gelingt es dem Syndikat zusammen mit den Hausprojekten die Profitlogik (siehe GLOSSAR) zu durchbrechen: Sobald das Haus in kollektives Eigentum des Syndikats und der Haus-GmbH übergegangen ist, sind die Bewohner*innen der Häuser völlig autonom was das Zusammenleben betrifft. Dabei zahlen sie bedarfsgerechte statt profitorientierte Mieten. Zudem ist dem Anreiz der Bewohner*innen, ›ihr‹ Haus gewinnbringend zu verkaufen, ein Riegel vorgeschoben: Die *Mietshäuser Syndikat GmbH* hat als Mitgesellschafterin ein Vetorecht, wenn es zu Verkaufsplänen kommen sollte. So gelingt es dem Syndikat zusammen mit den einzelnen Haus- und Wohnprojekten Gemeineigentum an Wohnraum aufzubauen. Dieses wird durch die Bewohner*innen selbst verwaltet und langfristig abgesichert (siehe Abbildung 3.4.2).

Alle Beteiligten müssen sich selbst organisieren, koordinieren und verantwortungsvoll beteiligen. Durch den basisdemokratisch organisierten Projektverbund sind die Hausprojekte miteinander vernetzt und stehen solidarisch füreinander ein. Sie geben praktisches Wissen über Hauskauf, Ausbau und ein gelingendes Miteinander im Zusammenleben untereinander weiter. Im Gegensatz zu vereinzelt Wohnprojekten kann das Syndikat also politische Solidarität fördern. Es bündelt Ressourcen und sorgt dafür, dass Wissen geteilt wird. Gleichzeitig bleibt die Eigenständigkeit der Hausprojekte immer erhalten, sodass vielfältige Formen des Zusammenlebens entstehen können. **Das Mietshäuser Syndikat verhindert, dass alternative Wohnprojekte »als einsame Leuchttürme im undurchsichtigen Nebel des renditeorientierten Immobilienmeers langsam verschwinden«.**¹²



Abbildung 3.4.2: So funktioniert das Mietshäuser Syndikat: Selbstverwaltung durch die Hausbewohner*innen und ein Veto bei profitorientiertem Hausverkauf



Recht auf Stadt – Öffentlicher statt privater Luxus!

Während das *Mietshäuser Syndikat* darauf abzielt, privaten Wohnraum in kollektives Eigentum zu überführen, setzt die Bewegung *Recht auf Stadt* noch breiter an. Lokale Bündnisse aus zivilgesellschaftlichen Akteur*innen engagieren sich und fordern bezahlbare Mieten für alle in ihren Städten. Dabei stellen sie öffentlichkeitswirksame Forderungen an die kommunale Politik und veranstalten Proteste und Kundgebungen, um Menschen über die Probleme des profitorientierten Wohnungsmarktes zu informieren.

Im Sinne eines stärkeren Miteinanders gestalten sie das Verhältnis von privaten und öffentlichen Räumen um. Die Aktivist*innen setzen sich dafür ein, dass es öffentlichen Raum für alle gibt, statt privaten Luxus für einige wenige. **Denn es gibt genug physischen und ökologischen Raum, um öffentlichen Luxus für alle zu ermöglichen, aber nicht genug für privaten Luxus für alle.**¹³

» **Städtische Commons müssen politisch erkämpft werden, und das braucht einen langen Atem und Engagement**
frei übersetzt nach Shareable¹⁴

Städtische Commons (siehe GLOSSAR) orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen.¹⁵ Der öffentliche Raum kann eine Fülle an solchen Gemeingütern für die Menschen bereitstellen: wundervolle Parks, Gartenanlagen und weite Plätze, Spielplätze, Sportanlagen und Schwimmbäder, Museen, Kunsthäuser und Bibliotheken, öffentliche Verkehrswege für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen, Kulturzentren und Stadtteilbegegnungszentren.

Die Gesellschaft kann eine *Stadt für alle* am besten umsetzen, wenn sie ihre Bewohner*innen (oder die eines Stadtteils) direkt an der Stadtplanung beteiligt. Dann können die Bürger*innen die gemeinsame Infrastruktur und die Verwaltung der Gemeingüter nach ihren Bedürfnissen mitgestalten. Zum Beispiel schaffen engagierte Bewohner*innen auf Freiflächen und Brachen *Urban-Gardening* Projekte – Stadtgärten, die von allen gestaltet und genutzt werden können. Oder es werden Parkplätze am *Parking Day* besetzt. Sie wollen darauf aufmerksam machen, wie groß die Freifläche ist, die in den Städten durch den motorisierten Individualverkehr eingenommen wird. Dies ermöglicht den Menschen eines Stadtteils sich mit den vielfältigen Lebensentwürfen und Ansprüchen an ihre Stadt auseinanderzusetzen. So kämpft etwa die Initiative *Stadt von unten*, ein Netzwerk aus Wohnungsbaugenoss*innenschaften und selbstverwalteten Hausprojekten, für demokratisch organisierten

stadt
von
unten.de

Infobox: ROTES WIEN – damals und heute

Das *Rote Wien* war ein sozialistisches Wohnungsbauprojekt im Wien der 1920er Jahre. In Wien herrschte nach dem ersten Weltkrieg massive Wohnungsnot. Der Wohnungsnotstand wurde nicht mehr anhand des Leerstandes, sondern anhand der Anzahl der Obdachlosen gemessen. Die Menschen zogen massenweise in die Außenbereiche der Stadt, sodass dort ganze Siedlungen aus provisorischen Hütten mit kleinen Gartenlandparzellen zur Selbstversorgung entstanden. Diese Bewegung zur Selbsthilfe von unten gab den Anstoß für das Rote Wien, eine der konsequentesten städtischen Reformen, die die Infrastruktur Wiens nach sozialistischem Prinzip umstrukturierte.¹⁸ Die Kommunalpolitik versuchte, eine soziale Infrastruktur aufzubauen, die es vermochte die Wohnungsnot zu überwinden. Mithilfe von Luxussteuern, einer Wohnbausteuer und einem strengen Mieter*innenschutz ließ sich der Bau zahlreicher Sozialwohnungen und einer Infrastruktur aus öffentlichen Einrichtungen finanzieren. Die Wohnungen zeichneten sich durch einen hohen Standard aus, sahen aber auch kollektiv genutzte Bad-, Koch- und Wascheinrichtungen vor. Die soziale Infrastruktur umfasste unter anderem Schulen, Krankenhäuser, Kinos, Sportanlagen und Waschküchen. Obwohl die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen denkbar ungünstig waren, hatte Wien so eine Lösung für die Wohnungsnot gefunden. Der soziale Wohnungsbau konnte die Wohnungsnot abmildern.¹⁹ Auch in der derzeitigen Wohnungskrise lohnt sich ein Blick nach Wien: Die Stadt belegt in Sachen Lebensqualität der Bewohner*innen seit Jahren den ersten Platz.²⁰ Obwohl auch Wien eine stark wachsende Stadt ist²¹, gibt es keine explodierenden Mieten, sondern angemessen günstigen Wohnraum für die Mehrheit der Wiener*innen. Dank kommunalen Wohnungsbaus und einer starken Einflussnahme der Stadtpolitik auf den Mietmarkt ist mit der Umsetzung sozial durchmischter Großbauprojekte die Förderung bezahlbaren Wohnraums für alle möglich.²²

und bezahlbaren Wohnraum und fordert die Gründung eines Bodenrates.

Rotes Berlin – Kommunalisieren statt Privatisieren!

Die Initiative *Rotes Berlin* setzt sich dafür ein, dass Wohnraum solidarisch verwaltet wird, indem daraus ein Gemeingut statt einer Ware am Markt wird. Die Initiative schlägt vor, Wohnraum aus privater in die öffentliche Hand zu bringen und zu demokratisieren (siehe GLOSSAR).¹⁶ Sie orientiert sich dabei am *Roten Wien* der 1920er Jahre – bis heute sind die Mieten in Wien durch den langfristig kommunalen Immobilienbesitz vergleichsweise stabil (siehe Infobox ROTES WIEN). Ziel der Initiative ist, dass durch eine Vergesellschaftung Wohnraum in Gemeingut umgewandelt wird. Vergesellschaftung bedeutet, dass die Bewohner*innen Güter und Infrastrukturen, wie Wohnungen und kommunale Verkehrs- und Energiebetriebe, in kollektiven Besitz bringen. Dies geschieht, indem die Stadt das Eigentum in staatliche Verwaltung überführt. Zugleich stellt die Demokratisierung der staatlichen Institutionen sicher, dass alle Bürger*innen das nun öffentliche Eigentum kontrollieren und mitverwalten.¹⁷ Sie können als Nutzer*innen den Wohnraum selbstbestimmt verwalten, in Form von Kooperativen, Treuhandschaften oder Genoss*innenschaften. Wichtig ist dabei, dass die Institutionen demokratisch organisiert sind.

Rekommunalisierung – also der Rückerwerb (oder die anderweitige Aneignung) der Immobilien durch die Kommune – wird von der Initiative *Rotes Berlin* als ein wichtiger Schritt zur Vergesellschaftung gesehen. So kann kollektives und öffentliches Eigentum entstehen. Wenn die Immobilienpreise nicht weiter durch Spekulationen steigen, können diejenigen Immobilien kaufen, die an einer demokratischen Verwaltung des Wohnraums interessiert sind – wie zum Beispiel die Kommunen, Genoss*innenschaften oder das Mietshäuser Syndikat. Politische Maßnahmen, wie höhere Steuern auf Immobiliengewinne und feste Mietobergrenzen, können dafür sorgen, dass die Spekulation mit Miet- und Eigentumswohnungen für Investor*innen unattraktiv wird (siehe INSTITUTIONEN).

Für den umfassenden Wandel des Bereiches Wohnen sind die Stadtpolitik und eine breite Mieter*innenbewegung aufeinander angewiesen. Wenn die verschiedenen Gruppen und Initiativen zusammenarbeiten, kann bedürfnisorientiertes Wohnen für alle entwickelt und umgesetzt werden (siehe TRANSFORMATION). **Damit können alle Menschen ihr Zuhause in einem Guten Leben für Alle gestalten.**



GEBRAUCHSGÜTER SOLIDARISCH PRODUZIEREN, SOLIDARISCH NUTZEN

IN DER IMPERIALEN LEBENSWEISE VERBRAUCHEN
WIR IMMER SCHNELLER, IMMER MEHR. AUF KOSTEN DER
NATUR UND VIELER MENSCHEN. DOCH ENTLANG DER
WERTSCHÖPFUNGSKETTE ENTSTEHEN ALTERNATIVEN,
HIN ZU EINER LEBENSWEISE, IN DER ES GENUG FÜR ALLE
GIBT – FREI VON AUSBEUTUNG.



In unserem Leben nutzen wir jeden Tag Gebrauchsgüter: Zum Kaffeekochen, um uns anzuziehen, als Einrichtung, als Werkzeug, zum Arbeiten, als Spielzeug, für Unterhaltung und um uns fortzubewegen. In einer solidarischen Lebensweise gibt es für uns alle von allem genug. Vieles haben wir gemeinsam gebaut, genäht oder zusammengeschraubt. Wir lernen voneinander und Baupläne und Anleitungen sind frei verfügbar. Bei anderen Dingen wissen wir, dass die Produzent*innen ein Gehalt kriegen, von dem sie ein Gutes Leben (siehe GLOSSAR) führen. **Wir teilen und tauschen und besitzen fast nichts mehr alleine, sondern nutzen es gemeinsam.** In unseren Städten, Dörfern und Häusern brummen Umsonstläden, Tauschregale, gemeinsame Fahrradkeller und kollektive (siehe GLOSSAR) Werkstätten. Materialien sind recycelt oder demokratisch, nachhaltig und umweltschonend gewonnen. Wenig Dinge gehen kaputt – wenn doch, reparieren wir sie. Kaum etwas wird weggeschmissen. Überflüssige Plastikverpackungen sind Geschichte. **Wir besitzen viel weniger als in der imperialen Lebensweise und trotzdem können wir viel mehr nutzen, weil wir teilen.**

Imperiale Gebrauchsgüter – Auf Kosten von Natur und Menschen

Doch bisher sieht die Realität anders aus: Der Weg von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung von Gebrauchsgütern ist geprägt von der Ausbeutung (siehe GLOSSAR) menschlicher Arbeitskraft und erheblichen Belastungen für die Umwelt – beides besonders, aber nicht ausschließlich im Globalen Süden (siehe GLOSSAR). Ressourcenübernutzung bei der Herstellung und beim Transport trägt außerdem erheblich zum Klimawandel bei. Die Probleme beginnen schon bei den Rohstoffen: Mehr als 40 % aller weltweiten Konflikte in den letzten 60 Jahren stehen mit dem Abbau

und Handel von Rohstoffen in Verbindung und fast ein Drittel aller Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in der Wirtschaft betreffen die Rohstoffgewinnung.¹ Die beteiligten Unternehmen, häufig multinationale Konzerne, weisen ihre Verantwortung zurück und berufen sich auf undurchsichtige Lieferketten, die Verantwortung der Zulieferer und die mangelnde Durchsetzung von Umweltschutz und Arbeitsstandards durch Regierungen vor Ort.

Niedrigster Standard, längster Weg, maximaler Gewinn

Ähnlich sieht es bei der Produktion aus: Profitstreben, Wettbewerbsdruck zwischen Unternehmen und die Erwartung der Käufer*innen, dass Produkte günstig sind, befeuern die Suche nach den Fabrikstandorten mit den niedrigsten Löhnen. Steigen die Herstellungskosten, etwa weil die Arbeitnehmer*innen mehr Gehalt, angemessene Arbeitsbedingungen oder besseren Gesundheitsschutz fordern, dann wird die Produktion in das nächste Land abgezogen.

Der Unterbietungswettbewerb führt zudem zu einer fragmentierten Wertschöpfungskette mit langen Transportwegen: In der derzeitigen globalen Arbeitsteilung ist eine Jeans dann am profitabelsten, wenn sie 14 Länder besucht hat, bevor sie bei ihrer Nutzer*in landet. 90 % des Handels wird dabei über Containerschiffe abgewickelt.² Auch in dieser Branche werden Arbeitsschutzstandards umgangen und große Mengen hochgiftiger, umwelt- und gesundheitsschädigender Stoffe in die Ozeane und die Luft abgeben.³ Eingebettet ist dieses Vorgehen in ein System von Freihandelsabkommen, die es Unternehmen erlauben, Staaten zu verklagen, wenn Gesetze so angepasst werden, dass ihre Investitionen Schaden nehmen – zum Beispiel wenn sie höhere Arbeits- oder Umweltstandards einführen (siehe INSTITUTIONEN).⁴

Das kurze Leben der Gebrauchsgüter

Gelangen die Produkte nach ihrer Weltreise in den Globalen Norden, werden sie – meist ebenfalls von Arbeitnehmer*innen in prekären Jobs – verkauft.⁵ Gebrauchsgüter sind längst zu Verbrauchsgütern geworden. In Deutschland werden 78 % der Handys

nicht weiter genutzt, weil die Reparatur des Displays zu teuer oder aufwendig ist, der Akku sich nicht austauschen lässt oder Software- und Hardware-Updates nicht mehr möglich sind.⁶ Deutschland hat zwar die europäische Spitzenposition im Bereich Abfalltrennung, ist allerdings auch einer der größten Müllverursacher des Kontinents.⁷ 25 % des europäischen Plastikmülls werden in Deutschland verursacht, davon zu 40 % unnötiger Verpackungsmüll. Dieser Müll wird häufig wieder aus dem Globalen Norden ausgelagert.⁸ Elektroschrott wird so auf illegalen Mülldeponien durch Verbrennung »recycelt«⁹ und jährlich landen dreizehn Millionen Tonnen Plastikabfälle im Meer.¹⁰

» *Nichts ist einfach »weg«. Wenn wir etwas wegschmeißen, muss es irgendwo hin.*«
Annie Leonard

Solidarische Gebrauchsgüter – Der andere Kreislauf

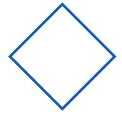
Das kann und muss auch anders gehen, da der jetzige Verbrauch ökologisch und sozial nicht haltbar ist. Eine Reihe aktivistischer, emanzipatorischer

(siehe GLOSSAR) Initiativen zeigen entlang der globalen Wertschöpfungskette solidarische Alternativen auf. Sie verbindet im Kern ein Streben nach Suffizienz (siehe GLOSSAR und KONTUREN) und Commoning (siehe GLOSSAR und KONTUREN). Führen wir diese weiter, müssen wir danach fragen, was Menschen wirklich brauchen und wie sie Gebrauchsgüter wahrnehmen. Wenn Gebrauchsgüter aufhören Eigentum zu sein, sondern deren soziale Nutzung in den Mittelpunkt rückt, eröffnet sich eine andere Welt, in der genug für alle da ist. Von wenigen Gegenständen können viele Menschen ihre Bedürfnisse erfüllen (siehe KONTUREN).¹¹ Diese solidarische Utopie (siehe GLOSSAR) benötigt sowohl zeitliche Ressourcen (siehe SORGE und INSTITUTIONEN) als auch die entsprechende Infrastruktur (siehe MOBILITÄT und WOHNEN). Für die gemeinschaftliche Herstellung und Nutzung von Gebrauchsgütern braucht es neue alternative Räume wie Tausch- und Umsonstläden und Platz für Open-Source-Projekte. Diese »utopietauglichen Halbinseln«¹² geben die Möglichkeit – fern von Profitlogik (siehe GLOSSAR), Leistungsdruck und Selbstoptimierung – Räume anderer Selbstverständlichkeiten zu schaffen.¹³ Je näher die Utopie rückt, in der Gebrauchsgüter Commons sind, desto lokaler, nachhaltiger und suffizienter können sie sein.¹⁴



Abbildung 3.5.1:
Der solidarische Kreislauf,
von der Baumwolle bis zu
uns und immer weiter





Bodenständig bleiben!

Besonders im Rohstoffsektor gehört zu den wichtigsten Forderungen mehr zu recyceln, nachwachsende Rohstoffe zu verwenden und den Abbau von Rohstoffen einzuschränken. Viele Initiativen setzen sich dafür ein, dass die Erschließung und der Abbau von Rohstoffen transparent und demokratisch legitimiert sind.¹⁵ Dies bedeutet, dass Bürger*innen im Globalen Süden mitentscheiden können, ob und unter welchen Bedingungen Baumwolle angebaut, Erze geschürft oder Wälder gerodet werden. Dazu müssen Vorhaben von Bergbauunternehmen offen liegen und Entscheidungen gegen Korruption abgesichert sein.¹⁶ Zu den Organisationen, die diese Transparenz fordern, gehören die *Southern Africa Resource Watch*¹⁷ oder die *Conflict Free Tin Initiative*.¹⁸ Im Globalen Norden ist es deswegen wichtig, die Herkunft von Rohstoffen nachzuverfolgen, um sicherzustellen, dass diese unter solidarischen Bedingungen gewonnen wurden.

afreewatch.org

solutions-network.org/site-cfti

fairphone.com

Fairphone sucht neue Wege

Die Firma *Fairphone* hat 2013 als erster Mobilfunkhersteller den Versuch unternommen, ein ökologisch und ethisch vertretbares Smartphone zu produzieren mit dem Ziel, konfliktfreie Rohstoffe zu beziehen und die Arbeitsbedingungen beim Abbau und den Zulieferern zu verbessern.¹ Derzeit startet *Fairphone* eine Initiative für fair gehandeltes Gold aus Uganda, an der sich auch der Elektronikkonzern *Philips* beteiligt. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sehen solche Partnerschaften als sehr wichtig an, weil sie neue Maßstäbe und sozial-ökologische (siehe GLOSSAR) Standards setzen.¹⁹ Signalwirkung für die Industrie hat auch der modulare Aufbau: Er vereinfacht Reparaturen und technische Upgrades und sorgt so für weniger Elektroschrott. Allerdings hat *Fairphone* die Produktion von Ersatzteilen für die erste Generation des Smartphones aufgrund der zu kleinen Menge und entsprechender Unwirtschaftlichkeit eingestellt – und durch einen Kundenmarktplatz für Ersatzteile und gebrauchte Telefone ersetzt. *Fairphone* zeigt, wie Unternehmen strukturelle Veränderungen in der Wertschöpfungskette bewirken können: durch ein hohes Maß an Transparenz, einen aktiven Dialog mit Käufer*innen und NGOs, stetige Verbesserungsansätze und Untersuchungen zu Recyclingoptionen für elektronische Geräte.

Produktion, aber bitte solidarisch organisiert

Ein Gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen

(siehe GLOSSAR) bedeutet auch, dass Produkte und Produktionsprozesse neu gedacht werden müssen. Besonders der Textilsektor steht seit dem *Rana Plaza* Unglück in Bangladesch im Jahr 2013 am Scheideweg. Beim Einsturz der Textilfabrik, in der Arbeiter*innen Kleidung für Marken wie *KiK*, *Primark*, *Benetton* und *Zaras* Mutterkonzern *Inditex* herstellten, verloren 1.136 Menschen ihr Leben, rund 2.500 wurden verletzt. Andrew Morgan, Regisseur der Dokumentation *The True Cost – Der Preis der Mode*,²⁰ kommt zu dem Fazit, dass die meisten großen Modekonzerne das Warnsignal durch *Rana Plaza* ignoriert haben. Es führte aber dazu, dass sich vermehrt Aktivist*innen und Unternehmen für eine gerechtere, menschlichere und nachhaltigere Zukunft in der Modewelt einsetzen.²¹ Seit der Berichterstattung in den Medien sind sich viele der hauptsächlich weiblichen Arbeiter*innen der Ausbeutung in der Bekleidungsindustrie bewusst geworden. Sie organisieren sich und kämpfen für ihre Arbeitsrechte.²² Unterstützt werden sie dabei unter anderem vom Internationalen Netzwerk der Kampagne für saubere Kleidung. Die *Clean Clothes Campaign* (CCC)²³ arbeitet bereits seit 1989 zu den sozialen Aspekten der Textilindustrie. In ihr verbinden sich über 200 Menschenrechtsorganisationen, Frauenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, NGOs und Verbraucher*innenverbände.²⁴ Diese Nord-Süd-Zusammenarbeit stärkt Arbeiter*innen in südlichen Ländern dabei, ihre Rechte gegenüber internationalen Textilunternehmen durchzusetzen. Die Kampagne half unter anderem, Abkommen für mehr Sicherheit und Entschädigungszahlungen durchzusetzen. Die im November 2016 gegründete *South Asian Regional Coalition* innerhalb der CCC soll Akteur*innen im Globalen Süden besser vernetzen. Im Globalen Norden bemüht sich die *Who made my clothes*-Kampagne der Initiative *Fashion Revolution*²⁵ darum, die Auslagerung von Schäden und die wahren Kosten der Produktion sichtbar zu machen.

truecostmovie.com

cleanclothes.org

fashionrevolution.org

Auch einige Unternehmen denken um und bemühen sich hauptsächlich lokal herzustellen. Was heute ein Wettbewerbsnachteil ist – ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften – sollte in Zukunft belohnt werden: mit geringeren Steuern, niedrigere Zöllen, günstiger Finanzierung oder dem Vorrang in öffentlicher Beschaffung. Ansätze wie die *Gemeinwohlökonomie*, versuchen dies voranzutreiben.²⁶

ecogood.org



i

Das erste Fairphone enthielt konfliktfreies Zinn und Tantal aus der DR Kongo – dabei wurde unter anderem mit der *Conflict Free Tin Initiative* (CFTI) zusammengearbeitet. 2016 gelang es dem Unternehmen nachverfolgbare Lieferketten für alle vier international als Konfliktminerale eingestuft Rohstoffe – nach Zinn, Tantal und Gold auch Wolfram – zu etablieren.

Solidarisch handeln

Neben einer Stadt der kurzen Wege (siehe MOBILITÄT) bedarf es weltweit auch eines Handels der kurzen Wege. Die einzelnen Produktionsschritte eines Gebrauchsguts sollten so nah wie möglich beieinander liegen. Dazu gehört auch eine möglichst lokale und solidarische Produktion. Grundlegend dafür ist, dass die handwerkliche Arbeit, die in vielen Produkten steckt, fair und solidarisch entlohnt wird, und dass Wissen über Technologien global frei zugänglich sein sollte. Ein Beispiel dafür sind weltweit *Open-Source-Ecology-Projekte*.²⁷ Grundgedanke ist es, die digitale Vernetzung zu nutzen, um frei von Konkurrenz gemeinschaftlich Gebrauchsgüter (fast) in einem öffentlichen, lokalen Kreislauf herzustellen. In den USA wurden kollektive Baupläne für unterschiedliche Maschinen wie Solarpanels, Autos und Landwirtschaftsmaschinen entwickelt, die öffentlich verfügbar sind. Mit Hilfe von weiteren Freiwilligen (als Crowdsourcing bezeichnet), werden die Maschinen in *OpenEco-Labs* zusammengebaut. Dabei sind die Maschinen modular zusammengesetzt und darauf ausgerichtet, möglichst wenig zu verbrauchen und sich – durch Vernetzung – stetig zu verbessern. Die gemeinsame Herstellung und Nutzung, also das Commoning, dieser Maschinen macht eine lokalere Produktion möglich.²⁸ Für die Güter, die global gehandelt werden, muss es faire und solidarische Grundsätze geben (siehe INSTITUTIONEN). Das Netzwerk *Gerechter Welthandel* oder *Friends of the Earth Europe* fordern eine Handelsagenda, die statt der Gewinne von Konzernen die Rechte der Menschen und der Mitwelt (siehe GLOSSAR) in den Fokus nimmt.²⁹

gerechter-
welthandel
.org
foeeurope
.org



Solidarisch nutzen statt verbrauchen

Eine solidarische Produktion von Gebrauchsgütern ist wichtig: Der solidarischste Konsum darf aber kein Konsum mehr sein, wie wir ihn kennen. Deutsche erwerben im Schnitt 60 Kleidungsstücke pro Jahr – und tragen diese nur noch halb so lang wie vor 15 Jahren. Allein zwischen 2000 und 2015 hat sich die globale Bekleidungsproduktion verdoppelt. Die Müllberge wachsen dabei an. Vor dem Hintergrund dieses rasanten Konsumanstiegs sollten sich die Menschen des Globalen Nordens fragen, warum diese Konsumwelt des *immer mehr* normal ist (siehe KULTURELLER WANDEL und GLOSSAR).³⁰

Auf dem Weg hin zu einer anderen Wahrnehmung von Gebrauchsgütern rufen mittlerweile viele Initia-

tiven zu einer *gelebten Suffizienz* auf: Kleiderfasten, Capsule Wardrobes (eine minimalistische Garderobe, in der sich wenige ausgewählte Kleidungsstücke vielfach kombinieren lassen) oder *Ein Jahr ohne Zeug*³¹ sind Beispiele für diesen neuen Zeitgeist. Sie bündeln ihre Aktionen im Zeitraum der *Fashion Revolution Week*³² oder in der Fastenzeit. Doch auch diese neuen Ideen müssen geschützt werden, damit aus einem Minimalismus, der zu weniger Eigentumsdenken führen soll, keine Selbstoptimierungsphilosophie wird, die dazu rät möglichst viele Dinge zu entsorgen, die zur Not für wenig Geld nachgekauft werden können (siehe Abbildung 3.5.1).³³

Geteilte Ressourcen sind halbe Probleme

Ein Großteil der Dinge wird nicht täglich benutzt und kann daher einfach mit anderen geteilt oder verliehen werden. Im Zuge der Digitalisierung entstehen neue Online-Tausch- und Verleihplattformen, Vermittlungsbörsen und Mietkonzepte.³⁴ Eingenommen wird die Landschaft des Online-Teilens derzeit allerdings von großen, kommerziellen Playern, wie *Airbnb*, *Uber* und *BlaBlaCar*, die häufig das kapitalisieren (siehe GLOSSAR), was dem Wirtschaftskreislauf bisher entzogen war, wie das eigene Auto und die eigene Wohnung. Zudem etablieren sie Machtmonopole, die es kleinen oder nichtkommerziellen Initiativen schwermachen. Die Plattform *Fairleihen.de* beispielsweise hat es bisher noch nicht geschafft sich auszuweiten, so Gründer Marko Dörre.³⁵ Er plädiert daher für lokale Treffpunkte des Tauschens und Teilens, zum Beispiel auf dem Weg zur Arbeit oder auch auf der Arbeit selbst. Institutionalisierte Treffpunkte dieser Art sind unter anderem der Berliner Leihladen *leila**, eröffnet 2012,³⁶ oder der Tauschladen *Trial&Error*.³⁷ Solche alternativen Räume geben die Möglichkeit einen anderen Umgang mit Gebrauchsgütern auszuprobieren und umzudenken. Eine dezentrale und einfache Form des Teilens sind die Piktogramm-Aufkleber von *pumpipumpe*.³⁸ Angebracht auf dem eigenen Briefkasten teilen sie den Nachbar*innen mit, welche Dinge man verleihen würde – von Fahrradpumpe bis Fonduegerät. Die Aktion vernetzt lokal und generationsübergreifend – und erreicht dabei möglicherweise auch Menschen, die sich bisher nicht mit Themen wie Nachhaltigkeit, Produktion und Konsum auseinandersetzen. Auch die langsam steigende Zahl von privaten oder öffentlichen Kleidertauschveranstaltungen fördert den kulturellen Wandel hin zu einer solidarischen Lebensweise. Sie würden von noch mehr Menschen genutzt, wenn Kleidung hochwertiger und langlebiger würde.³⁹ Dabei sind diese Treffen häufig nicht mehr auf ein mühsames gleichwertiges

genug.org

fairleihen.de

leila-berlin.de
trial-error.org

pumpipumpe.ch



Tauschen ausgelegt, sondern auf ein Teilen der Kleidung. Darüber hinaus bauen traditionelle Akteur*innen ihre bewährte Struktur des Sharings aus: Beispielsweise gliederte die *Amerika-Gedenkbibliothek Berlin* im Rahmen eines Pilotprojekts 2016 eine Leihbar – für Werkzeug, Kameras, Nähmaschinen oder auch Einräder – an ihr Angebot an.⁴⁰

Lang lebe das Gebrauchsgut!

Neu anschaffen ist oft günstiger als Reparieren – selbst bei komplexen elektronischen Geräten. 2015 warfen die Deutschen laut einer Studie des Umweltbundesamtes 722.000 Tonnen Elektro-Altgeräte weg.⁴¹ Steuerliche Anreize, wie in Schweden, könnten das ändern. Dort wurde Anfang 2017 die Mehrwertsteuer für die Reparatur von Fahrrädern, Schuhen, Kleidung und anderen Textilien gesenkt; für die Reparatur von Haushaltsgeräten wurde ein Steuerabzug eingeführt. In Belgien, Frankreich, England und Österreich unterstützt die Politik gemeinwirtschaftliche Reparaturbetriebe. Der belgische Staat unterstützte das System *De Kringwinkel* bei seiner Gründung mit 0,15 Cent pro Einwohner als Startkapital.⁴² Elektronikgeräte, Kleidung oder Fahrräder werden dort abgeholt, gesammelt, repariert und günstig verkauft. Verbraucherzentralen, Reparaturinitiativen – wie die mehr als 633 Repair-Cafés in Deutschland – oder die Organisation *Murks Nein Danke* fordern nachhaltige Produktverantwortung der Hersteller sowie längere Gewährleistungsfristen, die zu der erwarteten Lebensdauer von Produkten passen, oder Steuern, die sich an der Qualität und Langlebigkeit von Produkten orientieren.⁴³ Für unabhängige Reparaturbetriebe und Reparaturselbsthilfe ist außerdem der offene Zugang zu Bauplänen wichtig. Vor allem Hersteller*innen von Elektronikgeräten stellen dies bisher kaum bereit. Als Reaktion darauf hat sich die Online-Plattform *ifixit.com*⁴⁴ zur Aufgabe gemacht, Reparaturanleitungen unter einer Creative Commons-Lizenz zu veröffentlichen. Auch die bereits oben erwähnten *Open-Source-Ecology*-Projekte verfolgen dieses Ziel.⁴⁵ Im Bereich der Technik besteht viel Potenzial für eine Abkehr vom linearen System des ›buy – use – throw away‹: Durch Strategien wie Wiederverwendung, Reparatur und Wiederaufbereitung sollen Produkte, Komponenten und Materialien erhalten bleiben und wiedergewonnen werden und so einen Startpunkt für den Übergang in eine Kreislaufwirtschaft (siehe GLOSSAR) markieren (siehe Abbildung 3.5.1).

dekringwinkel.be

murks-nein-danke.de

ifixit.com



Das Verlangsamen, Verringern und Schließen von Energie- und Materialkreisläufen soll den Einsatz von Ressourcen und Energie, Emissionen und Abfall minimieren: **Langlebige Konstruktion und Produktdesign, Instandhaltung, Reparatur, Wiederverwendung, Remanufacturing – es gibt vielfältige Ansätze für einen solidarischen Kreislauf.**



Selbst etwas ändern oder das System? Why not both?

Gebrauchsgüter umgeben uns überall und tagtäglich. Das Thema setzt an der Lebensrealität der Menschen an und bietet so die Möglichkeit, emanzipatorische (siehe GLOSSAR) Veränderungsanstöße in Richtung einer solidarischen Lebensweise voranzutreiben. Klar ist: Es muss sich viel auf gesetzlicher Ebene, in internationalen Abkommen, bei Unternehmen und in den Köpfen tun. So sehr die Macht des Einzelnen auch begrenzt ist, so tragen individuelles Engagement und Allianzen mit anderen zu starkem Druck aus der Gesellschaft in Richtung von Regierungen und Unternehmen bei – und somit letztlich auch zu gesamtgesellschaftlichem Wandel. Das Bewusstsein für den eigenen Konsum hat eine Türöffnerfunktion, hin zu suffizienten, Commons-basierten Gebrauchsgütern. Deswegen ist es von großer Bedeutung für eine solidarische Lebensweise sich zu organisieren und utopietaugliche Lebensentwürfe aufzubauen. Gleichzeitig ist es zentral, dass diese Ansätze durch Gesetze gefördert und geschützt werden und sich so langfristig neue solidarische Infrastrukturen bilden können. Sie sollten auf ein suffizientes, Gutes Leben ausgerichtet sein und dem exzessiven Verbrauch von Gebrauchsgütern entgegenstehen (siehe KULTURELLER WANDEL).



ENERGIE MEHR ALS DER STROM IN DER STECKDOSE

ALLE REDEN VON DER ENERGIEWENDE – DOCH WIE WIRD SIE SOLIDARISCH? WARUM DIE NUTZUNG VON WIND STATT KOHLE NUR EIN KLEINER SCHRITT EINER SOLIDARISCHEN WENDE IST UND WIE WIR FÜR EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE ENERGIE SOLIDARISCH ERZEUGEN, VERWALTEN, VERTEILEN UND NUTZEN.

Gäbe es morgen einen flächendeckenden Stromausfall würde innerhalb kürzester Zeit das gesamte gesellschaftliche Leben zum Stillstand kommen:

An Tankstellen könnte nicht mehr getankt werden, den Notstromaggregaten in Krankenhäusern würde bald der Diesel ausgehen, und aus Wasserhähnen käme kein Wasser mehr. Heizungs- und Kühlanlagen würden ausfallen, das smarte Home-System würde seine Pforten nicht mehr öffnen, es käme kein Geld mehr aus dem Automaten und schnell im Internet nach Lösungen suchen wäre auch unmöglich. Kurz: Das gesellschaftliche Leben würde kollabieren. Was im Globalen Norden (siehe GLOSSAR) für die meisten Menschen wie ein extremer Ausnahmefall wirkt, ist für andere alltäglich: Weltweit leben 1,2 Milliarden Menschen ohne Elektrizität¹ und in Deutschland kam es im Jahr 2015 zu knapp 400.000 Zwangsabschaltungen der Strom- oder Gasversorgung.² Diese Blackout-Szenarien verdeutlichen die fundamentale Abhängigkeit der Gesellschaften im Globalen Norden und weltweit vom Strom aus der Steckdose, vom Diesel im Tank, von der Wärme aus dem Heizkörper und dem Wasser aus der Leitung – (fossile) Energie steckt in jedem Bereich unseres Lebens. Sie ist in den letzten 200 Jahren zu einer der physischen Grundlagen unserer Gesellschaft geworden.

Schon die Erzeugung dieser Energie geht mit großen ökologischen und sozialen Kosten einher. **In Deutschland verursacht die gesamte Energienutzung bis zu 85 % der Treibhausgasemissionen und ist damit ein entscheidender Treiber des Klimawandels.**³ Für die Braunkohle werden im Rheinland und in der Lausitz riesige Ökosysteme zerstört und Menschen zwangsumgesiedelt.⁴ Kohle für deutsche Steinkohlekraftwerke wird unter anderem in Kolumbien unter ausbeuterischen Verhältnissen (siehe GLOSSAR) abgebaut.⁵ So wie in *El Cerrejón*, einer Grube, die sechs Mal

so groß ist wie der Tagebau *Garzweiler* im Rheinischen Braunkohlerevier. Hier kam es in der Vergangenheit zu massiver Zerstörung der Landschaft, gewaltsamen Vertreibungen und weiteren Menschenrechtsverletzungen. Die Nutzung der Atomenergie verursacht nicht nur bei fatalen Unglücken wie *Fukushima* oder *Tschernobyl* enorme Schäden für Mensch und Natur, sondern auch beim Uranabbau und bei der immer noch ungeklärten Entsorgung des Atommülls.

Die Liste der sozial-ökologischen Kosten ist leicht erweiterbar und hinlänglich bekannt. Gleichzeitig nimmt die Nachfrage nach Energie nach Schätzungen des US-Energieministeriums weltweit unaufhörlich zu: Bis zum Jahr 2040 wird 30 % mehr Energie benötigt werden als noch im Jahr 2015.⁶ Der enorme Energieverbrauch im Globalen Norden und die Art, wie dort Strom und Wärme erzeugt werden, ist nicht global verallgemeinerbar und funktioniert nur auf Kosten anderer: Die Energienutzung und -erzeugung basiert auf der Ausbeutung (siehe GLOSSAR) von Natur, von Menschen weltweit und in der Zukunft.⁷ Aber es gibt auch gute Nachrichten. Die Alternative steht schon bereit: die Energiewende (siehe GLOSSAR)! Oder etwa nicht?

**Abbildung 3.6.1:
Energieerzeugung
durch sozial und
ökologisch
gerechte
Erneuerbare
Energien**



Umschalten und aussteigen – Energie solidarisch erzeugen

Der 1. Januar 2018 ist ein historischer Tag für die deutsche Energiewende. Morgens um sechs Uhr decken die Erneuerbaren Energien erstmals die Stromnachfrage des gesamten Landes.⁸ Endlich ist Deutschland Grünstromland – zumindest für einen kurzen Moment. In Zukunft sollen diese Momente

zur Regel werden, so die weit verbreiteten Erwartungen an die Energiewende.

Mit der Energiewende wird meist der reine Austausch der Technologie beschrieben, also Windkraft statt Braunkohle, Solarthermie statt Ölheizung und E-Auto statt Verbrenner. Natürlich kann ein Wandel in der Technologie der Strom- und Wärmeerzeugung dazu beitragen, den durch die Energieerzeugung verursachten Naturverbrauch zu senken. Insbesondere die Emissionen, die bei der Strom- und Wärme- produktion entstehen, sind bei Solar-, Wind-, Wasser-, Biomasse-Anlagen und anderen Erneuerbaren Energien vergleichsweise gering. Jedoch bleiben die Emissionen, die beim Bau der Anlagen entstehen. Hierfür werden nicht selten Rohstoffe unter sozial und ökologisch ausbeuterischen Verhältnissen abgebaut und auf Ressourcen und Landflächen – meist in Ländern des Globalen Südens (siehe GLOSSAR) – zugegriffen. Zinn, Wolfram, Neodym, Gold und viele andere Metalle sind die Rohstoffe der Energiewende und der Digitalisierung – sie stecken in jeder Windkraftanlage und in jedem Handy. Sie befeuern aber auch bewaffnete Konflikte und sorgen für Umweltverschmutzung vor allem in den Abbaugebieten in Afrika und Asien.^{9,10} Hierzulande zeigen Konflikte um Windkraftanlagen und Stromtrassen, die sich um die negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild, seltene Vögel- und Fledermausarten und die menschliche Gesundheit drehen, dass die Energiewende umstritten ist.¹¹ Da die Biomasseproduktion in der EU nicht ausreicht, wird über Langstreckenimporte von Holz und anderer Biomasse aus Russland und der Ukraine diskutiert.¹² Riesige Staudämme führen vielerorts zu großen sozialen und ökologischen Verwerfungen. Auch der ›saubere‹ Strom ist also auf den zweiten Blick gar nicht so sauber. Nichtsdestotrotz stellen

die Erneuerbaren Energien für die Stromerzeugung zweifelsohne die bessere Alternative im Vergleich zur Atom- und Kohleenergie dar, sind jedoch bei Weitem nicht unproblematisch. Dementsprechend sind für eine solidarische Energieerzeugung hohe ökologische und soziale Standards nötig, wenn es darum geht Rohstoffe zu gewinnen, Strom zu produzieren und Anlagen zu entsorgen und zu recyceln. Damit diese Standards auch eingehalten werden, müssen gleichberechtigte Handelsbeziehungen, ein rechtlicher Rahmen, wie zum Beispiel sozial-ökologische Kriterien für den Rohstoffimport, und eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter*innen überall selbstverständlich sein (siehe INSTITUTIONEN UND POLITISCHE STRATEGIEN).

Darüber hinaus zeigt die deutsche Energiewende, dass es nicht ausreicht, grüne Lösungen zu schaffen. Gleichzeitig ist es nötig, die Nutzung von ausbeuterischen Energien zu beenden. Zwar decken die Erneuerbaren Energien einen immer größeren Teil der Stromversorgung ab. Doch die fehlende Abschaltung von Kohlekraftwerken verhindert ein signifikantes Absinken der CO₂-Emissionen¹³ und führt zu erhöhten Exporten, sodass Deutschland insbesondere in windigen, sonnigen Zeiten viel fossilen Strom ins Ausland exportiert. Die Initiative *Ende Gelände* und verschiedene Partner*innenorganisationen fordern daher seit Jahren einen konsequenten Plan zum Ausstieg aus der Kohle (siehe POLITISCHE STRATEGIEN). Auf der Weltklimakonferenz in Bonn im Jahr 2017 haben sich mehr als 20 Staaten zusammengeschlossen, um den Kohleausstieg bis 2030 in ihren Ländern umzusetzen (siehe Abbildung 3.6.1).¹⁴

ende-gelände.org/de

Abbildung 3.6.2: Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung an allen Punkten im Energiesystem



Power to the people – Energie solidarisch verwalten

*Energiegenoss*innenschaften statt Stromkonzerne*

Schaut man nur auf den Technologiewandel bleiben bestehende Machtverhältnisse und Ausbeutungsstrukturen häufig unbeachtet. Eine solidarische Energiewende muss und kann mehr sein. Denn mit den neuen Technologien ist es plötzlich möglich in vergleichsweise kleinem Maßstab dezentral Energie zu erzeugen und zu vermarkten. Um ein Kohle- oder Atomkraftwerk zu betreiben, braucht es viel Kapital und große Strukturen. **Eine Solaranlage hingegen können sich schon Einzelpersonen leisten, für eine Windkraftanlage reicht häufig schon eine Handvoll Menschen. Nationale wie internationale Machtstrukturen können so auf einmal hinterfragt und durchbrochen werden.** Dies gelingt zum Beispiel Energiegenoss*innenschaften (siehe GLOSSAR), wie sie vor allem in Norddeutschland in den 2000er Jahren förmlich aus dem Boden geschossen sind. Im Jahr 2012 waren rund 10 % der installierten Leistung von Erneuerbaren Energien in Deutschland in der Hand solcher Energiegenoss*innenschaften. Zusammen mit Einzeleigentümer*innen und Projekten mit direkter Bürger*innenbeteiligung lag der Anteil sogar bei rund 50 %.¹⁵ Genoss*innenschaften lösen die Trennung zwischen Erzeuger*innen auf der einen Seite und abhängigen Verbraucher*innen auf der anderen Seite teilweise auf.¹⁶ Sie lassen Betroffene nicht außen vor, sondern beteiligen sie direkt, lassen sie mitentscheiden und zeigen, wie ein demokratisches Energiesystem aussehen kann.¹⁷ **Dadurch stehen in Energiegenoss*innenschaften häufig andere Kriterien als die ökonomische Rendite an erster Stelle – ökologische und soziale Aspekte spielen eine größere Rolle.**¹⁸ Gleichzeitig steigern sie auf diese Weise nachweislich die Akzeptanz für solidarische Formen der Energiegewinnung.¹⁹ Wichtig dafür ist, dass die Motivation der Mitglieder der Genoss*innenschaft nicht in einer rentablen finanziellen Beteiligung an Projekten irgendwo in Deutschland gründet, sondern in einer aktiven Mitgestaltung der Genoss*innenschaft und der Energieversorgung vor Ort (siehe Abbildung 3.6.2).²⁰

Strom und Wärme müssen allerdings nicht nur erzeugt, sondern auch verteilt werden. Denn eine Dezentralisierung ist nicht mit einer Autarkie, also einer unabhängigen Selbstversorgung einzelner Haushalte oder kleinerer Dorfgemeinschaften, zu verwechseln. Nur durch eine enge Vernetzung der dezentralen Erzeugungseinheiten lässt sich die Energieversorgung so organisieren, dass alle von den unterschiedlichen Stärken verschiedener Regionen profitieren. Dabei gilt für die Verwaltung der Netze das Gleiche wie für die Windparks und Solaranlagen: Sie müssen demo-

kratischer Kontrolle unterliegen und partizipative Entscheidungsprozesse ermöglichen.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl nahmen die *Stromrebell*innen aus Schöna* diese Forderung zum Ausgangspunkt und damit die Energiewende selbst in die Hand.²¹ Gestartet als Bürger*inneninitiative gegen die Atomenergie wurden sie im Jahr 1996 nach harten Kämpfen gegen den bisherigen Netz- und Atomkraftwerksbetreiber zum damals wahrscheinlich »demokratisch legitimiertesten Stromversorger der Welt« und übernahmen das örtliche Stromnetz nach mehreren Bürgerentscheiden. Sie gründeten die Energiewerke Schöna, an der zu Beginn über 650 Bürger*innen direkt beteiligt waren. Mittlerweile sind sie als Genoss*innenschaft organisiert. Von Beginn an konnten die Bürger*innen so besser mitentscheiden, welcher Strom durch ihre Netze fließt und wie die Versorgung gestaltet werden sollte. Sofort förderten sie als Stromversorger*innen den Ausbau der Erneuerbaren Energien und waren damit einer der zahlreichen Wegbereiter*innen für die später auch politisch eingeläutete Energiewende.

Energie lokal und demokratisch verwalten

So erstrebenswert genoss*innenschaftliche Unternehmensstrukturen in vielen Bereichen sind, so bleibt doch ein Großteil der Bevölkerung von der direkten Teilhabe am Energiesystem weiterhin ausgeschlossen. Wer kein Land hat, kann nichts an Energiegenoss*innenschaften verpachten, wer zur Miete wohnt, hat kein Dach für die Solaranlage und wer über kein (Risiko-)Kapital verfügt, kann keine Genoss*innenschaftsanteile kaufen. Bei einigen Energiegenoss*innenschaften stehen auch ökonomische Gewinne zunehmend im Vordergrund. Es geht nicht mehr um eine Mitgestaltung der Energiewende, wie bei den *Stromrebell*innen aus Schöna*, sondern um eine gute Anlageoption. Daher kann auch das gute alte Stadtwerk in einer solidarischen Lebensweise einen wichtigen Beitrag zu einer gelingenden Versorgungsstruktur leisten. Es kann transparenter und sozial inklusiver sein, da es für gewöhnlich einer politischen Kontrolle unterliegt. Aber auch ein Stadtwerk wird erst dann wirklich demokratisch gestaltbar, wenn die Menschen vor Ort aktiv mit eingebunden sind und mitgestalten können.

Der *Energietisch* in Berlin und der erfolgreiche Volksentscheid *Unser Hamburg – Unser Netz* zählen im deutschsprachigen Raum wohl zu den aktuellsten und bekanntesten Beispielen für eine radikale Umgestaltung der Eigentums- und Verwaltungsstrukturen im Bereich der Energienetze. Der Volksentscheid in Hamburg verpflichtete die Stadt, ihre



ews-schoenau.de



berliner-energietisch.net

unser-netz-hamburg.de

Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zurückzukaufen. Eine solche Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse an der Versorgungsinfrastruktur kann dabei in verschiedener Hinsicht einen wichtigen Beitrag für eine solidarische Energieversorgung leisten. Finanzielle Gewinne werden nicht privatisiert, sondern verbleiben in der jeweiligen Gemeinde, sodass sie zum Wohle aller eingesetzt werden können. In Berlin hat der *Energietisch* Ähnliches versucht, scheiterte jedoch knapp an zu geringer Wahlbeteiligung im ausschlaggebenden Volksentscheid. *Der Energietisch fordert in einem Gesetzentwurf nicht nur eine ökologischere Stromerzeugung für Berlin durch Senkung des Energieverbrauchs und den schnellen Umstieg auf 100 % Erneuerbare Energien, sondern auch eine direkte Beteiligung der Bürger*innen:* Eine Direktwahl des Verwaltungsrats, das Initiativrecht für Berliner*innen oder jährliche Versammlungen in den Stadtbezirken würden eine andere Auseinandersetzung der Einwohner*innen mit ihrer Energieversorgung ermöglichen und haben das Potenzial die Energieversorgung stärker am Gemeinwohl als an Profiten auszurichten. Solche Formen der lokalen Selbstverwaltung könnten die Energiewende und die Gestaltung des Energiesystems stärker zu einem gesamtgesellschaftlichen Projekt machen, an dem alle Menschen teilhaben und mitwirken können – und somit Ausbeutungsstrukturen abbauen.

Energie für alle – Energie solidarisch verteilen

Das Blackout-Szenario verdeutlicht, dass der Zugang zu Strom und Wärme notwendig ist, um an der Gesellschaft teilhaben und den Alltag gestalten zu können. Auch in Deutschland sind viele Menschen von Energiearmut und Zwangsabschaltungen be-

Abbildung 3.6.3:
Zugang zu Energie
für alle Menschen
durch gerechte
Verteilung



droht. Selbst grundlegende Dinge wie eine warme Wohnung im Winter, ein warmes Mittagessen oder Licht zum Lesen im Dunkeln sind für die Betroffenen nicht mehr verfügbar. Häufig reicht schon ein kleiner Zahlungsrückstand, damit die Energieversorger*innen eine Stromsperrung veranlassen. Die überdurchschnittlich stark gestiegenen Energiepreise in den letzten Jahren verstärken diese Probleme.²² Wohlbeachtet zeigt sich dieser Preisanstieg im Strombereich besonders für die privaten Endverbraucher*innen. Großverbraucher*innen sind nicht nur von vielen Abgaben, wie der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), befreit, sondern profitieren auch noch direkt von einem gesunkenen Börsenstrompreis.²³ Diese ungleiche Verteilung muss die Politik aufheben (siehe Abbildung 3.6.3).

Weil der Zugang zu Strom und Wärme so essenziell ist, muss eine Grundversorgung für jede*n gesichert sein. Um dies zu gewährleisten, wären zumindest für Privatkund*innen progressive Energiepreise denkbar. *Das bedeutet, dass der Staat allen Menschen einen Grundbedarf an Strom zu sehr geringen Kosten oder*

Infobox: REBOUND-EFFEKT – Mit Effizienz den Verbrauch reduzieren?

Schaut man nun nicht nur auf die Energieerzeugung, sondern auch auf den -verbrauch in Deutschland, wird schnell deutlich, dass dieser in seiner aktuellen Höhe nicht global verallgemeinerbar ist. Denn ein alleiniger Technologiewandel würde schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen. Konflikte um den immer weiteren Ausbau von Erneuerbaren Energien haben wir oben bereits angesprochen. Auch andere Ressourcen wie die Seltenen Erden würden schnell zur Neige gehen.²⁵ Dies gilt noch verstärkt, wenn viele weitere Sektoren, wie der Mobilitäts- oder der Wärmesektor, ohne Senkung des Verbrauchs elektrifiziert werden sollten.²⁶ Es bleibt jedoch fraglich, ob Effizienzmaßnahmen (siehe GLOSSAR) alleine den Verbrauch reduzieren können, so wie es viele häufig propagieren. Sogenannte *Rebound-Effekte* (siehe GLOSSAR) führen oft zu einem Mehrverbrauch nach Umsetzung einer Effizienzmaßnahme. So sinkt der Raumwärmebedarf in Deutschland trotz besserer Dämmung nicht, weil auf größerem Fuß gewohnt wird.²⁷ In der EU sinkt der Kraftstoffverbrauch für Autos nicht, da sie zwar effizienter, aber auch größer sind und mehr gefahren werden.²⁸ Die vermeintlichen Emissionsreduktionen in Deutschland entstehen hauptsächlich durch die Verlagerung energie- und rohstoffintensiver Produktion ins Ausland.^{29,30} Das heißt, der ökologische Fußabdruck (siehe GLOSSAR) sinkt nicht oder kaum, die Energie und Natur werden nur nicht mehr so stark in Deutschland, sondern immer mehr andernorts verbraucht. Deswegen sind Effizienzmaßnahmen nicht per se schlecht, aber sie müssen eingebettet sein in eine Kultur der Suffizienz (siehe GLOSSAR). Nur dann führen sie zu einem geringeren Naturverbrauch.

sogar kostenfrei zur Verfügung stellt. Mit steigendem Verbrauch steigt dann auch der Preis für jede weitere Kilowattstunde, sodass Vielverbraucher*innen stärker zur Kasse gebeten werden. Diese verfügen meist über ein höheres Einkommen und geben einen deutlich geringeren Anteil davon für Energie aus.²⁴ Darüber hinaus würde eine solche Preisgestaltung bei den Vielverbraucher*innen zum Energiesparen anregen, also genau dort, wo es am notwendigsten ist. Das entspricht dem solidarischsten Umgang mit Energie – einfach weniger davon nutzen (müssen).



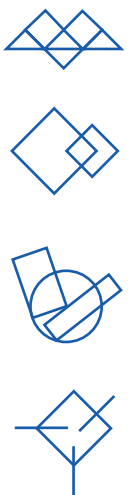
Abbildung 3.6.4:
Reduktion des
Energieverbrauchs durch
eine solidarische Lebensweise

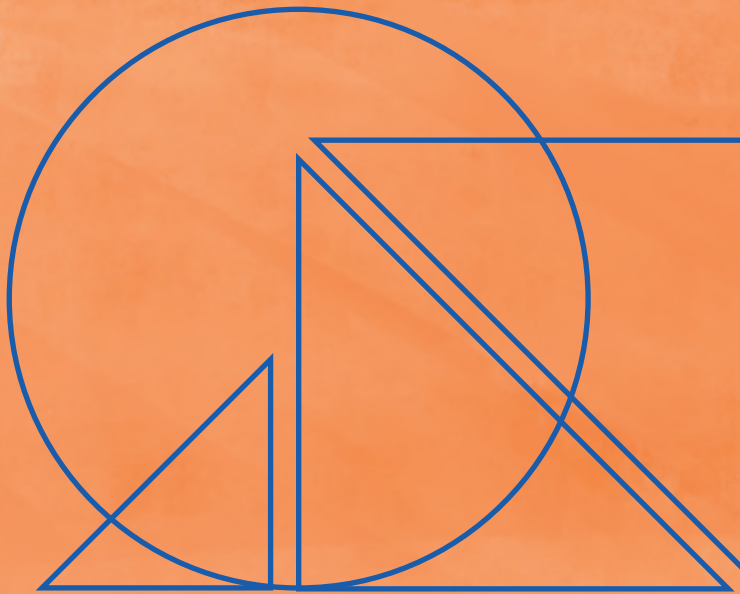
Vernetzen zum Abschalten – Energie nicht nutzen müssen

Überall sind sie zu hören, die Energiesparappelle, gut befreundet mit dem moralischen Zeigefinger. Sicherlich gibt es Einsparmöglichkeiten bei vielen. Auch die bereits angesprochenen progressiven Energiepreise könnten dazu beitragen, dass insbesondere diejenigen ihren Verbrauch senken, die Energie nicht für grundlegende Dinge verwenden. Für einen wirklich solidarischen Energieverbrauch braucht es aber mehr als nur einen neuen Preismechanismus und gut gemeinte Appelle. Es geht darum Strukturen zu schaffen, die einen geringeren Stromverbrauch ermöglichen und normal (siehe GLOSSAR) werden lassen. Im Blackout-Szenario wurde schnell deutlich, dass wir Energie in (fast) allen Lebensbereichen nutzen. Mehr noch, es besteht häufig sogar ein Zwang zur Energienutzung. Die soziale Beschleunigung, auch getrieben durch Veränderungen in der Arbeitswelt, und eine auf Autos ausgelegte Infrastruktur, machen für viele ein Auto unumgänglich. Sozial-ökologisch

produzierte Lebensmittel direkt aus der Region sind häufig nicht leicht zu bekommen, da in einer Discounter-Welt kein Platz für kleine Läden und Höfe ist. Produkte werden so designt, dass sie für kurze Zeit gut funktionieren, um dann möglichst schnell kaputt zu gehen, nicht mehr repariert werden zu können und auf Müllhalden im Globalen Süden zu landen (siehe GEBRAUCHSGÜTER).³¹ Daher bedarf eine Senkung des Energieverbrauchs einen Wandel in all diesen gesellschaftlichen Bereichen. Energieverbrauch muss völlig neu gedacht werden. Eine Mobilitätswende anstelle einer Verkehrswende könnte Mobilitätsbedürfnisse mit deutlich geringerem Energieaufwand befriedigen, denn in einer Stadt mit kurzen Wegen braucht man gar kein Auto mehr, sondern kann das meiste zu Fuß oder mit dem Lastenrad erledigen (siehe MOBILITÄT). Ein solidarisches Landwirtschaftssystem würde mit weniger Energieaufwand auskommen (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT), da keine chemischen Düngemittel benötigt und die Transportwege kürzer würden. Eine regionalere und reparaturfreundlichere Produktion von Gebrauchs- und Konsumgütern würde Transportwege vermeiden und die Lebenszeit von Produkten erhöhen (siehe GEBRAUCHSGÜTER). Gemeinschaftliches Wohnen könnte die Wohnfläche reduzieren, wodurch weniger Energie zum Heizen benötigt würde (siehe WOHNEN). Ein solidarisches Energiesystem braucht auf Verbrauchsseite also nicht immer mehr Energiesparappelle, gerichtet an Individuen und Haushalte, sondern ein wirkliches Neudenken der Energienutzung in allen Lebensbereichen und strukturelle Änderungen. Dann erst wird es möglich und ganz normal, weniger Energie zu verbrauchen (siehe Abbildung 3.6.4).

Eine so entstandene Utopie (siehe GLOSSAR) benötigt viel weniger Energie: durch kurze Wege, weniger Autos, langlebige und reparaturfreundliche Produkte, eine lokale und saisonale Versorgung mit Lebensmitteln und kleinere oder gemeinschaftliche Wohnungen. Weniger privater und mehr öffentlicher Luxus macht ein Gutes Leben für Alle möglich. Den verbleibenden Energiebedarf können dezentral erzeugte Erneuerbare Energien decken, die unter sozial und ökologisch unbedenklichen Bedingungen hergestellt werden und deren Infrastruktur leicht zu recyceln ist. Niemand wird zwangsabgeschaltet, denn die zur Verfügung stehende Energie wird solidarisch verteilt. Gleichzeitig haben alle Menschen die Möglichkeit, an der Gestaltung dieser Energiesysteme mitzuwirken. Damit sind diese nicht länger der Profitlogik (siehe GLOSSAR) untergeordnet, sondern dienen dazu allen Menschen ein Gutes Leben zu ermöglichen.





Globale Gerechtigkeit gemeinsam gestalten.

Im Kleinen anfangen, im Großen fortsetzen. Projekt für Projekt.

Mensch und Mitwelt: Einheit in Vielfalt.

Lokale Selbstbestimmung weltweit ermöglichen.

Das Gute Leben für Alle absichern.

INSTITUTIONEN

SKIZZIEREN WIR DEN RAHMEN EINER ANDEREN WELT!

SOLIDARISCHE PROJEKTE VERBLEIBEN OFT NUR IN NISCHEN. WELCHE RAHMENBEDINGUNGEN BENÖTIGEN ALTERNATIVEN, UM ZU WACHSEN UND FÜR ALLE LEBBAR ZU WERDEN? WIE KÖNNEN WIR WIRTSCHAFT UND POLITIK GRUNDLEGENDE NEU DENKEN UND GESTALTEN?

Lassen wir uns auf ein Gedankenexperiment ein: Anstelle von Wachstumszwang (siehe GLOSSAR), Wettbewerb und Leistungsdruck haben sich in nicht allzu ferner Zukunft globale Gerechtigkeit, Solidarität und ökologische Verantwortung als wichtige Werte etabliert. Globale Rechte und Gesetze schützen effektiv alle Menschen und die Natur. Es gibt ein Weltparlament mit direkt gewählten Vertreter*innen aus allen Erdteilen. Auch der globale Handel wird in Absprache zwischen einem globalen Wirtschafts- und Sozialrat und den Weltregionen organisiert. Die Menschen organisieren sich auf unterschiedlichen Ebenen sehr vielfältig: politisch in repräsentativen Demokratien oder in Räten, wirtschaftlich in Genoss*innenenschaften oder in Commons (siehe GLOSSAR). **Investitionen sollen nicht allein private Gewinne mehren, sondern werden nur getätigt, wenn sie zum Gemeinwohl beitragen und die Umwelt nicht zerstören.** Soziale Absicherung ermöglicht es den Menschen, unabhängig von Lohnarbeit zu sein und ihr Gutes Leben selbstbestimmt zu gestalten. Alle haben Zeit, sich in Repair-Cafés, Foodcoops und Wohnprojekten zu engagieren und sich um Alte, Kranke und die Familie zu kümmern.

Das alles klingt total fantastisch und utopisch? Stimmt! Und dennoch gibt es einzelne Aspekte bereits heute. Ausgehend von konkreten Beispielen wollen wir in diesem Kapitel die notwendigen Institutionen für eine zukünftige solidarische Lebensweise skizzieren. Unter Institutionen verstehen wir bestehende Einrichtungen, die als ein Set von Regeln soziales Handeln in bestimmte Bahnen lenken. Dies können Organisationsweisen, Infrastrukturen oder Gesetze sein. Auch Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln verstehen wir als Institutionen (siehe GLOSSAR).

Es geht nicht darum die *eine* perfekte Lösung für politische und wirtschaftliche Organisation der soli-

darischen Lebensweise zu präsentieren. Für ihre Realisierung müssen ökologische und soziale

Praktiken (siehe GLOSSAR) entstehen und gelebt werden. **Es braucht Menschen, die den Mut haben, alte Denkmuster über Bord zu werfen, und die Ressourcen, Neues zu wagen.** Wie es jetzt bereits in unzähligen Alternativen geschieht (siehe LEBENSBEREICHE).

Die Zahl derjenigen, die so leben (können), ist jedoch überschaubar. Biologische und regionale Produkte einzukaufen ist schön und gut, wenn Mensch es sich leisten kann. Nach der Arbeit noch an einer Sitzung des Energierats teilzunehmen ist vorbildhaft, wenn man die Zeit und die Nerven dazu hat. Allzu oft verharren Projekte wie Foodcoops, Repair-Cafés oder Energiegenoss*innenenschaften in Nischen. Viele Menschen haben nicht die Zeit oder die Lust, sich neben Job und Familie auch noch gesellschaftlich zu engagieren. Für einen Wandel reicht individuelle Verantwortung allein nicht aus. **Das Gute Leben muss für Alle lebbar sein. Der Weg von der solidarischen Alternative zu einer neuen Lebensweise ist nur durch strukturelle Veränderungen machbar.** Und über diese Veränderungen sollten die Menschen auch selbst mitentscheiden können.

In diesem Kapitel stellen wir zunächst alternative Organisationsformen des Wirtschaftens und demokratischer Mitbestimmung vor. Des Weiteren fragen wir, wie gesetzliche Reformen und internationale Regelungen eine solidarische Lebensweise unterstützen können (siehe Abbildung 4.1).

Solidarisch Wirtschaften – Wie wir es schaffen, gemeinsam zu schaffen

Was bedeutet es konkret, in einer solidarischen Lebensweise zu wirtschaften? Wir als I.L.A. Kollektiv (siehe GLOSSAR) glauben, dass es sowohl lokale Selbstversorger*innen geben wird als auch Unternehmen, die weiterhin Güter und Dienstleistungen anbieten. In einer solidarischen Ökonomie wird es eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen geben: Foodcoops, Umsonstläden, Gemeinschaftsgärten, Tauschbörsen, solidarische Wohnprojekte, Repair-Cafés und vieles mehr.



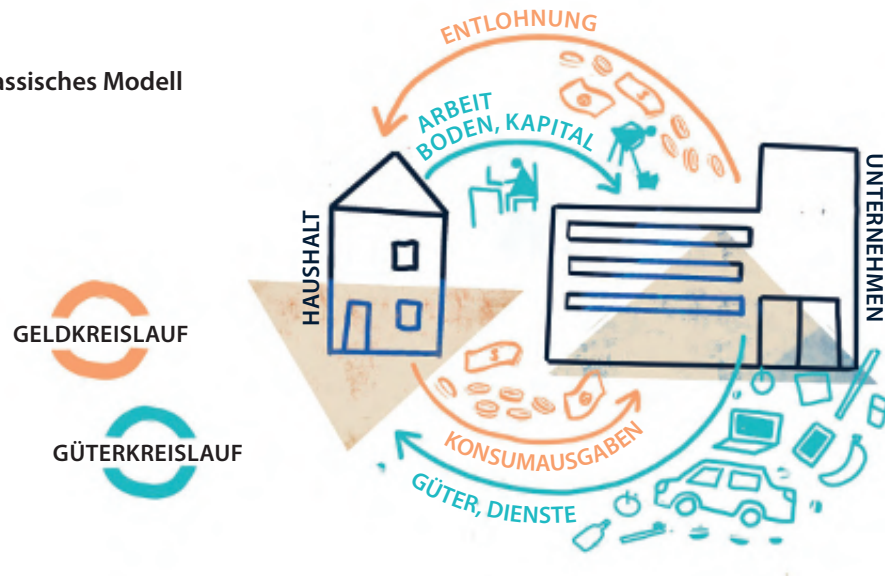
Der Weg von der solidarischen Alternative zu einer neuen Lebensweise ist nur durch strukturelle Veränderungen machbar.«



Abbildung 4.1: Gemeinsam gestalten Menschen weltweit die Rahmenbedingungen für eine solidarische Gesellschaft im Einklang mit der Mitwelt. Es geht um Wirtschaft, Demokratie, Arbeit, Handel und Institutionen.



Abbildung 4.2: Neoklassisches Modell



Wer will und kann, soll die Möglichkeit haben, selbstständig Hand anzulegen. Wer Teil eines Unternehmens ist, soll mitbestimmen können wie, wo und wie lange gearbeitet wird. Wer konsumiert, soll sichergehen können, woher die Produkte kommen und wie diese produziert worden sind. Produzent*innen und Konsument*innen sollen miteinander und solidarisch über die Bedingungen des Tausches bestimmen. Diese Ideen lassen sich am besten mit dem Begriff der **Wirtschaftsdemokratie** zusammenfassen.¹ Wirtschaftsdemokratie heißt, dass Menschen über die Produkte ihrer eigenen Arbeit verfügen.

Abbildung 4.3:
Wirtschaft eingebettet in
Gesellschaft und Umwelt



Angeichts der globalen Krisen und der Endlichkeit des Planeten ist es darüber hinaus entscheidend, Wirtschaft nicht isoliert von natürlichen Prozessen zu betrachten.

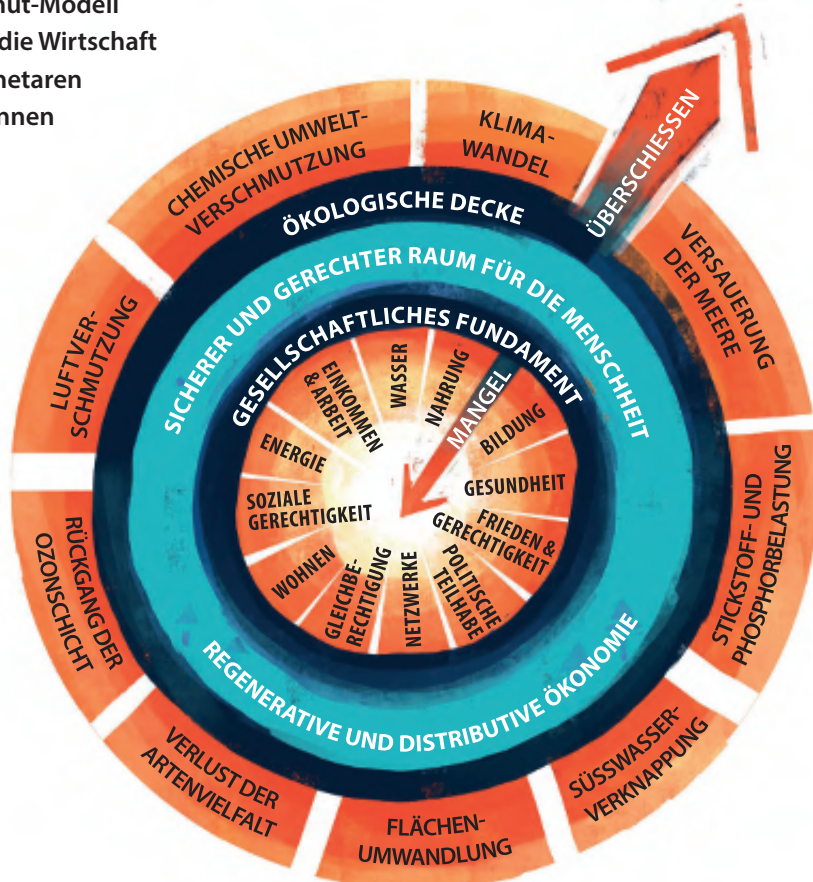
Diese Erkenntnis muss nicht nur in der Praxis, sondern auch in unseren Köpfen und in der Theorie ankommen. An Universitäten wird standardmäßig Neoklassik (siehe GLOSSAR) gelehrt. Sie zeichnet Wirtschaft losgelöst von ihrer Umgebung, als würde sie nicht auf natürlichen Ressourcen und Senken (siehe GLOSSAR) sowie gesellschaftlichen Bedingungen basieren (siehe Abbildung 4.2).

Stattdessen bedarf es Modelle, die die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft und Umwelt sehen (siehe Abbildung 4.3).

Kate Raworth stellt diese Notwendigkeit im sogenannten Doughnut-Modell dar (siehe Abbildung 4.4).² Darin ist es die Aufgabe der Wirtschaft, die Bedürfnisse (wie Essen, Wohnen oder Bildung) (siehe Infobox **BEDÜRFNISSE**) des Menschen zu befriedigen, ohne das Gleichgewicht mit der Mitwelt (siehe GLOSSAR) zu stören. Eine wichtige Bedingung dafür ist die Einsicht, dass unendliches Wirtschaftswachstum auf Dauer die Grundlage für das Leben auf der Erde vernichtet. Die Mitwelt und ihre Ressourcen sind endlich, manche davon sogar schon fast erschöpft. Deswegen müssen Bedürfnisse und nicht steigende Gewinne das Ziel unseres Wirtschaftens sein (siehe auch Degrowth im GLOSSAR).

» Jeder, der glaubt, exponentielles Wachstum kann andauernd weitergehen in einer endlichen Welt, ist entweder ein Verrückter oder ein Ökonom.«
Kenneth Boulding

Abbildung 4.4: Im Doughnut-Modell (nach Kate Raworth) wird die Wirtschaft nach außen durch die planetaren Grenzen bestimmt, nach innen durch die sozialen Rechte jedes Menschen.



Arbeit: weniger – anders – bedürfnisorientiert

Arbeit strukturiert unser Leben und unsere Gesellschaft. Feste Lohnarbeitszeiten (siehe GLOSSAR) bestimmen den Alltag – und Karrierepläne die Kinderwünsche. Die gesellschaftliche Anerkennung verschiedener Berufe variiert stark und spaltet. In einer solidarischen Lebensweise müssen viele dieser Normalvorstellungen (siehe GLOSSAR) weichen. Statt »um die Work/Life-Balance zu kämpfen, hätten wir einfach das Leben: Unsere Zeit auf der Erde gefüllt mit unseren Tätigkeiten – Erholung, Kindererziehung, Freundschaft, Tagträume, Trauer – all das hätte neben der Lohnarbeit seinen gleichwertigen Raum.«³ Ist diese Vision realistisch?

Der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes prognostizierte bereits 1930, dass angesichts neuer Maschinen, Organisationsformen und Technologien die wöchentliche Lohnarbeitszeit im Jahr 2030 auf 15 Stunden reduziert werden wird.⁴ Die Arbeitsproduktivität hat sich seitdem auch vervielfacht und pro Arbeitsstunde werden immer mehr Güter und Dienstleistungen produziert. Doch wie wurde dieser Anstieg der Produktivität im Globalen Norden (siehe GLOSSAR) genutzt? Zum einen haben insbesondere seit den 1990er Jahren vor allem die Besitzer*innen von Kapital profitiert, während die Löhne von Arbeiter*innen mehr oder weniger gleichgeblieben

sind.⁵ Die Ungleichheit stieg. Zum anderen wurde die Produktivität dafür genutzt, die Wirtschaft weiter wachsen zu lassen – nicht aber, um die Arbeitsstunden zu reduzieren. Als Folge wurden (und werden) viele bedeutungslose Tätigkeiten geschaffen. David Graeber nennt solche Tätigkeiten *Bullshit Jobs*.⁶ Viele Jobs, die es heute gibt, fallen in einer solidarischen Gesellschaft weg, weil sie keinerlei Nutzen haben, wie Börsenmakler*innen, Werbefachfrauen*männer, Fonds-Manager*innen, Lobbyist*innen. Hinzu kommt, dass aktuelle Herausforderungen, wie immer mehr stressbedingte psychische Erkrankungen, aus Keynes' Prognose eine Notwendigkeit machen.

Lohnarbeit in einer solidarischen Lebensweise ist keine individuelle Aufgabe mehr, sondern das Ergebnis eines Prozesses, der kollektiv gestaltet wird. Dann hätten alle Zeit, sich unterstützend anderen sinnvollen Tätigkeiten zu widmen, wie den gemeinschaftlich genutzten Stadtgarten zu pflegen oder sich um ihre Liebsten zu sorgen. In einer solidarischen Lebensweise sind Menschen so tätig, wie Frigga Haug in ihrer *4-in-1-Perspektive*⁷ beschreibt: Sie fordert, dass anstelle einer Spezialisierung jede*r die Möglichkeit hat, sich gleichermaßen in den Bereichen Produktion, Sorge, Kulturarbeit und politischer Arbeit zu verwirklichen. Die Arbeitszeit sollte daher zu gleichen Teilen zwischen diesen Bereichen aufgeteilt werden (siehe SORGE).

Auch Unternehmen werden solidarisch organisiert sein müssen. Neben demokratischer Mitbestimmung gibt es faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Menschen können selbstbestimmt tätig sein. Starke Gewerkschaften helfen Arbeitnehmer*innen, ihre Rechte in Konfliktfällen durchzusetzen. Die Arbeit funktioniert teilweise im Rotationsprinzip, damit unliebsamen Tätigkeiten nicht immer von den gleichen verrichtet werden.

Anhand von zwei konkreten Organisationsformen zeigen wir im Folgenden, wie solidarische Produktion aussehen kann.

*Genoss*innenschaften: Arbeiten in demokratischen Betrieben*

Genoss*innenschaften wirtschaften gemeinschaftlich und demokratisch. Sie sind schon heute weltweit verbreitet: **Jeder sechste Mensch ist derzeit Mitglied einer Genoss*innenschaft.**⁸ Die zentralen Werte und Ziele von Genoss*innenschaften sind Eigenverantwortung, Gleichheit, Demokratie und Solidarität.

Die Genoss*innenschaft *Mondragón Corporación Cooperativa* (MCC), die im spanischen Baskenland ihren Hauptsitz hat, gilt als das Musterbeispiel einer genoss*innenschaftlichen Organisation auf großer Ebene. MCC zählt mehr als 280 Unternehmen, Banken und Versicherungen und über 70.000 Mitarbeiter*innen. Entscheidungen werden demokratisch im genoss*innenschaftlichen Kongress gefällt, welcher aus 650 Mitgliedern aus den unterschiedlichen Unternehmen besteht. Die Mitarbeiter*innen entscheiden

gemeinsam über die Belange ihrer Unternehmen. So werden Gewinne investiert, um den Mitgliedern gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu ermöglichen. Auch das Kapital ist in kollektivem Besitz (siehe GLOSSAR). Außerdem gibt es einen angesparten Solidaritätsfond, der die Unternehmen in ökonomisch schwierigen Zeiten unterstützt. Dies befreit die Beteiligten vom ständigen Leistungsdruck der Marktwirtschaft und nimmt die Angst vor Arbeitslosigkeit. **Die Führungskräfte verdienen nicht mehr als acht Mal so viel wie einfache Angestellte.**⁹ Auf der ökologischen Seite hat auch *Mondragón* noch Nachholbedarf. Denn als global agierendes Unternehmen produziert *Mondragón* Zubehör für die Autoindustrie. Es muss sich den Zwängen des Marktes teilweise unterordnen und in Konkurrenz mit privaten Kapitalgesellschaften wachsen. Außerdem setzt eine Mitgliedschaft Kapitaleinlagen voraus und schließt dadurch Menschen aus, die nicht in der Lage sind, das Geld dafür aufzubringen. Dennoch zeigt *Mondragón*, dass eine solidarische Ökonomie bereits funktioniert. Die Prinzipien der Solidarität, Dependenz und Demokratisierung (siehe KONTUREN) werden hier, trotz aller Widersprüche, bereits gelebt.

Solidarische Wirtschaft ist ›im Common‹

Schon seit Jahrtausenden werden gemeinsame Ressourcen wie Weltmeere, Seen, Weideplätze oder Wälder von unterschiedlichen Gruppen, Gemeinschaften und Staaten selbst verwaltet. Güter und Dienstleistungen sind in den Händen derer, die sie produzieren oder nutzen. Durch Vergemeinschaft-



Infobox: DIGITALISIERUNG – Das Gute Leben für Alle 4.0?

Digitalisierung – ein *Megatrend*, der unaufhaltsam unser ganzes Leben umkrempelt? Roboter mit künstlicher Intelligenz lassen von einer Zukunft ohne lästige Arbeit träumen. In vielen Nachhaltigkeitsszenarien spielt die Digitalisierung die Rolle des Heilsbringers – alles digital, automatisch und maximal effizient. Gleichzeitig steigt der Ressourcenverbrauch durch Geräte und Anwendungen. Konzerne wie Google und Facebook entwickeln eine nie dagewesene Informationsmacht, Bots erzeugen öffentliche Meinungen und in China ermöglicht die Digitalisierung die Einführung eines sozialen Punktesystems, in dem jeder Schritt der Bürger*innen überwacht und bewertet wird.

Schnell wird deutlich: *Die Digitalisierung gibt es nicht.* Es handelt sich um eine Vielzahl von gesellschaftlichen Veränderungen. Sie kommen nicht einfach über die Menschen, sie sind menschengemacht. Die Frage der Digitalisierung ist daher keineswegs nur eine technische Frage, vor allem ist sie eine gesellschaftliche Frage. Für eine solidarische Lebensweise gilt es also die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie zum Guten Leben für Alle beiträgt.

Arbeite, wie du willst

Arbeit wird dank der digitalen Möglichkeiten immer flexibler – das kann toll sein, wenn dadurch mehr Platz für unsere Bedürfnisse im Alltag ist und Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen möglich wird. Heute führt die Digitalisierung allerdings häufig dazu, dass



die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit immer unklarer wird – und so zu mehr Selbstausbeutung. Technische Lösungen dienen der Profitlogik (siehe GLOSSAR) und werden genutzt, um sie voranzutreiben.¹² Umso mehr müssen sich Arbeitnehmer*innen in einer digitalen Arbeitswelt für ihre Belange einsetzen, damit Flexibilisierung kein einseitiger Gewinn für Unternehmen ist. Gut ausgebildete Expert*innen sind in einer guten Position, denn ihre Fähigkeiten sind gefragt. Aber auch in der für prekäre Arbeitsverhältnisse bekannten Plattform-Ökonomie gibt es Beispiele für soziale Kämpfe: Die Fahrer*innen von *foodora* und *deliveroo* haben sich selbst organisiert, gestreikt, vielfältig protestiert und sind dabei, Betriebsräte zu gründen.¹³

Das Internet demokratisieren

Neben den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind Monopole entstanden, die demokratische Prinzipien unterlaufen. Der sich selbst regulierende Markt erweist sich hier als Mythos. Eine Ursache dafür ist der sogenannte Netzwerkeffekt: Für eine*n Nutzer*in ist es umso attraktiver ein soziales Netzwerk zu nutzen, je mehr andere Menschen in diesem Netzwerk verbunden sind. Daher haben es Konkurrenzangebote zu Facebook schwer. Ein Ansatz für eine stärkere Demokratisierung (siehe GLOSSAR) dieser Märkte könnte die Verpflichtung zu offenen Schnittstellen sein. Dann wäre es leicht, sich über einer Alternative wie *Movim*, *Friedica* oder *Diaspora* mit anderen Netzwerken zu verbinden, ohne dass alle Freund*innen dies auch schon tun müssen.

Ähnliches gilt für gesammelte Daten. Die wichtigste Voraussetzung für die gute Trefferquote von Google sind die Daten. Wenn ein Großteil der Daten sowie die Suchalgorithmen öffentlich zugänglich wären, könnten sich auch alternative Suchmaschinen und andere Big Data-Anwendungen leichter entwickeln lassen. Außerdem gäbe es eine bessere Kontrolle darüber, welche Daten gesammelt werden. Ein höherer Schutz der Privatsphäre wäre dann durchsetzbar.

Emanzipation 4.0

Digitale Anwendungen ermöglichen die Vernetzung von Menschen, die sich offline nicht unbedingt begegnen würden. Das können wir für den Ausbau solidarischer Alternativen nutzen. Der demokratische Aufbruch des Arabischen Frühlings wurde teilweise als *Twitter- oder Facebook-Revolution* bezeichnet, da die Rolle sozialer Medien zur Verbreitung regimiekritischer Informationen sowie der Mobilisierung wichtig war. Diese Begriffe legen nahe, dass die Kommunikationsmittel hinter den Protesten standen. Doch es waren die langatmigen Aktivist*innen, die die Aufstände organisiert haben. Dies zeigt die widersprüchliche Rolle der sozialen Medien auf, die politisieren können. Die Gefahren, die damit einhergehen (wie Unterdrückung durch die Staatsorgane, da eine Zuordnung von Profilen zu Aktivist*innen leicht möglich ist, oder die Abschaltung der Dienste in Krisenmomenten, was zu einem Verlust der Kommunikationsstruktur führen kann), sollten zum Aufbau von sicheren, anonymen und dezentralen Lösungen motivieren.

Hand in Hand mit der Selbstorganisation über das Internet geht die Ausbreitung von Open-Source Produkten wie *Linux*. Diese leisten schon heute einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der Digitalisierung. Im Kleinen können wir auch bei unserem Internetverhalten anfangen und digitalen Ungehorsam üben, indem wir konsequent verschlüsseln und Google- und iOS-freie Smartphones sowie Open-Source Angebote statt besonders datenhungrige Dienste und Produkte nutzen:

- ▷ **E-Mail und andere Online Dienste:** posteo.de, systemli.org und riseup.net
- ▷ **Messenger:** Signal und Android Conversations
- ▷ **Emailverschlüsselung:** PGP
- ▷ **Alternative Betriebssysteme:** lineage OS
- ▷ **Browser:** Firefox mit hohen Einstellungen zur Privatsphäre und die Software Tor für anonymes Surfen
- ▷ **Kartendienst:** Openstreetmap | Werbeblocker nutzen

Eine umfassende Übersicht mit Anleitungen findet sich hier: digitalcourage.de/digitale-selbstverteidigung

Die meisten User*innen sind darauf angewiesen, dass Hacker*innen und progressive Netzcommunities solche Anwendungen entwickeln und nutzer*innenfreundlich gestalten. Digitale und andere solidarische Bewegungen müssen ihre Szenegrenzen überwinden und sich vernetzen, damit digitale Alternativen zu einem Guten Leben für Alle beitragen können.

Die virtuelle Realität hat eine materielle Basis

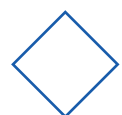
Bei der Digitalisierung ist aber bei weitem nicht alles virtuell. Damit die Daten fließen können, braucht es Kupferkabel, für die Smartphones und Computer braucht es Seltene Erden und andere Rohstoffe, für die Server viel Energie.¹⁴ Auch die hoch gepriesene »smarte grüne Welt«¹⁵ ist gar nicht so grün. Nur ein suffizienter (siehe GLOSSAR) Umgang mit diesen Gebrauchsgütern kann eine Teilhabe aller Menschen an der Digitalisierung ohne Ausbeutung (siehe GLOSSAR) von Natur und Menschen sicherstellen (siehe GEBRAUCHSGÜTER).

digitalcourage.de/blog/2018/social-media-alternativen-leicht-gemacht

algorithmwatch.org



digitalcourage.de/digitale-selbstverteidigung



Solidarische Technologien – die Digitalisierung umprogrammieren

Die Digitalisierung ist eine Chance, um grundsätzlich darüber zu streiten, was die Maßstäbe für eine solidarische Technologieentwicklung sind. Wir befürworten Technologien, die Menschen zum selbstbestimmten Handeln befähigen und miteinander und mit der Natur verbinden, die zum Wohl und ohne Ausbeutung der natürlichen Umwelt eingesetzt werden und die einen suffizienten Lebensstil ermöglichen. Vieles davon wird unter dem Begriff *konviviale Technologien*¹⁶ diskutiert.¹⁷ Es geht um eine wohlüberlegte Nutzung von Technologien, gemeinschaftliche Entwicklung und Produktion sowie demokratische Kontrolle über diesen Prozess. Wo das heute schon gelebt wird, besteht das Ergebnis oft aus kleinteiligeren Geräten nach menschlichem Maß. So werden etwa Baupläne für Windräder, die Menschen mit einfachen Mitteln selbst herstellen und warten können, frei verfügbar ins Netz gestellt und von der Gemeinschaft weiterentwickelt.¹⁸

Auch wenn es angesichts kapitalistischer Digitalisierung (siehe GLOSSAR) manchmal so scheint: Die Technologie kommt nicht einfach unaufhaltsam über die Menschheit. Wir können die Digitalisierung für eine sozial-ökologische Transformation (siehe GLOSSAR) fruchtbar machen, wenn wir sie suffizient, demokratisch und selbstermächtigend gestalten und nutzen.

tung sind sie dem freien Markt entzogen. Urban-Gardening-Projekte oder Wohngemeinschaften organisieren sich schon heute so, dass **alle das einbringen, was sie können, und sich nehmen, was sie brauchen**. Das bekannteste Beispiel für Commons ist wahrscheinlich das Online-Lexikon *Wikipedia*.

Commons sind keineswegs herrschaftsfrei. Sie brauchen klare Regeln und Mechanismen, um eine Übernutzung der Ressourcen zu verhindern. Oft sind diese Regeln informeller Art, wie Normen, Gewohnheiten und Werte. Manchmal gibt es auch explizite Gesetze, wie das Antarktisabkommen von 1959: Es garantiert die rein wissenschaftliche Nutzung des Kontinents und schließt Besitzansprüche von Staaten aus.¹⁰ Die Wirtschaftswissenschaftlerin Elinor Ostrom betont, wie wichtig es ist, innerhalb einer klar definierten Gruppe Regeln festzulegen. **Die Beteiligten müssen die Regeln selbst bestimmen können – angepasst an lokale Bedürfnisse**. Diese Regeln sind hilfreich, um klare Verantwortlichkeiten zu verteilen, Konflikte zu lösen und mit Regelverstößen umzugehen.¹¹

Darüber hinaus können neue Gesetze und Formen von kollektivem Eigentum Commons absichern und davor bewahren privatisiert oder verkauft zu werden. Im Software Bereich ist die *General Public License* ein gutes Beispiel. Durch sie bleibt die Software immer kostenlos für alle zugänglich und kann von allen genutzt, verändert und verbreitet werden.

Es gibt kein Kochrezept für erfolgreiche Commons oder Genoss*innenschaften. Auf jeden Fall ist eine institutionelle Unterstützung auf größerer Ebene nötig, damit sich wirtschaftsdemokratische Organisationsformen erhalten, aber auch weiter ausbreiten können. Dazu müssen Gesetze und rechtliche Instrumente reformiert, abgeschafft und neu entwickelt werden.

Demokratisch entscheiden – Wie wir Gesellschaft gemeinsam gestalten

Derzeit sind die meisten politischen Institutionen in staatliche Systeme eingebettet. Demokratische Elemente wie Mitbestimmung, freie Meinungsäußerung und rechtliche Gleichheit werden allerdings zunehmend in Frage gestellt. Private Konzerne und Banken gewinnen immer mehr an Macht gegenüber Nationalstaaten und fordern die *marktkonforme Demokratie* ein. Von politischen Entscheidungen profitieren häufig wenige auf Kosten vieler. Dadurch gerät auch die repräsentative Demokratie in die Krise. **Wie aber kann Gesellschaft so organisiert werden, dass alle Menschen gleichberechtigt mitreden und auch mitentscheiden können?** Wir glauben, dass es tiefgreifende Veränderungen der politischen Organisation der gesamten Gesellschaft in der solidarischen Lebensweise bedarf. Es geht darum, Ideen und Praktiken zu entwickeln, wie sich Menschen gemeinsam solidarisch in größeren Gesellschaften organisieren können. Es braucht demokratische Gremien und Institutionen auf allen politischen Ebenen, damit bei allen Fragen möglichst alle Menschen partizipieren können. Diese Strukturen sollen hierarchiefrei sein und Minderheiten schützen, um Ausbeutung zu verhindern. Andererseits sollen die politischen Institutionen auch dazu dienen, die solidarische Lebensweise abzusichern.

Den Rat neu erfinden

Jenseits nationalstaatlicher Strukturen ermöglichen Räte die politische Organisation. Räte haben sich schon früher in Zeiten von Krisen und Umbrüchen gebildet. So formten sich in der russischen Revolution während des ersten Weltkrieges 1917 Arbeiter*innen und Soldatenräte. Im Zuge des spanischen



Abbildung 4.5: Räte

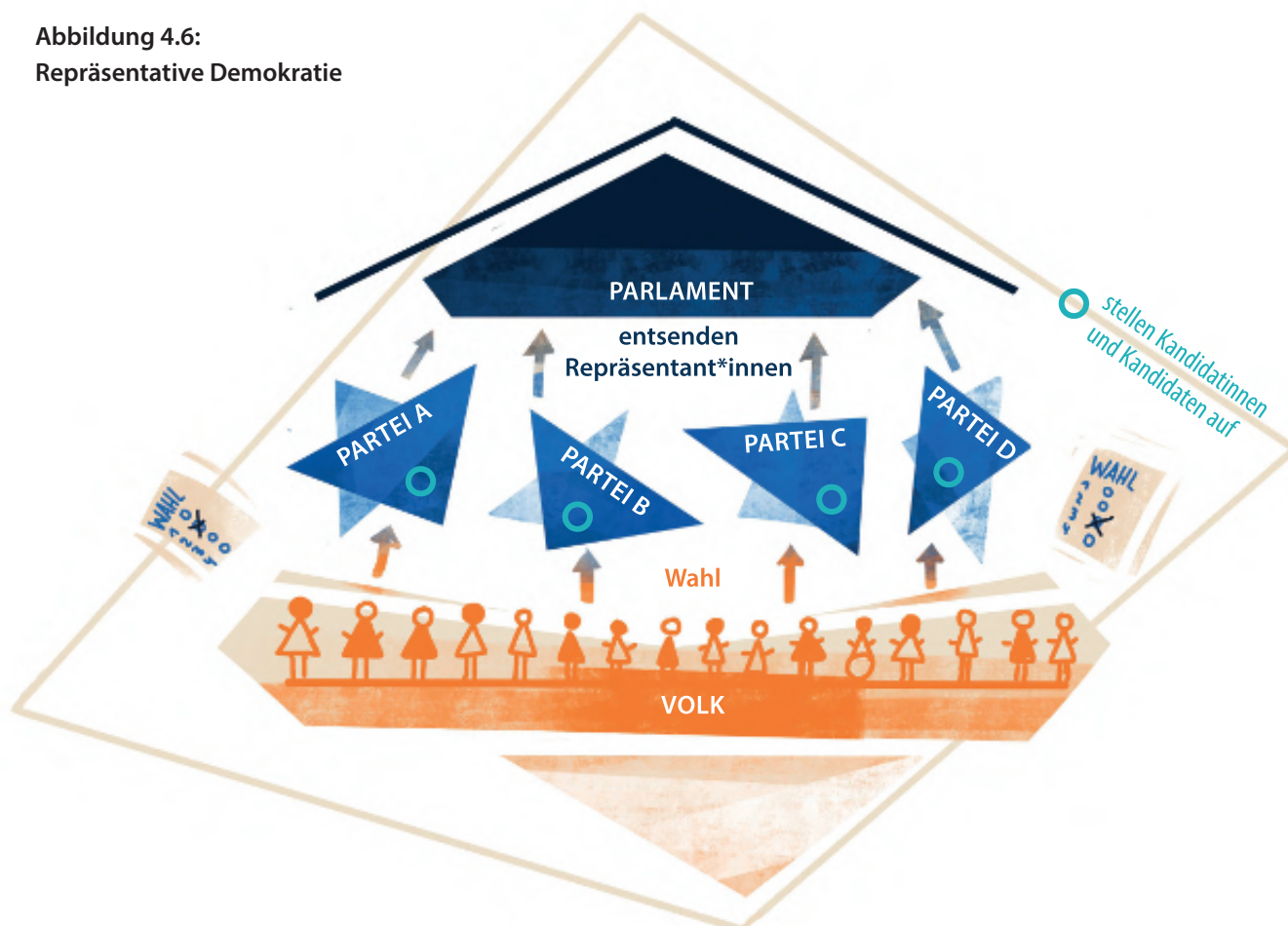
Das Diagramm zeigt die hierarchische Struktur der Räte in vier Ebenen: NATIONAL, REGIONAL, STADT und LOKAL. Jede Ebene ist durch eine rote horizontale Linie markiert. Die Räte sind durch gestrichelte blaue Linien verbunden, die die Beziehungen zwischen den Ebenen darstellen. Die Räte sind in einer Pyramidenform angeordnet, wobei die Räte auf der LOKAL-Ebene die Basis bilden und die Räte auf der NATIONAL-Ebene die Spitze bilden. Die Räte auf der LOKAL-Ebene sind in Gruppen von drei angeordnet, die Räte auf der STADT-Ebene in Gruppen von drei, die Räte auf der REGIONAL-Ebene in Gruppen von drei und die Räte auf der NATIONAL-Ebene in Gruppen von drei. Die Räte auf der LOKAL-Ebene sind durch rote Kreise mit einem roten Punkt in der Mitte markiert, die Räte auf der STADT-Ebene durch rote Kreise mit einem roten Punkt in der Mitte, die Räte auf der REGIONAL-Ebene durch rote Kreise mit einem roten Punkt in der Mitte und die Räte auf der NATIONAL-Ebene durch rote Kreise mit einem roten Punkt in der Mitte. Ein schwarzer Punkt auf der LOKAL-Ebene ist mit der Legende verbunden: 'Rat entsendet Räte*innen auf die nächste Ebene'.

Räte basieren auf der Idee der *Basisdemokratie*. Das bedeutet, dass all jene, die wollen, sich beteiligen und mitentscheiden können. Durch ein Mehrebenensystem können sich einzelne Gruppen auf unterschiedlichen Ebenen vernetzen (siehe Abbildung 4.5).¹⁹ Dabei werden Vertreter*innen aus den unteren Ebenen in die nächsthöheren Ebenen entsandt. Diese Vertreter*innen sind gegenüber der Basis direkt verantwortlich, an deren Weisungen gebunden und jederzeit austauschbar. Dies und eine regelmäßige Rotation zwischen unterschiedlichen Aufgaben verhindert, dass sich zu viel Macht bei einzelnen Personen konzentriert. Parteien braucht es in diesen Strukturen nicht, da alle gemeinsam für das Wohl der Gesellschaft verantwortlich sind.

In der Praxis gestalten sich Räte sehr unterschiedlich, je nachdem in welchem Kontext sie entstehen. In einzelnen Lebensbereichen wurden bereits Räte auf lokaler Ebene vorgestellt (siehe ENERGIE und ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).

Das System basiert auf vier Ebenen: den Kommunen, den Stadtteilräten, dem Stadt- oder Gebietsrat und dem Volksrat Westkurdistan. Auf den einzelnen Ebenen gibt es verschiedene Kommissionen zu

Abbildung 4.6:
Repräsentative Demokratie



» Richtige Demokratie kann nicht darin bestehen, alle paar Jahre ein Kreuzchen zu machen.«

Themen wie Wirtschaft, Umwelt, Geschlechterfragen oder Verteidigung. Diese sollen die aktuellen Notwendigkeiten der Verwaltung, Strom- und Lebensmittelversorgung, aber auch gesellschaftliche Probleme diskutieren und lösen. Der Vorsitz der einzelnen Kommissionen und Räte ist immer doppelt besetzt: mit einem Mann und einer Frau.²⁰ Ob sich die Rätestrukturen dort langfristig etablieren und ausweiten können, ist keineswegs sicher. Dennoch macht Rojava Mut: »Wenn selbst in Rojava versucht wird, mitten im Kriegsgebiet, eine Räte-demokratie mit feministischem Anspruch möglich zu machen (...), haben wir wohl keinen Grund, uns (...) im Pessimismus einzurichten.«²¹

Parlamentarische Demokratie - Ein Update wird dringend empfohlen

Deutschland ist, wie viele andere Länder, eine sogenannte parlamentarische Demokratie. In regelmäßigen Wahlen wählt die Bevölkerung Vertreter*innen verschiedener Parteien für einen bestimmten Zeit-

raum in ein Parlament (siehe Abbildung 4.6).

Diese Vertreter*innen erarbeiten neue Gesetze und repräsentieren ihre Bürger*innen im Parlament. So das Ideal! In einer immer komplexer werdenden Welt wird das aber immer schwieriger. Vorwürfe wie »Die da oben kümmern sich nicht mehr um uns hier unten« und »Wir können sowieso nur das kleinere Übel wählen« sind an der Tagesordnung. Wir vom I.L.A. Kollektiv finden: **Richtige Demokratie kann nicht darin bestehen, alle paar Jahre ein Kreuzchen zu machen.** Demokratie bedeutet Volksherrschaft und die besteht darin, regelmäßig mitzubestimmen und zugleich Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Eine prominente Idee für solche Mitbestimmung ist die *Direkte Demokratie*. Damit ist die Möglichkeit für die gesamte Bevölkerung gemeint, sich stärker an den politischen Entscheidungen beteiligen zu können. Die Schweiz ist Vorzeigeland, was die Möglichkeit der Bürger*innen betrifft, direkt zu partizipieren. Auch in Deutschland gibt es bereits verfügbare Werkzeuge der *Direkten Demokratie*. In

einzelnen Bundesländern ist es erlaubt, Volksbegehren zu starten, um wichtige Anliegen auf die Agenda der Politik zu bringen. Erfolgreiche Volksbegehren waren jenes zum Erhalt des Tempelhofer Feldes in Berlin, oder auch das gegen die Studiengebühren an Hochschulen in Bayern. Die Organisation *Mehr Demokratie* aus Deutschland setzt sich seit 30 Jahren für bundesweite verbindliche Volksbegehren ein. *Direkte Demokratie* birgt aber auch Gefahren. Rechts-populistische Parteien können dieses Instrument nutzen,

um ihre menschenverachtenden oder umweltzerstörenden Interessen durchzusetzen. Umso wichtiger ist eine rechtliche Verankerung der Werkzeuge der *Direkten Demokratie*, damit sie mit den Prinzipien der solidarischen Lebensweise (siehe KONTUREN) übereinstimmen. Darüber hinaus ist es auch die Aufgabe von Bildungseinrichtungen, Menschen darauf vorzubereiten sich kritisch eine Meinung zu bilden und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen (siehe KULTURELLER WANDEL).

Infobox: BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN – Ein Schritt in die solidarische Lebensweise?

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) findet viel Zustimmung in unterschiedlichsten politischen Lagern. Für die einen verspricht es weniger Bürokratie und einen schlanken Staat, andere sehen es als ein Modell zur Sicherung der Nachfrage – damit die Menschen weiterhin über genügend Kaufkraft verfügen, selbst wenn ihre Jobs von Robotern und Algorithmen erledigt werden. Wieder andere sehen das BGE als einen Schritt in Richtung sozial-ökologischer Transformation (siehe GLOSSAR), wenn es auf eine bestimmte Weise und in Kombination mit anderen Maßnahmen umgesetzt wird. Das BGE ist eine Zahlung an alle Gesellschaftsmitglieder, die laut Netzwerk Grundeinkommen

- ▷ die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- ▷ einen individuellen Rechtsanspruch darstellen
- ▷ und ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden muss.

Das BGE wäre eine direkte Erleichterung für Menschen, deren Geld zum Leben derzeit nicht ausreicht, die den Demütigungen der Jobcenter ausgesetzt sind, oder die gezwungen sind, mies bezahlte und gesundheitsgefährdende Jobs anzunehmen. Darüber hinaus könnte das BGE aber noch andere Prozesse anstoßen: Menschen müssten nicht mehr jeden Job machen, um ihre Bedürfnisse zu verwirklichen. Dadurch würde bezahlte Arbeit in der Gesellschaft weniger wichtig und Menschen könnten mehr Sorgetätigkeiten und nicht entlohnten Arbeiten nachgehen. Die Frage ›...und was machst Du?‹ würde nicht mehr direkt auf den Beruf abzielen, sondern darauf, was das Leben gerade erfüllt.

Durch die finanzielle Absicherung entsteht Spielraum, um Experimente zu wagen: Wer weniger vom Job, der Jobsuche oder der Angst vor Arbeitslosigkeit eingenommen ist, hat mehr Zeit politisch zu partizipieren und neue Wirtschaftsformen auszuprobieren. Kollektive könnten den Wettbewerbsdruck abfedern und ein BGE könnte die Existenzängste in Regionen mit bevorstehenden Strukturumbrüchen (wie in Braunkohlerevierern) mindern. Die Macht von Unternehmen über Arbeiter*innen würde weniger, weil die Verhandlungsposition der Belegschaft mit einem BGE stärker ist – auch ein längerer Streik wäre durch ein BGE für die Beschäftigten kein finanzielles Risiko. Natürlich ließe sich das BGE nicht aus dem jetzigen Steueraufkommen bezahlen. Je nach Spielart wird die Finanzierung des BGE neben den Einsparungen in der Bürokratie – beispielsweise bei der Verwaltung von Hartz IV – über ein Umverteilen von oben nach unten oder in der unternehmensfreundlichen Variante über höhere Mehrwertsteuern sichergestellt.

Eine interessante Variante ist das ökologische Grundeinkommen. Dabei generieren hohe Steuern auf Ressourcenverbrauch und CO₂ die Mittel für das BGE. Da der ökologische Fußabdruck direkt mit dem Einkommen zusammenhängt, würde ein ökologisches BGE sowohl sozial umverteilen als auch Anreize für ökologisches Wirtschaften setzen.

Das BGE ist ein Experiment. Ob das BGE das Wirtschaftswachstum durch zusätzliche Kaufkraft anheizt und damit die ökologische Krise verschärft, ist umstritten. Genauso, ob ein durch das BGE schlanker Staat die Transformation nicht mehr gestalten kann. Eine weitere Herausforderung ist die Frage, wie das BGE außerhalb des nationalstaatlichen Rahmens und als Instrument für globale Gerechtigkeit eingesetzt werden kann. Die Wirkung wird davon abhängen, welche BGE-Variante sich durchsetzt, und ob sie mit anderen Maßnahmen wie höheren Mindestlöhnen kombiniert wird.

Ein BGE könnte als große Alternative die Ausweitung einer solidarischen Lebensweise in Nischen unterstützen und gleichzeitig das kulturelle Umdenken zu einer Gesellschaft befördern, die sich mehr um Sorge- als um Lohnarbeit dreht.

Die Rahmenbedingungen ändern!

Um die demokratische Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen, brauchen wir ein System, das die Menschen sozial absichert. Wenn Menschen nicht mehr Tag für Tag arbeiten müssen, um sich den Alltag leisten zu können, haben sie mehr Zeit, um sich in der Gesellschaft zu engagieren und sie zu verändern. Durch sozialpolitische Maßnahmen kann gesellschaftliches Engagement gestärkt werden.

Es gibt unzählige Vorschläge für Veränderungen und Reformen. Wir als I.L.A. Kollektiv geben uns aber nicht nur damit zufrieden, das zu verändern, was im Moment als möglich betrachtet wird. Vielmehr geht es darum, das gegenwärtige System in Frage zu stellen und grundlegend zu verändern (siehe LEBENSBEREICHE).

Potenzial für einen solchen Wandel sehen wir in folgenden Vorschlägen:

Die Einführung eines *Bedingungslosen Grundeinkommens* (siehe Infobox BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN) und zusätzlich eines angemessenen Mindestlohns für alle Bürger*innen wäre ein Anfang. Die Lohnarbeitszeit pro Woche müssen wir reduzieren und Programme entwickeln, die Firmen und Organisationen dabei unterstützen Jobs aufzuteilen. Durch einen Lohndeckel würden die Bestverdienenden nicht mehr als zum Beispiel das 30-Fache des Grundeinkommens erhalten. Steuern auf Eigentum, das nicht benutzt wird, wie etwa das zweite oder dritte Haus, verhindern Kapitalanhäufungen.

Darüber hinaus sollen gesetzliche Maßnahmen ein günstiges Bahnsystem bereitstellen (siehe MOBILITÄT), den genossenschaftlichen Wohnbau fördern (siehe WOHNEN) und dezentrale, Erneuerbare Energie unter lokaler demokratischer Kontrolle unterstützen (siehe ENERGIE). Weitere Vorschläge sind die Vergemeinschaftung von Infrastrukturen wie der Wasserversorgung und die Förderung von nachhaltigen Produktionsmethoden wie der Permakultur (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT). Subventionen, Steuerbefreiungen und Gesetze können Foodcoops, Genoss*innenschaften und Hausgemeinschaften fördern. Außerdem wäre die Einführung von Umweltrichtlinien eine sinnvolle Maßnahme auf dem Weg in eine solidarische Lebensweise. Denn es braucht verbindliche Limits des CO₂-Verbrauchs, wenn wir ökologisch schädliches Verhalten eindämmen wollen (siehe Infobox GRENZEN).

Dies alles sind Forderungen und Vorschläge, die schon im heutigen System leicht umgesetzt werden könnten. Bisher fehlen jedoch der politische Wille und die entsprechenden Kräfteverhältnisse. Daher brauchen wir die politische und kulturelle Transformation (siehe TRANSFORMATION).

Globale Gerechtigkeit – Wie wir solidarisch (ver-) handeln

Es gibt Probleme, die alle betreffen. Globale Herausforderungen brauchen gemeinsame, verbindliche Entscheidungen. Anhand des Klimawandels zeichnet sich ab, dass dezentrale, freiwillige Bemühungen nicht weit genug reichen, um die Erdüberhitzung auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Doch wie können wir alle in Entscheidungen einbinden?

Ein Weltparlament als demokratische Alternative

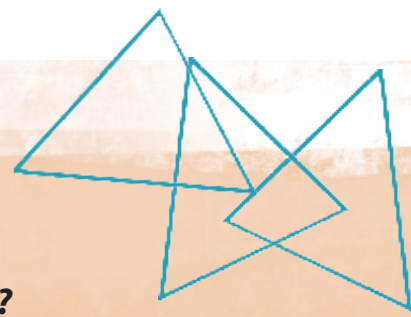
Die bekannteste internationale Institution sind wahrscheinlich die *Vereinten Nationen* (UNO). Das Ziel einer Einrichtung wie der UNO und ihren Unterorganisationen sollte es sein, Bedingungen einer solidari-schen Lebensweise weltweit durchzusetzen.

Aktuell weist die UNO aber ein großes Demokratiedefizit auf. UNO-Botschafter*innen werden nicht vom Volk gewählt. Auch ist die Macht einzelner Länder innerhalb der Vereinten Nationen sehr ungleich verteilt. Derzeit haben nur fünf Länder innerhalb des UN-Sicherheitsrates einen ständigen Sitz: Großbritannien, die USA, Russland, Frankreich und China. Sie allein verfügen über ein Veto-Recht. Deshalb fordern manche die Auflösung der UNO. Aber wie sollen globale Fragen gelöst werden, wenn nicht in einer Institution, in der alle Länder oder Regionen der Welt vertreten sind? Es bedarf also einer Reform der UNO hin zu einem wirklich demokratischen Gremium, einer Art Weltparlament.

Eine interessante Idee, wie sich dieses Weltparlament zusammensetzen könnte, hat George Monbiot. Er schlägt vor, dass das Parlament aus 600 Abgeordneten besteht, die jeweils in einem etwa gleich großen, von Nationen unabhängigen Wahlkreis bestimmt werden.²²

So ein Weltparlament braucht Gremien, Ausschüsse und Kommissionen, um globale Fragen und Probleme bearbeiten zu können. Wichtig ist auch hier die Subsidiarität (siehe GLOSSAR). Viele Fragen müssen nicht mehr wie heute auf globaler Ebene verhandelt werden, wenn einzelne Regionen autonomer werden. Es geht also keineswegs darum einen *Superstaat* zu schaffen, sondern vielmehr einen Ort, an dem die Interessen aller Menschen gleichberechtigt vertreten sind. Gleichzeitig sollte dieses Parlament Fragen behandeln, die tatsächlich global relevant sind. Neben dem Klimawandel auch den globalen Handel, weil sich die Güterketten mancher Produkte über mehrere Kontinente erstrecken.





Infobox: GRENZEN – Können sie solidarisch sein?

Was sind Grenzen?

Ganz formal sind Grenzen ein Trennelement zwischen verschiedenen Einheiten, Systemen oder Ebenen. Grenzen erzeugen ein Innen und Außen, sowie ein Darüber und Darunter. Grenzen trennen geographische, physikalische, politische, wirtschaftliche und auch sprachliche Räume. Nicht zuletzt können Grenzen auch unsichtbar sein, wie die der Intimsphäre oder der individuellen Rechte.

Solidarische Grenzen beschränken individuelle Freiheiten, wenn diese auf Kosten anderer gehen. Denn Freiheit hört in der solidarischen Lebensweise dort auf, wo sie die Freiheit der anderen einschränkt. So können Grenzen im Gegenzug die gesamtgesellschaftliche Freiheit vergrößern.

Grenzen als Voraussetzung für Freiräume

Den individuellen Komfort des Autofahrens in der Stadt einzuschränken und stattdessen günstige öffentliche Verkehrsmittel zu etablieren verschafft allen Bewohner*innen der Stadt saubere Luft zum Atmen und mehr Lebensraum. Grenzen sind somit nicht nur etwas einschränkendes, sondern oft die Voraussetzung für ein Gutes Leben für Alle.

Unter solidarischen Grenzen verstehen wir Grenzen, die sich an den Prinzipien einer solidarischen Lebensweise orientieren (siehe KONTUREN). Solche Grenzen versuchen die imperiale Lebensweise zurückzudrängen, Menschen zu schützen und Solidarität zu fördern.

Grenzen des Wachstums

Wir müssen die Grenzen unserer Mitwelt berücksichtigen, wenn wir ein Gutes Leben nicht nur für wenige, sondern für alle erreichen wollen. Dabei fordern wir aber keinen wirtschaftlichen Protektionismus aus nationalen wirtschaftlichen Interessen. Wir als I.L.A. kollektiv fordern Regeln, die ein Leben auf Kosten anderer verhindern und stattdessen ein soziales und ökologisches Verhalten fördern. Es braucht Grenzen für den Import und Export von Produkten mit einem hohen ökologischen Fußabdruck (siehe GLOSSAR) und von Produkten, die unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt werden. Zugleich würden solidarische Grenzen aber ermöglichen, dass Produkte, die ökologisch und sozial fair hergestellt werden, weiterhin gehandelt werden.

Grenzenlose Solidarität

Im Gegensatz zu der restriktiven Grenzpolitik, wie sie die USA und Europa vorantreiben, sind solidarische Grenzen für Menschen durchlässig. Mauern schaffen Wohlstandinseln, während der Rest der Welt vertrocknet, ertrinkt, verhungert oder durch Krieg zerstört wird. Solidarisch Grenzen ziehen heißt auch die imperiale Lebensweise einzugrenzen und abzuwehren. Gleichzeitig bedeutet es anzuerkennen, dass derzeit 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind.

Solidarische Grenzen bestehen nicht aus Mauern, sondern garantieren allen Menschen aus Regionen, in denen Krisen herrschen, zu fliehen und in anderen Ländern ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen.

Grenzüberschreitungen

Nicht zuletzt müssen unsolidarischem Verhalten Grenzen gesetzt werden. Rassist*innen müssen Grenzen gesetzt werden. Wie schon heute braucht es auch in der solidarischen Lebensweise Sanktionen für Menschen, die sich nicht an die Spielregeln halten. Aber auch diese Sanktionen müssen den Prinzipien eines solidarischen Zusammenlebens entsprechen. So sollte bei Regelverstößen und schweren Vergehen nicht die Strafe im Mittelpunkt stehen, sondern die Möglichkeit, die eigenen Taten an der Gesellschaft wiedergutzumachen. Betroffene Personen sollen nicht isoliert, sondern resozialisiert werden. Eine solidarische Gesellschaft zeigt sich verantwortlich gegenüber allen ihren Mitgliedern – auch gegenüber jenen, die Grenzen überschritten haben. Vieles, was heute als Straftat gilt, wird es in einer solidarischen Gesellschaft gar nicht mehr geben. Wenn alle genug zu essen haben, muss niemand mehr Lebensmittel im Supermarkt klauen, und existiert ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr, braucht niemand mehr ohne Fahrschein zu fahren.

Warum ein freier Handel nicht immer ein fairer Handel ist

Auch der internationale Handel sollte das Gemeinwohl fördern und im Einklang mit sozialen und ökologischen Rechten sein.

Viele Jahre war die *Welthandelsorganisation* (World Trade Organization, WTO) die wichtigste Institution des globalen Handelssystems. Sie ist von der UNO unabhängig, also nicht an deren Weisungen und Ziele (auch hinsichtlich Menschenrechte und Umweltschutz) gebunden. Die Maxime der WTO ist Wachstum und Freihandel, nach dem Motto: ›Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut.‹ Das Problem ist nur: Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es in erster Linie nur denjenigen gut, die von Produktion und Handel profitieren – und nicht automatisch allen, etwa Arbeiter*innen im Sorge-Bereich (siehe *SORGE*). Fortschreitendes Wirtschaftswachstum greift auf immer mehr Ressourcen der Mitwelt zu, setzt viele Menschen unter Leistungsdruck und lässt Löhne sinken, damit Firmen konkurrenzfähig bleiben. Darüber hinaus ist auch die WTO nicht demokratisch organisiert, die wichtigsten Entscheidungen bestimmen wenige Länder aus dem Globalen Norden.

Doch was sind sinnvolle Weiterentwicklungen der WTO oder gar alternative Organisationsformen des globalen Handels?

Eine äußerst problematische Alternative sind *Freihandelsabkommen*, wie TTIP und CETA. Sie wurden geheim zwischen Europa und den USA beziehungsweise Kanada verhandelt. Ihr Zweck ist der Abbau sogenannter *Handelshemmnisse*: Zölle, soziale Standards, Arbeitnehmer*innen- und Konsument*innenrechte und Maßnahmen für den Umweltschutz. Solche Abkommen gibt es auch zwischen Europa und afrikanischen Ländern. Hier profitieren vor allem europäische Wirtschaftsunternehmen, die dadurch einen leichteren Zugang zu afrikanischen Märkten bekommen. Sie schaffen es, ihre Waren zu einem sehr niedrigen Preis zu produzieren. Kund*innen in Ländern in Afrika kaufen dann oft die billigen europäischen Produkte und lokale Produzent*innen gehen leer aus.

Gleichzeitig schwächen Freihandelsabkommen die demokratische Mitbestimmung, da Klagen von Unternehmen gegen Staaten vor privaten Schiedsgerichten verhandelt werden. So wurde Kanada im NAFTA-Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko von mehreren Ölkonzernen verklagt. Grund für die Klage: In der Provinz Québec wurde Fracking verboten, also das Fördern von Öl oder Gas mithilfe giftiger chemischer Flüssigkeit, die in unterirdisches Gestein gepumpt wird. Deswegen entging

den Konzernen Profit.²³ Oder der Energiekonzern Vattenfall: Er verklagt die Bundesrepublik Deutschland, weil er im Zuge des Atomausstiegs mehrere Atomkraftwerke stilllegen muss.²⁴

Wie ein solidarischer Welthandel aussehen kann

Eine Möglichkeit ist der Faire Handel, wie ihn beispielsweise GEPA vorantreibt. Bezieher*innen im Globalen Norden zahlen einen fixen Preis, der über dem schwankenden Weltmarktniveau liegt – ohne Zwischenhändler*innen.²⁵ Das Kaffeekollektiv *Aroma Zapatista* oder das *Café Libertad* Kollektiv in Hamburg handeln bereits heute weltweit Kaffee direkt mit Kooperativen.

Auch die umweltverträgliche Produktionsweise spielt beim Fairen Handel eine immer größere Rolle: 65 % der Waren mit einem Fair Trade-Siegel tragen mittlerweile auch ein Bio-Siegel.²⁶ Österreichische Konsument*innen liegen mit 34 Euro pro Jahr für Fair Trade-Produkte im internationalen Vergleich an der Spitze.²⁷ Diese Konditionen sollten aber nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein.

Institutionen wie die WTO sollten durch eine WFTO *World Fair Trade Organisation* ersetzt werden. Das Weltparlament würde sie kontrollieren. Ihr Zweck: Gemeinwohl zu fördern anstatt die Interessen von wirtschaftlich starken Akteur*innen zu vertreten. Gleiches gilt für Handelsabkommen zwischen Ländern und Regionen.

Ein neuer globaler Wirtschafts- und Sozialrat muss sicherstellen, dass Handelsverträge demokratisch entschieden werden. Außerdem kann er soziale und ökologische Leitprinzipien für wirtschaftliche Tätigkeiten in Unternehmen und Handel durchsetzen.²⁸ Einerseits würde der Rat soziale Standards im globalen Handel überwachen, andererseits die produktionsbasierten CO₂-Emissionen kontrollieren und Produkte verbieten, die eine zu hohe CO₂-Bilanz haben. **So hätten wirtschaftliche Tätigkeiten den klaren Doppelauftrag: Gemeinwohl erreichen und planetare Grenzen einhalten** – genau wie im Doughnut-Ökonomie Modell von Kate Raworth (siehe Abbildung 4.4).

Um innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten zu bleiben, ist es zudem unerlässlich, den globalen Handel von Gütern zu reduzieren. Tatsächlich bräuchte es nur für sehr wenige Güter globale Produktionsketten. Die allermeisten können genauso gut auf lokaler oder regionaler Ebene hergestellt werden.

Das Recht auf ein Gutes Leben für Alle garantieren

Menschenrechte bilden die Grundlage, auf der Menschen schon heute politische, wirtschaftliche

gepa.de

aroma-zapatista.de

cafe-libertad.de

wfto.com

und soziale Rechte gegenüber Staaten einklagen können. So haben bereits zehn Familien beim europäischen Gerichtshof in Luxemburg ihre Grundrechte auf Leben und Gesundheit eingeklagt. Ihr Vorwurf: Die Europäische Union tue nicht genug, um den Ausstoß von CO₂ bis 2030 um 40 % zu senken. Sie erhoffen sich, dass die EU ihre Maßnahmen verschärft, um dieses Klimaziel zu erreichen.²⁹

Dennoch müssen die individuellen und kollektiven Rechte zu *Globalen Sozialen Rechten* erweitert werden. Diese Rechte garantieren jedem Menschen, die nötigen Freiräume und Ressourcen einfordern zu können, die er*sie für ein Gutes Leben benötigt.³⁰ Konkret bedeutet das: Konzerne können für ihre Emissionen, Umweltschäden sowie für Missachtung von Arbeits- und Menschenrechten entlang ihrer Lieferketten verantwortlich gemacht werden. Die *Internationale Arbeitsorganisation* (International Labour Organization, ILO) und die UNO haben hier zwar Initiativen gestartet, diese gehen aber nicht weit genug. Für Verstöße haben Konzerne kaum Konsequenzen zu befürchten, außer dem öffentlichen Bloßstellen ihrer Praktiken durch Medien oder Aktivist*innen. **Jedem und jeder auf globaler Ebene einen Rechtsweg gegenüber Staaten und Konzernen zu ermöglichen, stellt ein wichtiges Element zur Absicherung einer solidarischen Lebensweise dar.**

Der Natur Recht geben

Die Natur als eigenständiges Rechtssubjekt anzuerkennen, erachten wir Autor*innen als ein interessantes Instrument. Neben der pädagogischen Wirkung könnten solche Rechte verhindern, dass die Natur ausgebeutet wird und ausschließlich einen wirtschaftlichen Wert darstellt. Zum Konzept der *Rechte der Natur* gibt es bereits mehrere Ansätze, zum Beispiel die *Erd-Charta* und die *Universelle Erklärung der Rechte von Mutter Erde*. Schon heute stehen die Rechte der Natur in Ecuador und Bolivien in der Verfassung. Doch wird hier deutlich, dass eine rechtliche Verankerung nicht reicht, um ökologische Probleme zu lösen: In Lateinamerika fördern gerade auch linke Regierungen in Uruguay, Venezuela, Ecuador, Brasilien und Bolivien die Ausbeutung von Minen, um mit dem Export von Rohstoffen Entwicklungs-

und Sozialprogramme zu finanzieren.³¹ Kurzfristige wirtschaftliche und politische Ziele sind hier immer noch wichtiger als der Schutz der Umwelt. Es bedarf also stärkerer Bemühungen, um die Rechte der Natur zu gewährleisten. Das ist nur möglich, wenn Gesellschaft und Natur nicht mehr als zwei getrennte Sphären gesehen werden, sondern als eine zusammenhängende und sich beeinflussende Mitwelt. **Es ist notwendig, »eine neue Form des Zusammenlebens der Bürger und Bürgerinnen in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben zu erreichen«.**³²

Und wie kommen wir da hin?

Wir haben in diesem Kapitel verschiedene Möglichkeiten gezeigt, wie in der solidarischen Lebensweise Wirtschaft und Politik auf lokaler, regionaler bis hin zur globalen Ebene gestaltet werden können. Dafür braucht es Mut. **Wir werden lernen und üben müssen, Probleme gemeinsam zu lösen statt nur hin und wieder unsere Stimme und Verantwortung bei einer Wahl abzugeben.** Dabei haben wir wenig zu verlieren – und viel zu tun, aber auch zu gewinnen! Es wird nie eine Welt geben, in der alles reibungslos und harmonisch ist. Gesellschaften werden immer von unterschiedlichen Meinungen und Interessen geprägt sein – und das ist auch gut so. Das Verständnis von individueller Freiheit und Grenzen wird neue Dimensionen bekommen. Es geht nicht darum, einen himmelblauen Idealzustand zu erreichen, sondern es müssen Prozesse angestoßen werden, die strukturelle Bedingungen auf unterschiedlichen Ebenen schaffen, damit alle Menschen ein selbstbestimmtes und Gutes Leben führen können. Wie wir diese Transformationen angehen können, überlegen wir im nächsten Kapitel.



Die Studentin, die einen Kohlebagger blockiert
Der Rentner, der Unterschriften für den Rückkauf des Stromnetzes sammelt
*Die Mieter*inneninitiative, die ein Haus dem Immobilienmarkt entzieht*
Die Programmiererin, die eine freie Grafiksoftware entwickelt
Die Asylbewerberin, die einen Marsch für Bewegungsfreiheit veranstaltet
Der Arzt, der kostenlos Menschen ohne Krankenversicherung behandelt
Die Kollegin, die im Versandzentrum einen Streik organisiert

Sie alle gehen auf verschlungenen Pfaden
Mancher strauchelt
Manchmal ist das Dickicht zu dicht
Einigen gehen die Kräfte unterwegs aus
Andere verlaufen sich
Doch immer wieder kreuzen sich die Wege
Immer wieder vereinbaren sich Menschen gemeinsam zu gehen
Denn auch wenn alle ihren eigenen Weg suchen
Sind ihre Ziele ähnlich
Und so knüpfen sie aus vielen Strängen ein starkes Netz
Und brechen auf in eine solidarische Zukunft

TEIL II

WEGE IN DIE SOLIDARISCHE LEBENSWEISE

TRANSFORMATION

AUFBRUCH IN EINE SOLIDARISCHE ZUKUNFT

ANSÄTZE EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT BEGEGNEN UNS ÜBERALL AUF DER WELT. DOCH DIE IMPERIALE LEBENSWEISE BESTEHT WEITER UND GLOBALE KRISEN VERSCHÄRFEN SICH. WIE KÖNNEN GRUNDLEGENDE VERÄNDERUNGEN GELINGEN? WIE KOMMEN WIR VON DER IMPERIALEN ZUR SOLIDARISCHEN LEBENSWEISE?

Die imperiale Lebensweise verursacht weltweit Krisen, die immer sichtbarer machen, dass es so nicht weitergehen kann. Das Versprechen ›Wohlstand für alle‹ ist schon lange brüchig. Wir leben in Zeiten von rückläufigem Wirtschaftswachstum (siehe GLOSSAR) und extrem ungleich verteilten Vermögen, von sozialen Unsicherheiten und Abstiegsängsten, des Klimawandels und der Zerstörung von Ökosystemen. **Es muss und wird sich etwas ändern – so viel ist klar. Die Frage ist, was und wie.**

Wir brauchen dringend sozial-ökologische und solidarische Antworten auf die Krise (siehe EINLEITUNG). In den Rissen und Nischen der alten Ordnung entstehen viele Alternativen, die als konkrete Utopien (siehe GLOSSAR) im Hier und Jetzt Ausblicke auf solidarische Lebensweisen bieten. In den vorherigen Kapiteln ha-

ben wir eine Vielzahl an solidarischen Alternativen in den einzelnen Lebensbereichen (siehe LEBENSBEREICHE) sowie den übergreifenden Rahmenbedingungen (siehe INSTITUTIONEN) vorgestellt. In den folgenden Kapiteln möchten wir nun Strategien und erste Schritte für die Transformation (siehe GLOSSAR) zur solidarischen Lebensweise aufzeigen. Dabei geht es uns darum, sowohl solidarische Alternativen auszuweiten als auch die imperiale Lebensweise zurückzudrängen, um auf ein Gutes Leben für Alle hinzuwirken.

Wie kommt der Wandel in die Welt?

Auf dem Weg zur solidarischen Lebensweise müssen wir im Globalen Norden (siehe GLOSSAR) unsere Lebens- und Produktionsweise radikal umgestalten. Dazu gehören auch unsere Wertesysteme und unser Verhältnis zueinander und das zur Natur. Diesen Wandel hin zum Guten Leben für Alle bezeichnen wir und andere als *sozial-ökologische Transformation*.¹

Es gibt keinen Masterplan für die sozial-ökologische Transformation. Auch die kapitalistische Gesellschaft (siehe GLOSSAR) wurde nicht am Reißbrett geplant, sondern hat sich über einen langen Zeitraum

durch ineinandergreifende gesellschaftliche Entwicklungen aus der Feudalgesellschaft herausgebildet.² Das Ergebnis ist radikal, aber der Prozess vollzieht sich in unzähligen kleinen Schritten wie auch großen Brüchen. Vieles ist nicht planbar und dennoch können wir der Transformation eine Richtung geben.³

Solch ein tiefgreifender Wandel wird nicht konfliktfrei ablaufen. Mächtige politische und wirtschaftliche Akteur*innen werden alles unternehmen, um die sozial-ökologische Transformation zu verhindern. Außerdem werden nicht von heute auf morgen über Jahrhunderte erlernte Konkurrenzverhalten, rassistische Abwertungen und sexistische Rollenbilder aus unseren Köpfen verschwinden.

Kein Grund, die Hände in die Hosentaschen oder den Kopf in den Sand zu stecken. Jeder progressive Wandel fängt im Kleinen an und ist das Ergebnis von Kämpfen um politische Spielregeln und kulturelle Deutungen. Das bedeutet Verantwortung, aber auch die Chance, an einem Guten Leben für Alle mitzuwirken. Uns geht es darum, im Hier und Jetzt erste Schritte in Richtung einer solidarischen Gesellschaft zu gehen und dadurch weitergehende und grundlegende Veränderungen zu ermöglichen.⁴ Dabei haben

wir immer das Ziel vor Augen, auf eine ausbeutungs- und diskriminierungsfreie Gesellschaft hinzuwirken, die auf den Prinzipien Demokratisierung, Suffizienz, Commoning, Dependenz und Sorgelogik basiert (siehe KONTUREN).

Im ganz normalen Wahnsinn gefangen

Vieles, was wir genießen, wie die Flugreise in den Kurzurlaub und den Erdbeer-Smoothie im Winter, empfinden wir als ganz normal (siehe GLOSSAR). Genauso normal sind aber auch die fehlende Zeit für Sorgetätigkeiten, der dauerhafte Stress bei der Arbeit und Manager, die 230-mal so viel verdienen wie ihre Mitarbeiter*innen.⁵ Die imperiale Lebensweise ist tief in unserem Alltagsbewusstsein verankert und erscheint vielen als selbstverständlich und quasi naturgegeben. Wir leben sie jeden Tag, ohne dass wir viel darüber nachdenken. Und nicht zuletzt lernen wir durch Bildung, Medien und Werbung, dass dieser Alltag alternativlos ist. Deshalb erfährt die imperiale Lebensweise breite Zustimmung und bleibt stabil.

Außerdem wird uns häufig keine andere Wahl gelassen. Wir unterliegen den Zwängen der imperialen Lebensweise, zum Beispiel, wenn wir ohne Auto

Abbildung 5.1: Strategien der Transformation – Für die Transformation hin zur solidarischen Lebensweise muss die **imperiale Lebensweise zurückgedrängt** (links), **solidarische Alternativen müssen ausgeweitet** (mittig) und diese gegen deren Rücknahme **abgesichert werden** (rechts)



nicht zur Arbeit kommen oder der kapitalistische Staat mit staatlicher Gewalt Zugänge zu Ressourcen militärisch sichert und Proteste durch Polizeieinsätze unterdrückt (siehe KONTUREN). Diese Zwänge und die mehr oder weniger aktive Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung bilden die Basis für die Hegemonie (siehe GLOSSAR) der imperialen Lebensweise.

Die imperiale Normalität herausfordern

Wenn Mieten steigen, immer häufiger Dürren auftreten oder Dörfer für die klimaschädliche Braunkohle abgebaggert werden, stellen sich immer mehr Menschen die Frage: Läuft hier nicht etwas gehörig schief? **Die imperiale Lebensweise kann in Krisenzeiten ihr Versprechen auf ein Gutes Leben (auf Kosten anderer) immer weniger glaubhaft vermitteln und ihre Hegemonie wird brüchig.**

Sozial-ökologische Transformation muss hier ansetzen und versuchen, die Vorstellungen davon, was normal ist und die Zwänge, die uns die imperiale Lebensweise aufdrängen, zu verändern. Im Kern geht es um den Aufbau eines alternativen Projekts für eine solidarische Lebensweise, das attraktive und zustimmungsfähige Vorstellungen eines Guten Lebens für Alle entwickelt und verbreitet. Von weiten Teilen der Bevölkerung und Allianzen fortschrittlicher Akteur*innen getragen könnte ein solches Projekt die imperiale Lebensweise zurückdrängen und solidarische Alternativen ausweiten. Gleichzeitig ist es notwendig, errungene Erfolge gegen deren Rücknahme abzusichern, denn die Transformation erfordert, Privilegien und Herrschaft abzubauen und ruft daher starken Gegenwind hervor (siehe Infobox STRATEGIEN

DER TRANSFORMATION). Doch wie entsteht ein solches Projekt, das die imperiale Lebensweise herausfordert – durch wen, an welchen konkreten Ansatzpunkten und mit welchen Strategien?

Einerseits müssen Zwänge und Pfadabhängigkeiten, die die imperiale Lebensweise stabilisieren, abgebaut werden. Die *politischen und wirtschaftlichen Institutionen* (siehe GLOSSAR), die zerstörerische Ressourcenausbeutung ermöglichen, die die Schere zwischen Arm und Reich auseinandertreiben und die den Zwang zu Lohnarbeit, Konkurrenz und Leistungsdruck festschreiben, müssen verändert und *materielle Infrastrukturen* (siehe GLOSSAR), die die imperiale Lebensweise festschreiben, umgebaut werden. Autostädte könnten zu Städten mit kurzen Wegen, flächendeckendem öffentlichen Nahverkehr und umfangreichen Radwegenetzen werden (siehe MOBILITÄT). Andererseits müssen neue Infrastrukturen und Institutionen etabliert werden, die solidarische Lebensweisen ausweiten und absichern. Darum geht es im folgenden Kapitel POLITISCHE STRATEGIEN.

Zur Transformation gehört, dass wir unsere Vorstellungen von dem, was als normal gilt, anzweifeln und vermeintliche Alternativlosigkeiten gründlich hinterfragen. Es ist also ein Kampf um Köpfe, um neue Vorstellungen und Praktiken (siehe GLOSSAR) des Guten Lebens für Alle erfahrbar zu machen und zu verbreiten. Konkret geht es um die Transformation von *alltäglichen Vorstellungen und alltäglichem Handeln*. Auch kulturelle Institutionen, wie Bildungswesen, Medien und Werbung, müssen sich verändern. Darum geht es im anschließenden Kapitel KULTURELLER WANDEL.

Infobox: STRATEGIEN DER TRANSFORMATION – Wie gelingt der Wandel von der imperialen zur solidarischen Lebensweise?

Ausweiten solidarischer Lebensweisen: Neue solidarische Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens entstehen durch Experimente und entwickeln sich ständig weiter. Diese vielfältigen solidarischen Ideen, Praktiken, Räume und Bündnisse gewinnen an Sichtbarkeit und Einfluss und werden in allen Lebensbereichen ausgeweitet. Beispiele sind genossenschaftlich (siehe GLOSSAR) organisiertes Wohnen oder Netzwerke solidarischer Landwirtschaftsinitiativen.

Absichern solidarischer Lebensweisen: Solidarische Alternativen werden gegen ihre Rücknahme abgesichert. Dies geschieht durch neue Infrastrukturen und Institutionen, die Pfadabhängigkeiten schaffen, und dadurch, dass solidarische Alternativen alltäglich gelebt und ganz normal werden. Beispiele sind der Ausbau von Kitas oder die Verkürzung von Arbeitszeiten.

Abwehrkämpfe und Zurückdrängen der imperialen Lebensweise: Es wird verhindert, dass sich die imperiale Lebensweise weiter ausbreitet und intensiviert. Ein Beispiel ist der Stopp der Ausweitung von Kohletagebauen. So wird die imperiale Lebensweise aus allen Lebensbereichen gedrängt und Diskriminierungen werden abgebaut. Zum Beispiel wird die Daseinsvorsorge (siehe GLOSSAR) wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt oder rassistische Polizeikontrollen abgeschafft. Außerdem werden der Rechtsruck und die autoritäre Absicherung der imperialen Lebensweise entschlossen bekämpft. Beispiele sind hier die Etablierung sicherer Fluchtrouten oder die Entkriminalisierung von legitimem Protest. (Siehe Abbildung 5.1.)

POLITISCHE STRATEGIEN ALLIANZEN FÜR DIE TRANSFORMATION

NUR MIT VEREINTEN KRÄFTEN KANN DIE TRANSFORMATION ZUR SOLIDARISCHEN LEBENSWEISE GELINGEN. DOCH WIE LASSEN SICH GEGENSÄTZE ÜBERWINDEN UND WIE MACHEN WIR UNS GEMEINSAM AUF DEN WEG ZUM GUTEN LEBEN FÜR ALLE?

Viele Menschen sind von der imperialen Lebensweise negativ betroffen – wenn auch sehr unterschiedlich. Sie führt nicht nur in den Ländern des Globalen Südens (siehe GLOSSAR) zu Krisen, auch bei uns im Norden entstehen vermehrt Probleme, die ein Gutes Leben verhindern. Mieten werden unbezahlbar, unsichere Arbeitsverhältnisse schüren Ängste vor sozialem Abstieg und der voranschreitende Klimawandel führt zu Ungewissheiten über die Welt, in der die eigenen Kinder groß werden. Besonders betroffen sind dabei sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen, Frauen* und Migrant*innen, die eher unter prekären Verhältnissen arbeiten und Diskriminierungen ausgesetzt sind. Es sind vor allem die Ober- und Mittelschichten, die von der imperialen Lebensweise profitieren und besonders große ökologische Fußabdrücke (siehe GLOSSAR) hinterlassen.¹ Aber das ist eine vergiftete Form des Wohlstands, denn auch privilegierte, wohlhabende Teile der Bevölkerung sind betroffen von hoher Arbeitsbelastung, Zukunftsängsten und Feinstaubbelastung.

Die imperiale Lebensweise mutet den Menschen viel zu – auf unterschiedliche Weise. Sie können also gemeinsam daran interessiert sein, etwas zu verändern. Dort, wo die imperiale Lebensweise alltägliche Probleme erzeugt und dort, wo Ungerechtigkeiten wahrgenommen werden, können Menschen zusammenfinden und solidarische Alternativen entwerfen (siehe LEBENSBEREICHE). Mieter*innen vom Verkauf bedrohter Häuser übernehmen diese in Selbstverwaltung, Radfahrer*innen sammeln Unterschriften für Volksentscheide für fahrradfreundliche Städte, Gewerkschafter*innen streiken für gute Arbeit und Arbeitszeitverkürzung und Klimaaktivist*innen fordern eine demokratische, soziale und ökologische Energieversorgung. Hier kommen Menschen zusammen, politisieren und organisieren sich, entwickeln Antworten auf drängende Probleme unserer Lebens-

weise und wirken an der sozial-ökologischen Transformation mit.

Alternativen gestalten, Widerstand organisieren: Wo fangen wir an?

Es gibt nicht den einen Weg zur solidarischen Lebensweise. Wir wollen verschiedene Pfade der Transformation betrachten und zeigen, wo diese zusammenlaufen können. Den Weg zur solidarischen Lebensweise gliedern wir in drei Momente. Erstens müssen wir solidarische Alternativen aufbauen und ausweiten, sie zweitens gegen Rücknahme und Vereinnahmung absichern und drittens die imperiale Lebensweise aus allen Lebensbereichen zurückdrängen (siehe Infobox STRATEGIEN DER TRANSFORMATION).

Ausweiten solidarischer Lebensweisen – Konkrete Utopien schaffen

Solidarische Alternativen entstehen schon heute als konkrete Utopien in den Nischen der imperialen Lebensweise. Einige von ihnen haben wir uns bereits angeschaut: von solidarischen Landwirtschaftsinitiativen und FoodCoops über Tauschläden und Repair-Cafés hin zu Wohngemeinschaften, Hausprojekten, Nachbarschaftshilfen und Polikliniken (siehe LEBENSBEREICHE).

Sie entstehen von unten und sind wichtige Bausteine für eine sozial-ökologische Transformation. Denn sie zeigen, dass eine andere Welt machbar ist. Sie erweitern den Raum des Denk- und Machbaren und können helfen, mentale Infrastrukturen zu verändern und solidarisches Handeln im Alltag zu erlernen (siehe KULTURELLER WANDEL und GLOSSAR). Außerdem wirken ihre Gestalter*innen direkt auf die Welt ein. Sie ergreifen selbst die Initiative, knüpfen neue soziale Bande und wirken im gemeinsamen Aufbau einer besseren Welt im Kleinen weit verbreiteten Ohnmachtsgefühlen entgegen. Alternative Lebens- und Wirtschaftsformen entwickeln einen Vorrat an praktischen (siehe GLOSSAR) Erfahrungen, auf denen große Veränderungen aufbauen können. Denn die solidarische Lebensweise kann nicht von einem Augenblick auf den nächsten aus dem Boden gestampft werden. Umso wichtiger ist es, schon heute zu experimentie-

Infobox: FRONTLINE – Wo ist meine ›Frontline‹?

In der nordamerikanischen Klimagerechtigkeits-Bewegung hat in den letzten Jahren der Begriff der *Frontline Communities* Einzug gehalten.² In Nordamerika werden Öl-Pipelines durch indigene Territorien gelegt und Schäden durch Hurrikans betrafen in der Vergangenheit vor allem einkommensschwache und afroamerikanische Stadtviertel. Oftmals sind es diese unmittelbar betroffenen Gemeinschaften, die politisch aktiv werden und Widerstand leisten und somit zu Frontline Communities werden, die an ›vorderster Front‹ gegen die imperiale Lebensweise kämpfen.

In einem ersten Schritt möchten wir daher die Fragen aufwerfen: Auf welche Weise bist du oder ist dein Umfeld negativ von der imperialen Lebensweise betroffen?

Wohnst du auf dem Land und werden Bus- oder Bahnverbindungen eingestellt? Leidest du unter langen Arbeitszeiten und hohem Arbeitsdruck oder hast du Freund*innen mit Burnout? Musst du sinnlose Tätigkeiten am Arbeitsplatz verrichten und wünschst dir mehr Mitbestimmung? Wird von dir als Frau erwartet, dass du dich mehr um den Haushalt und die Kinder kümmerst als dein Partner? Erfährst du Rassismus oder machen dich rassistische Beleidigungen gegenüber Freund*innen wütend? Fühlst du dich angesichts des Klimawandels und globaler Ungerechtigkeiten ohnmächtig?

In einem zweiten Schritt geht es darum, uns mit anderen zusammenzutun, die Ähnliches erfahren und erleiden. Gemeinsam können wir Wut und Frust in positive Energie umwandeln und politisch aktiv und widerständig werden. Wenn kollektive Betroffenheit mit kollektiver Organisation (siehe GLOSSAR) einhergehen, entstehen neue Frontline Communities. Neue Kämpfe gegen die imperiale Lebensweise tauchen auf, Menschen entwerfen solidarische Alternativen und probieren sie aus. So entstehen Stadtteilinitiativen gegen Verdrängung, Projekte solidarischer Landwirtschaft oder Initiativen für Umverteilung.

Schließlich geht es, drittens, darum, die verschiedenen Kämpfe nicht getrennt voneinander zu betrachten. Sondern, gerade weil sie sich alle gegen Auswirkungen der imperialen Lebensweise richten, das Gemeinsame in den verschiedenen Kämpfen und Ansätzen zu finden und sich mit anderen Frontline Communities zusammenzuschließen.

Vielleicht fällt es dir aber auch schwer, deine direkte Betroffenheit so klar zu benennen oder du fühlst dich besonders betroffen von Naturzerstörung oder Ausbeutung (siehe GLOSSAR) im Globalen Süden. Beispielsweise empörst du dich über die Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen, die durch den Steinkohleabbau in Kolumbien stattfinden. Dann bist du nicht Teil der Frontline Communities, die sich vor Ort gegen den Kohleabbau wehren, aber du kannst in einer wichtigen unterstützenden Rolle aktiv werden. In diesem Fall kann solidarische Unterstützung, die Aufmerksamkeit und Netzwerke schafft, sinnvoll sein. Sie sollte sich allerdings davor hüten zu bevormunden. Eine Gruppe indigener Aktivist*innen aus Australien formulierte es folgendermaßen: »Wenn du gekommen bist, um mir zu helfen, verschwendest du deine Zeit. Aber wenn du da bist, weil deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten.«³

Die folgenden Fragen können als Orientierung dienen:

- ▷ Wie bist du und wie ist dein Umfeld von der imperialen Lebensweise betroffen?
- ▷ Wo und wie kannst du dich politisch organisieren, um etwas zu verändern?
- ▷ Wie kannst du dich mit anderen Frontlines zusammenschließen, um die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben?

ren, um aus den Fehlern und Erfolgen für morgen zu lernen. Und schließlich schafft die Ausbreitung und Vernetzung von solidarischen Initiativen neue Netzwerke und Infrastrukturen, in denen sich solidarische Initiativen gegenseitig unterstützen und stärken können.

Solche Nischenprojekte machen Hoffnung. Sie sind Keimzellen des Wandels, der sich von dort aus weiter ausbreiten und solidarische Infrastrukturen schaffen kann. Sie können im besten Fall die imperiale Lebensweise Stück für Stück aus den Lebensbe-

reichen verdrängen, weil sie besser den Bedürfnissen (siehe Infobox BEDÜRFNISSE) der Menschen entsprechen.⁴ *Wikipedia* ist ein Beispiel dafür, wie sich ein Nischenprojekt global verbreitet hat. Die commonsbasierte (siehe GLOSSAR) Produktion von Wissen und der freie Zugang dazu haben sich weltweit durchgesetzt und mit einem Schlag die kommerzielle Lexikonbranche überflüssig gemacht. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die meisten Projekte diese Strahlkraft erreichen und die imperiale Lebensweise schrittweise zersetzen können. Einerseits werden solidarischen

Alternativen schnell Grenzen gesetzt, wenn sie mit mächtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen in Konflikt geraten. Andererseits können Nischenprojekte nicht überall existieren. Sie benötigen viel Zeit und mitunter Geld, konzentrieren sich oft in Großstädten und schaffen es selten, Menschen außerhalb einer ›weißen‹, akademischen Mittelschicht zu erreichen.

Und dennoch: Nischenprojekte spielen eine wichtige Rolle für die Transformation. Sie errichten im Kleinen Experimentier- und Erfahrungsräume für solidarisches Leben und Wirtschaften. Dabei sollten sie jedoch immer überprüfen, inwiefern sie die Transformation zur solidarischen Lebensweise stützen oder gegebenenfalls politisches Handeln hemmen und gesellschaftliche Ungleichheiten aufrechterhalten. Beispielsweise können Lebensgemeinschaften auf dem Land einen solidarischen Alltag erproben und auch in ihrer Umgebung wirken, indem sie Menschen für einen sozial-ökologischen Wandel begeistern. Wenn sie sich jedoch von der Gesellschaft isolieren und nur privat dem schönen Leben widmen, haben sie wenig Ausstrahlungskraft und ihr Beitrag zur Transformation ist gering.

Ausweiten solidarischer Lebensweisen – Politische und wirtschaftliche Institutionen verändern

Neben dem Aufbau kleiner solidarischer Alternativen in den Nischen ist es notwendig die politischen und wirtschaftlichen Institutionen, die die Rahmenbedingungen für unser gesellschaftliches Zusammenleben legen, zu verändern. Es bedarf also gleichzeitig größerer solidarische Alternativen, die wünschenswert, tragfähig und umsetzbar sind (siehe INSTITUTIONEN).⁵ Wie kann das gelingen?

Die kommunale Politik gewinnt in Zeiten wachsender Städte und des Rechtsrucks in den nationalen Parlamenten immer mehr an Bedeutung für die Transformation. Grundlegende lokale Infrastrukturen wie die Versorgung mit Energie und Wohnraum müssen wieder unter öffentliche Kontrolle gebracht und unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ausgebaut werden. Gleichzeitig ist es wichtig, öffentliche Institutionen demokratisch zu gestalten und die Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Einwohner*innen zu sichern (siehe INSTITUTIONEN). Das Aufkommen von städtischen Bewegungen in den letzten Jahren zeigt, dass die kommunale Ebene ein wichtiger Ansatzpunkt ist, um solidarische Infrastrukturen und Institutionen zu schaffen.⁶ Die aus lokalen Initiativen entstandene Wahlplattform *Barcelona en Comú* versucht, Einfluss im Kommunalparlament zu gewinnen und die lokalen politischen Institutionen

zu demokratisieren. Solidarity City-Bewegungen haben in nordamerikanischen Großstädten die *Urban Citizenship Card* erfolgreich durchgesetzt, die Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung Zugang zu medizinischen Leistungen und öffentlichen Bildungsangeboten ermöglicht. Der Leitspruch all dieser Bewegungen ist: »Schafft rebellische Städte!«⁷

Transformation darf aber nicht nur im Lokalen stattfinden. Auch auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene müssen politische und wirtschaftliche Institutionen verändert und Reichtum, Arbeit und Macht umverteilt werden. Dazu gehören etwa eine sozial-ökologische Steuerreform mit höheren Abgaben auf Umweltverbrauch und Unternehmensgewinne genauso wie steuerliche Entlastungen von Niedrigverdiener*innen. Dass die Forderung nach Umverteilung von Reichtum auf viel Zustimmung stößt, konnte man an den Kampagnen der britischen Labour-Partei unter Jeremy Corbyn sowie des US-Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders sehen.

Aber nicht nur Reichtum muss umverteilt werden – auch Arbeit. Sowohl Erwerbs- wie auch Sorge-Arbeit ist immens ungleich verteilt. Während die einen vom Job komplett eingenommen werden und Überstunden anhäufen, finden die anderen keine Arbeit oder hangeln sich von Minijob zu Minijob. Gewerkschaften und die *Degrowth-Bewegung* (siehe GLOSSAR) machen sich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit stark, Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen werden lauter (siehe Infobox BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN) und feministische Bewegungen kämpfen für die Umverteilung von sorgenden Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern (siehe SORGE).

Schließlich geht es um die Umverteilung von Macht. Dafür ist es notwendig, dass Wirtschaft und Politik von Grund auf demokratischer werden. Kämpferische Gewerkschaften wie auch Umweltbewegungen könnten für die Ausweitung betrieblicher Mitbestimmung bis hin zur Übernahme der Kontrolle über alle Produktionsabläufe durch die Beschäftigten streiten (siehe Infobox KONVERSION DER AUTOINDUSTRIE). Inspirationen für die Demokratisierung politischer Systeme finden sich zum Beispiel bei den Rätestrukturen des demokratischen Konföderalismus in Rojava oder der zapatistischen Bewegung in Chiapas (siehe INSTITUTIONEN).

Auch auf globaler Ebene müssen Rahmenbedingungen für eine solidarische Lebensweise geschaffen werden. Globalisierungskritische Bewegungen fordern bereits seit den neunziger Jahren eine gerechte internationale Handels- und Investitionspolitik. Die Occupy-Proteste auf dem Höhepunkt der Finanzkrise drängten auf ein gerechtes internationales Finanz-

solidarity
across
borders.org

care-
revolution
.org

attac.de

occupy.com

system. Und Geflüchtetenbewegungen fordern die Einrichtung sicherer Fluchtrouten anstatt der Aufrüstung des Grenzschutzes und des Aufbaus von Internierungslagern.

Die grundlegende Veränderung politischer und wirtschaftlicher Institutionen auf all diesen Ebenen wird nur über politische Kämpfe und gegen den massiven Widerstand mächtiger Interessen durchsetzbar sein. Daher benötigt sie starke soziale Bewegungen, die politische Forderungen nicht nur formulieren,

sondern auch auf die Straße tragen, sowie breite Bündnisse, die gesellschaftliche Mehrheiten organisieren und schließlich politische Parteien, die sich dieser Forderungen annehmen und Reformen umsetzen.



Infobox: ENERGIEWENDE – Die Energiewende unter der Lupe

Aber wie geschehen Transformationen denn nun konkret? Am Beispiel des Energiesektors lässt sich beobachten, welche Hindernisse aufkommen können und wie diese möglicherweise zu überwinden sind.

Aus dem Widerstand gegen die Atomkraft entstand in den 1980er Jahren eine Pionier-Bewegung für Erneuerbare Energien, die in selbstverwalteten Betrieben Windkraftanlagen und Solartechnologien entwickelte. In den vergangenen Jahren taten sich mehr und mehr Menschen zusammen und gründeten eine Reihe von Energiegenoss*innenschaften (siehe ENERGIE und GLOSSAR). In diesen Nischen experimentieren sie mit ökologischer Energieerzeugung und probieren aus, wie diese gemeinschaftlich und demokratisch verwaltet werden kann.

Diese kleinen Alternativen konnten sich wegen des progressiven Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) schnell deutschlandweit ausbreiten. Darin war eine sogenannte Einspeisevergütung festgelegt, die Energieproduzent*innen für einen längeren Zeitraum festgelegte Preise, eine Abnahmegarantie und so auch Investitionssicherheit bot. Zusätzlich forderten Bewohner*innen einiger Städte die kommunale Politik auf, die Energienetze wieder in die Hand der Kommunen zu geben und eigene Stadtwerke für Erneuerbare Energien zu gründen (siehe ENERGIE).

Entscheidend für die Energiewende (siehe GLOSSAR) ist es nun, das nuklear-fossile Energiesystem zurückzudrängen und die Macht der Stromkonzerne zu brechen. Dafür leistete die Anti-Atomkraft-Bewegung wichtige Vorarbeit. Ohne sie hätte die Regierung nach der Katastrophe in Fukushima den Atomausstieg in Deutschland wohl nicht beschlossen. Analog drängt heute die Anti-Kohle-Bewegung auf einen schnellen Kohleausstieg.

Dabei wird klar, dass die Transformation zur solidarischen Lebensweise nicht konfliktfrei verläuft. Die großen Stromkonzerne haben die Energiewende verschlafen, sehen nun ihr Geschäftsmodell in Gefahr und wehren sich. Beispielsweise setzten sie 2009 erfolgreich eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten durch und Vattenfall klagt seit 2012 gegen das Atomausstiegsgesetz. Auch die Industrie will weiterhin günstigen Kohlestrom nutzen und erreichte, dass Großverbraucher von den Preisaufschlägen des EEG ausgenommen sind. In den letzten Jahren hat die dezentrale Energiewende in Deutschland einen Dämpfer erhalten. Die Bundesregierung verweigert sich dem notwendigen zügigen Kohleausstieg, der Ausbau Erneuerbarer Energien hat an Fahrt verloren und die Reform des EEG begünstigt die Stromkonzerne und Großverbraucher.

Doch nicht nur der Einfluss der Kohle- und Atomlobby steht der Transformation entgegen. Auch die Alternativen selbst bieten reichlich Konfliktstoff. Gerade einkommensschwache Haushalte können sich die höheren Kosten von Ökostrom nicht leisten und auch die Beteiligung an Energiegenoss*innenschaften hängt vom Einkommen ab. Der klimapolitisch notwendige schnelle Ausstieg aus der Braunkohle hätte Folgen für regionale Arbeitsplätze. Zwar ist Deutschland 2018 endlich aus der Steinkohleförderung ausgestiegen, importiert nun aber vermehrt schmutzige Kohle aus Kolumbien. Der Ausbau Erneuerbarer Energien erhöht die Nachfrage nach metallischen Rohstoffen aus dem umweltschädlichen Bergbau im Globalen Süden.

Um soziale und ökologische Fragen nicht gegeneinander auszuspielen, benötigt es übergreifende Zusammenarbeit. Das Bündnis *Berliner Energietisch* versammelte Umweltverbände, Sozialverbände, linke Gruppen und Mieter*inneninitiativen. Mit der Forderung nach Energiedemokratie startete das Bündnis im Jahr 2012 mit Unterstützung einiger Parteien den Volksentscheid *Neue Energie für Berlin* für ein ökologisches, soziales und demokratisches Stadtwerk. In Großbritannien und Südafrika suchen Klimabewegungen und Gewerkschaften den Schulterschluss und fordern in der Kampagne *One Million Climate Jobs* gemeinsam den Kohleausstieg sowie gerechte Übergänge (*Just Transitions*). Auch global vernetzen sich verschiedene Kämpfe gegen fossile Energien und verknüpfen den Klimawandel mit Fragen globaler Ungleichheiten unter dem Banner der globalen Klimagerechtigkeit.

Ausweiten solidarischer Lebensweisen – Reform oder Revolution?

Wann aber tragen politische Reformen zur sozial-ökologischen Transformation bei und wann sichern sie die herrschenden Verhältnisse nur ab? Der Sozialphilosoph André Gorz unterscheidet reformistische Reformen von revolutionären Reformen.⁸ Erstere sollen das durch die Krise ins Wanken gebrachte System stabilisieren. Letztere verschieben Kräfteverhältnisse, ermöglichen eine gesellschaftliche Ermächtigung (siehe GLOSSAR) im Sinne breiter Beteiligungsmöglichkeiten und eröffnen Pfade für grundlegende Veränderungen. Der Emissionshandel ist zum Beispiel eine reformistische Reform, da er sich als eine Antwort auf den Klimawandel präsentiert, dabei aber die klimaschädlichen Industrien aus der Verantwortung entlässt und nicht an der imperialen Lebensweise rüttelt.

grundein
kommen.de

Dahingegen wären Beispiele für revolutionäre Reformen Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich oder ein ausreichend hoch bemessenes bedingungsloses Grundeinkommen (BGE, siehe Infobox BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN), das über Umverteilung finanziert würde. Durch solch ein progressives BGE bestünde nicht mehr der Zwang, einer stressigen und sinnlosen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Wenn der Lebensunterhalt gesichert wäre, bliebe außerdem mehr Zeit – beispielsweise für soziales Engagement in der Nachbarschaft, den Aufbau einer Landwirtschaftskooperative oder das Sammeln von Unterschriften gegen Fracking. Ein anderes Beispiel für eine revolutionäre Reform ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seiner ursprünglichen Fassung (siehe Infobox ENERGIEWENDE). Revolutionäre Reformen können eine erste, kleine Transformation im Hier und Jetzt anstoßen, die die Grundlagen für eine langfristige und grundlegende Transformation über den Kapitalismus hinaus legt.⁹

Absichern solidarischer Lebensweisen – Für dauerhaften Wandel sorgen

Es reicht meist nicht, kleine und große solidarische Alternativen aufzubauen und auszuweiten, denn sie laufen Gefahr, kapitalistisch vereinnahmt zu werden. Es geht auch darum, die erkämpften Fortschritte so abzusichern, dass sie nicht so einfach zurückgenommen werden können. Ein Beispiel ist die Geschichte der Sharing-Economy. Aus der vielversprechenden Idee, dass Menschen ihren Besitz mit anderen Menschen teilen, wurde ein rasant wachsender Markt für kommerzielle Start-Ups wie Airbnb, Uber und BlaBlaCar. Ihres solidarischen Grundgedankens beraubt, führen sie nun zu verschärfter Wohnungsknappheit

und prekären Arbeitsverhältnissen (siehe Infobox DIGITALISIERUNG). Auch durch den Rechtsruck geraten derzeit demokratische Errungenschaften zunehmend unter Druck. In den USA werden hart erkämpfte Reformen wieder infrage gestellt, indem zum Beispiel die Trump-Regierung die Umweltschutzbehörde kaputtspart und ihr zentrale Zuständigkeiten entzieht.

Damit solidarische Alternativen nicht wieder verdrängt werden, müssen sie auf verschiedenen Ebenen verankert werden. Materielle Infrastrukturen einer solidarischen Lebensweise lassen sich nicht so einfach beseitigen, wenn sie einmal da sind. Gibt es erst Radschnellwege, die es möglich machen, auf das Auto zu verzichten, lässt sich eine fahrradmobile Lebensweise nur schwer wieder beseitigen. Auch die Neugestaltung politischer und wirtschaftlicher Institutionen erschwert, dass Fortschritte zurückgedrängt werden. Das Mietshäusersyndikat hat eine ausgeklügelte Form von kollektivem Eigentum geschaffen. Diese garantiert, dass die entsprechenden Häuser dauerhaft dem kapitalistischen Wohnungsmarkt entzogen sind – selbst wenn den Bewohner*innen verlockende Angebote von Investor*innen zum Verkauf des Hauses gemacht werden (siehe WOHNEN). Gesetze können ebenfalls Errungenschaften absichern, auch wenn sie durch größere juristische und politische Anstrengungen wieder rückgängig gemacht werden können. Der Atomausstieg wurde gesetzlich besiegelt, auch wenn es daraufhin Bestrebungen für einen Ausstieg aus dem Ausstieg gab. Und das EEG wurde verabschiedet, um es dann später so zu verändern, dass es nun mehr Stromkonzerne statt Bürger*innenenergieprojekte begünstigt (siehe Infobox ENERGIEWENDE). Auch die Demokratisierung politischer und wirtschaftlicher Institutionen sichert die neue Lebensweise ab. Beispielsweise fordern Initiativen nicht nur, Energienetze zurückzukaufen, sondern auch, die öffentlichen Netzbetreiber durch Belegschaft und Nutzer*innen demokratisch zu kontrollieren. Damit soll sichergestellt werden, dass grundlegende Richtungsentscheidungen von allen getroffen und soziale und ökologische Prinzipien gewahrt bleiben. Wenn schließlich solche Möglichkeiten der Mitbestimmung ganz alltäglich und normal werden, genauso wie die Nutzung von Radwegen oder der kostenfreie Zugang zu Wissen über Wikipedia, dann erschwert auch dies den Rückbau solidarischer Lebensweisen. Man kann sich kaum vorstellen, plötzlich für jeden Aufruf eines Wikipedia-Eintrags zu zahlen oder dass ein bestehender Radweg wieder abgebaut wird.

Abwehren und Zurückdrängen der imperialen Lebensweise – Das Imperium zurückschlagen

Alternativen zu schaffen, auszubreiten und abzusichern kann aber nur gelingen, wenn gleichzeitig die bestehenden Strukturen der imperialen Lebensweise zurückgedrängt werden. Sonst kommt die sozial-ökologische Transformation schnell an ihre Grenzen. Der Aufbau von solidarischen Alternativen findet häufig nur in Nischen und parallel zur Ausweitung der imperialen Lebensweise statt. Während die deutsche Bundesregierung die Energiewende ausrief, wurden zeitgleich neue Tagebaue für die Braunkohle aufgeschlossen. Außerdem fällt es solidarisch wirtschaftenden Akteur*innen oft schwer, sich gegen die Konkurrenz kapitalistisch wirtschaftender Unternehmen, die keine fairen Löhne zahlen und umweltschädlich produzieren, zu behaupten.

Das Zurückdrängen der imperialen Lebensweise ist die andere Seite der Medaille des Aufbaus solidarischer Alternativen. In der Anti-Kohle-Bewegung geschieht das anschaulich, wenn Menschenketten am Rande der Tagebaue *rote Linien* ziehen und verlauten lassen: »Ende Gelände: bis hierhin und nicht weiter!« Es gibt unzählige weitere Beispiele, von den Protesten der Globalisierungskritiker*innen gegen die Verabschiedung des Freihandelsabkommens TTIP, das unter anderem die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen erleichtert hätte, über lokale Bürger*inneninitiativen, die sich gegen Fracking in ihrer Region wehren, bis hin zu Bewegungen für Ernährungssouveränität (siehe GLOSSAR), die zum Beispiel versuchen die Kommerzialisierung von Saatgut zu stoppen. Die harsche Konfrontation mit Vertreter*innen entgegengesetzter Interessen (beispielsweise Energieunternehmen, Ölgesellschaften und Saatgutkonzernen) ist oft unvermeidbar. Vermehrt greifen dabei soziale Bewegungen aus aller Welt auf die Taktik des zivilen Ungehorsams zurück. Wenn ein tausende Jahre alter Wald wie der Hambacher Forst für die Braunkohleförderung legal gerodet werden darf, dann sind Baumbesetzungen und Blockade-Aktionen möglicherweise ein legitimes Mittel, dem Protest Ausdruck zu verleihen.

Je mehr die imperiale Lebensweise unter Druck gerät, desto mehr wird staatliche Gewalt versuchen sie abzusichern. Politische Systeme werden autoritärer und die Unterdrückung von Protesten sowie die Überwachung der Bevölkerung nehmen zu. Umso

wichtiger wird der Widerstand gegen die Beschneidung von Freiheitsrechten, wie beispielsweise große Demonstrationen gegen die Verschärfung von Polizeigesetzen zeigen.

Das Gute Leben für Alle braucht alle!

Vielfalt verbindet – Allianzen für das Gute Leben

Damit eine sozial-ökologische Transformation gelingen kann, müssen vielfältige Gruppen und Menschen weltweit zusammenkommen (siehe Abbildung 5.2). Aus ihren unterschiedlichen Erfahrungen im Kampf gegen die imperiale Lebensweise – seien es Kämpfe für Wohnraum, Klimagerechtigkeit oder bessere Arbeitsbedingungen – können sie gemeinsame Erzählungen und Visionen schaffen.¹⁰ Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit in der eigenen Gesellschaft können mit Forderungen nach globaler Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbunden werden.¹¹ Doch derzeit sind wir noch weit davon entfernt. Es gibt eine Vielzahl an solidarischen Alternativen und Kämpfen gegen die imperiale Lebensweise, aber eine gemeinsame Erzählung und breite Bewegung ist bislang kaum erkennbar.

Anders sieht das auf der anderen Seite des politischen Spektrums aus. Die Neue Rechte in Form von Trump, AfD und *Front National* ist viel erfolgreicher darin, weit verbreiteten Unmut aufzufangen und daraus politisch Kapital zu schlagen. Ihre Erzählung bietet Abschottung und Ausgrenzung als einfache Antworten auf Unzufriedenheit, Alltagsprobleme und Angst vor sozialem Abstieg. So gewinnt sie viel Unterstützung, ihre Forderungen werden gesellschaftsfähig und sie erlangt Deutungshoheiten. Aber warum verlieren wir derzeit den Kampf um die Köpfe? Warum führt der Unmut in großen Teilen der Bevölkerung nicht zu einer breiten Bewegung für eine solidarische Lebensweise?

Einer der Gründe dafür ist, dass sich die vielen verschiedenen Ideen und Initiativen zur solidarischen Lebensweise oft getrennt voneinander entwickeln. Kämpfe für dezentrale Energieversorgung, sozial-ökologische Landwirtschaft, bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeit sowie gegen Rassismus und Sexismus verbinden sich nur selten. NGOs, Gewerkschaften und Kirchen stehen radikaleren Gruppen oft skeptisch gegenüber und umgekehrt. Verschiedene politische Strategien werden häufig als unvereinbar wahrgenommen. Einige wollen einen langsamen Wandel durch Reformen bestehender Institutionen, andere wollen diese abschaffen und streben schnelle Umbrüche und Revolutionen an. Wiederum andere wollen in den Nischen an einer besseren Welt werken. Es fehlen gemeinsame Bezugspunkte und Er-

ende-
gelaende
.org

stop-
ttip.org

projekt
werkstatt.
de/media
/text/da_
download_
blockade
fibel.pdf

zählungen, in denen sich unterschiedliche Themen, Strategien und Ziele wiederfinden. Diese könnten die Basis für breite, arbeitsteilig organisierte Bündnisse und Allianzen zwischen verschiedenen progressiven Bewegungen bilden.

Alle in diesem Buch vorgestellten Initiativen und Bewegungen sowie viele weitere eint, dass sie sich gegen die zerstörerischen Auswirkungen des globalen Kapitalismus (siehe GLOSSAR) und der imperialen Lebensweise richten – auch wenn sie sich nicht darauf reduzieren lassen.ⁱ Obwohl sich in ihnen unterschiedliche Akteur*innen, Beweggründe, Strategien, Aktionsformen und Ziele wiederfinden, sind sie alle auf der Suche nach Gerechtigkeit, Freiheit, Mitbestimmung, intakter Mitwelt (siehe GLOSSAR) und einem solidarischen Zusammenleben – kurz: dem Guten Leben für Alle. **Wenn Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, für ökologische Nachhaltigkeit und für kulturelle Anerkennung und Rechte sich ihrer Gemeinsamkeiten bewusst werden, können sie ein Mosaik bilden, das mehr ist als seine einzelnen Teile und das den Aufbau einer solidarischen Lebensweise verfolgt.**¹²

Warum fällt es uns oft so schwer, Gemeinsamkeiten zu erkennen und beispielsweise soziale und ökologische Fragen zusammenzudenken? Ein Grund ist, dass wir Probleme häufig isoliert voneinander betrachten oder sie sogar gegeneinander ausspielen. In grün-bürgerlichen Kreisen fordern beispielsweise viele an vorderster Stelle den Konsumverzicht und die Umstellung auf *grünen Konsum*. Dabei reduzieren sie Umweltschutz auf korrektes individuelles Verhalten und behandeln ihn losgelöst von sozialen Fragen. Doch der Ansatz, über individuellen Konsum die Welt zu ändern, ist unzureichend. Das zeigt sich unter anderem darin, dass gerade diejenigen, die grünen Konsum predigen, auch am meisten zu Umweltzer-

störung beitragen. Es scheint paradox, aber umweltbewusste Menschen verdienen eben häufig besser und verfolgen daher einen Lebensstil, zu dem große Wohnungen und viele Flugreisen gehören.¹³ Zudem sind weder *grüner Konsum* noch Verzicht gangbare Wege für diejenigen, die aus Geldmangel bereits jetzt auf vieles verzichten müssen und sich keine Bioprodukte leisten können.

Wenn wir außerdem aufhören, Natur und Arbeit im Globalen Süden auszubeuten, wird das für den Globalen Norden bedeuten, dass viele Produkte wie Kleidung und Elektronik teurer und Flugreisen begrenzt werden. Ein großer Teil der Bevölkerung müsste sich auf einen anderen Lebensstil einstellen, auch wenn auf längere Sicht mehr Zeit, bessere Arbeit und ein gutes Leben winken.¹⁴ Gerade deshalb dürfen wir die soziale Frage nicht unter den Tisch fallen lassen. Solche materiellen Einschränkungen dürfen nicht in erster Linie von einkommensschwachen Gruppen getragen werden. Stattdessen müssen Reichtum, Macht und Arbeit radikal umverteilt werden. Nur so kann die Transformation sowohl ökologisch als auch sozial gerecht vonstattengehen und dadurch Möglichkeiten für breite Bündnisse und Allianzen für die solidarische Lebensweise eröffnen.

Bunte Klassenpolitik

Wir brauchen auch eine »Neue Klassenpolitik«¹⁵, welche die enormen sozialen Ungleichheiten als Ausgangspunkt für die sozial-ökologische Transformation in den Blick nimmt. Dabei geht es nicht darum, verstaubte Vorstellungen einer »weißen«, männlichen Industriearbeiterklasse wieder salonfähig zu machen. Eine moderne Klassenpolitik widmet sich den Interessen aller, die in schlecht entlohnenden und prekären Arbeitsverhältnissen leben, die Abstiegsängste haben,

Abbildung 5.2: Verschiedene Bewegungen und Projekte bilden ein gemeinsames Mosaik für die solidarische Lebensweise



i Verschiedene Formen der Diskriminierung wie Sexismus, Rassismus und Antisemitismus sind älter als der Kapitalismus und würden mit der Überwindung des Kapitalismus nicht einfach so verschwinden.

durch steigende Mieten aus ihrem Umfeld verdrängt werden oder in sozial benachteiligten Gegenden leben. Ein Projekt der solidarischen Lebensweise muss zwingend die abgehängten Schichten mit einschließen. Sozial-ökologische »Mitte-Unten Bündnisse«¹⁶ könnten den Verheißungen der Rechten Paroli bieten und große Potenziale für eine sozial-ökologische Transformation freisetzen.

*Ansätze für das
Verknüpfen von Bewegungen
finden sich unter anderem hier:*
degrowth.info/de/dib/degrowth-in-bewegungen

reichtum-
umverteilen
.de

Es gibt ermutigende Beispiele. *Reichtum umverteilen* fordert ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Umweltverbänden in Deutschland und möchte die Mehreinnahmen für soziale wie ökologische Maßnahmen nutzen. Auch Forderungen nach Zeitwohlstand und Arbeitszeitverkürzung kann unterschiedliche Akteur*innen zusammenbringen: die *Degrowth-Bewegung* (siehe GLOSSAR) mit ihrem Streben nach Entschleunigung und Zeitwohlstand, feministische Bewegungen, die für eine gerechtere Verteilung und Anerkennung von Sorge-Arbeit kämpfen und Gewerkschaften, die auf eine lange Geschichte von Kämpfen um kürzere Arbeitswochen zurückblicken. Und schließlich sind Debatten um gerecht gestaltete Übergänge (*Just Transitions*) und sozial-ökologische Konversion Anknüpfungspunkte für rot-grüne Allianzen zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung (siehe Infobox KONVERSION DER AUTOINDUSTRIE).

Über den Tellerrand blicken

Damit breite sozial-ökologische Bündnisse tatsächlich entstehen, müssen Bewegungen auch lernen, aus den eigenen Komfortzonen herauszutreten und den – manchmal sicherlich nicht einfachen – Dialog mit anderen zu suchen. Die Neue Rechte ist uns da leider voraus, wenn sie zu Bürgerdialogen einlädt, sich die Probleme der Leute anhört und vorgibt, diese ernst zu nehmen.¹⁷ Linke Bewegungen tendieren manchmal hingegen dazu, in ihren eigenen Blasen zu verbleiben. Zwar sind Rückzugsräume, die frei von Rassismus, Sexismus und Homophobie sind, unbestreitbar wichtig, wie beispielsweise linksalternative Wohnprojekte deutlich machen. Aber Szene-Codes, die eigene Sprache und eine moralisierende Haltung wirken oft ausschließend. Der Kontakt zu Menschen außerhalb der Szene wird zu selten gesucht. Eine Kluft tut sich zwischen homogenen akademischen, urbanen Bewegungen und dem Rest der Gesellschaft mit ihren alltäglichen Problemen auf. Es gilt, diese zu schließen und in den Dialog mit Andersdenkenden zu treten. Beispielsweise können Straßenfeste und Nachbarschaftstreffen organisiert, Szene-Sprech auf Flyern und Plakaten vermieden und Diskussionsrunden in zugänglicher Sprache veranstaltet werden. So können Bewegungen außerhalb ihrer Blasen wachsen, vielfältiger werden und Bande mit anderen knüpfen.

Small is not always beautiful: Die globale Notwendigkeit

Transformation kann nicht regional begrenzt stattfinden. Wenn wir den globalen Kapitalismus überwinden wollen, muss das auch auf globaler Ebene geschehen. Unabdingbar ist, dass lokale und globale Gerechtigkeit nicht gegeneinandergestellt werden.



Infobox: KONVERSION DER AUTOINDUSTRIE – Wie gelingt ein sozial-ökologischer Umbau der Autoindustrie?

Eine der größten und wichtigsten Herausforderungen für eine Mobilitätswende (siehe GLOSSAR) in Deutschland ist der Umbau der deutschen Autoindustrie. Diese rutscht langsam in eine Krise: Der Dieselskandal erschüttert das Vertrauen in die Hersteller und bringt Verbrennungsmotoren in die Kritik, es werden mehr Autos produziert als verkauft und die Digitalisierung gefährdet Arbeitsplätze. Die nächste Krise der Autoindustrie ist nur eine Frage der Zeit. Statt schmutziger Autos könnten gesellschaftlich nützliche und ökologisch nachhaltige Güter für die Mobilitätswende hergestellt werden, wie Straßenbahnen, Busse, Züge, Fahrräder und Lastenräder (siehe MOBILITÄT).

Die Friedensbewegung sprach in den 1980er Jahren von Konversion, als sie unter dem Slogan »Schwerter zu Pflugscharen« die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung forderte. Schon einige Jahre früher entwarfen von Arbeitsplatzverlust bedrohte Beschäftigte des britischen Rüstungskonzerns Lucas Aerospace einen Plan zur demokratischen Konversion des Unternehmens. Sie forderten mehr Beteiligung und Mitbestimmung bei betrieblichen Entscheidungen, entwickelten Produkte wie Dialysegeräte und Hybridmotoren und traten ein für das Recht »auf Arbeit an vernünftigen Produkten [...]«, um die wirklichen Probleme der Menschen zu beseitigen statt sie zu erzeugen.«¹⁸ Die Unternehmensführung wehrte sich jedoch gegen den sogenannten Lucas Plan und da auch Gewerkschaftseliten und Regierung ihn nicht unterstützen, wurde er nicht umgesetzt.

Aber lässt sich die deutsche Autoindustrie überhaupt umbauen, wo sie doch wie keine andere Industrie als Motor für Wachstum und Arbeitsplätze steht? Klar ist, dass der Widerstand der politischen und wirtschaftlichen Eliten enorm sein wird. Auch die Beschäftigten und Gewerkschaften werden sich wehren, wenn Arbeitsplatzverlust droht. Wenn die soziale gegen die ökologische Frage ausgespielt wird, es also heißt »Arbeitsplätze oder Klimaschutz«, dann gibt es keine Perspektiven für sozial-ökologische Transformation. Deswegen ist es umso wichtiger, dass sich Gewerkschafter*innen mit Umweltbewegten zusammentun. Gemeinsam können sie Perspektiven für gerechte Übergänge (*Just Transitions*) entwickeln und für gute, selbstbestimmte Arbeit an gesellschaftlich und ökologisch sinnvollen Produkten eintreten. So können sie mehrheitsfähige Visionen entwickeln, die die Chancen für eine sozial-ökologische Konversion der Autoindustrie erhöhen.

Das klingt heute noch wie weit entfernte Zukunftsmusik, besonders, weil das Verhältnis von Gewerkschaften und Klimabewegung in Deutschland zerrüttet ist. Das zeigt sich in den Konflikten um den Kohleausstieg. Auf der einen Seite werfen Gewerkschaften der Klimabewegung vor, dass ihr die Bedürfnisse und Ängste der Beschäftigten in den Kohleregionen gleichgültig seien. Von der anderen Seite kommt der Vorwurf, dass Gewerkschaften deutsche Arbeitsplätze auf Teufel komm raus gegen den Klimaschutz und die globale Klimagerechtigkeit verteidigen.

Aber das Verhältnis war nicht immer so konfliktreich. Im Jahr 1990 gab es zum Beispiel einen Kongress von IG Metall und Deutschem Naturschutzring zur Konversion der Autoindustrie.¹⁹ Dieser Dialog zwischen progressiven Kräften in Gewerkschaften, Betrieben, Parteien und Umweltgruppen müsste heute wieder aufgegriffen werden. So könnten wir uns auf die nächste Krise vorbereiten, um dann die sozial-ökologische Konversion der Autoindustrie einzuleiten.



Dies geschieht aber, wenn soziale Gerechtigkeit nur in den Grenzen des Nationalstaats stattfindet und diese ausschließlich den Mitgliedern einer vorgeblich homogenen Volksgemeinschaft zuteilwerden soll. So eine Solidarität ist exklusiv und grenzt alle aus, die sich außerhalb dieser Definition befinden. Demgegenüber begreifen wir Solidarität als global und inklusiv.

Bewegungen im Globalen Norden müssen sich mit Kämpfen gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Süden zusammentun. Das geschieht in Ansätzen in der Klimagerechtigkeits-Bewegung, die beispielsweise global koordinierte Aktionen gegen die Nutzung fossiler Energien veranstaltet. Ein weiteres Beispiel ist das Netzwerk *La Via Campesina*, in dem sich Kleinbäuer*innen weltweit organisieren und für globale Ernährungssouveränität streiten (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT). Debatten in Lateinamerika zu Transformation und alternativen Wirtschaftsweisen²⁰ sind das Gegenstück zu Debatten um Degrowth und imperiale Lebensweise in Europa.²¹ Beide Seiten könnten durch Austausch und Vernetzung stärker werden und voneinander lernen.²²

Wird die globale Perspektive nicht ernst genommen, dann wird die imperiale Lebensweise bestehen bleiben. Beispielsweise hat Deutschland seinen Ausstieg aus der Steinkohleförderung als klimapolitischen Erfolg verbucht, aber importiert seitdem immer mehr Steinkohle aus Kolumbien. Die europäische Klimabewegung versucht zunehmend, den Kohleausstieg vor Ort stärker mit Kämpfen gegen Kohle andernorts zu verknüpfen. Beispielsweise durch Aktionen in Amsterdam, Hamburg, Bremen und Bogotá entlang der Lieferkette für Tagebaue, Häfen und Kraftwerke.

Dabei geht es nicht nur um Vernetzung und koordinierte Aktionen, sondern auch darum, das eigene Denken zu hinterfragen. Bewegungen im Globalen Norden dürfen die eigene Vorstellung vom Guten Leben nicht als universal gültig verstehen. Stattdessen könnten wir von den über Jahrhunderte gesammelten Erfahrungen mit Widerständen gegen Kapitalismus und Kolonialismus und der Verteidigung nicht-kapitalistischer Lebensweisen lernen.²³ Weiße Umweltaktivist*innen könnten von Umwelt- und Klimagerechtigkeits-Bewegungen im Globalen Süden, von Debatten um die Rechte der Natur oder vom Naturverständnis in indigenen Weltansichten lernen. Für Alternativprojekte im Globalen Norden könnte es bereichernd sein, sich mit der langen Tradition von Solidaritätsökonomien im Globalen Süden auseinanderzusetzen.

 *Wo ergibt sich die Möglichkeit,
einen kleinen Riss in der imperialen
Lebensweise zu einem Bruch zu weiten?»*

Und aus niemals wird: heute noch

Die Transformation zur solidarischen Lebensweise fordert also von uns, dass wir in allen Lebensbereichen solidarische Alternativen und Infrastrukturen aufbauen und gleichzeitig politische und wirtschaftliche Institutionen grundlegend verändern. Wir sollen uns außerdem gegen Rechtsruck, zunehmende Überwachung und tagespolitische Zumutungen zur Wehr setzen. Wir sollen soziale, kulturelle, ökologische und globale Fragen zusammendenken. Und das alles auch noch vernetzt und koordiniert mit Bewegungen weltweit.

›Ganz schön viel auf einmal!‹ werden einige vielleicht nun denken. Die Aufgabe kann überwältigend wirken. Aber da der Wandel fast überall stattfinden muss, gibt es auch für jede*n eine Möglichkeit des Engagements, die Spaß macht und bei der die eigenen Fähigkeiten gut eingesetzt werden können. Um mit begrenzten Ressourcen möglichst viele Erfolge zu erzielen, sollte strategisch gedacht werden: **Wo ergibt sich die Möglichkeit, einen kleinen Riss in der imperialen Lebensweise zu einem Bruch zu weiten?** Wo kommt durch Krisen oder andere unvorhergesehene Ereignisse eine Dynamik in Gang, die große Veränderungen möglich macht? Auf die Suche nach Antworten macht man sich am besten mit anderen Gleichgesinnten (und am besten auch mit Ungleichgesinnten). **Aus dem Austausch über Visionen des Guten Lebens für Alle und über Strategien der Transformation entstehen Erzählungen über die Wege in eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, kulturelle Anerkennung und ökologische Nachhaltigkeit global verwirklicht werden.** So könnte eine Vielzahl an global vernetzten Bewegungen entstehen, die mit verschiedenen, komplementären Strategien gemeinsam die solidarische Lebensweise zur Realität werden lassen.

REALITÄT WIRD VON MENSCHEN GEMACHT. WIR LEBEN IN EINER WELT VOLLER GESCHICHTEN. SIE PRÄGEN UNSERE VORSTELLUNGEN DAVON, WAS NORMAL IST, UND SIE LEITEN UNSER HANDELN. DESHALB, LASST UNS MEHR GESCHICHTEN VON SOLIDARITÄT ZUM LEBEN ERWECKEN!

Die imperiale Lebensweise zurückdrängen – Was ist schon normal?

Transformation findet auf vielen Ebenen statt. Auch kultureller Wandel setzt sich aus unterschiedlichen Bausteinen zusammen (siehe Infobox STRATEGIEN DER TRANSFORMATION). Im folgenden Abschnitt zeigen wir, wie die imperiale Lebensweise in unseren Köpfen in Frage gestellt werden kann. Anschließend beschäftigen wir uns damit, wie neue Erzählungen eines solidarischen Zusammenlebens mit Leben gefüllt und gelebte Solidarität aus den Nischen geholt werden kann.

Zentral für unser Denken und Handeln sind sogenannte mentale Infrastrukturen (siehe Abbildung 5.2 und GLOSSAR)¹, die unsere Wahrnehmung und unser alltägliches Handeln leiten und festlegen, was wir als normal (siehe GLOSSAR) empfinden. Sie sind durch gesellschaftliche Institutionen (siehe soziale und kulturelle Institutionen in diesem Kapitel) und materielle Infrastrukturen beeinflusst. Materielle Infrastrukturen

sind zum Beispiel Supermärkte, in denen wir ein bestimmtes Nahrungsmittelangebot vorfinden, Straßen- und öffentliche Nahverkehrsnetze, aber auch Einkaufszentren, Arztpraxen oder Parks.

Mentale Infrastrukturen sind komplex: Für viele Menschen ist es zum Beispiel normal, in der Woche 40 Stunden Lohnarbeit zu verrichten. Nicht wenige arbeiten sogar mehr, um in unserer von Erfolgsdenken geprägten Gesellschaft Karriere zu machen. Normal ist es dann – aus Gründen des Zeitmangels oder der Bequemlichkeit – eine Putzhilfe zu beschäftigen, das Abendessen auf dem Heimweg ›to go‹ einzunehmen, zu Hause noch eine Serie zu schauen oder ein duftendes Bad zu nehmen: Endlich abschalten, um am nächsten Tag wieder leistungsfähig zu sein.

Materielle Infrastrukturen in vielen Großstädten unterstützen diesen Lebensstil: Supermärkte sind bis 22 Uhr geöffnet, immer mehr Restaurants bieten Essen zum Mitnehmen an oder kooperieren mit Unternehmen, die den Kund*innen das Essen auch zu später Stunde nach Hause liefern. Lohnarbeit dient auch dazu, sich ein Auto leisten zu können – ein Auto, das in erster Linie dazu da ist, täglich zur Arbeit zu kommen. Diese Vorstellungen vom Leben und die damit verknüpften Lebensentwürfe scheinen normal, sie sind gesellschaftlich akzeptiert und sollen er-

Abbildung 5.2:
Mentale Infrastrukturen – Normalvorstellung, welche in einer Verwobenheit aus individuellen Handlungen und bestehenden gesellschaftlichen Strukturen entstehen



strebenswert sein. Wer so nicht leben will oder kann, gilt als unnormal oder gescheitert. In einer Welt, die von Geld bestimmt wird, ist Lohnarbeit notwendig. Es ist normal, mehr Zeit auf der Arbeit als mit Familie, Freund*innen, Sport, politischem Engagement oder in der Hängematte zu verbringen. **Viele von uns leben, um zu arbeiten und Geld für Dienstleistungen auszugeben, für die wir selbst keine Zeit mehr haben, und für Dinge, die uns das Arbeitsleben erleichtern oder die uns nach der Arbeit entspannen und glücklich machen sollen.** Wir denken, empfinden und handeln häufig in diesem begrenzten Raum. Menschen schaffen ihre Realität in einem verwobenen Verhältnis aus Vorstellungen von Normalität, alltäglichen Handlungen und materiellen Bedingungen.

Die Lebensrealitäten von Menschen sind jedoch sehr unterschiedlich. Bildung, Wohlstand und Arbeit sind in unserer Gesellschaft nicht gleichmäßig verteilt. Individuen, Familien und Angehörige verschiedener sozialer Milieusⁱ bilden daher unterschiedliche Interessen, Werte und Lebensziele aus. Hinzu kommen unsere einzigartigen Begabungen und Biographien. Lebensentwürfe und Entscheidungen sind scheinbar individuell. Trotzdem gibt es dominante Normalitäten, die alternativlos erscheinen. **In einer Lebensweise, die auf Geld und Lohnarbeit basiert, ist es nicht verwunderlich, dass die Frage nach einer Welt, die nicht von Geld bestimmt ist, vielen weltfremd, abgehoben oder sogar absurd erscheint.**

Die Taktik der k. o.-Erzählung: Panik und Alternativlosigkeit

Normalvorstellungen sind nicht einfach da. Vertreter*innen politischer und wirtschaftlicher Interessen nutzen verschiedene Strategien, um bestimmte Informationen und Diskurse darüber, was normal und erstrebenswert ist, in die Öffentlichkeit zu bringen.ⁱⁱ Wie kommen gesellschaftliche Normalitäten beziehungsweise mentale Infrastrukturen in unsere Köpfe? Wir möchten in den folgenden Abschnitten ein paar Mechanismen aufgreifen, die uns dafür zentral erscheinen. Doch auch diese sind nicht alternativlos. Wir zeigen im Anschluss Ansätze auf, die manche dieser Mechanismen durchbrechen, unserem Vorstellungsvermögen Raum für solidarische Erzählungen geben und das, was wir als normal empfinden, ver-

ändern können.

Politiker*innen und Unternehmer*innen stellen häufig Entscheidungen als alternativlos dar, die die Macht der Bürger*innen, Gesellschaft und Wirtschaft selbst zu gestalten, eingrenzen. Ein Beispiel ist die Bankenrettung in der Finanzkrise. Um die Finanzmärkte zu stabilisieren, sprach die deutsche Regierung 2008 millionenschweren privaten Unternehmen wie der *Hypo Real Estate* und der *Commerzbank* öffentliche Gelder in Höhe von 480 Milliarden Euro zu, um ihren Bankrott zu verhindern.² Der damalige Finanzminister (SPD) Peer Steinbrück fuhr einen Pannikurs: Die Bankenrettung sei »Gefahrenabwehr«!³ Die Veränderung des Finanzmarkts sei gefährlich und die Bankenrettung damit alternativlos.

Die Chance, umzudenken? Zerschlagen! In der Politik von Alternativlosigkeit zu sprechen, ist in unserer heutigen Zeit ein sehr wirksamer rhetorischer Kniff.

Die reale Bedrohung, die der heutige »Kasino-Kapitalismus«⁴ und die Dominanz der Finanzmärkte für das Leben von Menschen weltweit darstellen, sind nicht Teil von Steinbrücks k. o.-Erzählung.

Die Politik der Alternativlosigkeit richtet sich an Grundannahmen der kapitalistischen Gesellschaft aus. Investitionssicherheit, Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit seien unabdingbar für eine erfolgreiche Wirtschaft und Wohlstand. Da gehören Egoismus und Konkurrenz zwischen Menschen, die sich zum Beispiel als Unternehmer*innen in der freien Wirtschaft oder als Jobsuchende auf dem Arbeitsmarkt begegnen, »natürlicherweise« dazu. Die großen Medien liefern dabei häufig nur ein verkürztes Bild der Umstände. Sie bilden zwar Debatten zwischen Parteien und Politiker*innen verschiedener Lager ab. Die Grundannahmen, die hinter der Politik der Alternativlosigkeit stecken, stehen in der Regel jedoch nicht zur Debatte: Zum Beispiel werden Menschen als »nutzenmaximierende Individuen« statt als soziale, mit anderen solidarisch verbundene Wesen gedacht. Produktionsmittel (Geld, Firmen, Boden) sind in dieser Weltsicht vor allem Eigentum einzelner Firmeninhaber*innen oder Familien, statt in der Hand derjenigen zu liegen, die Güter produzieren. Privates Eigentum – und das damit verbundene Recht, andere von dessen Nutzung auszuschließen – ist rechtlich verankert.⁵ Die Medienberichterstattung ist ein zen-

i Soziale Milieus bezeichnen Gruppen von Menschen mit ähnlichen Werthaltungen, Mentalitäten, Lebensstilen und so weiter. Letztere hängen zu großen Teilen von Bildungsgrad, Beruf und Einkommen ab.

ii Die 2000 gegründete Arbeitgeber*innen-Lobbyinitiative Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft versucht ihre Interessen – wie Privatisierung, Steuersenkungen und weniger Sozialstaat – durch intransparente Formen von Öffentlichkeitsarbeit in den Köpfen der Menschen zu verankern. So wurde bekannt, dass die Organisation 2002 für 58.670 Euro Dialoge mit marktorientierten Glaubenssätzen in sieben Folgen der ARD-Serie Marienhof gekauft hatte. Ein Beispiel: »Mit ein bisschen Eigeninitiative werde ich schon irgendetwas finden! Wenn man was wirklich will, dann klappt das schon, früher oder später.«

lobbycontrol.de/2007/06/funf-jahre-schleicherwerbung-der-insm

traler Faktor, wenn es darum geht, welche gesellschaftlichen Erzählungen und Weltansichten normal erscheinen. Nachrichtensendungen wie *Tagesschau* oder *heute-journal* und Internetportale wie *Bild*, *Spiegel Online*, *Focus Online*, *n-tv* oder *upday* berichten mit der Grundannahme von an Wachstum und Profit orientierter (siehe GLOSSAR) Wirtschaft und gesellschaftlichem Fortschritt, der sich in technologischer Entwicklung zeigt – auch die Perspektive von Journalist*innen ist durch mentale Infrastrukturen geprägt. Annahmen, welche sich in medialer Berichterstattung wiederfinden, werden von der breiten Bevölkerung nicht hinterfragt. Sie gelten als alternativlos. Und so setzt sich auch der Großteil der Bevölkerung nur aus einem bestimmten Blickwinkel mit Politik und Wirtschaft auseinander.

Ausnahmen im deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen sind zum Beispiel die Satiresendung *Die Anstalt* (ZDF) und der Kultursender *arte*. Sie beleuchten manch politische Debatte, wirtschaftliche Entwicklung oder kulturellen Trend in größeren Zusammenhängen und häufig auch kritisch, was kapitalistische Grundannahmen angeht.

»Niemand soll immer mehr haben wollen müssen«: den öffentlichen Raum von Werbung befreien!

Werbung ist ein sehr mächtiges Instrument. Sie prägt unsere Vorstellungen davon, was normal und wünschenswert ist. Sie ist so mächtig, weil wir ihr nicht ausweichen können. Sie wirkt nicht nur in Medien, sondern auch im öffentlichen Raum. Eine wichtige Strategie, um die imperiale Lebensweise abzuwehren und zu verdrängen, ist es daher, Werbung in Frage zu stellen und zu verbieten.

Fernsehen, Radio, Zeitschriften, Prospekte, Flyer, in Bus und Bahn, im Internet – wir sind täglich 500 bis 1.000 potentiellen Werbekontakten ausgesetzt. 500 bis 1.000-mal täglich subtile Botschaften des vermeintlich Guten Lebens:

Fitness und du hast bald die echte Traumfigur. Dazu stylische Kleidung und dem Wohlbefinden steht nichts mehr im Weg. Ein Salat mit Hähnchenbrust und eine schlanke Linie ist garantiert. Weil du es dir wert bist: mit der Liebe deines Lebens am Wochenende nach Barcelona. Flugzeug geht schneller und ist billiger, nutze die Gelegenheit! »Außenwerbung trifft. Jede*n.« (Slogan einer Werbefirma, die Werbung für Werbung im öffentlichen Raum macht).⁶

Werbung ist keine neutrale Information, sondern eine psychologische Strategie von Unternehmen, um den Verkauf ihres Produkts zu steigern. Werbung ist allgegenwärtig. Und Werbung ist undemokratisch: Oder wer hat schon mal mitentschieden, welche Wer-

bung einem im Stadtteil ins Gesicht springt? Oder ob man den Satz »Geiz ist geil« immer wieder vorgebetet bekommen möchte? Zudem reduziert Werbung uns Menschen auf Konsument*innen, schafft Bedürfnisse (siehe Infobox BEDÜRFNISSE) und manipuliert. Das Amt für Werbefreiheit und gutes Leben reichte daher 2013/14 einen Einwohner*innen-Antrag zum Thema *Werbefreiheit im öffentlichen Raum* im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein. Mit der Forderung »Niemand soll immer mehr haben wollen müssen« (Uta von Winterfeld) wollte das Amt den Stadtteil von Werbung befreien und darauf aufmerksam machen, wie Werbung die Bedingungen für ein Gutes Leben untergräbt. Denn die in einer endlichen Welt beworbene andauernde Steigerung des Konsums – Kaufen als Lifestyle und Leitkultur – geht auf Kosten von Arbeitsbedingungen, Menschenrechten, Umwelt und Tieren und befördert bei den Empfänger*innen Selbstzweifel, Unzufriedenheit und das unangenehme Gefühl, nicht zu genügen. Ergebnis des Antrags: Der Berliner Bezirk verbot sexistische und diskriminierende Außenwerbung. Das ist ein wichtiger Schritt, aber dem Motto »Kauf dich glücklich« ist nach wie vor nicht auszuweichen. Wegschauen? Probier's mal, aber Achtung: Außenwerbung trifft jede*n.⁷

Aber es gibt positive Beispiele: Bereits 2007 führte die Regierung der brasilianischen Stadt São Paulo ein strenges Außenwerbeverbot ein. Die Zustimmung aus der Bevölkerung war enorm hoch. Grenoble folgte diesem Beispiel. 2015 beschloss die französische Stadt, die erste werbefreie Stadt Europas zu werden. Grenoble musste sich damit der gängigen politischen Argumentation stellen: Weniger Werbung bedeutet weniger Konsum, damit weniger Umsatz und Produktion und daraus folgend weniger Arbeitsplätze in der Konsumwelt. Arbeitsplätze sind ein Totschlagargument, mit dem bestehende Strukturen und Werbung gerechtfertigt werden. Die Stadt verlor die Miete für Werbeflächen als Einnahmequelle. Den Verlust (150.000 Euro pro Jahr) glich der Bürgermeister aus, indem er seinen Dienstwagen abschaffte und die Bezüge der Stadtratsmitglieder um 25 % kürzte. Das Beispiel Grenoble zeigt, dass auch Hürden auf neu eingeschlagenen Wegen überwindbar und immer mit der Vorstellung verbunden sind, wer wir sein wollen: Konsument*innen und Arbeiter*innen? Oder Menschen, die ihre Lebensweise und ihr Sein gestalten? Auch das Bündnis Berlin Werbefrei setzt sich seit 2017, unter anderem mit einem Volksentscheid, dafür ein, Außenwerbung und digitale Werbetafeln in der Hauptstadt zu verbieten (siehe Abbildung 5.3).⁸

berlin-
werbefrei.de



Abbildung 5.3:
Werbefreie Stadt

Von der Kunst, den Alltag zu irritieren

Provokante und humorvolle Interventionen von Aktivist*innen und Künstler*innen sind eine Form, den politischen, medialen oder wirtschaftlichen Alltag aus dem Konzept zu bringen. Sie schaffen es, manch aktuelles Kapitel der Geschichte des Kapitalismus zu skandalisieren:

Die *Yes Men*, ein Duo aus den USA, haben die aufständische Parodie perfektioniert. Immer wieder geben sie sich in den Medien als Vertreter von Großkonzernen aus. Als vermeintliche Sprecher des Chemiekonzerns *Dow Chemicals* versprachen sie 2004 vor laufender Kamera des Fernsehsenders BBC die sofortige Entschädigung der 120.000 Verletzten und Hinterbliebenen mehrerer tausend Toter eines schweren Unfalls in einer indischen Fabrik, die zu *Dow Chemicals* gehört. Innerhalb kurzer Zeit sank der Börsenwert von *Dow Chemicals* um circa zwei Milliarden US-Dollar. Das Unternehmen musste die Meldung öffentlich dementieren. Die fast vergessene Katastrophe war wieder in den Medien – verbunden mit der Information, dass ein milliardenschwerer Konzern sich weigert, Verantwortung für den Unfall zu übernehmen.⁹

theyesmen
.org

Weitere Kunstkollektive (siehe GLOSSAR) und Projekte, die die normale Politik mit ihrer Kreativität irritieren, sind zum Beispiel:

Zentrum für politische Schönheit politicalbeauty.de

Peng! Kollektiv pen.gg/de, pen.gg/de/campaign/fluchthelferin

CrimethInc. crimethinc.com

Milo Rau und *International Institute of Political Murder: General Assembly, Schaubühne 2017* international-institute.de/general-assembly-generalversammlung-assemblee-generale

Neben professionellen und langfristig vorbereiteten Aktionen gibt es auch niedrigschwellige Wege, die den herrschenden Diskurs durch Parodie herausfordern und zur Reflexion anregen: angebliche Umsonstfahrtage im öffentlichen Nahverkehr bekannt machen, Wahlplakate verfremden, Marketing- oder Politikveranstaltungen mit übertriebenen Jubel und Parolen aufmischen. Oder auf die Einladung zum Jobinterview auf ein grottiges Stellenangebot mit einer Bewerbungsparty reagieren: mit Musikanlage und ein paar feierlustigen Freund*innen im Gepäck! Es gibt viele Formen, die strikte Choreografie des herrschenden Alltags durcheinander zu bringen.¹⁰

beautiful
trouble.org

Die meisten davon machen richtig Spaß! Eins sollte allerdings gesagt sein: Kunstaktivist*innen werden oftmals angezeigt. Für uns ein Zeichen, dass sie den richtigen Nerv treffen!

Eine Strategie der Transformation ist es also, mit dem Normalen zu brechen und grundlegende Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu stellen – am besten so, dass die Öffentlichkeit davon erfährt. Entgegengesetzte Interessen aus Politik und Wirtschaft werden dann hör- und ihre Vertreter*innen öffentlich als Transformationsblocker*innen sichtbar. Doch dass sich Gegner*innen zu erkennen geben, reicht nicht aus. Nur wenn sich auch Institutionen und Gesetze ändern, können sich Vorstellungen und Geschichten über ein Gutes Leben für Alle verbreiten und festigen. Nur dann nehmen anderes Denken und Empfinden Formen an – und zwar nicht nur bei besonders interessierten oder engagierten Menschen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass in der Gesellschaft andere Normalitäten, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten entstehen (mehr dazu weiter unter).

Solidarische Alternativen stellen gängige Erzählungen und Normalvorstellungen in Frage. Sie fordern die *Monopole des Normalen* heraus, indem sie es anders machen. So bauen sie unsere mentalen Infrastrukturen um. Es gibt vielfältige Versuche, Erzählungen des Teilens, Schenkens, Gemeinschaftens und Füreinander-Sorgens mit Leben zu füllen: von Fahrgemeinschaften über Gemeinschaftswerkstätten (Repair-Cafés), Umsonstläden, die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln (*food sharing*) bis hin zu professionalisierten Kollektivbetrieben.

Mittlerweile haben sich in Deutschland, der Schweiz und Österreich circa 200.000 Lebensmittelretter*innen und 4.780 Betriebe der nichtkommerziellen, bildungspolitischen *food sharing*-Bewegung angeschlossen. Auch Umsonstläden sprießen in vielen Städten wie Pilze aus dem Boden. Vielleicht gibt es das auch in deiner Nähe!

foodsharing.de
umsonstladen.de
kartevonmorgen.org

Solidarität ausweiten – Neues erleben und erlernen



Ein Hundert-Euro-Schein?

Was soll das sein? Wieso soll ich dir was wegnehmen, wenn wir alles teilen?»

K.I.Z.¹¹

Wer das Normale hinterfragt, entwickelt neue Selbstverständlichkeiten. Wie wir sprechen, was wir uns erzählen und was wir wissen, aber auch die Momente, Orte, Menschen, Emotionen, die wir *erfahren* und *erleben*, bestimmen, was wir als normal ansehen.

Wie im Kapitel **LEBENSBEREICHE** gezeigt, können Menschen im praktischen Erleben neues Verhalten erproben und neue Gewohnheiten entwickeln.

In solidarischen Projekten kann Empathie für Probleme, unter denen andere leiden, entwickelt werden. Menschen erleben, was es heißt, die eigene Lebens- oder Produktionsweise mit einer Gemeinschaft zu gestalten und für andere Menschen Teil einer unterstützenden Gemeinschaft zu sein. Der gemeinsame, demokratische Austausch prägt Praxen der solidarischen Lebensweise. Daraus ergeben sich belastbare zwischenmenschliche Bindungen. Sie sind stärker als Bindungen, die gegenüber Bürokratie, Recht oder Geld bestehen. **Es sind Bindungen, die nicht auf dem Gefühl von Ohnmacht oder Verlustangst basieren, sondern reichhaltige Beziehungen, die sich durch Austausch und Kooperation auszeichnen.** Diese Beziehungen bringen für die Beteiligten Freiheiten mit sich, die anders und oft größer sind als Handlungsmöglichkeiten, die von Gesetzen und Kapital bestimmt sind.¹²

Reise ins Ungewisse

Die Kritik an der imperialen Lebensweise und der kapitalistischen Gesellschaft richtet sich nicht nur gegen ein Gesellschaftsmodell, sondern auch dagegen, wie wir als Individuen unsere Leben in diesem System führen. Das Normale zu hinterfragen, eröffnet zwar neue Perspektiven und anderes Erleben. Es zieht aber auch Fragen nach dem »Was dann?« und »Wie sonst?« nach sich. »Kann und will ich anders leben?« »Was ist, wenn ich scheitere?« Das kann Gefühle von Unsicherheit, Ohnmacht oder sogar Widerstand und Ängste auslösen. Darauf haben wir vom I.L.A. Kollektiv keine pauschale Antwort, daher berichtet eine der Autorinnen an dieser Stelle von sich selbst:

»Für mich ist es oft schwierig, mir die Zukunft konkret vorzustellen. Ich versuche dann, von mir selbst, so wie ich heute bin, auszugehen und male mir aus, was für mich anders sein wird: Es gibt ein solidarisches Netz, das mir die Zukunftsangst vor materieller Not und Einsamkeit nimmt. Beruflichen Erfolg messe ich nicht mehr an meiner eigenen Karriere, sondern an gemeinsam erreichten Zielen und einem angenehmen Miteinander am Arbeitsplatz. Auch koche ich etwas anders und konsumiere weniger verarbeitete Produkte. **Das Wohl von Menschen, die ich nicht kenne, und unserer Mitwelt bekommen mehr Raum in meiner Gedanken- und Gefühlswelt.** Ich beteilige mich mehr an politischen Debatten und setze mich mehr mit mir fremden Personen und deren Meinungen auseinander, auch wenn sie mir nicht passen. Ich lerne vieles, was ich jetzt noch nicht benennen kann.

Infobox: Freiheit – Miteinander frei

Wir vom I.L.A. Kollektiv wundern uns manchmal, was aktuell alles als *Freiheit* bezeichnet wird. Die Europäische Union sieht sich als »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« (Präambel Grundrechtecharta EU). Gleichzeitig verfolgen europäische Regierungen EU-Bürger*innen strafrechtlich, die Menschen in Seenot helfen.

Der ADAC ruft nach »freier Fahrt für freie Bürger«. Doch wer ist hier eigentlich frei? Wie viel müssen wir arbeiten, um uns ein Auto leisten zu können? Und auf wessen Kosten wird die Fahrt dann auch so frei? Ähnlich fragwürdig ist auch die Freiheit, die viele von uns mit einem günstigen Flug nach Bali oder Portugal verbinden. Auch diese vermeintliche Freiheit genießen wenige auf Kosten von vielen.

Die Zigarettenindustrie verspricht uns in der Raucherpause fünf Minuten Freiheit von der Arbeit. Und wer einen Schritt weiterkommt, der kann sich sogar irgendwo in der weiten Prärie, beim Blick in den Sonnenuntergang eine selbstgedrehte Zigarette anstecken: Pure Freiheit? Pure Sucht!

Eine verkürzte Sichtweise auf Freiheit besteht zudem mit Blick auf Privilegien. Die Aufgabe von Privilegien bedeutet nicht nur Verlust oder Verzicht: Die Bedürfnisse von anderen einzubeziehen, hilft auch dabei, die eigenen Bedürfnisse zu beachten. Denn das Leben auf Kosten anderer ist zu einem gewissen Grad auch Selbst-Feindschaft. Zu wissen, dass man anderen durch das eigene Verhalten schadet, ist schmerzhaft. Das Privileg aufzugeben, auf Kosten anderer zu leben, kann befreien.

Unser Verständnis von Freiheit begreift diese als etwas, das durch Gemeinschaft, vertrauensvolle Abhängigkeit und Kooperation entsteht. Meine Freiheit hört dort auf, wo sie die Freiheit anderer Menschen einschränkt. Freiheit hat Grenzen, wenn das, was ich darf und kann, direkt oder indirekt auf Kosten anderer oder der Natur geht (siehe Infobox GRENZEN).

Lasst uns von dieser Freiheit sprechen:

von der Freiheit, nicht unterdrückt zu werden und nicht zu unterdrücken;
von der Freiheit, nicht ausgebeutet zu werden und nicht auszubeuten;
von der Freiheit, genug zu haben, das heißt nicht zu wenig und nicht zu viel;
von der Freiheit, Zeit zu haben;
von der Freiheit, füreinander da sein zu können;
von der Freiheit, ungefährdet durch Schadstoffe zu atmen, zu trinken und zu essen;
von der Freiheit, sich eine Zukunft ohne Zerstörung, Gewalt und Bilder des Weltuntergangs vorstellen zu können;
von der Freiheit, die nicht ausgrenzt und allen zugänglich ist.

Das wird streckenweise bestimmt anstrengend, aber es wird dann vielen Menschen so gehen und irgendwie normal sein. Meine Begabungen, mein Sinn für Humor, wen ich liebe, mein Körper, wie ich lache, weine, tanze und gehe, meine persönliche Geschichte – mein Sein bleibt aber unangetastet. Ich befürchte nicht, dass die Transformation Persönlichkeiten bedroht. **Im Gegenteil: Ich denke, dass die Transformation mir und uns ermöglicht, uns – einzigartig wie wir alle sind – zu entfalten.** Jenseits der Gleichmacherei durch unsere so stark von Geld bestimmte Gesellschaft.

Wird die Transformation schmerzhaft? Ich glaube, wenn ich links und rechts sehe, dass viele Menschen auch anfangen sich anders zu unterstützen, fortzubewegen und zu ernähren, zu arbeiten, über Politik zu denken oder Urlaub zu machen, werde ich Veränderungen in meinem Alltag nicht als schmerzhaften Verlust oder Abschied empfinden. Ich werde mich wahrscheinlich eher als Teil einer größeren Be-

wegung sehen, die Lust auf Veränderung hat. Weite Bereiche meiner heute so oft mit Entfremdung, Ohnmachtsgefühlen und Gewissensbissen verbundenen Lebensweise lasse ich dann hinter mir. Ich werde das nicht alleine schaffen – dafür habe ich zu viel Angst, zu scheitern. Zusammen mit anderen traue ich mich aber weiter aus meiner Komfortzone heraus. Wenn ich nicht allein verantwortlich für den Erfolg oder Misserfolg unserer Entscheidungen bin, lasten auch Fehler weniger schwer auf meinen Schultern. Gemeinschaft gibt mir Sicherheit und motiviert mich. Ich lasse mich gerne zu Experimenten anstiften und freue mich, wenn ich andere inspiriere. Die Aufforderung »Sei die Veränderung, die du in der Welt sehen möchtest!«, die für uns vom I.L.A. Kollektiv für den kulturellen Wandel ganz zentral ist, wird für mich dann plötzlich viel greifbarer.«

Transformation braucht Zeit. Und sie braucht Räume, in denen Zweifel und Unsicherheit Platz haben. Menschen und Gesellschaften sind fähig, sich zu

verändern. Die Menschheitsgeschichte und jede einzelne Biographie bezeugen: Veränderung kann nicht aufgehhalten werden. Es liegt aber an uns, der Transformation gemeinsam eine sozial-ökologische (siehe GLOSSAR) Richtung zu geben und diese Richtung gegen Ablenkung abzusichern. Solidarische Nischenprojekte sind Reallabore und wichtige Startpunkte. Die sozial-ökologische Transformation fordert jedoch mehr: Sie benötigt gesellschaftliche und politische Offenheit gegenüber Experimenten. Sie braucht eine Kultur des Austauschs, der Wertschätzung und Fehlerfreundlichkeit. Wie kann diese Kultur gemeinschaftlich geschaffen und verstetigt werden?

Bildung spielt eine Schlüsselrolle. Dabei verstehen wir vom I.L.A. Kollektiv unter Bildung viel mehr als den Erwerb von Abschlüssen und Kompetenzen, die auf dem Arbeitsmarkt verwertbar sind.

Bildung. Macht. Transformation.

Kita, Kindergarten, Schule, Lehrbetrieb, Universität – überall dort wird geprägt, wie wir die Welt sehen, wie wir uns menschliches Miteinander vorstellen. Dort lernen und erleben wir Vorstellungen von Normalität. Diese Orte formen uns, machen uns zu Subjekten, halten gesellschaftliche Strukturen aufrecht und dienen der gesellschaftlichen Ordnung.¹³

*Schließe die Augen
und denke an eine Situation,
in der du das Gefühl hattest, etwas
Wichtiges für dein Leben gelernt zu haben.
Wie fühlt sich diese Erinnerung an? Gibt es ein
Gefühl, einen Ort, eine Stimmung dazu?*

Lernen findet irgendwie immer statt, auch außerhalb der etablierten Lernorte wie Schulen, Universitäten oder Volkshochschulen. Bisher haben wir in verschiedenen Kapiteln beschrieben, wie Formen des solidarischen Miteinanders entstehen, gelebt werden oder durch strategisches Handeln umgesetzt werden sollen. Doch braucht es für diese Formen des solidarischen Miteinanders und für die sozial-ökologische Transformation bestimmte Fähigkeiten.

Nur wenn wir unterschiedliche Interessen im Spektrum der sozial-ökologischen Transformation hören und zulassen, kann die Vielfalt an Erfahrungen und Visionen genutzt werden. **Ohne die Fähigkeit, Interessen aushandeln und Konflikte austragen zu können, werden wir nicht weit kommen.** Visionen zu spinnen und kurzfristige und langfristige Lösungen aufzuspüren, muss erlernt werden.

Bildung sollte uns befähigen zu Gestalter*innen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu werden

und solidarische Normalitäten zu erproben. Dabei geht Bildung über die Vermittlung von kognitivem Wissen hinaus – sie umfasst das Empfinden, das Tätigsein, das direkte Erleben, die Fähigkeit, Veränderungsprozesse mitzugestalten und an demokratischer Entscheidungsfindung zu partizipieren. Und auch das Verständnis von globalen und lokalen Zusammenhängen und Problemen stellt einen zentralen Aspekt von transformativer Bildung dar.

Einige, insbesondere außerschulische Bildungseinrichtungen, orientieren sich bereits an diesem Bildungsverständnis, an Bildungsformen und -inhalten für eine lebenswerte Zukunft. Zum Thema Wirtschaft und sozial-ökologischer Wandel bieten zum Beispiel das *Konzeptwerk Neue Ökonomie* aus Leipzig, die *Attacademie* oder das Berliner Kollektiv *FairBindung* regelmäßig Workshops an. Dort erarbeiten sich die Teilnehmenden ihr Wissen über das globale Wirtschaftssystem. Vielfältige Perspektiven werden eröffnet und zur Diskussion gestellt. Eigene Erfahrungen stehen dabei im Mittelpunkt des Lernens. An etablierten Bildungs- und Forschungseinrichtungen gibt es auch Initiativen und Gruppen, die dem herrschenden Verständnis von endlosem Wirtschaftswachstum, Wettbewerb und Selbstoptimierung wissenschaftliche Antworten entgegensetzen. Die Cusanus Hochschule, eine freie Hochschule, befähigt junge Menschen dazu, sich neue Denkweisen anzueignen und Zukunft zu gestalten. Auch in der Sommerschule *Herr*Krit* der Universität Kassel oder im deutschlandweiten Netzwerk *Plurale Ökonomik* werden vermeintlich wissenschaftliche Wahrheiten hinterfragt. In letzterem tauschen sich Nachwuchsökonom*innen über ihre Perspektiven auf Wirtschaft aus und engagieren sich für eine Lehre an Universitäten, die über mathematische Formeln zu Marktwirtschaften hinausreicht.

Auch in Demokratischen Schulen, Waldorfschulen, Freien Schulen, bei kirchlichen Bildungsträgern oder gewerkschaftlicher Bildungsarbeit herrscht ein breites Bildungsverständnis. Bildung wird dort an gesellschaftlichen Herausforderungen angelehnt und hat mehr als nur das Fit-Machen für den Arbeitsmarkt im Blick.

Bildung muss für solidarische Lebensweisen sensibilisieren und den gemeinsamen Suchprozess nach Bausteinen für ein Gutes Leben für Alle stärken. Es ist notwendig, dass Menschen bestehende Machtverhältnisse und ihre eigene Position in der Welt reflektieren. So können sie globale Ungleichheiten erkennen und sich mit Vorstellungen vom Guten Leben für Alle auseinandersetzen. Für die Transformationsfähigkeit von uns als Personen sind Räume für Streitgespräche, Aushandlungen und eine Vielfalt an

konzeptwerk-
neue-
oekonomie
.org

attac.de/
bildungs-
angebot/
attacademie

fairbindung
.org/
angebote

cusanus-
hochschule
.de

herrkrit
.com

plurale-
oekonomik
.de

Perspektiven ebenso zentral wie das Stärken der eigenen Persönlichkeit.^{iii,14} **Lernen für und in der solidarischen Lebensweise ist losgelöst von feststehenden Ergebnissen, Zeit- und Leistungsdruck.** Bildung muss mehr sein und werden als das Befüllen eines Behälters. Bildung muss umfassende Entfaltungsmöglichkeiten bieten, innerhalb ökologischer Grenzen des Planeten und in solidarischem Miteinander.

Solidarität absichern: Neues wird Alltag

Transformation fängt im Kleinen an, wenn wir Ungerechtigkeiten erleben und wahrnehmen. Damit verbunden sind Visionen wie es anders sein könnte – wie wir anders zusammenleben könnten. Und gleichzeitig ist Transformation das Ergebnis von Kämpfen um politische Spielregeln und kulturelle Deutungen. Wie wir in diesem Buch bereits an verschiedenen Stellen erwähnt haben, ist die Veränderung von individuellen Denk- und Verhaltensweisen (also zwischenmenschlichen Praktiken) eine Notwendigkeit, um das Gute Leben für Alle verallgemeinerbar und lebbar zu machen. Die Sozialisation, die Ausbildung von Denk- und Deutungsmustern, findet zuerst innerhalb der Familie statt. Diese ist wiederum eingebettet in größere gesellschaftliche Erzählungen. Familien schreiben durch Erziehung und Verhalten beispielsweise geschlechtsspezifische Rollenbilder fest und lassen sie normal erscheinen. Familie, der private Raum, ist daher auch ein Ort, der geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufbrechen und Identitäten durch konkretes Erleben vielfältig gestalten kann. Wichtige Errungenschaften wurden durch veränderte zwischenmenschliche Praktiken erschaffen. In Deutschland wurde zum Beispiel die zweite Welle des Feminismus maßgeblich dadurch ausgelöst, dass westdeutsche Frauen sich öffentlich dazu bekannten ›Ich habe abgetrieben‹ und damit das gesellschaftliche Tabu in der Familie und bei Freund*innen brachen.¹⁵ Damit solidarische Ideen nicht in der Nische verbleiben, brauchen wir auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen, die solidarische Beziehungen hervorbringen.¹⁶ Nur dadurch kann in Nischenprojekten und Alltagshandeln angestoßenes solidarisches Handeln abgesichert und gestärkt werden. Nur so können wir die Logik der imperialen Lebensweise überwinden.

Soziale und kulturelle Institutionen: Beziehungen wandeln

Unter sozialen und kulturellen Institutionen verstehen wir Familie, soziale Einrichtungen wie Jugend-einrichtungen, Bildungseinrichtungen, kirchliche Einrichtungen, Medien, Gesetze und Einrichtungen, die das Verhalten und Handeln sowohl von Individuen als auch von Gruppen und größeren Gemeinschaften formen. Institutionen prägen die Möglichkeiten, wie wir handeln, unseren Alltag gestalten, wahrnehmen und uns die Wirklichkeit vorstellen. Zentral ist dabei die Frage, welches Handeln sie ermöglichen und fördern beziehungsweise verhindern. Ob ein homosexuelles Paar eine Familie gründet, wird beispielsweise von institutionellen Spielregeln beeinflusst. Diese Regeln sind geprägt von Vorstellungen davon, was normal sein soll und diese Vorstellungen werden von Institutionen beeinflusst: Ist die gleichgeschlechtliche Ehe der heterosexuellen Ehe rechtlich gleichgestellt? Werden homosexuelle Menschen, die diese Lebensform wählen, von ihrem sozialen Umfeld akzeptiert?

Die Transformation bestehender Institutionen sowie der Aufbau neuer institutioneller Zusammenhänge ist ausschlaggebend, um ein solidarisches Miteinander zu fördern und abzusichern. Doch welche Prozesse, Strukturen und institutionellen Zusammenhänge müssen für das Gute Leben für Alle entwickelt werden? Gelebte und entstehende solidarische Alternativen (siehe **LEBENSBEREICHE**) geben Ideen, wie eine solidarische Lebens- und Produktionsweise vermittelt und organisiert werden kann. Auf diese Weise kann die Gesellschaft mit den Logiken der imperialen Lebensweise brechen (siehe **LEBENSBEREICHE**). Dieser Bruch zeigt sich in unserem sozialen Zusammenleben, das heißt in unseren Beziehungen. Veränderte Beziehungen, die sich an Prinzipien der solidarischen Lebensweise orientieren (siehe **KONTUREN**), erzeugen emanzipatorische Formen des Zusammenlebens. Das (Er-)Leben solidarischer Beziehungen – sowohl im alltäglichen zwischenmenschlichen Handeln als auch in institutionellen Zusammenhängen – ermöglicht Selbstbestimmung, die nicht verordnet ist, sondern selbst erprobt wird.¹⁷ Solidarisch handelnde Menschen können eine solidarische Lebens- und Produktionsweise erschaffen und erhalten.

Damit sich die solidarische Lebensweise verallgemeinert, ist es nötig, dass die Gesellschaft die Bedürf-

iii Der Umweltpsychologe Marcel Hunecke hat erforscht, was Menschen benötigen, um ökologisch nachhaltiger zu leben. Hunecke definiert sechs »psychische Ressourcen«, deren Stärkung dazu führt, dass sich Personen immateriellen Zufriedenheitsquellen hinwenden, anstelle immer wieder kurzlebige Glücksmomente im Konsum materieller Güter zu suchen. Diese sechs Ressourcen sind Selbstwirksamkeit, Selbstakzeptanz und Genussfähigkeit sowie Achtsamkeit, Sinnkonstruktion und Solidarität. Sie bilden das Fundament für eine starke Persönlichkeit und regen Reflexionsprozesse an, die den Wertewandel in Richtung Nachhaltigkeit fördern.

nisse der Menschen erkundet: Welche Bedingungen und Strukturen brauchen wir, um andere Menschen, unsere Mitwelt und deren Bedürfnisse zu berücksichtigen? Eine solche Suche schafft Räume und Zusammenhänge, die solidarische Beziehungsweisen hervorbringen. Und dennoch beherrschen immer wieder verinnerlichte und gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsstrukturen wie Abhängigkeit von Lohnarbeit oder verschiedene Formen von Diskriminierung diese selbst geschaffenen Räume. In der Praxis solidarischer Alternativen muss es daher immer um die Frage gehen, wie auch die Mehrheit diese schwer zugänglichen Strukturen umgestalten kann. Die Projekte sollten deshalb möglichst so strukturiert sein, dass sie sich potenziell verbreiten lassen und robust dagegen sind, durch die imperiale Lebensweise zurückgedrängt oder bekämpft zu werden. Und dabei geht es nicht nur um ihre Robustheit, sondern auch um die Selbstfürsorge von Engagierten.

Burnout in der Transformation? Aufeinander achten!

Soziale Veränderung wird nicht heute erdacht und morgen gemacht. Es ist anstrengend, gegen die imperiale Lebensweise zu kämpfen und ihr gleichzeitig nicht ganz entkommen zu können. Um den langfristigen Erfolg von Transformationsanstrengungen zu sichern, müssen Engagierte mit Aktivitäten, Belastungen und Ansprüchen in einer Weise umgehen, die nicht dazu führt, dass ihre eigenen Kraftreserven in Kürze verbraucht sind. Mittelfristige und langfristige Transformation braucht individuelle und kollektive Strategien, um Transformationsgruppen und -bewegungen widerstandsfähig zu machen. Diese Strategien brauchen nicht nur gute Argumente und einen starken Willen. Wir brauchen auch unsere Herzen, unsere Emotionen, um die Kraft und Kreativität aufzubringen, um mit Gewissheit den Weg sozial-ökologischer Transformation zu beschreiten. Sowohl auf individueller wie auch kollektiver Ebene muss es Räume geben, in denen die Akteur*innen die eigene Motivation, Stressfaktoren, Bedürfnisse, Kraftquellen, Achtsamkeit und Zeitmanagement reflektieren können. Wie er oder sie die Selbstfürsorge in den Alltag integriert, sollte nicht dem*der einzelnen Engagierten überlassen, sondern gemeinschaftlich gelöst werden. Dies kann zum Beispiel in Form von Antirepressionsarbeit, Mediations- und Coachingangebo-

ten oder solidarökonomischen Strukturen geschehen.^{iv} Eine strategische Selbstfürsorge kann zudem den gegenseitigen Umgang von Menschen, die sich zusammen für die Transformation einsetzen, verändern. Vertrauensvolle und verbindliche Beziehungen entstehen, wenn wir uns gegenseitig als Quellen von Kraft, Inspiration und Beharrlichkeit entdecken.

Für die Transformation brauchen wir beides: den inneren und den äußeren Wandel.¹⁸ Wir müssen Wandel doppelt denken: in seiner konkreten, alltäglichen Dimension und als grundsätzliche Dimension von Gesellschaft.

Sei die Veränderung, die du in der Welt sehen möchtest! Lasst uns also anfangen, unseren Alltag zu verwandeln. Wenn wir alleine und jede*r für sich handeln, wird uns schnell die Kraft ausgehen. Daher lasst uns Verbündete finden, die zusammen mit uns auf mehr verweisen: Politischer und kultureller Wandel für das Gute Leben für Alle können nur Hand in Hand gehen.

So wie wir.



Manchmal betäuben wir uns mit Träumen von neuen Ideen. [...] In der vordersten Front unserer Begegnung zur Veränderung hin besitzen wir als Andeutung einer Verwirklichung des Möglichen nur unsere Gedichte. Unsere Gedichte formulieren den tieferen Sinn unserer selbst, den Sinn dessen, was wir in uns fühlen und zu verwirklichen (oder mit Taten in Übereinstimmung zu bringen) wagen – unsere Ängste, unsere Hoffnungen, unsere bestgehüteten Schreckensvisionen. Denn innerhalb von Strukturen, die von Profit, linearer Macht und institutionalisierter Entmenschlichung bestimmt sind, ist es eigentlich nicht vorgesehen, dass unsere Gefühle überleben. [...] Wenn das, was wir zum Träumen brauchen, was wir brauchen, um unseren Geist unmittelbar auf die Verheißung hin und durch sie zu bewegen – wenn das ein Luxus ist, dann haben wir das Eigentliche – die Quelle – unserer Macht [...] aufgegeben; dann haben wir den Glauben an die Zukunft unserer Welt aufgeben. Denn es gibt keine neuen Ideen. Es gibt nur neue Wege, sie fühlbar zu machen und zu prüfen, was unsere Ideen wirklich bedeuten (wie sie sich anfühlen) – sonntagsmorgens um sieben, nach einem späten Frühstück, in leidenschaftlicher Umarmung, im Krieg und beim Gebären; während wir an unseren alten Sehnsüchten leiden; während wir gegen die alten Warnungen und Ängste vor unserer Wortlosigkeit, Ohnmacht und Einsamkeit kämpfen; während wir von unseren neuen Möglichkeiten, unseren neuen Stärken kosten.»¹⁹

iv Beim Aufbau eines Kollektivs bringen die Mitglieder meistens sehr viel Zeit, Energie und Herzblut ein. Ein (junges) Kollektiv auch über Phasen der Rückschläge und Enttäuschungen hinweg zu erhalten und weiterzuentwickeln, erfordert noch weitaus mehr Aufmerksamkeit und Pflege. Es gibt Beratungsangebote für selbstorganisierte Gruppen und Initiativen, wie sie sich als Gemeinschaft und Einzelpersonen fürsorglich und gleichzeitig organisationsstrategisch selbst in den Blick nehmen können. Häufig schöpfen die Berater*innen dabei aus ihrem eigenen reichen Erfahrungsschatz. Unterstützung bieten zum Beispiel der Kunst des Scheiterns e.V. oder das ProSys - Beratungskollektiv.

DAS ENDE ALS ANFANG

DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE IST NOCH WEIT ENTFERNT, ABER SCHON ERKENNBAR. IN DEN RISSEN DER IMPERIALEN LEBENSWEISE IST EIN FLÜSTERN ZU HÖREN. DIESES BUCH IST EINE MOMENTAUFNAHME DIESER STIMMEN, DIE DIE GESCHICHTE EINES GUTEN LEBENS FÜR ALLE ERZÄHLEN. ES IST DER BEGINN.

Die imperiale Lebensweise verstümmelt nicht nur unseren Planeten und unsere Beziehungen zur Mitwelt, sondern auch unsere kollektive Phantasie. Manchmal ist es schwer, sich eine andere Welt vorzustellen, eine Gesellschaft, in der wir nicht auf Kosten anderer leben. Momentan sind wir weit davon entfernt: Wie wir konsumieren und produzieren (lassen), erfordert den massiven und gewalttätigen Zugriff auf natürliche Ressourcen, Arbeitskraft und ökologische Senken (siehe GLOSSAR) anderswo. In vielen Köpfen und Herzen haben sich bestimmte Normen eingeschrieben, die ein Weiter-So, Wettbewerb und Unterdrückung aufrechterhalten.

Doch diese Ordnung ist weder naturgegeben noch allmächtig. Um sie zu transformieren, muss zum einen die imperiale Lebensweise und wie wir alle in sie verwickelt sind sichtbar und hinterfragt werden, wie es das Dossier »Auf Kosten anderer?« tut. Zum anderen braucht es den Blick auf die alternativen und kollektiven Gegenentwürfe zur imperialen Lebensweise. Diese fassen wir in diesem Buch unter dem Begriff der solidarischen Lebensweise zusammen. Die solidarische Lebensweise legen wir dabei nicht in eine ferne, unerreichbare Zukunft, sondern in das Hier und Jetzt: **In den Rissen der heutigen Gesellschaft erkennen wir die Umriss einer anderen Form des Umgangs mit unserer Mitwelt und miteinander.** In diesem Buch haben wir gezeigt: Transformationsprozesse sind längst real und der Kampf gegen die imperiale Lebensweise ist vielfältig. **Es wird bereits vielerorts in Nischen an einer besseren Welt gearbeitet und geschraubt.** Initiativen setzen sich in ihren lokalen Räumen für ein solidarisches Miteinander ein, Bündnisse stellen strukturelle Zwänge in Frage und Menschen beginnen alltägliche Vorstellungen anzuzweifeln.

Das Gute Leben für Alle

In diesem Buch entwerfen wir im Kapitel **Konturen** die Prinzipien einer Welt jenseits von Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung. Die Orientierung an den Prinzipien Demokratisierung, Suffizienz, Commoning, Dependenz und ReProduktion verändert Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend und wirkt auf eine Welt hin, in der Freiheit, Gerechtigkeit, Teilhabe und Mitbestimmung verwirklicht werden. Inspirationen für diese Konturen geben uns die zahlreichen Initiativen und Projekte, in denen diese Prinzipien heute schon durchschimmern und gelebt werden. In verschiedenen **Lebensbereichen**, wie **Mobilität, Sorge, Ernährung und Landwirtschaft, Wohnen, Energie und Gebrauchsgüter**, haben wir eine Reihe konkreter Utopien und emanzipatorischer Praktiken gefunden, die in die Richtung einer solidarischen Lebensweise deuten.

In der solidarischen Lebensweise sind das Füreinander-Sorgen und das Umsorgt-Werden – nicht nur die Pflege von Kranken und alten Menschen – durch bedeutsame Beziehungen gestaltet, in denen Vertrauen, Geborgenheit und Empathie gedeihen (siehe **SORGE**).

Gutes Essen für alle bedeutet gesundes und ökologisch produziertes Essen. Dies ist durch die zunehmende Macht weniger Konzerne gefährdet – vom Saatgut bis zum Verkauf. Food-Coops, solidarische Landwirtschaft und Ernährungsräte eröffnen wichtige Perspektiven für eine solidarische Ernährungsweise (siehe **ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT**).

Individuelle, solidarisch-ökologische Mobilität ist vor allem eine Frage der Infrastruktur, der politischen Steuerung und von Stadt- und Raumplanung. Verschiedene Städte und Kommunen eignen sich als Vorbilder dafür, wie starker öffentlicher Personennahverkehr und attraktive Fahrradwege gelingen können (siehe **MOBILITÄT**).

Guter, bezahlbarer Wohnraum für alle ist angesichts massiv steigender Mietpreise bei gleichzeitigem Flächenfraß eine riesige gesell-

schaftliche Herausforderung. Solidarische und ökologische Formen des Wohnens, Gemeinschaftsprojekte oder Mehrgenerationenhäuser gestalten Wohnen für unterschiedliche Anforderungen und sind Vorbilder für politisches Umdenken und –bauen (siehe WOHNEN).

Schon heute können die Güter unseres Alltags anders hergestellt werden: vom rücksichtsvollen Rohstoffabbau über solidarische Produktion und fairen Handel bis hin zu völlig anderen Formen des Konsums und der Reparatur. Insgesamt geht es den Initiativen um ein Verlangsamten, Verringern und Schließen von Energie- und Materialkreisläufen (siehe GEBRAUCHSGÜTER).

Der Zugang zu Strom und Wärme ist global sehr ungleich verteilt. Eine gelingende Energiewende in Nord und Süd, eine kleinteilige, regionale und gut vernetzte Produktion, ein gerechter Zugang und ein maßvoller Verbrauch aller weisen den Weg zu einem solidarischen Umgang mit Energie (siehe ENERGIE).

Viele Alternativen verbleiben in ihren Nischen, berühren das Leben der meisten Menschen nicht und zerbrechen an der imperialen Lebensweise. Daher haben wir uns auf die Suche nach verbindenden Modellen gemacht, die politische und wirtschaftliche **Institutionen** so verändern, dass Arbeit, Macht und Reichtum umverteilt und Teilhabe und Mitbestimmung ermöglicht werden.

Die solidarische Lebensweise kann nicht nur auf lokaler Ebene ansetzen, sondern muss im Hinblick auf den Welthandel und soziale Rechte global gedacht werden.

Die Zukunft ist offen

All das zeigt, es gibt schon heute viele Ideen, Ansätze und Projekte – doch wie passiert der Wandel? Im Kapitel **Transformation** zeigen wir verschiedene **politische Strategien** auf dem Weg zur solidarischen Lebensweise. Die imperiale Lebensweise muss zurückgedrängt, solidarische Alternativen müssen ausgeweitet und schließlich gegen Rücknahme abgesichert werden. Unterschiedliche Akteur*innen mit verschiedenen Interessen, Schwerpunkten, Strategien und Ansatzpunkten sind daran beteiligt. Wenn sie Gemeinsamkeiten der verschiedenen Kämpfe finden und Verbindungslinien untereinander ziehen, entstehen breite Bündnisse und Allianzen für eine solidarische Lebensweise, die die imperiale Lebensweise herausfordern können.

Transformationsstrategien für einen **kulturellen Wandel** sind vielfältig. Die leitende Frage für Veränderung ist die nach der Erzählung eines Guten Le-

bens für Alle. Es ist eine Erzählung mit ungewissem Ausgang, denn wir schreiben sie fort, während wir die Wege der Transformation erforschen. Gleichzeitig steckt der Weg der Transformation voller Ungewissheiten, die wir zu akzeptieren lernen müssen. Veränderung fällt schwer, wenn erst alle Bedenken beseitigt sein müssen. Widersprüchlichkeiten anzuerkennen und uns in Aushandlung zu erproben macht es einfacher, die losen Enden der Transformationsprozesse zusammenzuführen und Kräfte für die solidarische Lebensweise zu bündeln. Um Wege in die richtige Richtung zu erkennen und zu suchen, braucht es uns alle – dieser Vorgang wird nie abgeschlossen sein.

Gemeinsam aufbrechen

In der Entstehung dieses Buches konnten wir als Kollektiv die wertvolle Erfahrung machen, wie die schmerzhaft und oft auch lähmende Beschäftigung mit der imperialen Lebensweise sich verändert – dadurch, dass wir sie ausgesprochen und geteilt haben. Und auch die oft unerreichbar erscheinende und umkämpfte solidarische Lebensweise rückt näher, wenn wir gemeinsam dafür eintreten. Mit Hoffnung, Motivation und Kraft haben wir gemeinsam dieses Buch geschrieben und dabei erlebt, dass wir kollektiv vieles schaffen können. Über die Auseinandersetzung mit unseren eigenen Privilegien konnten wir lernen, wie viel es noch zu lernen, zu träumen und zu erkämpfen gibt. Mit der Sehnsucht nach einer gerechten, friedlichen und lebenswerten Zukunft für alle Menschen sind wir nicht allein – und darin wohnt eine ungeheure Kraft.

Wir müssen lernen, nicht länger das Ende der Welt vor Augen zu haben, sondern das Ende der imperialen Lebensweise. Lasst uns Geschichten erzählen – alte wie neue –, die von einer anderen Zukunft sprechen und Hoffnung entfachen, die inspirieren und zum Handeln ermutigen. Mit diesen Geschichten »marschieren wir in Gesellschaft aller Menschen«¹ und reihen uns ein in eine jahrhundertealte Bewegung, einer Suche nach einem gerechten, menschenwürdigen Leben für alle, nach einer freundlichen Zukunft: einer Zukunft, in der »der Mensch dem Menschen ein Helfer ist.«²

Wir träumen davon, dass ein Flüstern durch die Welt geht, von ungeahnten Neuanfängen und konkreten Utopien, ein Flüstern, das sich zum Rauschen steigert und immer deutlicher zur Musik der solidarischen Lebensweise wird. Diese Musik entsteht durch uns, indem wir sie gemeinsam komponieren und anschließend gemeinsam anstimmen – mit all den verschiedenen Stimmen, die wir haben.



GLOSSAR

Dieses Glossar soll eine kurze Erklärung für die im Buch genutzten Fachbegriffe liefern. Dabei erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

*: Im gängigen Sprachgebrauch wird nur die männliche Form verwendet. Zur geschlechtergerechten Schreibweise verwenden wir hier *, um Frauen* und queere Menschen explizit sichtbar zu machen und gleichberechtigt anzusprechen.

AGRARÖKOLOGIE bezeichnet eine soziale Bewegung, wissenschaftliche Disziplin und landwirtschaftliche Praxis. Sie vertritt eine Landwirtschaft, die an natürliche Gegebenheiten und Kreisläufe sowie an lokale Bedürfnisse angepasst ist. Traditionelles und lokales Wissen werden dabei mit modernen wissenschaftlichen Methoden verknüpft. → *Kreislaufwirtschaft* → ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

AUSBEUTUNG bedeutet, dass eine Person oder Personengruppe auf Kosten anderer Personen oder Personengruppen lebt. Dabei sorgen häufig **Ausbeutungsstrukturen** dafür, dass sich die ausgebeuteten Personen nicht auf demokratische Rechte berufen können und durch soziale, politische und wirtschaftliche Umstände dazu gezwungen sind, sich den Strukturen zu beugen. Das Konzept der **imperialen Lebensweise** beschreibt Lebens- und Produktionsweisen, die diese Ausbeutungsstrukturen schaffen und erhalten.

→ *Dossier AUF KOSTEN ANDERER?*

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN ist ein Konzept, in dem jeder Mensch gleichberechtigt ein Einkommen erhält, von dem ein → *Gutes Leben* geführt werden und grundlegende → *Bedürfnisse* gedeckt werden können. Somit wird es möglich, dass Menschen unabhängig von ihrer Entlohnung Tätigkeiten nachgehen können. → INSTITUTIONEN

BEDÜRFNISSE beschreiben in der solidarischen Lebensweise, was materiell oder sozial erfüllt sein muss, damit ein Mensch ein → *Gutes Leben* führen kann. **Bedürfnisgerecht** bedeutet dabei, dass eine Handlung, Infrastruktur oder Entscheidung Menschen nicht daran hindert bzw. dazu beiträgt ein Gutes Leben zu führen.

→ *Infobox BEDÜRFNISSE*

COMMONS sind eines der Grundprinzipien der solidarischen Lebensweise. Commons sind materielle und soziale Güter, Dienstleistungen und Ressourcen, die Menschen zum Leben brauchen und die gemeinschaftlich erzeugt, erhalten und genutzt werden. Dieser Prozess nennt sich **Commoning** (Gemeinschaffen). Commons gehören nicht einem Menschen als Privateigentum, sondern stehen allen Menschen gleichberechtigt zur Verfügung. → KONTUREN

DASEINSVORSORGE (ÖFFENTLICHE) beschreibt die Bereitstellung der Grundversorgung, wie zum Beispiel von Energieversorgung, Verkehr, Wasserversorgung, Bildung und Gesundheit, durch den Staat.

DEGROWTH oder Postwachstum ist eine Bewegung, die sich gegen die Wachstumslogik des → *Kapitalismus* und für ein → *suffizientes*, nachhaltiges Wirtschaften und Leben einsetzt. → INSTITUTIONEN

DEMOKRATISIERUNG ist eines der Grundprinzipien der solidarischen Lebensweise. Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben ihr Leben und alles, was dieses berührt, gleichwertig und selbstbestimmt zu gestalten. Grundlegend dafür sind Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe, zeitliche Kapazitäten, emotionale Fähigkeiten, die notwendige Bildung sowie materielle und soziale Sicherheit. Demokratisierung beschreibt die Strategie, diese Voraussetzungen zu schaffen und entsprechende Entscheidungsverfahren aufzubauen.

→ KONTUREN

DEPENDENZ ist eines der Grundprinzipien der solidarischen Lebensweise. Es beschreibt die Beziehung

von Mensch und Natur, die nicht getrennt voneinander existieren können. Menschen sind Teil der Natur, die einen Eigenwert und Eigenständigkeit besitzt. Menschen sind deswegen abhängig von der Natur als → *Mitwelt* und müssen ihr Fürsorge entgegenbringen und ihr auf Augenhöhe begegnen. → KONTUREN

EFFIZIENZ beschreibt das optimale Verhältnis von Input und Output. Dies kann zum Schutz von Ressourcen, → *Suffizienz* und nachhaltiger Produktion beitragen. In der → *neoklassischen Wirtschaftstheorie* bedeutet Effizienz häufig, dass möglichst wenig Zeit, Geld und Ressourcen für die Produktion eines Gutes verwandt wird. Dabei werden soziale und ökologische Kosten meistens außen vorgelassen. Das führt häufig zu einem **Effizienzdruck**, was bedeutet, dass Zeit, Geld oder Ressourcen so sehr gekürzt werden sollen, dass dabei soziale und ökologische Schäden entstehen.

EMANZIPATION → *Ermächtigung*

ENERGIEWENDE beschreibt die politische Strategie, von nicht-nachhaltigen, fossilen Energieträgern und Kernenergie auf nachhaltige Energien umzusteigen. → ENERGIE

ENTFREMDUNG bezeichnet den Zustand oder Prozess, in dem Menschen oder die Gesellschaft den Bezug zu meist natürlichen Beziehungen verlieren. Dies kann die Beziehung zu anderen Menschen, Tätigkeiten oder der Natur beschreiben.

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT, ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT beschreibt das Recht aller, über die Art und Weise mitzubestimmen, wie unsere Lebensmittel erzeugt, verteilt und gegessen werden. Dabei geht es um eine sozial gerechte, nachhaltige und zukunftsfähige Art der Landwirtschaft. → ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

ERMÄCHTIGUNG erfolgt, wenn Menschen oder Gemeinschaften ihre Selbstbestimmung, Teilhabe und Autonomie über das eigene Leben erhöhen und ihre Interessen eigenmächtig und selbstbestimmt vertreten können.

EXTERNALISIERUNG bedeutet, dass bestimmte monetäre, soziale oder ökologische Kosten einer Dienstleistung oder eines Gutes nicht von den Konsument*innen getragen werden, sondern von einer anderen gesellschaftlichen Gruppe oder der Natur. Häufig im Globalen Süden oder in der Zukunft.

GENOSS*INNENSCHAFT beschreibt einen gemeinschaftlichen Betrieb, der meist von den Menschen, die Teile des Betriebes besitzen, mitgenutzt wird. Beispiele dafür sind Wohnungsgenoss*innenschaften oder Energiegenoss*innenschaften. → WOHNEN → MOBILITÄT

GLOBALER SÜDEN beschreibt Länder und Orte in einer im globalen System benachteiligten gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Position. **Globaler Norden** hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Position. Die Einteilung verweist auf die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung – einmal als Ausgebeutete und einmal als Profitierende. Die Einteilung Süd und Nord ist zwar auch geografisch gedacht, aber nicht ausschließlich. Mit dem Begriffspaar wird versucht, unterschiedliche Positionen in einem globalen Kontext zu benennen, ohne dabei wertende Beschreibungen wie zum Beispiel ›entwickelt‹, ›Entwicklungsländer‹ oder ›Dritte Welt‹ zu benutzen.

GUTES LEBEN FÜR ALLE ist ein Konzept, welches ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen in respektvollem Umgang mit der → *Mitwelt* beschreibt. Es wird durch eine solidarische Lebensweise ermöglicht und stellt ein alternatives Konzept zu den westlichen Entwicklungsmodellen dar, die auf Wirtschaftswachstum und materiellen Wohlstand setzen. Das Konzept ist angelehnt an die Philosophie des **Buen Vivir** der indigenen Kulturen der Andenländer.

HEGEMONIE ist eine Form von Herrschaft, bei der die Beherrschten nicht in erster Linie dazu gezwungen oder genötigt werden, sich den herrschenden Verhältnissen unterzuordnen. Stattdessen akzeptieren die Beherrschten die Verhältnisse mehr oder weniger bewusst durch einen breit geteilten Konsens. → *mentale*

Infrastrukturen → *Normalvorstellung*. Die Hegemonie der → *imperialen Lebensweise* zeigt sich beispielsweise darin, wie normal die Nutzung umweltschädlicher Güter oder die Befriedigung von → *Bedürfnissen* über Konsum in reichen Gesellschaften ist. → TRANSFORMATION

INSTITUTIONEN beschreiben hier langfristig bestehende und gesellschaftsweit wirksame Einrichtungen, wie etwa Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, internationale Organisationen oder Bildungseinrichtungen. Auch Unternehmen, (Massen-)Medien sowie Parlamente, Gerichte und Ministerien können als Institution verstanden werden, jedoch mit besonderen Eigenschaften.

IMPERIALE LEBENSWEISE → *Ausbeutung*

INWERTSETZUNG ist der Prozess, allen Teilen der Gesellschaft und Natur einen Wert zu geben. In der → *neoklassischen Wirtschaftstheorie*, die auf → *Wachstum* und → *Profitmaximierung* ausgerichtet ist, wird Menschen, sozialen Beziehungen und der → *Mitwelt* ein Wert zugeschrieben, damit diese nach den Regeln des Marktes funktionieren und Gewinne produzieren können.

Im **KAPITALISMUS** ist der Großteil des sozialen Miteinanders durch das Marktprinzip definiert. Die Produktionsmittel sind in den Händen weniger konzentriert, was den Großteil der Menschen zur Arbeit verpflichtet. Konkurrenz und → *Profitmaximierung* führen zu wachsender und sich global ausdehnender Ausbeutung von Mensch und Natur.

KOLLEKTIV ist eine Gruppe von Menschen, die gleichberechtigt und selbstbestimmt ein Projekt gestaltet und für dieses Projekt die Verantwortung trägt. Das können Läden, Hausprojekte, Bildungskollektive oder Schreibwerkstätten (wie diese hier!) sein. Sie sind meist möglichst hierarchiefrei und konsensbasiert organisiert.

KREISLAUFWIRTSCHAFT ist eine sich regenerierende Art der Produktion. Anders als ein immer neu beginnender, linearer Prozess endet eine Kreislaufwirtschaft nicht. Ihr Endprodukt, freigesetzte Energie oder etwaige ›Abfälle‹ werden wieder in den Kreislauf eingespeist und weiter genutzt. Ein Beispiel ist Permakultur. → ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT → GEBRAUCHSGÜTER

LAND GRABBING (deutsch: Landnahme) ist der umgangssprachliche Begriff für das wachsende wirtschaftliche Interesse an landwirtschaftlichen Flächen und die Zunahme an groß angelegten Landgeschäften weltweit. Diese sind zwar nicht unbedingt illegal, doch fehlt häufig die demokratische Kontrolle über den Zugang zu Land. → ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

LOHNARBEIT ist Arbeit, die für Geld auf dem Arbeitsmarkt verrichtet wird. Häufig betrachtet sie keine anderen Tätigkeiten als Arbeit, wie etwa Sorgetätigkeiten. → SORGE

MATERIELLE INFRASTRUKTUREN beschreiben Infrastrukturen die physisch-technisch oder sozial in der Gesellschaft existieren und damit Handlungen vereinfachen oder erschweren. Physisch-technische Infrastrukturen, wie Straßen, Schienen und Stromnetze, entscheiden über die Erreichbarkeit eines Ortes. Soziale Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Kitas oder Supermärkte sind grundlegend für eine ausreichende Versorgung der Menschen vor Ort. → TRANSFORMATION

MENTALE INFRASTRUKTUREN beschreiben Denkmuster und Werte, nach denen wir im Alltag handeln. An ihnen messen wir unsere Wahrnehmung und was wir individuell und gesellschaftlich als → *normal* empfinden. Meist handeln wir routiniert und regelmäßig nach ihnen ohne sie weiter zu reflektieren. → TRANSFORMATION

MITWELT beschreibt Tiere, Pflanzen und die lebendige Natur. Der Begriff betont das Miteinander von Menschen und der sie umgebenden Natur, ohne die Menschen nicht existieren können. Der Begriff beinhaltet die Konzepte der notwendigen → *Dependenz* und → *ReProduktion* zwischen Mensch und Natur.

NEOKLASSISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE ist die Mainstream-Ökonomik, wie sie seit Mitte des 20. Jahrhunderts hauptsächlich an Universitäten gelehrt wird. Sie basiert auf Annahmen wie → *Gewinn- und Nutzenmaximierung*, einem rein rational denkenden Menschen, vollkommenem → *Markt* und vollständiger Information. Aspekte wie Verteilungsfragen, Machtverhältnisse, ethische Fragen und ökologische Probleme behandelt sie nicht oder nur unzureichend.

NORMALITÄT, NORMEN, NORMALVORSTELLUNG sind Handlungs- und Denkmuster, die wir im Alltag verwenden, um ihn zu strukturieren. Entsprechend unserer Erfahrungen, Erziehung und den Interessen, die uns beeinflussen, erkennen wir Handlungen, Dinge und Verhaltensweisen als normal an – häufig ohne diese weiter zu reflektieren oder zu hinterfragen. Diese → *mentalen Infrastrukturen* tragen zum Erhalten von → *hegemonialen Verhältnissen* bei. → TRANSFORMATION

ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK ist ein Maßstab für die Nachhaltigkeit. Er stellt die Fläche auf der Erde dar, die notwendig wäre, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter den heutigen Produktionsbedingungen) allen Menschen dauerhaft zu ermöglichen.

PLANETARISCHE GRENZEN, ÖKOLOGISCHE GRENZEN sind die ökologischen Belastungsgrenzen der → *Mitwelt*, die eingehalten werden müssen, um von Menschen verursachte Krisen wie den Klimawandel, Artensterben oder Wassermangel zu verhindern.

PRAKTIKEN, PRAXEN sind sich meist wiederholende Handlungen und Handlungsmuster in Bezug auf eine Tätigkeit oder ein Thema. Häufig sind sie bedingt durch → *mentale und materielle Infrastrukturen*.

PROFITLOGIK, -MAXIMIERUNG, -QUELLE ist eine der »Säulen« der → *neoklassischen Wirtschaftstheorie* und des → *Kapitalismus*. Sie bezeichnet das Ziel, durch ein Gut oder eine Dienstleistung möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften.

PROSUMENT*INNEN sind Menschen, die Erzeugnisse aktiv mitgestalten, anstatt sie einfach nur zu konsumieren; so löst sich die in der → *imperialen Lebensweise* bestehende Trennung von Produzent*innen und Konsument*innen auf und alle Beteiligten werden zu Prosument*innen.

RÄTE basieren auf der Idee der Basisdemokratie. Das bedeutet, dass all jene, die wollen, sich beteiligen und mitentscheiden können. Durch ein Mehrebenensystem können sich einzelne Gruppen auf unterschiedlichen Ebenen vernetzen. Dabei werden Vertreter*innen aus den unteren Ebenen in die nächsthöheren Ebenen entsandt. Diese Vertreter*innen sind gegenüber der Basis direkt verantwortlich, an deren Weisungen gebunden und jederzeit austauschbar. → INSTITUTIONEN

REALE UTOPIEN sind alternative Projekte, in denen die → *solidarische Lebensweise* begonnen, ausprobiert und um ihre Ausweitung gekämpft wird. Sie entstehen innerhalb der → *imperialen Lebensweise*. In diesen Projekten werden neue Alternativen gedacht, neue Wege erlebt und verschiedene gesellschaftliche Gruppen finden ihre Vorstellungen wieder. → TRANSFORMATION

REBOUND-EFFEKT bezeichnet das Phänomen, dass der absolute Energie- und Ressourcenverbrauch nicht abnimmt, obwohl Produktion, Koordination und Logistik energiesparender werden. Das kann beispielsweise daran liegen, dass eine effizientere Produktion Güter günstiger macht und diese deswegen insgesamt mehr konsumiert werden. → *Infobox REBOUND-EFFEKT*

REPRODUKTION ist eines der Grundprinzipien der → *solidarischen Lebensweise*. Es basiert darauf, dass Menschen aufeinander und auf die Natur angewiesen sind. Aus diesem Grund müssen sie ihr Leben und das der → *Mitwelt* erhalten, pflegen und dafür Sorge tragen. → KONTUREN

SENKEN sind Teile des Ökosystems, die der Mensch zur Entsorgung nutzt, beispielsweise die Atmosphäre,

die Meere oder der Boden unter Mülldeponien.

SOLIDARISCHE LEBENSWEISE → *Solidarität, Solidarische Alternativen*

SOLIDARITÄT, SOLIDARISCHE ALTERNATIVEN bezeichnen Projekte, Initiativen und Handlungen, die nach den Prinzipien der **solidarischen Lebensweise** funktionieren sollen. Sie zeichnen aus, dass sie nicht auf → *Ausbeutung*, also auf Kosten anderer, funktionieren. → KONTUREN

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION bezeichnet den Veränderungsprozess hin zu einem → *solidarischen, Guten Leben für Alle*. Sie beinhaltet eine radikale Umgestaltung der weltweiten Lebens- und Produktionsweise sowie politischer Institutionen, Wertevorstellungen und des Verhältnisses der Menschen zur → *Mitwelt*. → INSTITUTIONEN → TRANSFORMATION

SUBSIDIARITÄT beschreibt ein Prinzip, nach dem Aufgaben möglichst auf der kleinsten, lokalen Ebene wahrgenommen werden. Sie sollten nur dann an eine höhere Organisationsebene delegiert werden, wenn die Maßnahmen der lokalen Einheiten nicht ausreichen bzw. wenn bestimmte politische Ziele besser auf einer höheren Ebene verwirklicht werden können. → INSTITUTIONEN

SUFFIZIENZ ist eines der Grundprinzipien der solidarischen Lebensweise. Statt auf → *Wachstumslogik* und → *Effizienz* zu setzen, unterstützt sie einen Zustand, in dem alle Menschen genug für ein → *Gutes Leben* zur Verfügung haben können, ohne diesen verbessern zu müssen oder zu wollen. Dies geschieht durch einen anderen Blick auf Besitz und weniger Ressourcenaufwand, durch Teilen, Wiederverwertung oder Verzicht. → KONTUREN → GEBRAUCHSGÜTER

UTOPIE → *Reale Utopien*

WACHSTUM (LOGIK, ZWANG, ORIENTIERUNG) ist eine der grundlegenden Annahmen der → *neoklassischen Wirtschaftstheorie* und des → *Kapitalismus*. Es gilt aktuell als eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele, das mit Steigerung von Profiten und Wohlstand verbunden ist. Aus dieser **Wachstumslogik** entsteht für viele staatliche und unternehmerische Akteure ein **Wachstumszwang**. Das Prinzip wird von vielen Seiten kritisiert, da ein andauerndes Wirtschaftswachstum zu einem ansteigenden Ressourcenverbrauch und Innovationszwang führt. Debatten über → *Degrowth*, Nachhaltigkeit und eine → *solidarische Lebensweise* prägen diese Kritik.

LITERATURVERZEICHNIS

Das Literaturverzeichnis listet alle benutzten Quellen im Buch auf, sortiert nach Kapiteln. Bei der ersten Nennung eines Titels ist die vollständige bibliografische Angabe aufgeführt, ab der zweiten Nennung der Name des*der Autor*in und Kurztitel.

Vorwort

¹ Der Standard, »Reaktionen auf Standortsicherungsgesetz: Metternich, schau obal«, 23. August 2018, <https://derstandard.at/2000085896987/Standortsicherungsgesetz-Metternich-schau-oba>.

Einleitung

¹ Ulrich Brand und Markus Wissen, *Imperiale Lebensweise - Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus* (München: oekom verlag, 2017).

² Michael Brie und Mario Candeias, »Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie«, *Luxemburg Online*, Nr. 11/ 2016 (2016).

³ Thomas Fatheuer und Lili Fuhr, *Kritik der Grünen Ökonomie* (München: oekom verlag, 2015).

Konturen

¹ Fernando Birri, *Gedicht »Utopie«*, o. J.

² Oxfam, »An Economy for the 99 %«, 2017, https://d1tn3vj7xz9fdh.cloudfront.net/s3fs-public/file_attachments/bp-economy-for-99-percent-160117-en.pdf.

³ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert* (München: oekom, 2017).

⁴ Jana Stegemann und Christian Wernicke, »Über allen Wipfeln ist Lärm«, *Süddeutsche Zeitung*, 13. September 2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/hambacher-forst-ueber-allen-wipfeln-ist-laerm-1.4128897>.

⁵ Samsung, »Jedes Jahr ein neues Smartphone: Das Upgrade Programm von Samsung«, 2018, <https://www.samsung.com/de/mobile/upgrade-programm/>.

⁶ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

⁷ Elinor Ostrom, *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt* (Mohr Siebeck, 1999).

⁸ Silke Helfrich, »Commons fallen nicht vom Himmel – Fünf Commons-Thesen«, in *Economy of Sufficiency*, Wuppertal Spezial 48, 2013, 82–96.

⁹ Friederike Habermann, *Halbinseln gegen den Strom: Anders leben und wirtschaften im Alltag* (Ulrike Helmer Verlag, 2009).

¹⁰ Helfrich, »Commons fallen nicht vom Himmel – Fünf Commons-Thesen«.

¹¹ Friederike Habermann, *Ecomony: UmCARE zum Miteinander*, Konzepte/Materialien 9 (Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 2016).

¹² Tobias Bärtsch u. a., Hrsg., *Ökologien der Sorge* (Wien: transversal texts, 2017).

¹³ Klaus Michael Meyer-Abich, *Aufstand für die Natur: Von der Umwelt zur Mitwelt* (Carl Hanser Verlag, 1990).

¹⁴ Marisol De La Cadena, »Indigenous Cosmopolitics in the Andes: Conceptual Reflections beyond Politics'« (University of California, Davis, 2010).

¹⁵ Alex Demirovic, »Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren«, *Luxemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Nr. 13 3/2012 (2012).

¹⁶ Manfred A. Max-Neef, Antonio Elizalde, und Martín Hopenhayn, *Human scale development: conception, application and further reflections* (New York: The Apex Press, 1991).

Sorge

¹ Ina Praetorius, *Wirtschaft ist Care oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen*, Bd. 16, Schriften zu Wirtschaft und Soziales (Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, 2015).

² I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

³ Bärtsch u. a., *Ökologien der Sorge*.

⁴ Buurtzorg, »Buurtzorg in Deutschland«, 2016, <http://www.buurtzorg-in-deutschland.org/buurtzorg/>.

⁵ Care Revolution Netzwerk, »Care Revolution Netzwerk«, zugegriffen 1. Juli 2018, <https://care-revolution.org/>.

⁶ Ebd.

⁷ Care Revolution Netzwerk, »Resolution der Aktionskonferenz Care Revolution«, 2014, <https://care-revolution.org/veroeffentlichungen/>.

⁸ AUGENHÖHEpflege, »AUGENHÖHEpflege«, zugegriffen 30. Juni 2018, <http://www.pflege-auf-augehoehe.de/>.

⁹ Poliklinik Veddel, »Poliklinik Veddel«, zugegriffen 30. Juni 2018, <http://www.poliklinik1.org/poliklinik-veddel>.

¹⁰ Matthias Schmelzer, »The Growth Paradigm: History, Hegemony, and the Contested Making of Economic Growthmanship«, *Ecological Economics* 118 (Oktober 2015): 262–71.

¹¹ Pat Conaty, *Social Co-operatives a Democratic Co-production Agenda for Care Services in the UK* (Manchester: CO-OPERATIVES UK, 2014).

¹² Deutsche Plattform für Globale Gesundheit, »Deutsche Plattform für Globale Gesundheit«, 2018, <https://www.plattformglobalegesundheit.de/>.

¹³ Phmoevement, »Health for All Now! People's Health Movement«, zugegriffen 3. Juli 2018, <https://phmovement.org/>.

¹⁴ medico international, BUKO Pharma-Kampagne, und People's Health Movement, Hrsg., »Die Gesundheitscharta der Menschen«, 2003.

¹⁵ Felix Ahls, »Ohnmacht und Solidarität«, *Gesundheit braucht Politik*, Nr. 3 (2017): 19–21.

¹⁶ medico international, »Sozialpolitik ist die richtige Medizin«, 2013, <https://www.medico.de/sozialpolitik-ist-die-richtige-medizin-14530/>.

Ernährung und Landwirtschaft

¹ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

² Irmi Salzer und Julianna Fehlinger, »Weder Wachsen noch Weichen, sondern gutes Essen für alle!«, in *De-growth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation.*, hg. von Corinna Burkhardt, Matthias Schmelzer, und Nina Treu (München: oekom, 2017).

³ European CSA Research Group, *Overview of Community Supported Agriculture in Europe*, 2016.

⁴ Sense.Lab e.V., Hrsg., *fair, bio, selbstbestimmt. Das Handbuch zur Gründung einer Foodcoop* (Norderstedt, 2017).

⁵ Gundula Oertel, Christine Pohl, und Henrike Rieken, »Ernährungsdemokratie für Berlin! Wie das Ernährungssystem der Stadt demokratisch und zukunftsfähig relokalisiert werden kann«, hg. von Ernährungsrat Berlin, 2017.

⁶ Ebd.

Mobilität

¹ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

² Statistisches Bundesamt, »Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern« (Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 2014), 19.

³ Thomas Sablowski, »Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss«, *Luxemburg*, 2018.

⁴ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

⁵ Udo Becker, Regine Gerike, und Andreas Völlings, *Gesellschaftliche Ziele von und für Verkehr* (Dresden: Dresdener Institut für Verkehr und Umwelt, 1999), 71.

⁶ Bernhard Knierim, »Auf dem Weg zur Mobilitätswende: Die Verkehrswende genügt nicht« (Berlin: FU Berlin, 2017), 79–80.

⁷ The Guardian, »Oslo moves to ban cars from city centre within four years«, *The Guardian*, 2015.

⁸ Tobias Müller, »Einfach mal die Autos aussperren«, *Zeit Online*, 2018.

⁹ Stadt Kopenhagen, »Copenhagen City of Cyclists. Facts & Figures 2017« (Kopenhagen: Technical and Environmental Administration, 2017), <http://www.cycling-embassy.dk/2017/07/04/copenhagen-city-cyclists-facts-figures-2017/>.

¹⁰ Statistisches Bundesamt, »Wirtschaftsbereiche - Verkehrsunfälle«, zugegriffen 17. Oktober 2018, <https://destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/TransportVerkehr/Verkehrsunfaelle/Verkehrsunfaelle.html>.

¹¹ Ford Media Center, »Ford-Studie erklärt anhaltende Beliebtheit von SUVs«, zugegriffen 17. Oktober 2018, <https://media.ford.com/content/fordmedia/feu/de/de/news/2016/05/12/ford-studie-erklaert-anhalten-de-beliebtheit-von-suvs.html>.

¹² ADAC, »Elterntaxi: Gut gemeint aber gefährlich«, zugegriffen 17. Oktober 2018, <https://www.adac.de/info/testrat/adac-im-einsatz/motorwelt/elterntaxi.aspx>.

¹³ The Economist, »Asian and European cities compete for the title of most expensive city«, *The Economist*, 2018.

¹⁴ Markus Burgdorf, Gesine Krischausky, und Renate Müller-Kleißler, *Indikatoren zur Nahversorgung: Erreichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des erweiterten täglichen Bedarfs*, BBSR-Analysen kompakt, 2015, 10 (Bonn: BBSR, 2015).

¹⁵ Johannes Hillje, »Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich« (Berlin: Das progressive Zentrum, 2018).

¹⁶ Focus Online, »Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW). Subventions-Wahn ohne Ende: GroKo verschleudert Milliarden an Steuergeldern«, *Focus Online*, 2018.

¹⁷ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

¹⁸ Stadt Kopenhagen, »Copenhagen City of Cyclists. Facts & Figures 2017«.

¹⁹ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

²⁰ Statistisches Bundesamt, »Finanzen und Steuern. Luftverkehrssteuer« (Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 2018), 6.

²¹ Institut für Demoskopie Allensbach, »AWA 2017. Allensbacher Marktanalyse Werbeträgeranalyse« (Institut für Demoskopie Allensbach, 2017), 68.

²² Ebd.

²³ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

²⁴ ILO und OECD, »The Labour Share in G20 Economies«, 2015, <http://www.oecd.org/g20/topics/employment-and-social-policy/The-Labour-Share-in-G20-Economies.pdf>.

²⁵ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?* S. 86.

Wohnen

¹ Henrik Lebuhn u. a., »Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten« (Düsseldorf/Berlin: Hans-Böckler-Stiftung, 2017), https://www.rosental-immobilien.de/file_PDF/2017-09-13%20Hans-Boeckler-Stiftung%20Wohnverhaeltnisse%20in%20Deutschland%20-%20Grossstadtvergleich.pdf.

² Everett-Allen, Kate, »Berlin Bucks global trend as urban house price growth slows«, Global Residential Cities Index (London: Knight Frank, 2017), <https://content.knightfrank.com/research/1026/documents/en/global-residential-cities-index-q4-2017-5413.pdf>.

³ Ronald Gebauer, »Wohnen – Lange Wege der deutschen Einheit«, Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47280/wohnen>.

⁴ statista, »Welche Wohnform wäre Ihnen am liebsten?«, Statistik Daten, 2018, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/184888/umfrage/wuensche-der-deutschen-fuer-ihre-wohnform/>.

⁵ Steffen Vogel, »Warum Touristen die Welt zerstören«, *taz am Wochenende*, 8. Juli 2018, <https://www.taz.de/!5516458/>.

⁶ George Monbiot, »Space Savers«, *The Guardian*, 31. Mai 2017, <https://www.monbiot.com/2017/06/05/%ef%bb%bf-space-savers/>.

⁷ Umweltbundesamt, »Wohnfläche«, Private Haushalte Konsum, 27. Juli 2018, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/wohnflaeche#textpart-1>.

⁸ Deutschlandradio, »Wie wollen wir wohnen?«, Deutschlandfunk Kultur, 2017, <http://www.deutschlandfunkkultur.de/wie-wollen-wir-wohnen/>.

⁹ Umweltbundesamt, »Energieverbrauch privater Haushalte«, Private Haushalte Konsum, 23. Februar 2018, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/energieverbrauch-privater-haushalte>.

¹⁰ Deutschlandradio, »Wie wollen wir wohnen?«

¹¹ Schmidt, Jochen, »131 Syndikatsprojekte«, Mietshäuser Syndikat, 2018, <https://www.syndikat.org/de/projekte/>.

¹² Lürtzing, Marilyn, Mühlbacher, Lothar, und Selz, Anita, »Das Mietshäuser Syndikat und die Hausprojekte. Die Häuser denen, die drin wohnen«, 2017, https://www.syndikat.org/wp-content/uploads/2017/02/broschuere_nr7.pdf.

¹³ Monbiot, »Space Savers«.

¹⁴ Shareable, *Sharing Cities. Activating the Urban Commons*, 2017, <https://www.shareable.net/sharing-cities>.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Interventionistische Linke Berlin, »Das Rote Berlin. Strategien für eine sozialistische Stadt«, 2018, https://interventionistische-linke.org/sites/default/files/attachements/das_rote_berlin.pdf.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Rumpfhuber, Andreas, »Story of cities #18: Vienna's wild settlers' kickstart a social housing revolution«, *The Guardian*, 8. April 2016, <https://www.theguardian.com/cities/2016/apr/08/story-cities-18-vienna-austria-co-operative-self-build-settlers-social-housing-revolution>.

¹⁹ Interventionistische Linke Berlin, »Das Rote Berlin. Strategien für eine sozialistische Stadt«.

²⁰ Mercer, »Quality of Living City Ranking«, Mobility Exchange, 2018, <https://mobilityexchange.mercer.com/Insights/quality-of-living-rankings>.

²¹ Stadt Wien, »Wien in Zahlen 2018« (Wien: Stadt Wien, 2018), <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/wieninzahlen-2018.pdf>.

²² Schwenck, Volker, »Wohnungsnot in Deutschland. Bauen nach Wiener Art?«, *Tagesschau.de*, 9. September 2018, <https://www.tagesschau.de/inland/bezahlbarer-wohnraum-101.html>.

Gebrauchsgüter

¹ Shah, Anil, »Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor!« (PowerShift e.V., 2015), https://www.boell.de/sites/default/files/verantwortung_entlang_der_lieferkette.pdf.

² Ulrich Bähr, »Meeresatlas« (Heinrich-Böll-Stiftung, 2017), https://www.boell.de/sites/default/files/web_170607_meeresatlas_vektor_v102_1.pdf?dimension1=ds_meeresatlas.

³ Ebd.

⁴ Thomas Fritz, »Die EU-Handelspolitik und der Globale Süden EPAs, ASEAN und TiSA: Anforderungen an eine handelspolitische Reform aus entwicklungspolitischer Perspektive« (Forum Umwelt und Entwicklung, 2017), https://power-shift.de/wp-content/uploads/2017/11/FUE_EUReform26112017_web.pdf.

⁵ Verdi, »Behandeln Sie die Amazon-Mitarbeiter/innen fair!«, 2018, <https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/amazon/++co++217910b4-68ca-11e4-a52a-5254008a33df>.

⁶ Philipp Sommer, »Smartphones – ein Symbol der exzessiven Konsumgesellschaft«, Deutsche Umwelthilfe, 2017, <https://www.duh.de/projekte/alhandy/>.

⁷ Umweltbundesamt, »Verpackungen«, 26. Juli 2018, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-resourcen/produktverantwortung-in-der-abfallwirtschaft/verpackungen>.

⁸ Lisa Marie Otte, »Plastik im Meer« (Greenpeace, 2016).

⁹ Rüdiger Kühl, *Berüchtigte Deponie in Ghana - Eigentlich ist der Export von Elektroschrott verboten*, Deutschlandfunk Kultur-Interview, zugegriffen 15. Oktober 2018, https://www.deutschlandfunkkultur.de/beruechtig-te-deponie-in-ghana-eigentlich-ist-der-export-von.1008.de.html?dram:article_id=424171.

¹⁰ Otte, »Plastik im Meer«.

¹¹ Habermann, *Ecomony*.

¹² Ebd.

¹³ Habermann, *Halbinseln gegen den Strom: Anders leben und wirtschaften im Alltag*.

¹⁴ Tobi Rosswog, *After Work: Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit* (München: oekom verlag, 2018).

¹⁵ Chandra Bhushan u. a., »Alternativen aus dem globalen Süden zur EU-Rohstoff- und Handelspolitik« (WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., 2012).

¹⁶ Sarah Lincoln und Sven Hilbig, »Vom Erz zum Auto Rohstoffe für die Reichen – schlechte Lebensbedingungen für die Armen« (Welt-Sichten, 2013).

¹⁷ Southern Africa Resource Watch, »Business & Human Rights Resource Centre«, Southern Africa Resource Watch, zugegriffen 15. Oktober 2018, <https://www.business-humanrights.org/en/southern-africa-resource-watch-sarw>.

¹⁸ Solutions Network, »Conflict-Free Tin Initiative«, Conflict-Free Tin Initiative, zugegriffen 15. Oktober 2018, <http://solutions-network.org/site-cfti/>.

¹⁹ Fairphone, »Fairphone's Report on Recyclability Does modularity contribute to better recovery of materials?« (Fairphone, 2017).

²⁰ »The True Cost«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <https://truecostmovie.com/>.

²¹ Livia Firth, »5 Jahre danach: Hat sich die Textilbranche seit dem Rana-Plaza-Unglück tatsächlich verändert?«, *Vogue* (blog), 2018, <https://www.vogue.de/mode/artikel/die-folgen-von-rana-plaza>.

²² Thulsi Narayanasamy, »Out of the ashes of Rana Plaza«, *New Internationalist* (blog), 2016, <https://newint.org/taxonomy/term/11414>.

²³ CCC, »Clean Clothes Campaign«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <https://cleanclothes.org/>.

²⁴ Fatima Farhat, »Zwischen Nord und Süd Die Kampagne für Saubere Kleidung kann auf einige Erfolge verweisen, hat aber noch viel zu tun«, *Südlink* 179 (2017), <https://www.inkota.de/material/suedlink-inko>

ta-brief/179-kampagnen/farhat-fatima/.

²⁵ Fashion Revolution, »Why do we need a fashion revolution«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <https://www.fashionrevolution.org/about/why-do-we-need-a-fashion-revolution/>.

²⁶ Christian Felber, *Gemeinwohl-Ökonomie* (München: Piper, 2018).

²⁷ Open Source Ecology, »Open Source Ecology«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <https://www.opensourceecology.org/>.

²⁸ Habermann, *Ecommony*.

²⁹ »A trade agenda for the people | Friends of the Earth Europe«, 2018, <http://foeeurope.org/trade-agenda-people-090418>.

³⁰ Umweltbundesamt, »Verpackungen«.

³¹ Genug.org, »Die reduktive Moderne«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <http://www.genug.org/>.

³² Fashion Revolution, »Why do we need a fashion revolution«.

³³ Pia Mester, »Richtiger Minimalismus ist nur was für gut verdienende Singles ohne Kinder«, *Huffpost* (blog), 29. September 2016, https://www.huffingtonpost.de/pia-mester/minimalismus-bewusstsein-bewusst-leben_b_12230154.html.

³⁴ Beutin, Nikolas, »Share Economy 2017 The New Business Model« (PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, 2018), www.pwc.de/share-economy.

³⁵ Simon Gerlinger und Tobias Quast, »Berlins Weg zu Zero Waste Eckpunkte zur Förderung von Abfallvermeidung in der Hauptstadt« (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), 2018), https://www.bund-berlin.de/fileadmin/berlin/publikationen/Abfall/BUND-Eckpunktepapier_Berlins_Weg_zu_Zero_Waste.pdf.

³⁶ Leila, »Leila«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <http://leila-berlin.de/>.

³⁷ Hans-Werner Franz und Christoph Kaletka, Hrsg., *Soziale Innovationen lokal gestalten*, Sozialwissenschaften und Berufspraxis (Wiesbaden: Springer, 2018).

³⁸ Pumpipumpe, »Pumpipumpe – a sharing community«, zugegriffen 13. Oktober 2018, <http://www.pumpipumpe.ch/sticker-bestellen/>.

³⁹ Carolin Wahnbaeck und Hanno Grot, »Wegwerfware Kleidung Repräsentative Greenpeace-Umfrage zu Kaufverhalten, Tragedauer und der Entsorgung von Mode« (Greenpeace, 2015), https://www.greenpeace.de/files/publications/20151123_greenpeace_modekonsum_flyer.pdf.

⁴⁰ Eve-Catherine Triebe, »Diese Bibliothek verleiht jetzt auch Bohrmaschinen«, *Q.iez*, 2016, <https://www.qiez.de/share-economy-werkzeug-und-elektrogeraete-leihen-in-der-bibliothek-in-berlin/>.

⁴¹ Gerhard Kotschik, »Elektroaltgeräte | Umweltbundesamt«, Umweltbundesamt, 2017, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/produktverantwortung-in-der-abfallwirtschaft/elektroaltgeraete#textpart-1>.

⁴² »Belgien ist besser als Deutschland – in der Wiederverwendung«, *factory Magazin*, 2017, <https://www.factory-magazin.de/news/beitrag/artikel/belgien-ist-besser-als-deutschland-in-der-wiederverwendung.html>.

⁴³ Murks? Nein Danke!, »Deine Stimme für nachhaltige Produktqualität«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <http://www.murks-nein-danke.de/murksmelden/>.

⁴⁴ iFixit, »iFixit: The Free Repair Manual«, zugegriffen 15. Oktober 2018, <https://www.ifixit.com/>.

⁴⁵ Open Source Ecology, »Open Source Ecology«.

Energie

¹ Benjamin von Brackel, »Energiearmut: Wenig Strom, wenig Chance«, *Kohleatlas*, 2015, 32–33.

² Deutscher Bundestag, »Energiearmut im Winter in Deutschland« (Berlin, 2017).

- ³ Umweltbundesamt, »Energiebedingte Emissionen«, 2018, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen>.
- ⁴ Umweltbundesamt, »Flächenverbrauch für Rohstoffabbau«, 2018, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/flaechenverbrauch-fuer-rohstoffabbau#textpart-4>.
- ⁵ Alexandra Endres, »Blutige Kohle für deutschen Strom«, *Zeit Online*, 2012.
- ⁶ U.S. Energy Information Administration, »International Energy Outlook 2017« (U.S. Energy Information Administration, 2017).
- ⁷ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*
- ⁸ Bundesnetzagentur, »SMARD Strommarktdaten«, 2018, www.smard.de.
- ⁹ Öko-Institut, »Seltene Erden - Daten & Fakten«, Hintergrundpapier (Berlin: Öko-Institut, 2011).
- ¹⁰ Tilman Achtnich, »Sklavenarbeit für unseren Fortschritt« (3Sat, 2014).
- ¹¹ Heinz-Jörg Graf, »Klimaheilmittel und Krankmacher« (Deutschlandradio Kultur, 2018).
- ¹² Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Leibniz Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa, und Technische Universität Dresden, »Nachhaltige Europäische Biomethanstrategie«, Endbericht (Leipzig, Wuppertal, Halle, Tharand, 2012).
- ¹³ Umweltbundesamt, »Energiebedingte Emissionen«.
- ¹⁴ United Nations, »More than 20 Countries Launch Global Alliance to Phase Out Coal«, 2017.
- ¹⁵ Bündnis Bürgerenergie e.V., »Daten zur Bürgerenergie«, Bündnis Bürgerenergie, 2013, <https://www.buendnis-buergerenergie.de/publikationen/grafiken-und-folien/>.
- ¹⁶ Julio Lambing, »Bausteine für eine Stromallmende. Wege in eine neue Industriegesellschaft« (Heinrich Böll Stiftung, 2012).
- ¹⁷ Laura Weis, Sören Becker, und Matthias Naumann, »Energiedemokratie. Grundlagen und Perspektiven einer kritischen Energieforschung« (Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, 2015).
- ¹⁸ Eckhard Ott und Andreas Wieg, »Please, in My Backyard – die Bedeutung von Energiegenossenschaften für die Energiewende«, in *Smart Market*, hg. von Christian Aichele und Oliver D. Doleski (Wiesbaden: Springer, 2014), 829–41.
- ¹⁹ Ebd.
- ²⁰ Özgür Yildiz u. a., »Research Perspectives on Renewable Energy Cooperatives in Germany: Empirical Insights and Theoretical Lenses« (Berlin, Wuppertal, Lüneburg, Wales, Erfurt, Bremen, Nürtingen, 2014).
- ²¹ ElektrizitätsWerke Schönau, »Die Geschichte der EWS«, 2018, <https://www.ews-schoenau.de/ews/geschichte/>.
- ²² Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, »Entwicklung der Energiepreise privater Haushalte«, 2018.
- ²³ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, »EEG-Umlage 2018: Fakten & Hintergründe« (Berlin, 2018).
- ²⁴ Sachverständigenrat für Umweltfragen, »Umweltgutachten 2016. Impulse für eine integrative Umweltpolitik« (Berlin, 2016).
- ²⁵ Mario Mocker u. a., »Technologierohstoffe für erneuerbare Energien - Verfügbarkeit und ökologische Aspekte«, *Chemie Ingenieur Technik* 87, Nr. 4 (2015): 439–48.
- ²⁶ Matthias Buchert u. a., »Ressourceneffizienz und ressourcenpolitische Aspekte des Systems Elektromobilität. Arbeitspaket 7 des Forschungsvorhabens OPTUM: Optimierung der Umweltentlastungspotenziale von Elektrofahrzeugen« (Öko-Institut, 2011).
- ²⁷ Tilman Santarius, »Umweltfreundlich mehr verbrauchen. Wer ein Hybridauto hat, fährt mit gutem Gewissen mehr. Das nennt man den Rebound-Effekt«, *Atlas der Globalisierung*, 2015, 56–57.
- ²⁸ Ebd.
- ²⁹ G. P. Peters u. a., »Growth in Emission Transfers via International Trade from 1990 to 2008«, *Proceedings of*

the National Academy of Sciences 108, Nr. 21 (24. Mai 2011): 8903–8.

³⁰ Rahel Aichele und Gabriel Felbermayr, »Kyoto and the Carbon Footprint of Nations«, *Journal of Environmental Economics and Management* 63, Nr. 3 (Mai 2012): 336–54.

³¹ Florian Weigensamer und Christian Krönes, »Welcome To Sodom. Dein Smartphone ist schon hier«, 2018.

Institutionen

¹ Oskar Negt, »Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie«, in *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!*, hg. von Hartmut Meine, Michael Schumann, und Hans-Jürgen Urban (Hamburg: VSA-Verlag, 2011), 7–14.

² Kate Raworth, *Die Donut-Ökonomie: endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*, übers. von Hans Freundl und Sigrid Schmid, 1. Auflage (München: Carl Hanser Verlag, 2018).

³ Miya Tokumitsu, »Die Zeit nach dem Kapitalismus«, *ADA* (blog), 2018, <https://adamag.de/zeit-nach-dem-kapitalismus?i-like-ada-cookies=1>.

⁴ John Maynard Keynes, »Economic Possibilities for our Grandchildren (1930)«, in *Revisiting Keynes*, hg. von Lorenzo Pecchi und Gustavo Piga (The MIT Press, 2008), 17–26.

⁵ ILO und OECD, »The Labour Share in G20 Economies«.

⁶ David Graeber, »On the Phenomenon of Bullshit Jobs: A Work Rant«, *strike.org* (blog), 2013, <http://strikemag.org/bullshit-jobs/>.

⁷ Frigga Haug, »Die vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik«, *Das Argument* 291, Nr. 2 (2011): 241–50.

⁸ International Cooperative Alliance ICA, »Co-operative facts & figures«, ICA, o. J., <https://www.ica.coop/en/what-co-operative-0>.

⁹ Giles Tremlett, »Mondragon: Spain's giant co-operative where times are hard but few go bust | World news | The Guardian«, 2013, <https://www.theguardian.com/world/2013/mar/07/mondragon-spains-giant-cooperative>.

¹⁰ Christoph Zinsius, »Der Antarktis-Vertrag«, Text, Umweltbundesamt, 2016, <http://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/antarktis/das-antarktisvertragssystem/der-antarktis-vertrag>.

¹¹ Ostrom, *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*.

¹² I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

¹³ Liefern am Limit, »#FAIRdelivery«, 2018, <https://twitter.com/liefereamlimit>.

¹⁴ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?*

¹⁵ Steffen Lange und Tilman Santarius, *Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit* (München: oekom verlag, 2018).

¹⁶ in Anlehnung an Ivan Illich, *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik* (Reinbek: Rowohlt, 1975).

¹⁷ Andrea Vetter, »The Matrix of Convivial Technology – Assessing technologies for degrowth«, *Journal of Cleaner Production, Technology and Degrowth*, 197 (1. Oktober 2018): 1778–86.

¹⁸ Vasilis Kostakis u. a., »The convergence of digital commons with local manufacturing from a degrowth perspective: Two illustrative cases«, *Journal of Cleaner Production, Technology and Degrowth*, 197 (1. Oktober 2018): 1684–93.

¹⁹ Participatory Economics, »Democratic Councils«, Blog Participatory Economics, zugegriffen 3. Oktober 2018, <http://www.participatoryeconomics.info/institutions/democratic-councils>.

²⁰ Thomas Schmidinger, *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan: Analysen und Stimmen aus Rojava* (Wien: mandelbaum, 2017).

²¹ Sonja Buckel, »Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute«, in *Perspektiven sozialer Demokratie in der*

Postdemokratie, hg. von Oliver Eberl und David Salomon (Wiesbaden: Springer, 2017), 19–41.

²² George Monbiot, *United People: Manifest für eine neue Weltordnung* (München: Riemann, 2003).

²³ Alexandra Endres, »Freihandelsabkommen TTIP: Kommt Fracking durch Freihandel?«, ZEIT ONLINE, zugegriffen 3. Oktober 2018, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/ttip-fracking>.

²⁴ Christian Rath, »Vattenfall vs. Deutschland: Es geht um Milliarden«, *taz*, 2018, <https://www.taz.de/!5487743/>.

²⁵ Marcus Rohwetter, »Fairtrade-Unternehmen Gepa: Kann Handel die Welt retten?«, ZEIT ONLINE, 2018, <https://www.zeit.de/2018/08/fairtrade-unternehmen-gepa-handel-welt-peter-schaumberger>.

²⁶ Indra Jungblut, »Was ist Fairer Handel?«, 2012, <https://reset.org/knowledge/was-ist-fairer-handel>.

²⁷ Nora Laufer, »Jede vierte Banane in Österreich ist Fair Trade«, *derStandard.at*, 2018, <https://derstandard.at/2000079960766/Jede-vierte-Banane-in-Oesterreich-ist-Fair-Trade>.

²⁸ Christian Felber, *50 Vorschläge für eine gerechtere Welt: gegen Konzernmacht und Kapitalismus* (Wien: Deuticke, 2006).

²⁹ Veronique Barondeau, »Umwelt: Zehn Familien klagen gegen die EU«, ARTE, 2018, <https://www.arte.tv/de/videos/084030-000-A/umwelt-zehn-familien-klagen-gegen-die-eu/>.

³⁰ Werner Rätz, »Globale Soziale Rechte«, in *ABC der Alternativen: von ›Ästhetik des Widerstands‹ bis ›Ziviler Ungehorsam‹*, hg. von Ulrich Brand, Bettina Lösch, und Stefan Thimmel (Hamburg: VSA-Verlag, 2007).

³¹ Alberto Acosta und Ulrich Brand, *Radikale Alternativen: warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann* (München: oekom verlag, 2018).

³² Alberto Acosta, *Buen vivir: vom Recht auf ein gutes Leben*, übers. von Birte Pedersen (München: oekom verlag, 2017).

Transformation

¹ Ulrich Brand, »Sozial-ökologische Transformation«, *Mehring 1 - Das Blog des Instituts für Gesellschaftsanalyse* (blog), 2007, <https://ifg.rosalux.de/2007/10/13/sozial-oekologische-transformation/>.

² Karl Polanyi, *The Great Transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (Berlin: Suhrkamp, 2017).

³ Rolf Reißig, *Die Zweite Große Transformation: Bedingungen, Inhalte und Perspektiven eines neuen, sozial-ökologischen und solidarischen Entwicklungspfad* (Berlin: Helle Panke e. V., 2012).

⁴ Dieter Klein, *Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus* (Hamburg: VSA-Verlag, 2013).

⁵ ZEIT Online, »Post-Chef verdient 232-mal so viel wie seine Mitarbeiter«, *Zeit Online*, 2018, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-07/dax-konzerne-gehalt-einkommensgerechtigkeit>.

Politische Strategien

¹ Umweltbundesamt, *Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen)*, 2016.

² Hilary Moore und Joshua Khan Russel, *Organizing Cools the Planet: Tools and Reflections on Navigating the Climate Crisis* (Chicago: PM Press, 2011).

³ zitiert nach: ausgeCO2hlt, *Wurzeln Im Treibsand: Reflexionen und Analysen für die Klimagerechtigkeitsbewegung*, 2017.

⁴ Erik Olin Wright, *Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus* (Berlin: Suhrkamp, 2017).

⁵ Ebd.

⁶ Christoph Brunner u. a., *Die neuen Munizipalisten: Soziale Bewegung und die Regierung der Städte* (Wien:

transversal texts, 2017).

⁷ David Harvey und Yasemin Dinçer, *Rebellische Städte: vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution* (Berlin: Suhrkamp, 2014).

⁸ André Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus* (Frankfurt am Main: Europ. Verl. Anst., 1969).

⁹ Klein, *Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*.

¹⁰ Hans Thie, *Rotes Grün: Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft* (Hamburg: VSA-Verlag, 2013).

¹¹ Samuel Decker, »Bitte keine Verzichtsdebatten«, *analyse & kritik*, 23. Januar 2018.

¹² Hans-Jürgen Urban, »Die Mosaik-Linke: vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung«, *Blätter*, Nr. 5/2009 (2009): 71–78.

¹³ Umweltbundesamt, *Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen)*, 2016.

¹⁴ Ulrich Brand und Markus Wissen, »Nichts zu verlieren als ihre Ketten?« Neue Klassenpolitik und imperiale Lebensweise«, *Luxemburg*, Nr. 01/2018 (2018): 104–11.

¹⁵ Sebastian Friedrich und Redaktion *analyse & kritik*, Hrsg., *Neue Klassenpolitik: Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus* (Berlin: Bertz und Fischer, 2018).

¹⁶ Michael Brie und Cornelia Hildebrandt, »Solidarische Mitte-Unten Bündnisse«, *Luxemburg*, Nr. 2/2015 (2015): 100–107.

¹⁷ The Indivisible Team, *Indivisible: A Practical Guide for Resisting the Trump Agenda.*, 2017, <http://www.writersresist.com/wp-content/uploads/2017/01/Indivisible-Guide-2017-01-05.pdf>.

¹⁸ Bernd Röttger, »Betriebliche Konversion zwischen kapitalistischer Modernisierung und demokratisch-sozialistischer Transformation«, in *Globale Ökonomie des Autos: Mobilität, Arbeit, Konversion*, hg. von Mario Candéas u. a. (Hamburg: VSA-Verlag, 2011), 246.

¹⁹ IG Metall und Deutscher Naturschutzring, *Auto, Umwelt und Verkehr: umsteuern, bevor es zu spät ist!* (Frankfurt am Main: IGM, 1990).

²⁰ Miriam Lang, Belén Cevallos, und Claudia López, Hrsg., *¿Como transformar? instituciones y cambio social en América Latina y Europa* (Quito, Ecuador: Abya Yala / Fundación Rosa Luxemburg, 2015).

²¹ Konzeptwerk Neue Ökonomie und DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften, Hrsg., *Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation* (München: oekom verlag, 2017), <https://www.degrowth.info/de/dib/degrowth-in-bewegungen/>.

²² Alberto Acosta und Ulrich Brand, *Radikale Alternativen: warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann* (München: oekom verlag, 2018).

²³ Boaventura Santos, *Epistemologien des Südens: gegen die Hegemonie des westlichen Denkens* (Münster: Unrast, 2018).

Kultureller Wandel

¹ Harald Welzer, *Mentale Infrastrukturen: wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*, Schriften zur Ökologie 14 (Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, 2011).

² tagesschau.de, »Das Bankenrettungspaket im Detail«, 20. Oktober 2008, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungsplanfaq102.html>.

³ tagesschau.de, »Bankenpaket ist unter Dach und Fach«, 17. Oktober 2008, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspaket148.html>.

⁴ Susan Strange, *Casino Capitalism* (Oxford: Oxford University Press, 1986).

⁵ Habermann, *Economy*.

⁶ Fachverband Aussenwerbung e.V., »Out of Home-Medien Kampagnensite 2012/2013«, zugegriffen 10. Okto-

ber 2018, <http://www.trifft-jeden.de/>.

⁷ Ebd.

⁸ Berlin Werbefrei, »Volksentscheid Berlin Werbefrei«, zugegriffen 10. Oktober 2018, <https://berlin-werbefrei.de/>.

⁹ The Yes Men, »The Yes Men«, zugegriffen 10. Oktober 2018, <http://theyesmen.org/>.

¹⁰ Marc Amann, Hrsg., *go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests. Geschichten – Aktionen – Ideen* (Frankfurt am Main: Trotzdem Verlagsgenossenschaft, 2011).

¹¹ K.I.Z., »Hurra die Welt geht unter Songtext«, Songtexte.com, zugegriffen 10. Oktober 2018, <https://www.songtexte.com/songtext/kiz/hurra-die-welt-geht-unter-2b7dd4ca.html>.

¹² Bini Adamczak, *Beziehungsweise Revolution – 1917, 1968 und kommende* (Berlin: Suhrkamp, 2017).

¹³ I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer? Kapitel Bildung und Wissen*.

¹⁴ Hunecke, *Psychologie der Nachhaltigkeit*.

¹⁵ Bundeszentrale für politische Bildung, »bpb.de - Frauenbewegung«, zugegriffen 10. Oktober 2018, <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35287/neue-welle-im-westen?p=all>.

¹⁶ Simon Sutterlütli und Stefan Meretz, *Kapitalismus aufheben: eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 5 (Hamburg: VSA: Verlag, 2018).

¹⁷ Bini Adamczak, *Beziehungsweise Revolution – 1917, 1968 und kommende* (Berlin: Suhrkamp, 2017).

¹⁸ Gruppe Silbernes Einhorn, »Von Barrikaden und Einhörnern – Rebellion fängt im Herzen an«, zugegriffen 10. Oktober 2018, <http://steine.blogspot.de/2016/11/02/text-silbernes-einhorn-von-barrikaden-und-einhornern-rebellion-faengt-im-herzen-an/>.

¹⁹ Audre Lorde, »Dichten ist kein Luxus«, in *Macht und Sinnlichkeit. Ausgewählte Texte von Adrienne Rich und Audre Lorde* (Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1981), 88–91.

Fazit

¹ Frantz Fanon und Jean-Paul Sartre, *Die Verdammten dieser Erde*, übers. von Traugott König, 17. Aufl. (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981).

² Brecht, Bertold, »An die Nachgeborenen«, in *An die Nachgeborenen, Gedichte und Lieder* (Berlin: Universal Music, 1939).

ÜBER DAS PROJEKT UND DIE AUTOR*INNEN

Der gemeinnützige Verein Common Future e.V. aus Göttingen arbeitet in verschiedenen Projekten zu globaler Gerechtigkeit und sozial-ökologischem Wirtschaften. Von Oktober 2017 bis Januar 2019 veranstaltete der Verein seine zweite *I.L.A. Werkstatt* (Imperiale Lebensweise und solidarische Alternativen). Sie ist das Nachfolgeprojekt der ersten *I.L.A. Werkstatt*, bei der das Dossier »Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert« entstand. Das Dossier erschien im Juli 2017 im oekom Verlag und zeigt, warum unsere alltägliche Lebensweise Mensch und Natur belastet.

Diese Schieflage hat den Common Future e.V. dazu bewegt eine zweite Werkstatt (in anderer Besetzung) zu veranstalten und nach solidarischen Lebensweisen zu suchen. Das neue Buch der I.L.A. Werkstatt »Das Gute Leben für Alle – Wege in die solidarische Lebensweise« zeigt, wie ein solidarisches Miteinander auf unserem Planeten, also ein gutes Leben für alle Menschen, zukünftige Generationen und unsere Umwelt aussehen kann.

Aus den beiden Projekten ist das interdisziplinäre I.L.A. Kollektiv, bestehend aus jungen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, hervorgegangen. Sie haben akademische Ausbildungen in Volkswirtschaftslehre, Entwicklungsökonomik, Politikwissenschaft, Soziologie, Politische Ökonomie, Ethnologie, Internationale Beziehungen, Urbanistik, Umweltingenieurswesen, Geschichte, Erziehungswissenschaften und Nachhaltigkeitswissenschaften. Neben ihrer Arbeit im I.L.A. Kollektiv studieren und arbeiten sie an Universitäten, Forschungsinstituten, bei Nichtregierungsorganisationen, in der Entwicklungszusammenarbeit oder sozialen Bewegungen. Sie sind Teil diverser emanzipatorischer Bewegungen im Bereich globaler Gerechtigkeit.

Geleitet wird die zweite Werkstatt von Dr. Katharina van Treeck, Entwicklungsökonomin und Projektleiterin beim Common Future e.V., und Karin Walther, Dozentin und Trainerin bei der Bewegungsakademie.

Für inhaltliche Fragen und Rückmeldungen oder Anfragen für Vorträge oder Workshops schaut vorbei auf www.dasgutelebenfüralle.de oder sendet eine E-Mail an ila-werkstatt@posteo.de.





ÜBER DIE ILLUSTRATORIN



Sarah Katharina Heuzeroth arbeitet als freischaffende Illustratorin in Hamburg und macht derzeit an der HAW ihren Master mit dem Schwerpunkt *Wissenschaftsillustration*. Sie zeichnet vordergründig zu Themenbereichen wie globale Gerechtigkeit, Ökologie, Transformationsdesign und nachhaltige Zukunftsperspektiven und beschreibt diese Arbeit als *Grüne Illustration*. Als Illustratorin setzt sie ihr Können bewusst als Mittel ein, um einen anschaulichen und verständlichen Zugang zu komplexen Informationen zu gewährleisten und damit auf Missstände hinzuweisen. Nachdem sie bereits das Dossier »Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert« mit umfangreichen Infografiken gestaltet hat, illustriert sie in diesem Nachfolgeprojekt die zahlreichen Utopien, Modelle und Zukunftsperspektiven.

Portfolio und Informationen auf www.katharina-rot.de, Kontakt unter illustration@katharina-rot.de.



DANKSAGUNG

Im Laufe der Werkstatt haben uns zahlreiche Menschen wertvolle Impulse geliefert und Feedback gegeben, denen wir herzlich danken möchten: Den Schirmherr*innen Ulrich Brand, Barbara Muraca, Tilman Santarius und Markus Wissen; den Referent*innen Davide Brocchi, Maja Göpel und Hans Thie; dem Beirat Severin Caspari, Steffen Lange und Thomas Kopp; dem Team der ersten I.L.A. Werkstatt; sowie Bini Adamczak, Nadine Blanke (Foodcoops Freiburg), Arne Bonhage, Alina Brad, Jasmin Breemann, Mario Candeias, Friederike Habermann, Fabian Kern (Gartencoop Freiburg), Mathias Krams, Nathalie Moritz, Frank Nadler (Ernährungsrat Berlin), Andreas Novy, Etienne Schneider, Jennifer Servient, Robert Strauch (Permakulturakademie Berlin), Maria-Luisa Werne (Netzwerk Solidarische Landwirtschaft), dem Norbert Elias Center der Europa-Universität Flensburg und den Teilnehmer*innen der Workshops auf der Degrowth Sommerschule in Pödelwitz und der herr*krit in Kassel.

Wir danken außerdem allen Unterstützer*innen des Crowdfundings zum Buch bei oekom crowd.

Für dieses Buch waren auch unzählige Diskussionen mit Freund*innen, Bekannten, Weggefähr*innen – Menschen, die uns jeweils in unserem In-der-Welt-Sein begleiten – unglaublich wichtig. All denen: Danke für die Zeit, die Momente und die Orte, in denen wir mit euch Gedanken teilen, Zweifel aussprechen und Fragen schärfen konnten. Genauso ist es uns auch wichtig den Menschen zu danken, die die Konzepte und Projekte in diesem Buch ›unsichtbar‹ mitgedacht, -gestaltet und gelebt haben. Alle Ideen und Schritte hin zur Utopie wurden kollektiv gemacht, auch wenn sie häufig nur einzelnen Namen zugeschrieben werden.

Wir danken auch allen, die bereits aufgebrochen sind in eine solidarische Lebensweise, die widerständig leben, alltäglich solidarisch handeln, alternativ wirtschaften und Menschen zusammenbringen.

FÖRDERHINWEIS

Die I.L.A. Werkstatt wurde gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und dem Katholischen Fonds.

Gefördert durch

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit finanzieller Unterstützung des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung





Zu guter Letzt

Die Publikationen des oekom verlags ermutigen zu nachhaltigerem Handeln: glaubwürdig & konsequent – und das schon seit 30 Jahren!

Bereits seit Herbst 2016 verzichten wir bei den meisten Büchern auf das Einschweißen in Plastikfolie. In unserem Jubiläumsjahr machen wir den nächsten Schritt und weiten den Plastikverzicht auf alle ab 2019 erscheinenden Hardcover-Titel aus.

Auch sonst sind wir weiter Vorreiter: Für den Druck unserer Bücher und Zeitschriften verwenden wir fast ausschließlich Recyclingpapiere (überwiegend mit dem Blauen Engel zertifiziert) und drucken mineralölfrei. Unsere Druckereien und Dienstleister wählen wir im Hinblick auf ihr Umweltmanagement und möglichst kurze Transportwege aus. Dadurch liegen unsere CO₂-Emissionen um 25 Prozent unter denen vergleichbarer großer Verlage. Unvermeidbare Emissionen kompensieren wir zudem durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt zum Schutz des Klimas und zur Förderung der Artenvielfalt.

Als Ideengeber beteiligt sich oekom an zahlreichen Projekten, um in der Branche einen hohen ökologischen Standard zu verankern. Über unser Nachhaltigkeitsengagement berichten wir ausführlich im Deutschen Nachhaltigkeitskodex (www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de). Schritt für Schritt folgen wir so den Ideen unserer Publikationen – für eine nachhaltigere Zukunft.

Dr. Christoph Hirsch
Programmplanung und Leiter Buch

Anke Oxenfarth
Leiterin Stabstelle Nachhaltigkeit

So geht Veränderung



I.L.A. Kollektiv (Hrsg.)

Auf Kosten Anderer? **Wie die imperiale Lebensweise** **ein gutes Leben für alle** **verhindert**



oekom verlag, München
128 Seiten, Broschur,
komplett vierfarbig mit
zahlreichen Abbildungen,
19,95 Euro
ISBN: 978-3-96006-025-3
Im Handel ab dem:
06.07.2017
Auch als E-Book erhältlich

*»Das Buch richtet sich an alle, die für Ernährungs-
souveränität, eine Mobilitätswende und lebenswerte
Städte kämpfen.«*

Ulrich Brand

Dieses aufwendig gestaltete Dossier erläutert das Konzept der imperialen Lebensweise und stellt Ansatzpunkte vor, mit denen wir ein gutes Leben für alle erreichen können – anstatt eines besseren Lebens für wenige.

Für eine gerechte Marktwirtschaft



Oliver Richters, Andreas Siemoneit

Marktwirtschaft reparieren

**Entwurf einer freiheitlichen,
gerechten und nachhaltigen
Utopie**



oekom verlag, München
200 Seiten, Broschur,
17,- Euro
ISBN: 978-3-96238-099-1
Im Handel ab dem:
04.02.2019
Auch als E-Book erhältlich

»Nicht die Marktwirtschaft ist gescheitert, sondern der Kapitalismus mit seinen leistungslosen Einkommen.«

Andreas Siemoneit und Oliver Richters

Marktwirtschaft sollte für alle gerecht sein. Heute wird das System jedoch zugunsten weniger verzerrt – etwa durch Bodenspekulation und Ressourcenverbrauch. Das Buch benennt diese Schwächen und entwickelt politische Lösungen für eine nachhaltig gerechte Wirtschaft.

Gut leben geht nur zusammen



I.L.A. Kollektiv (Hrsg.)

Das Gute Leben für Alle

Wege in die solidarische Lebensweise



oekom verlag, München
128 Seiten, Broschur,
komplett vierfarbig mit
zahlreichen Illustrationen,
20,- Euro
ISBN: 978-3-96238-095-3
Im Handel ab dem:
04.02.2019
Auch als E-Book erhältlich

»Das Buch zeigt, dass eine solidarische Gesellschaft nicht nur dringend nötig, sondern auch möglich ist.«

Ulrich Brand

Die globalen Krisen spitzen sich zu. Doch wo sind die Lösungen? Bei vielen Menschen vor Ort, denn dort wird längst ein zukunftsfähiges und solidarisches Miteinander gelebt. Das Buch stellt diese Alternativen vor, veranschaulicht durch zahlreiche Infografiken.

Vereint gegen den Kapitalismus



Alberto Acosta, Ulrich Brand

Radikale Alternativen **Warum man den Kapitalismus** **nur mit vereinten Kräften** **überwinden kann**



oekom verlag, München
192 Seiten, Broschur,
16,- Euro
ISBN: 978-3-96238-014-4
Im Handel ab dem:
19.03.18
Auch als E-Book erhältlich

»Was wir brauchen, sind Alternativen für ein solidarisches Miteinander.«

Alberto Acosta & Ulrich Brand

Oft heißt es, es sei leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus. Doch wenn wir Ansätze aus dem Globalen Süden und Norden vereinen, ist eine gerechtere, bessere Zukunft vorstellbar.

Die globalen Krisen spitzen sich zu. Doch wo sind Antworten und Lösungen? Das I.L.A. Kollektiv hat sich auf die Suche nach neuen Lebensstilen und Wirtschaftsformen begeben, die nicht auf Kosten anderer und der Natur gehen. Die zentrale Frage: Wie kann ein gutes Leben für alle aussehen?

Fakt ist: An vielen Orten setzen sich Menschen bereits jetzt für ein zukunftsfähiges, demokratisches sowie sozial und ökologisch gerechtes Miteinander ein. All ihre Projekte bieten konkrete Alternativen im Hier und Jetzt. Was Mut macht: Die derzeitige imperiale Lebensweise – wie sie das Kollektiv in seinem ersten Buch »Auf Kosten anderer?« thematisiert – ist die Folge politischer Entscheidungen und unseres alltäglichen Handelns. Eine andere Welt ist also machbar. Welche Wege in die solidarische Lebensweise führen, zeigt dieses Buch eindrücklich auf – mit zahlreichen anschaulichen Infografiken.

Der gemeinnützige Verein *Common Future e.V.* aus Göttingen arbeitet in verschiedenen Projekten zu globaler Gerechtigkeit und sozial-ökologischem Wirtschaften. Von Oktober 2017 bis Januar 2019 veranstaltete der Verein seine zweite I.L.A. Werkstatt und begab sich dieses Mal auf die Suche nach einer solidarischen Lebensweise, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Aus den beiden Projekten ist das interdisziplinäre I.L.A. Kollektiv, bestehend aus jungen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, hervorgegangen.